

Editorial; InkriT; Verlagsmitteilungen .....	1
Frigga Haug <i>Erinnerung an Jutta Held</i> .....	6
Nachrichten aus dem Patriarchat (Christine Lehmann) .....	8
Gerhard Schoenberner <i>Das alte Zeichen</i> .....	10

## Dialektik des Antikapitalismus

Wolfgang Fritz Haug <i>Zur Dialektik des Antikapitalismus</i> .....	11
--	----

Wolf-Dieter Narr <i>Dialektik der Antikapitalismen. Anstöße zur Diskussion</i> .....	35
---	----

Ewald Lienen <i>Radikale Transformation als (Ver-)Lernprozess Die Dialektik des Antikapitalismus an den Beispielen Linkspartei und G8-Mobilisierungen</i> .....	48
--	----

Christina Kaindl <i>Antikapitalismus von rechts</i> .....	60
--	----

Daniel Bensaïd <i>Utopisches Moment und strategische Neugründung</i> .....	72
---	----

Francisco Fernández Buey <i>Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts und wir Europäer</i> .....	85
--	----

Fortsetzung auf S. II

Redaktion dieser Ausgabe  
Ingar Solty und Jan Rehmann (Koordination),  
Wolfgang Fritz Haug, Christina Kaindl,  
Julian Müller, Alban Werner  
sowie Darko Suvin (beratend)

Rezensionsredaktionen  
Mario Candeias (Ökonomie)  
Claudia Gdaniec (Frauenredaktion)  
Wolfgang Fritz Haug (Philosophie)  
Richard Heigl (Geschichte)  
Peter Jehle (Literatur)  
Erwin Riedmann (Soziologie)  
Ingar Solty (Soziale Bewegungen und Politik)  
Thomas Weber (Kultur)  
Gerhard Zimmer (Pädagogik)

Gesamtkoordination Vanessa Lux

Redaktionsbüro  
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin  
Tel. +49-(0)30-611 41 82 · Fax -611 42 70  
redaktion@argument.de · www.inkrit.org

Buchhandelsauslieferung  
Prolit Verlagsauslieferung  
Tel. +49-(0)641-430 71, Fax -427 73

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung  
Argument Versand  
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin  
Tel. +49-(0)30-6 11 39 83 · Fax -6 11 42 70  
versand@argument.de

David Harvey <i>Enteignung gehört zum Wesen des Kapitalismus</i> <i>Gespräch mit Ulrich Brand und Bettina Köhler</i> .....	90
--	----

\*\*\*

Lothar Peter <i>Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich</i> .....	98
--	----

Christina Hee Pedersen <i>»Ich hoffe, Sie können einen Witz vertragen« – Humor und</i> <i>Geschlecht in modernen Organisationen</i> .....	112
---	-----

Thomas Wagner <i>Zum 100. Geburtstag von Georg Knepler</i> .....	122
---	-----

Rolf Geffken und Helmut Peters <i>Kontroverse über Chinas Rechtssystem</i> .....	126
---	-----

Personenangaben; Zeitschriftenschau; Summaries .....	165
--	-----

## **Besprechungen**

### **Philosophie**

Hayoun, Maurice-Ruben, <i>Geschichte der jüdischen Philosophie</i> (Thomas Marxhausen) .....	130
De Jonge, Eccy, <i>Spinoza and Deep Ecology</i> (Vesa Oittinen) .....	131
Baudrillard, Jean, <i>Die Kunst des Bösen</i> (Dick Boer) .....	133
Derrida, Jacques, <i>Glas</i> (José-María Ripalda) .....	135
Žižek, Slavoj, <i>The Parallax View</i> (Fredric Jameson) .....	137

### **Pädagogik**

Reheis, Fritz, <i>Nachhaltigkeit, Bildung und Zeit</i> (Thomas Vogel) .....	140
Bueb, Bernhard, <i>»Lob der Disziplin«</i> (Ulf Preuss-Lausitz) .....	142
Reich, Eberhard, <i>Denken und Lernen. Hirnforschung und pädagogische</i> <i>Praxis</i> (Claudia Niewels-Kersting) .....	144

Fortsetzung auf S. VII

## Editorial

Als wir das Projekt dieses Heftes im Frühjahr 2006 bei der InkriT-Tagung unter dem Arbeitstitel »Kapitalismuskritik und/oder Antikapitalismus« auf den Weg brachten, gingen wir von Vorstellungen aus, die sich am besten durch Auszüge aus dem vorhergegangenen Briefwechsel dokumentieren lassen:<sup>1</sup>

WFH: Die Ausgangsideen sind folgende: *Kapitalismuskritik* haben wir einerseits in verschiedenen Spielarten in sozialen Bewegungen, aber auch von Liberalen, Konservativen, sogar von rechtsaußen, oft »aus dem Bauch«, oder symptomkritisch auf Auswüchse fixiert, ohne an die Grundlagen zu gehen. Andererseits haben wir die Kritik der politischen Ökonomie als Theoriekern des Marxismus, allerdings »unfertig«, mit offenen Rändern zu den gegenwärtigen Formen und Verhältnissen hin, sowie von diskrepanten Rezeptionen durchzogen. – *Antikapitalismus* (in der Kapitalismuskritik zumeist latent) muss sich mit zwei Problemen herumschlagen: er braucht eine konkrete Vision der Alternative zum Kapitalismus; und er muss etwas über den Weg zu dieser Alternative und über die Subjekte, die diesen Kampf kämpfen sollen, sagen können. Kann er dies nicht – oder nicht realistisch –, herrscht ein Antikapitalismus der Phrase, Opium linker Sekten.

CK: Ich fände es interessant, Antikapitalismus nicht nur in der Gefahr der linken Phrase zu diskutieren, sondern auch als eine Art utopisches Korrektiv für die Kritik, das gleichzeitig nicht handlungsunfähig machen darf. In dieser Funktion muss auch nicht immer ein gangbarer Weg angegeben werden können.

JR: Interessant scheint mir v.a. folgendes Spannungsverhältnis: Einerseits wird eine Kapitalismuskritik, die sich unmittelbar in »antikapitalistische« Politik umsetzt, ohne dass die Subjekte und eine realistische Perspektive da wären, phraseologisch und sektiererisch. Gebraucht wird eine Bündnispolitik gegen Neoliberalismus und Krieg, verbunden mit einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik, die die soziale Phantasie wachhält. Andererseits bleibt eine Kapitalismuskritik, die sich in kritischer Analyse erschöpft, steril, wenn sie nicht über den Kapitalismus hinausweisende Praxisformen findet, die für die Arbeiterschaft und das »informelle Proletariat« anziehend sind. Das meint wohl CK, wenn sie den Antikapitalismus als utopisches Korrektiv für die Kritik behandelt sehen möchte – wobei ein bloßes »Anti« dem utopischen Entwurf wiederum den Boden entziehen würde. Die Hauptgefahr scheint mir gegenwärtig darin zu liegen, dass man den »demokratischen Sozialismus« neukantianisch zur regulativen Idee verflüchtigt, die dann über einer anpasserischen Reformpolitik schwebt.

WDN: Mit gutem Grund besteht WFH darauf, etwas über die Alternative, den möglichen Weg zu ihr und die Subjekte zu sagen. Ich formulierte diese Satzpassage anders: »Antikapitalismus ... muss etwas über den Weg zu dieser Alternative sagen. Er sollte begründen,

---

1 Die aus der Phase der Projektvorbereitung ausgewählten Wortmeldungen stammen von Ulrich Brand (UB), Alexander Gallas (AG), Wolfgang Fritz Haug (WFH), Christina Kaendl (CK), Julian Müller (JM), Wolf-Dieter Narr (WDN), Jan Rehmann (JR) und Frank Unger (FU).

worin heute die aktuellen und kapitalsystematischen Schwierigkeiten bestehen, einigermaßen klar und verlässlich ausmachbare soziale Subjekte kapitalanalytisch begründet zu nennen, die die antikapitalistische, also die sozialistisch/kommunistische Alternative möglich, ja sogar wahrscheinlich machen. Antikapitalismus muss darum gute Gründe dafür angeben können, warum es dennoch notwendig ist, an einer konkreten Utopie nicht kapitalistischer Vergesellschaftung festzuhalten und wie vermieden werden kann, dass er zu bloßem Wunschenken, zur Illusion werde.«

WFH: Bin mit dieser Umformulierung ganz einverstanden, weil sie dem Wunschenken die Bleisohlen an die Füße heftet, ausgehend von der Kapitalismusanalyse die wirklichen Hindernisse zu denken und außer der vernünftig begründbaren Notwendigkeit einer nichtkapitalistischen Vergesellschaftung auch nach deren objektiven Möglichkeiten zu fragen. Statt rhetorischer Berausung müssen wir eine Nüchternheit walten lassen, die der im *Manifest* erwarteten ähnelt. Wenn es dort heißt, der Kapitalismus habe »die Menschen endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen«, so müssen wir uns zusätzlich durch die Geschichte des Staatssozialismus und der diversen revolutionären Bewegungen und Revolutionen in der Dritten Welt dazu zwingen lassen, uns selbst und die Bedingungen unseres Handelns »mit nüchternen Augen anzusehen«. Wichtig ist, an der Funktion der Zeitschrift festzuhalten, wie sie einst Wolfgang Abendroth formuliert hat: dass es ihre Aufgabe sei, die Rationalitätspotenziale der Linken zu stärken.

UB: Mit der Perspektive, die Rationalität der Bewegungen zu stärken, bin ich einverstanden. Um aber nicht bei schlecht-abstrakter Radikalität zu landen, muss man von den Erfahrungen im eigenen Land ausgehen. Antikapitalismus sollte sich nicht nur »strukturanalytisch« begründen, sondern sich stärker mit konkreten Kämpfen, ihren Potenzialen und Grenzen auseinandersetzen. Es geht darum, sozusagen den aktuellen Kapitalismus, seine Dynamik, Stabilität, Brüche, auch durch diese aktuellen Bewegungen hindurch zu verstehen. Der Begriff des Antikapitalismus hat im Kontext intensiverer Kämpfe ›Konjunktur‹ als Zuschreibung jenseits der Perspektive der Regulierung. Er schafft eine vage Identität, um seine Füllung wird strategisch und praktisch gerungen. Was bedeutet »an die Grundlagen gehen« analytisch und praktisch heute? Ans globalisierte Kapitalverhältnis – nur wie taucht das in den Kämpfen auf? Auch die Frage der Subjekte scheint mir nicht so klar. Wie schaffen die sich? Wie begreifen wir sie, ohne sie vorab zu identifizieren?

JM: Denkbar wäre, Vertreter verschiedener linker Strömungen und Organisationen miteinander ins Gespräch über ihre unterschiedlichen strategischen Konzepte zu bringen (oder diese zumindest nebeneinander zu stellen).

AG: ›Antikapitalismus‹ halte ich für keinen hegemoniefähigen Begriff – und zwar weil er nur eine abstrakte Negation des Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Füllt man ihn mit Zielüberlegungen, ist man schon über ihn hinaus. Vom ›Sozialismus‹ zu reden, zwingt einen eben auch zu berücksichtigen, wo man hin will – und darüber hinaus auch zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte, vor der sich die Linke im Moment weitgehend drückt, und die gleichfalls eine Voraussetzung dafür ist, hegemoniefähig zu

werden. Ich meine, *Das Argument* sollte kritisch in die Diskussion um Antikapitalismus intervenieren, indem es den Sozialismus wieder ins Gespräch bringt, einschließlich der Frage, was es mit Chávez' »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« auf sich hat.

FU: Ich würde erinnern an die originäre Auffassung Marxens, dass der Kapitalismus wie jede Gesellschaftsordnung erst dann untergeht, wenn er erschöpft bzw. wenn seine historische Aufgabe erfüllt ist. Die besteht in der umfassenden und radikalen Entwicklung der Produktivkräfte. Genau dies geschieht zur Zeit auf beschleunigte und global freigesetzte Art und Weise, u.a. mit Hilfe der berüchtigten ›Heuschrecken‹. Denn das Entlassen von Lohn- und Gehaltsempfängern ist, marxistisch gedacht, nichts als ein weiterer Schritt zur Entwicklung der Produktivkräfte. Streng genommen müsste man das alles begrüßen. Aufgabe linker Politik im späten Kapitalismus bestünde im *foreshadowing* der Zukunft, d.h. nicht im attac-haften Lamentieren darüber, wie das globale Kapital in die Belange der Dörfer eingreift, sondern sozusagen in der affirmativen Negation der »Freisetzung« dieser ganzen z.T. hochqualifizierten »hands« oder auch »minds«. Wir begrüßen das, aber wir verlangen im gleichen Atemzug ihre Nutzbarmachung für die Selbstverwirklichung der Menschheit und ihre kulturell-künstlerisch-moralische etc. Weiterentwicklung. Genussvolles und erfülltes Leben auf Erden als Gattungszweck. Jeder hochqualifizierte Mensch, der dem Verwertungsprozess entkommen durfte, ein Gewinn für die Zukunftsgestaltung der Welt! Offensive Verherrlichung und Forderung nach Vermehrung der nicht-mehrwertschaffenden Arbeit! Ganz am Ende dann Expropriation der Expropriateure, aber erst, wenn sie ihren Job erfüllt haben. Zwar gibt es keinen Automatismus zur Selbstauflösung des Kapitalismus, aber es gibt selbstinduzierte Tendenzen der Untergrabung, dynamische, antagonistische Widersprüche. Die Häuptlinge des globalen Kapitalismus schießen sich gezwungenermaßen permanent selbst ins Bein. Da gibt es z.B. den Widerspruch zwischen globalen Märkten und nationaler Politikvermittlung, zwischen Aufstachelung zum Konsum und tendenzieller Pauperisierung in den Kernländern, zwischen der Verbreitung ethnisch-kultureller Feindbilder und der notwendigen Akzeptanz des Multikulturalismus. Was wir brauchen, das wäre so etwas wie aggressive Gelassenheit, die mit unerbittlichem Vergnügen erkennt, wo der scheinbar unantastbare Feind sich in Wirklichkeit schon waidwund geschlagen hat, weshalb er natürlich umso brachialer und furchteinflößender durchs Unterholz bricht.

\* \* \*

Um uns nicht in den Richtungsdivergenzen und Anschlussfragen unseres Themas zu verfangen, beschlossen wir, dieses Heft auf die Untersuchungen des antikapitalistischen Feldes mit seinen Diskrepanzen und Fallen selbst zu konzentrieren. Es kam darauf an, die Bewegungsfähigkeit auf diesem Feld zu fördern. Die Fragestellung verlangte einen Blick von der Seite in die Vorstellungen des Antikapitalismus. Es war, als versuchten wir, einen Blick ins eigene Unbewusste zu werfen und müssten gegen dessen Widerstand angehen. Wir fanden Fragmente vor, deren Einheit es zu denken galt. Bieten können natürlich auch wir insgesamt nur Fragmente. Das Themenbündel möchte nach allen Seiten fortgesetzt werden. Aber bei einer neuen und ungewohnten Betrachtungsweise, wie die Frage nach der Dialektik des Antikapitalismus sie erfordert, ist der erste Schritt der schwierigste. WFH

## Die »Linie Luxemburg-Gramsci« und linke Theorie und Praxis heute

XI. Internationale InkriT-Tagung 7.-10. Juni 2007<sup>1</sup>

Der erste Nachmittag ist der Zeitschrift *Das Argument* gewidmet. Anderthalb Jahre nach ihrer Übernahme durchs InkriT und ihrer »Neugründung« (vgl. *Arg.* 264, 1ff) gilt es, die Erfahrungen mit den Projekteditionen und dem Beirat auszuwerten, die Planung des 50. Jahrgangs und die Erweiterung der Herausgeberschaft zu beraten.

Das Dachthema nimmt eine Notiz von Peter Weiss auf: »Linie Luxemburg-Gramsci – Voraussetzung: Aufklärung der historischen Fehler – die lebendige kritische Wissenschaft, Ablehnung jeglicher Illusionsbildungen, Idealismen, Mystifikationen«. In diesem Geiste wollen wir aktuelle *politisch-theoretische Brennpunkte* besichtigen.

Neben Vorträgen und Foren sind Wörterbuch-Werkstätten vorgesehen zu: *Kapitalismus* (Georg Fülberth, Marburg, und Wolfgang Küttler, Berlin); *Kapitalismusedstehung* (Ellen M. Wood, London); *Kategorie* (Wolfgang Fritz Haug, Esslingen); *Kino* (Catherine Benamou, Michigan); *Klassenherrschaft* (Bob Jessop, Lancaster, und Werner Goldschmidt, Hamburg); *kommunistische Neugründung* (Renato Caputo, Rom); *Krieg und Frieden* (Norman Paech, Hamburg); *Kriegsverbrechen* (Gerd Hankel, Hamburg); *kubanische Revolution* (Michael Zeuske, Köln); *Kulturpolitik* (Dieter Kramer, Wien); *Landlosenbewegung* (Isabel Loureiro, São Paulo); *Lassalleanismus* (Montserrat Galcerán, Madrid); *Leviathan* (Bas Wielenga, Madurai); *linguistic turn* (Klaus Bochmann, Leipzig); *Linkssozialismus* (Andreas Diers, Bremen); *Luxemburgismus* (Klaus Kinner, Leipzig); *Open Software* (Stefan Meretz, Berlin).

Ferner nehmen teil u.a.: Wolfram Adolphi (Potsdam); Georg Auernheimer (Köln); Dick Boer (Amsterdam); Mario Candeias (Berlin); Cao Weidong (Peking); Rolf Czeskleba-Dupont (Roskilde); Paresh Chattopadhyay (Toronto); François Chesnais (Paris); Rose Folson (Toronto); Frigga Haug (Esslingen/N); Inez Hedges (Boston); Richard Heigl (Regensburg); Josef Held (Tübingen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Narihiko Ito (Kamakura City); Peter Jehle (Berlin); Athanasios Karathanassis (Hannover); Mario Kessler (Potsdam); Juha Koivisto (Tampere); Karen Kramer (Berlin); Domenico Losurdo (Urbino); Thomas Marxhausen (Halle/Saale); Günter Mayer (Berlin); Hartmut Neuendorf (Dortmund); Silvia Nossek (Wien); Andreas Novy (Wien); Christof Ohm (Berlin); Gerd Rienäcker (Berlin); Thomas Sablowski (Frankfurt/M); Mario Scalla (Frankfurt/M); Werner Schmidt (Stockholm); Volker Schurig (Hamburg); Jörn Schütrumpf (Berlin); Ingar Solty (Toronto); Tanja Storlokken (Oslo); Darko Suvin (Lucca); Peter Thomas (Amsterdam); Kamil Uludag (Tübingen); Michael Vester (Hannover); Victor Wallis (Boston); Klaus Weber (München); Dietmar Wittich (Berlin); Evelin Wittich (Berlin); Jörg Wollenberg (Bremen); Gerhard Zimmer (Hamburg).

Raum und Unterkunft reichen für 90 Teilnehmende. Auch diesmal schreibt das InkriT Stipendien aus. Information und Anmeldung bei: [info@tagungshotel-esslingen.de](mailto:info@tagungshotel-esslingen.de) und [thomasweber@inkrit.org](mailto:thomasweber@inkrit.org). Anmeldeformular und weitere Informationen unter [www.tagungshotel-esslingen.de](http://www.tagungshotel-esslingen.de) und [www.inkrit.org](http://www.inkrit.org).

1 Im Tagungshotel Esslingen/N, in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung (Berlin) und dem Istituto Italiano per gli studi filosofici (Neapel). Konferenzsprachen sind deutsch und englisch.

## Verlagsmitteilungen

### *Wissenschaft*

Erschienen ist das *Jahrbuch für Kritische Medizin 43: Prävention* (ISSN 0341-0943, ISBN 978-3-88619-822-1, 15,50 €). Angesichts der Viel- und Unstimmigkeiten zur Gesundheitsreform 2006 sind Zweifel auch über die gesundheitspolitischen Absichten zur Zukunft der Prävention angebracht. Das Gezänk der Akteure über Zuständigkeiten, Kompetenzen und Finanzierungsmodalitäten lehrt, dass eine Präventionspolitik gefordert ist, die alle bislang getrennten Versorgungsbereiche durchdringt und Prävention zum Fundament des Gesundheitswesens macht. Hierzu versammelt das Jahrbuch wesentliche Aspekte.

Ebenfalls erschienen sind die *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 2006: Karl Marx und die Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert* (ISBN 978-3-88619-666-8, 18,90 €). Vorgestellt werden neueste Forschungen aus der Bearbeitung naturwissenschaftlicher Exzerpte von Marx und Engels, die in der MEGA<sup>2</sup> veröffentlicht wurden bzw. zur Edition vorbereitet werden. Es zeigt sich die Breite der Studien, die u.a. chemische, mineralogische, geologische und mathematische Disziplinen umfassen. Darüber hinaus erfolgt eine wissenschaftsgeschichtliche Einordnung der Studien, die bis zu Überlegungen über die Nachhaltigkeit und die Einheit von Natur- und Gesellschaftswissenschaften als modernes interdisziplinäres Projekt reichen.

*Forum Kritische Psychologie, FKP 51* (ISSN 0720-0447; ISBN 978-3-88619-789-7, 13 €) ist den widersprüchlichen Erfahrungen mit den sich verändernden Bedingungen (psycho-)sozialer Arbeit gewidmet: Für einzelne Nutzer bringen sie selbstbestimmtere Versorgung; zugleich werden die Möglichkeiten durch Mangel an finanziellen Ressourcen und den Zwang, zusätzliche Mittel privat aufzubringen, eingeschränkt. Die Mitarbeiter der Einrichtungen stehen zwischen Kostendruck und neuen Ansprüchen wissenschaftlich reflektierter Arbeit. Schwerpunkte sind: Sozialpsychiatrie / Persönliche Assistenz / Empowerment / Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit / Evaluationsforschung / Erinnerungsarbeit.

### *Belletristik*

Das Frühjahr begehen wir mit einem bösen Krimi von Christine Lehmann, der mit Ver-Rückungen der Konflikte um Geschlecht, Tradition und Religion spielt: *Allmachtsdackel* (Ariadne Krimi 1168, ISBN 978-3-88619-899-3, 9,90 €) inszeniert ein Duell zwischen Männer- und Frauengesellschaft, die sich mit tödlichen Konsequenzen aneinander reiben. Dieses Buch ist mehr als nur ein Krimi. Es entblößt nicht die radikalen Aspekte des Islam, auch nicht des Katholizismus, wie das heute Mode ist, sondern den ganz biedereren und scheinbar unscheinbaren Protestantismus und die Konsequenzen, die ein so patriarchalisches Religionsmodell und diese durch und durch von Männern und für Männer geschriebene Bibel haben kann. Ein Krimi wie ein Almodóvar-Film: Lisa Nerz ist als Grenzgängerin eine Figur, die den Muff herkömmlicher Oben-Unten- und Mann-Frau-Strukturen (samt frauenzeitschriftlichem Postfeminismus) aus den Räumen bläst.

## Erinnerung an Jutta Held (1933-2007)

*Zu den Liebes-Verhältnissen ein paar vielleicht ernüchternde Fragen [...]: So spannend, ingeniös und phantasieanregend ich die Textausschnitte von Frigga finde (sie regen an, eigene Erinnerungen zu mobilisieren, die durchaus ähnlich gelagert sind), so scheint mir doch, dass es sich um Erfahrungen aus einer gründlich anderen, vergangenen Zeit handelt. Erleben junge Frauen noch so, die im Internet suchen, bei welchem Mann sie für ein Wochenende in London unterkommen können, damit sie Geld sparen und vielleicht ein kleines Abenteuer mitnehmen können – neben der sonstigen Beziehung zu Hause? Die sich selbst anbieten mit einem Bild von ich weiß nicht welchem Star und sich als ›so ähnlich‹ bezeichnen?*

*Die ›Liebesverhältnisse‹, die Frigga aufruft, setzen ›Liebe‹ ausschließlich als Zweierbeziehung voraus, die emotional ungeheuer aufgeladen wurde, um für den Weltverlust, der mit ihnen (jedenfalls für die Frauen) einherging, zu entschädigen. [...]*

*Da ich es professionell mit Geschichte zu tun habe, sind mir andere Modelle vor Augen, die das gegenwärtige historisch relativieren. Zu fragen wäre m.E., wann und warum über Liebe gesellschaftlich debattiert und nachgedacht wurde. Das war z.B. im 17. Jh. heftig der Fall, als nach den subjektiven Dispositionen und Potenzialen für die Dynamisierung der Gesellschaft gefragt wurde, die damals anstand. Liebe wurde als ›amour-propre‹ bzw. als ›caritas‹ verstanden, bezogen auf die beiden Pole, zwischen denen man das gesellschaftliche Leben sich entwickeln sah: zwischen beginnendem Wirtschaftsliberalismus (amour propre) und Subsistenzwirtschaft (caritas).*

*Liebe wurde also keineswegs als ›asoziale‹ Zweierbeziehung gesehen, sondern als Leidenschaft, die das gesellschaftliche Leben in Gang hält, Produktivität, Ausgleich und Balancen ermöglicht. Wäre nicht dieses Verständnis von Liebe gerade heute stark zu machen und vielleicht den jungen Frauen näher zu bringen, die durchaus unromantisch über Liebesverhältnisse denken und sie praktizieren, und denen vielleicht gerade der Gedanke, dass Liebe mit Gemeinwohl zu tun hat, nahe zu bringen wäre?*

So schrieb Jutta Held im Juni 2006 und setzte einen neuen Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit, die einmal schon vor Jahrzehnten begonnen hatte. Der Brief, gerichtet an die Werkstatt zum Projekt eines Argument-Buchs *Liebesverhältnisse* auf der letzten InKriT-Tagung, zeigt in großer Dichte, wer Jutta war – als Person, als Schreibende, als Denkende, als Freundin – und was für ein großer Verlust ihr Tod für uns bedeutet. Sie hat *Das Argument* seit 1978 begleitet, war bei nicht wenigen unserer Treffen – zur Redaktion, zum Verlag, zum *Historisch-kritischen Wörterbuch*. Sie verbreitete so etwas wie eine bescheidene Stille, wirkte zurückhaltend, fast schüchtern, bis sie unerwartet mit klaren Worten kompromisslos Urteile abgab, in denen sie eindrücklich den kritisch-historischen Blick einklagte. Die modische Postmoderne war ihr zuwider. In ästhetischer Sprache, ohne die zahlreichen Anglizismen, die so viele Texte heute durchwischen, greift sie in ihren Veröffentlichungen begrifflich klar und politisch perspektivisch ein in die gegenwärtigen Diskurse.



So hebt sie etwa in *Argument* 268 an einem Buch von Rancière hervor, dass es einen Ausweg aus der unfruchtbaren Diskussion um Moderne/Postmoderne gebe: »Dabei setzt er nicht allein auf eine Politik der (autonomen) Künste, der (resignativen) Ersetzung von Politik durch Kunst. Vielmehr zeigt er Perspektiven der Gemeinsamkeit einer die sozialen Belange nicht so sehr kommentierenden und beurteilenden, als vielmehr inkorporierenden Kunst und einer Politik, die sich auf die demokratische Basisfunktion besinnt, nämlich die Teilhabe am Politischen, die Erstreitung von mehr Gemeinsamkeit zu ermöglichen.« (262f) Dies lässt sich zugleich als ihr Testament wie als Leitlinie ihres Lebens und wissenschaftlich-politischen Arbeitens verstehen. Sie unterstützte das *HKWM* inhaltlich und finanziell – sie schrieb das Stichwort *Architektur* (1994) und arbeitete am eigens für sie konzipierten Eintrag *Kunst und Politik* für Band 8. Wenn man sie brauchte, kam sie. So nahm sie auch an den *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden* (2002) teil. Sie half dem *Argument* in finanziellen Nöten und brachte großartige Projekte ein – etwa die *Argument*-Sonderbände *Kultur zwischen Bürgertum und Volk* (1983); *Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts: Amazonen, Mütter, Revolutionärinnen* (1989); *Der Spanische Bürgerkrieg und die bildenden Künste* (1989).

1978 schrieb sie ihren ersten Aufsatz fürs *Argument* (»Zur Curriculumrevision. Visuelle Kommunikation und Kunstgeschichte«) und 1985 zu »politischen Wirkungen in Bildern am Beispiel von Picassos *Guernica*«. Zwischen 1980 und 1989 verfasste sie dreizehn Rezensionen aus dem Bereich Kunst und Politik.

*Guernica*, in diesem Namen verdichtet sich, was sie leidenschaftlich bewegte. Zur politischen Wirkung des *Guernica*-Bildes schreibt sie: »So wie Kunst nie ausschließlich die Leistung einer einzigen begabten Person ist, sondern die Arbeit vieler, nicht nur im künstlerischen Bereich Tätiger, voraussetzt, so verhält es sich im besonderen Maße mit einer Kunst, die politisch wirksam werden wollte. Für sie mussten ganz neue Rezeptionsstrukturen aufgebaut werden, da die traditionellen Institutionen der Kunstrepräsentation wie das bürgerliche Ausstellungswesen nicht in Frage kommen konnten.« (*Argument* 153, 705)

Im *Guernica*-Bild sieht sie den Gegensatz zwischen künstlerischem Meisterwerk und Agitationskunst aufgehoben. Sie zeichnet den Deutungskampf um dieses Bild als Kampf um Hegemonie. Diesem Projekt gilt das Jahrbuch der *Guernica*-Gesellschaft, dem sie seit den 1990er Jahren alle Zeit widmete, die für ein zusätzliches politisches Engagement möglich war. Ich erinnere mit dem Gefühl einer großen Schuld, wie sie mit diesem Vorhaben nach Hamburg kam, um im *Argument*-Verlag die Möglichkeit einer Herausgabe zu diskutieren, und wie enttäuscht sie war, als kein wirklich kompetentes Echo und keine ökonomische Möglichkeit zu finden war. Wir waren und sind zu wenige für das notwendig zu Machende.

Und so entschwand Jutta für einige Jahre, den folgenreichen nach 1989, als aktive Mitstreiterin aus dem *Argument*-Umkreis (nicht aus dem des Wörterbuchs). Aber nicht, wie so viele, um nie mehr zurückzukommen. Bei der »Neugründung« kehrte sie zurück, wurde Mitglied des Beirats und übernahm Mitverantwortung. Ihr Tod reißt eine schmerzliche Lücke.

Frigga Haug

## Nachrichten aus dem Patriarchat

### Heuschreckinnen

»Geld macht auch nicht glücklich«, seufzt Kollegin Beatrix beim Blick ins Jahresanfangsminus ihrer Kontoauszüge. »Aber ... ich möchte mir auch mal eine Jacht kaufen.«

»Wozu brauchst du denn eine Jacht?«

»Mit der läge ich im Pazifik, hätte lauter hübsche Jungs um mich und täte vor dem Mittagessen kurz mal an der New Yorker Börse 1,5 Millionen verdienen. Euro natürlich.«

»Das ist unanständig«, bemerkt Jochen.

»Hach ja, aber schön.«

»Da gibt es eine neue Untersuchung«, sagt Jochen. »Sie besagt, dass der Anstand im Hirn angelegt ist. Also das soziale Denken, die Hilfsbereitschaft. Das steckt im Hirnlappen und zwar gekoppelt ans Interesse für Verhältnisse, Strukturen und Menschen. In einem Versuch, bei dem Leute am Computer ein Spiel spielen, haben die einen sich nur dafür interessiert zu gewinnen, die anderen mehr fürs Spiel und dessen Struktur. Bei diesen waren die Stirnlappenregionen aktiv. Und das waren dann die, die auch sonst in ihrem Leben hilfsbereiter waren. Wobei gerade die Stirnlappen ein Leben lang besonders der Veränderung unterworfen sind. Aus einem Egoisten kann durchaus ein Altruist werden.«

»Dann könntest du ja endlich mal Kaffee kochen!«, bemerkt Michaela. »Das schafft auch Mehrwert. Wir schreiben dann brillantere Artikel und unser Verleger verkauft mehr Zeitungen. Dann haben wir wieder mehr Werbung, es kommt mehr Geld rein, die Wirtschaft brummt, und wir können in der nächsten Tarifrunde endlich mal wieder eine Lohnerhöhung durchsetzen.«

»Träum weiter!«, sagt Jochen.

»Also, wenn ich Kapitalistin wäre«, träumt Beatrix mit verdrehten Augen, »dann würde ich erst einmal Milliarden verdienen. Dann schalte ich meinen Stirnlappen an und würde Millionen in Hilfsprojekte stecken, Kinderdörfer, Wachkomahilfe, Kulturstiftungen, Mädchenschulen in Afghanistan. Dann kriege ich das Bundesverdienstkreuz und würde mich saugut fühlen.«

»Kindertagesstätten!«, sagt Michaela, die gerade ihr zweites Kind bekommen hat. »Die könntest du auch finanziell unterstützen! Und die Vesperkirche. Ach ja, und die Arbeiterinnenselbsthilfe und ...«

Beatrix kraust unlustig die Stirn. »Lass du mich in Ruhe mit deiner Arbeiterinnenselbsthilfe! Nur weil du da die Psychologin kennst. Wenn die mehr Geld hätten, würden sie nur noch mehr Teamtage veranstalten und über Gefühle reden. Und die Frauen im Wohnheim, die würden das Geld doch nur für Drogen und Alkohol ausgeben.«

»Du arrogante intellektuelle Moralapostelin!« knurrt Michaela. »Aber so ist das eben. Mit der Arbeiterinnenselbsthilfe kann man halt keinen Staat machen. Da kommt kein Fernseheteam, um deine kapitalistische Wohltätigkeit zu filmen. Dazu muss man schon in Krankenhäuser mit Kindern mit Chemoglatzen.«

»Was'n Glück, dass ihr das Geld nicht habt«, bemerkt Jochen. »Außerdem ist jetzt Konferenz.«

Gibt es eigentlich Moralapostelinnen?, frage ich mich. Gibt es Kapitalistinnen? Weiblich ist immerhin schon mal die Heuschrecke. Und Patriarchinnen muss es nicht geben, das hieße: Matriarchin. Aber passt das? Ethnologinnen verteidigen das Märchen Matriarchat stets als Gegenbild zur männlichen Gesellschaftsorganisation. Zur Matriarchin, lese ich über die südchinesischen Mosuo, werde diejenige gewählt, die am klügsten haushaltet, das soziale Gefüge zusammenhält, sich um die Kinder kümmert (vornehmlich die ihrer Schwestern) und zuletzt an sich selbst denkt. Matriarchalische Menschen denken nämlich nie an Macht, nicht mal an Ehre und Ansehensgewinn.

Träum weiter!

Eins ist damit klar: Wörter, deren weibliche Variante uns komisch vorkommt, bezeichnen das Böse, nämlich das Unsoziale: Diktator, Papst, Patriarch. Dabei gibt es sie, die Kapitalistinnen, die Patriarchinnen. Ihr biographischer Weg: Telefonistin, Geliebte, Ehefrau und Erbin. »Liz Mohn – Die Matriarchin«, überschreibt das *Handelsblatt* einen Artikel über die Sprecherin der Eigentümerfamilie von Bertelsmann, nachdem sie den Börsengang des Unternehmens verhindert hat. Hätte das Attribut Patriarchin gelautet, wenn sie den Börsengang betrieben hätte? So wie bei Maria-Elisabeth Schaeffler, der Chefin des Schaeffler-Imperiums (Wälzlager, Kugellager). Erstmals in der deutschen Industriegeschichte hat sie ein Konkurrenzunternehmen, nämlich Kugelfischer, von der Börse weggekauft. Feindliche Übernahme nennt sich das. Für die Metaller, deren Arbeitsplätze nach Rumänien verlagert werden sollen, ist sie eine Patriarchin, die den Hals nicht voll genug kriegen kann. »Arbeiterfäuste sind hart wie Stahl!«

Und der Haifisch, der hat Zähne, und die trägt er im Gesicht ...

Wobei mir einfällt, dass kürzlich ein australischer Taucher dem Schlund eines Weißen Hais entkommen konnte. Aber das ist eine andere Geschichte. Ich jedenfalls habe nur die Möglichkeit, meinen Stirnlappen zu gehorchen und meine Kröten gegen Spendenbescheinigungen zu tauschen und für die Blockflöte auszugeben, die sich das Kind einer Empfängerin von Leistungen, die nach einem als Verbrecher verurteilten Manager benannt sind, so dringend wünscht und die niemand bezahlt. Und ich träume weiter. Vom Lottogewinn (wäre das anständig erworbenes Glück?) und einem gesellschaftlichen Hilfswesen, das weniger subjektiv verteilt.

Christine Lehmann

Gerhard Schoenberner

## **Das alte Zeichen**

In den Slums von Djakarta  
in Johannesburgs Vorstadt  
den Barrios von Caracas  
der Dorfstraße in Kerala  
auf den Mauern, auf den Zäunen  
an den Türen  
eingeritzt, gemalt, gezeichnet  
sah ich noch immer, immer wieder  
das alte Zeichen  
das die Arbeiter Russlands im Jahre 17  
auf ihre Fahnen schrieben.

Längst ausgebleichen, verschlissen  
abgeblättert, verflucht und vergessen  
dort, wo es Symbol der Macht war  
in grauen Jahrzehnten  
Aber noch immer sichtbar hier  
wo die allein bekannte  
real existierende Plage  
einen anderen Namen trägt.  
Der große Traum der Väter  
die längst begrabene Hoffnung  
der Söhne, hier lebt sie noch immer  
Neu leuchtet das alte Versprechen.

Wolfgang Fritz Haug

## Zur Dialektik des Antikapitalismus

Das Hinstarren aufs Unheil hat etwas von Faszination. Damit aber etwas vom geheimen Einverständnis.  
(Horkheimer/Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, 264)

Der Gedanke verblüffte mich. War das mein Gedanke? Das war der Gedanke des Feinds. War ich mein Feind? Ich entfernte mich experimentell von mir, d.h. ich stellte mir einen Mann vor, der mir von draußen zusah.  
(Volker Braun, *Der Eisenwagen*, 234)

Das als »Neue Aurora« (Ramonet 2000) begrüßte erste geballte Auftreten einer vielförmigen Bewegung von Globalisierungsgegnern in Seattle 1999 hat zwar keine revolutionäre Weltwende eingeleitet, doch in der Art, sich gegen die Herrschenden des Weltkapitalismus zu wenden, hat es eine Wende der Globalisierungsgegner zur Welt hin nach sich gezogen. Eine denkwürdige Dialektik hat sie in Vorkämpfer einer Anderen Globalisierung verwandelt. Mit einem Lehnwort aus dem Französischen heißen sie nun »Altermundialisten«. Ihre weltweite Bewegung hat aus dem lähmenden Trauma des staatssozialistischen Scheiterns den neuen Traum einer Welt auftauchen lassen, die nicht mehr kapitalistisch wäre, ohne deshalb der Allmacht eines Staatsapparates zu verfallen. Seither finden nicht nur kapitalismuskritische, sondern auch antikapitalistische Lösungen mehr und mehr Echo. Mit ihnen wächst der Klärungsbedarf.

### 1. *Dialektik oder Krise des Antikapitalismus*

Die Worte liegen nah beisammen. Was sie bezeichnen, fällt auf den ersten Blick auseinander: Kapitalismuskritik benennt, was am Kapitalismus schlecht ist, um es zu ändern, Antikapitalismus will den Kapitalismus aufheben. Kapitalismuskritik hat eine zweite Bedeutung, kategorial unterschieden und auf anderer Ebene angesiedelt als die erste, nämlich die der Kritik der politischen Ökonomie, wie der redende Name der marxischen Theorie des Kapitals lautet. Antikapitalismen wiederum gibt es viele, grob lassen sich regressiv von progressiven unterscheiden. Der folgende Klärungsversuch gilt dem progressiven Antikapitalismus. Wer von Marx gelernt hat, wird seinen Dreh- und Angelpunkt darin sehen, dass es ihm um Aufhebung des Kapitalismus nach vorn geht, auf Grundlage der sachlichen und persönlichen Produktivkräfte, die das Kapital hervorgebracht hat. Doch sofort meldet sich Widerspruch, der die *Dialektik der Aufklärung* ins Feld führt, der zufolge »technische Rationalität heute [...] die Rationalität der Herrschaft selbst« sei (GS 3, 142).

Wenn wir in Form einer »Dialektik« zur Klärung beizutragen versuchen, so haben wir keinen akademisch geronnenen Begriff davon im Sinn. Der »Sache selbst«, um die es hier geht, ist nicht von vermeintlich außerweltlicher Beobachterkabine aus

beizukommen. Wir selbst sind im Spiel, »da, wie Vico sagt, die Menschengeschichte sich dadurch von der Naturgeschichte unterscheidet, dass wir die eine gemacht und die andre nicht gemacht haben« (MEW 23, 393, Fn. 89). Doch macht sich unsere Geschichte auf eine Weise, bei der zumeist *so* nicht gedacht war, was am Ende herauspringt. Um die Vermeidung solcher Verkehrung des Gemachten gegen das Gedachte geht es bei der Frage nach der Dialektik der Praxis unserer Kapitalismuskritik. So fragend versuchen wir, Halbheiten zur Entscheidung, Vorentschiedenheiten zu einer beweglicheren Selbstrelativierung zu treiben und Limitationen in den Blick zu bekommen, um sie zu überschreiten. Die gemeinten Grenzen folgen aus kurzschlüssiger Einwirkung ins bewegte Ensemble unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn die Verhältnisse zurückwirken, machen wir die Erfahrung, dass unser zielbewusstes Handeln »bewusstlos« das Ziel verfehlt und zu etwas geführt hat, das sich mit Engels umreißen lässt als in seinen weiteren Folgen »nicht gewollt; die geschichtlichen Figuren haben entweder direkt etwas anderes gewollt als das Erreichte, oder dies Erreichte zieht wieder ganz andere unvorhergesehene Folgen nach sich« (39/428). Solches Umschlagen gilt es zu denken. Vollends jedoch kann, »was mit Konflikt, Zusammenstoß, Kampf zusammenhängt«, wie Brecht einschärft, »ohne materialistische Dialektik keinesfalls behandelt werden« (GA 23, 376). Sie wird gebraucht für den Umgang mit den »Überraschungen der logisch fortschreitenden oder springenden Entwicklung, der Unstabilität aller Zustände, dem Witz der Widersprüchlichkeiten usw.« (GW 16, 702). Das fängt damit an, dass jeder Kampf eine Art von Einheit der einander Bekämpfenden herstellt. Wenn wir nun aber die »Überraschung der springenden Entwicklung« hinterrücks erleiden und der »Witz der Widersprüchlichkeiten« sich auf unsere Kosten ereignet, können wir von *passiver Dialektik* sprechen.<sup>1</sup> Mit ihr hat die Dialektik des Antikapitalismus es zunächst zu tun. Sich mit passiver Dialektik befassen, heißt an der Fähigkeit zu praktischer Dialektik arbeiten. Der naive Antikapitalismus hat sein Anfangsrecht. Doch entwickelt er sich nicht weiter, gilt für ihn, was Lenin an der alten, sich noch »marxistisch« verstehenden Sozialdemokratie beobachtet hat: »Dialektik wird durch Eklektizismus ersetzt.« (SR, LW 21, 412)<sup>2</sup> Solange das so ist und er nicht lernt, mit

- 
- 1 An Gramscis Begriff der passiven Revolution anschließend, meint der von mir 1984 geprägte Begriff der *passiven* Dialektik, »von ihren katastrophalen Formen hinterrücks beherrscht zu werden«: »Obgleich nämlich das Sich-in-Widersprüchen-Bewegen unvermeidbar ist, kann es sehr unterschiedliche Formen und Bedeutungen annehmen, je nach unserer bewussten und unbewussten Weise, damit umzugehen. [...] Wir blicken zurück auf unerwartete *Wendungen* (in dem Sinne, wie Lenin und Brecht den Begriff benutzt haben), auf paradoxe Einheiten kämpfender Gegensätze, auf die Nichtigkeit vermeintlich fester Wesenheiten usw.« (52). Wie man beim Surfen versuchen muss, auf dem Kamm der Welle zu reiten, um nicht von ihr verschlungen zu werden, so dreht sich die Kunst praktischer Dialektik darum, nicht von den Widersprüchen erfasst zu werden, sondern sie möglicherweise sogar in gezielte Bewegungskräfte umzusetzen. – Die Begriffe *passive* und *aktive* Dialektik habe ich weiter ausgearbeitet in einem Beitrag zur von »Espaces Marx« organisierten Pariser Dialektikkonferenz von 2005 sowie in einem Vortrag »Die Dialektik neu entdecken« (Werftpfuhl 2006), dessen Veröffentlichung in einem gleichnamigen *Argument*-Heft vorgesehen ist.
- 2 »Ein solches Ersetzen ist natürlich nichts Neues«, fügt Lenin hinzu, »es war sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten.« (Ebd.)

den Widersprüchen produktiv umzugehen, die sein Aktionsfeld für ihn parat hält, wird er zumindest hilflos bleiben,<sup>3</sup> wenn nicht sogar Gegenwirkungen hervorrufen, die ihn seinem Feindbild anverwandeln.

Auch wenn Missverständnisse sich nicht vermeiden lassen, seien einige missverständliche Sätze ›zur Vermeidung von Missverständnissen‹ vorausgeschickt. Der Versuch, der Dialektik eines Feldes auf die Schliche zu kommen, in welchem man selbst agiert, der Anspruch, die verfestigten Positionen dieses Feldes in einen Bewegungszusammenhang zu bringen, ohne darauf verzichten zu können, selbst Position zu ergreifen, scheint sich von vorneherein in einen unlösbaren Widerspruch zu verfangen. In der Tat interessiert uns ja, Spinozas Einsicht folgend, dass jede Bestimmung eine Verneinung ist, an jeder Position ihre Negation, die ihre Grenze ist. Da so alle einzelnen Gestalten kritisiert, keine verworfen werden, riskiert dieser Versuch zudem doppelten Ärger, teils, weil nicht verurteilt, teils, weil nicht gerechtfertigt wird. Wir gehen nicht mehr wie Lukács von einer homogenen Totalität aus, sondern von durch- und gegeneinanderlaufenden Totalisierungen, die in unganzen (und ständig wieder zerfallenden) Ganzheiten münden. Zudem situieren sich unsere Überlegungen im Prozess selbst. Weder werden wir eine vermeintlich absolute Wahrheit zu verkünden haben, noch eine Patentlösung der Probleme.

## 2. Vereinhaltungsgefahr von rechts und stalinistische Hypothek

Die Frage nach der Dialektik des Antikapitalismus kommt nicht aus heiterem Himmel. Der Himmel des Kapitalismus ist verdüstert durch die Plagen, die er, gerade in seiner bisher unübertroffenen Produktivität, über »die Erde und den Arbeiter« verhängt: Überakkumulation des Kapitals und massenhafter Konsumismus<sup>4</sup> hier, Unterkonsumtion

3 Als »hilflosen Antikapitalismus« attackiert Wolfgang Sofsky (2004) die moralische Kapitalismuskritik. »Man hält die Wirtschaft allen Ernstes für eine Institution der Sittlichkeit, mokiert sich über die Habgier ihres Führungspersonals, appelliert an die Vaterlandsliebe der Charaktermasken und fordert – wie zu Beginn der Arbeiterbewegung – den gerechten Lohn.« Wie im Neoliberalismus üblich, erklärt er den Staatseingriff zum Hauptproblem, um dann seine Adressaten zur Hinnahme der Verhältnisse zu führen. Dabei integriert er Elemente der Kapitalismuskritik: »Der Motor der kapitalistischen Produktionsweise ist die Rivalität. Unaufhörlich revolutioniert sie die Wirtschaft von innen heraus, und zwar nicht nur durch den Wettbewerb um Preise und Käufer, sondern vor allem durch den Kampf um neue Technologien, Versorgungsquellen und Organisationsformen. Die kapitalistische Entwicklung ist ein Prozess der schöpferischen Zerstörung. Wachstum kostet Verluste, Fortschritt ist Aufruhr. Alle Geschäftsbedingungen stehen zur Disposition. Jede Verjüngung bedeutet das Ende der alten Produkte, des alten Wissens und des alten Personals. Wer dem Zwang zur Profitmaximierung nicht folgt, scheidet früher oder später aus. [...] Harte Arbeit, Zuverlässigkeit, Geschäftssinn, waghalsiges Spekulieren, die Prostitution aller Talente, all dies wird manchmal vergolten und manchmal nicht. Daraus folgt jedoch nicht, dass der Markt abgeschafft gehöre, sondern dass niemand wegen seiner Herkunft oder seiner fehlenden Marktmacht von dessen Chancen abgeschnitten werden darf. Nicht Gerechtigkeit, sondern Gelegenheit ist das Prinzip freier Märkte.« – Hier lässt sich beobachten, wie marxistische Aufgeklärtheit zynisch wird und zu den stärkeren Bataillonen, denen des Kapitalismus, übergeht.

4 »Der Konsumismus«, klagt der frühere portugiesische Präsident Mario Soares, »breitet sich selbst in armen und mit horrender Ungleichheit geschlagenen Ländern aus. Und mit ihm die Verantwortungslosigkeit, der Werteverlust, die Korruption aller Grade, die Schamlosigkeit, eine

dort, massenhafte Überarbeit der Einen bei massenhafter Arbeitslosigkeit der Anderen, Produkt- und Kapitalvernichtungskriege, Ressourcenkriege und der Verbrauch der absoluten Ressource, der Lebensbedingungen auf diesem Planeten. Da das menschenwürdige Überleben unserer Gattung – und mit ihm das Überleben ungezählter Tier- und Pflanzengattungen – in Frage steht, gibt es mehr und stärkere Gründe denn je für eine Kritik des Kapitalismus. Dennoch entbehren die Zerstörungen, die dieser anrichtet, noch immer nicht des schöpferischen Moments. Ein System, das den Computer aus den Katakomben der Atomkriegsvorbereitung geholt und zur allgemeinen »Leitproduktivkraft« (Haug 2003, 38f u.ö.) erhoben hat, ist historisch noch nicht am Ende, auch wenn »Kapitalismus jedweden Höhengrades gar nicht in der Lage ist, das ›high‹ an der ›new technology‹ wirklich in eine ›new economy‹ umzusetzen« (Krysmanski 2001), sondern deren Potenzial nur selektiv und oft genug zerstörerisch realisiert. Die Produktivität dieser buchstäblich un-menschlichen Entwicklungsmaschine, die wir Kapitalismus nennen, ist von ihrer Destruktivität nicht zu trennen. Das hat Konsequenzen für den Kampf gegen diese. Man kann nicht einfach dekretieren, die Zeit der »transitorischen Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise« (MEW 23, 617) sei vorbei, auch wenn das System sich an seiner historischen Grenze bewegt.<sup>5</sup> Auf diesen Widerspruch,<sup>6</sup> der den Antikapitalismus auf dem falschen Fuß erwischen kann, kommen wir weiter unten zurück.

Auf andere Weise ist auch der Himmel des Antikapitalismus verdüstert. Er ist es vor allem aus zwei Gründen. Erstens können antikapitalistische Motivationen von der rechtspopulistischen, autoritären, ja faschistischen und rassistischen Agitation eingefangen werden (vgl. dazu Christina Kaindl in diesem Heft). Wo das »Anti« des Antikapitalismus es bei weitem davonträgt über das »Pro« des sozialistischen Projekts, ist diese Gefahr besonders groß. Momentan lassen sich mit antikapitalistischer Rhetorik vielleicht Erfolge erzielen. Doch die dabei gewonnene Zustimmung ist zunächst Stimmung, und als solche unbeständig in Stärke wie in Ausrichtung. Vergleichbar der Einspannung von Menschenrechtsbestrebungen für die US-geführten Kriege können auch Motive des Antikapitalismus für reaktionäre Mobilisierungen eingespannt werden. In der Tat streben ja z.B. »Sharia und Dihad« danach, sich »zur Speerspitze des Antikapitalismus weltweit« zu machen, wie die Zeitschrift *Bahamas* den naiven Antikapitalisten eintränkt, freilich ohne zu sagen, dass es sich dabei in vielerlei Hinsicht um Produkte eben des westinszenierten Kapitalismus handelt.

---

Lebensweise, die sich im Augenblicklichen erschöpft, ohne Bezug auf die Vergangenheit und ohne Kurs auf die Zukunft.« (2007)

5 Das Nahen der geschichtlichen Grenze des Kapitalismus lässt sich daran ablesen, dass die Kapital-Opferquote hochgeht, die der Profit des überlebenden Kapitals verlangt, Folge des wachsenden »Lebensalters der kapitalistischen Produktion«, das Marx an der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der daraus folgenden Tendenz des Sinkens der Durchschnittsprofitrate ablesen zu können glaubte (vgl. MEW 24, 469). Kann umgekehrt auch daraus, dass die Kapitalvernichtungsrate hochschnellt, aufs Nahen dieser Grenze geschlossen werden? Dies würde bedeuten, dass die historische Grenze den Kapitalismus von Anfang an wie sein eigener Schatten begleitet. Gerade Innovationszeiten zeichnen sich durch verstärkte Kapitalvernichtung aus. Das Gründungsfieber verbrennt regelmäßig riesige Kapitalmengen. In diesem Sinn wäre dann Harveys »Enteignungsökonomie«, anders begründet, eine Dauertendenz.

6 Vgl. dazu den *Argument-Doppelband 268, Großer Widerspruch China*, H. 5/6, 2006.



Wenn schon die drohende Vereinnahmung von rechts die Linke zur Selbstprüfung anhält, so macht der Umschlag des sozialen Befreiungsprojekts im 20. Jahrhundert in eine repressive und, nach beeindruckender Industrialisierung und Urbanisierung, zunehmend ineffiziente Entwicklungsdiktatur solche Selbstbefragung vollends unausweichlich. Dies Scheitern gepaart mit Selbstverrat<sup>7</sup> lastet auf jedem antikapitalistischen Projekt. Historische Selbstkritik ist die Voraussetzung aller weiteren Kritik.

Wie werden wir mit dieser Hypothek umgehen? Werden wir, was den Stalinismus betrifft, unsere Hände in Unschuld waschen, z.B. indem wir ihn als »die extremste Form des Staatskapitalismus« (Harman 2000) dem Kapitalismus in die Schuhe schieben? Werden wir die kommunistische Bewegung des 20. Jahrhunderts aus der Geschichte der Linken ausbürgern, sofern wir an ihr nicht persönlich teil hatten? Werden wir die aus der Revolution von 1917 in Bürgerkriegen und Wirtschaftskrisen hervorgegangene Staatsgesellschaft auf den diktatorischen »Polizeistaat« reduzieren, dessen Sozialismus »bloße Maske« war (McNally 2006), und versichern, in jeder Hinsicht das genaue Gegenteil zu wollen?

Um dem Schatten des Stalinismus zu entkommen, scheint es spontan richtig, sich so weit als irgend möglich von der diskreditierten Vergesellschaftungsform zu distanzieren. Wo diese hierarchisiert und zentralisiert war, retten wir uns ins Regenbogenmuster der führungs- und herrschaftslosen Addition. An die Stelle der repressiven Einheit setzen wir die unverbundene Vielheit. Nichts geschehe »von oben«, alles »von unten«. Verkünden wir also mit McNally, dass wir die Herrschaft von Ware, Geld und Kapital abschaffen und in jedem Augenblick dem Mehrheitswillen in der Gestaltung von Produktion und Verteilung Geltung verschaffen wollen? Dass bei uns überdies totale Freiheit herrschen soll? Werden wir mit Holloway Revolution und Reformismus zu gleichermaßen »staatszentrierten Ansätzen« erklären und mit der »Staatsillusion« auch die »Machtillusion« hinter uns zu lassen behaupten, die in der Vorstellung bestehe, »die Veränderung der Gesellschaft sei nur eine Frage der Eroberung von Machtpositionen oder doch irgendwie mächtig zu werden«, wogegen wir die Forderung auf die Fahnen schreiben, alle »Machtverhältnisse aufzulösen« (Holloway 2003, 814f)?

Doch dann hat uns die Dialektik des Antikapitalismus schon wieder hinterrücks eingeholt, die damals die Verwandlung ins Gegenteil befördert hat, und unser schönes Projekt ist vor der Wiederholung dieses bösen Zaubers allenfalls durch Erfolglosigkeit geschützt. Denn der Stalinismus war das Produkt einer hinterrücks wirkenden, von den Akteuren unbeherrschten und in diesem Sinn passiven Dialektik. Nicos Poulantzas hat 1979<sup>8</sup> die Einsicht entfaltet, wonach in der von Lenin aus Engels' *Anti-Dühring* übernommenen Perspektive völliger Unmittelbarkeit, in der »folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet« (LW 25, 409), bereits deren extremer Gegensatz, die totale gewaltstaatliche Vermitteltheit, schlummerte. Die durch solche Visionen am radikalsten in Lenins *Staat und Revolution*

7 »Die Institution der zentralistischen Staatspartei ist Hohn auf alles, was einmal über das Verhältnis zur Staatsmacht gedacht worden war.« (Adorno, *Negative Dialektik*, 55)

8 In einem Vortrag bei der »Marxistischen Volksuniversität« in Stockholm.

legitimierte Beseitigung der Institutionen, allen voran des Rechts und der Volksvertretung<sup>9</sup> – was etwas ganz anderes ist, als vordemokratische Bastionen in diesen und anderen Vermittlungsapparaten zu schleifen –, schlug um in direkte und totale Herrschaft. Das fetischisierte Nur-von-Unten verwandelte sich ins fetischisierte Nur-von-Oben. Wer auf dieses mit der erneuten Fetischisierung des Nur-von-Unten antwortet, beginnt den Zirkel von Neuem. Bedenkt man diesen Zusammenhang, dann ist es nicht erst Stalin, der mit seiner durch Staatsterror flankierten Befehls-wirtschaft »den Ideen von Sozialismus und Kommunismus unermesslichen Schaden zugefügt« hat (McNally), sondern, in Gestalt des Gegenextrems, bereits der »naive« Antikapitalismus der ersten Stunde. Engels' Perspektive der Abschaffung der Ware-Geld-Beziehungen aus dem *Anti-Dühring* wurde nach der Oktoberrevolution z.T. sozusagen eins zu eins umgesetzt. Angesichts der völligen historischen Neuartigkeit eines Sozialismus an der Macht, für den es keinerlei Vorbild und Erfahrung gab, war solche Naivität vielleicht verständlich. Uns aber verbieten die kommunistischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sie kategorisch. Die entsprechenden Einsichten müssen weitergegeben werden: »Unmittelbarkeitskommunismus«<sup>10</sup> landete in totaler staatlicher Mittelbarkeit, imaginäre direkte Demokratie in tatsächlich direkter Herrschaft. Die Verdrängung der Widersprüche landete in der paranoiden Wiederkehr der verdrängten. Die Studentenbewegung hat dem die zusätzliche Erfahrung hinzugefügt, wie die Abschaffung regulierter Führung in charismatische, unkontrollierbare Führung umschlägt.

Wer also sich mit den Zapatisten eine Welt wünscht, »in der viele Welten Platz haben«, ist gut beraten, alles in die politische Kunst zu investieren, welche die Vielstimmigkeit in eine gemeinsame Sprache zu übersetzen vermag. Fehlt es an der politischen Kultur und den entsprechend fähigen politischen Moderatoren einer pluralen Einheit, werden die vielen Welten sich auseinanderdividieren und schließlich zerfallen. Die materialistische Staatstheorie sollte begreifen helfen, dass selbst außerstaatliche Bewegungen Fähigkeiten entwickeln und dafür Trägerinstitutionen schaffen müssen, die das der Gesellschaft von den Staatsapparaten Abgenommene diesen seinerseits abnehmen und in die Zivilgesellschaft zurückholen können. Einer außerparlamentarischen Bewegung als ständigem Stachel der parlamentarischen

9 Lenin zitiert dabei nicht Marx, sondern Engels' *Anti-Dühring*: »Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat.« (MEW 20, 261) Für Lenin folgt daraus, »dass die »besondere Repressionsgewalt« [Engels, ebd.] der Bourgeoisie gegen das Proletariat [...] abgelöst werden muss durch eine »besondere Repressionsgewalt« des Proletariats gegen die Bourgeoisie« (ebd.).

10 Der »ursprüngliche [...] kommunistische Gesellschaftsansatz«, der »Unmittelbarkeitskommunismus«, »die bloße Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn, [...] hat sich in der Unmittelbarkeit stalinistischer Machtausübung ad absurdum geführt« (Rainer Land in einem mit »November 1989« datierten Thesenpapier aus der untergehenden DDR). Das Kriterium für jede sozialistische Alternative fasste Land so: »Eine sozialistische Wirtschaft ist eine, die durch ein öffentlich-demokratisches Kommunikationssystem reguliert und gestaltet wird« (zit.n. Haug 1990, 212 u. 214). Hier beginnen die bis heute offenen, ja noch nicht wieder im Ernst diskutierten großen Fragen eines neuen Wie.

Vertretung der Linken mutet Gramsci zudem die Einsicht zu, dass sie selbst mit der proklamierten ›Außerstaatlichkeit‹ kraft einer unhintergehbaren Dialektik der Sache selbst nicht den Staat schlechthin verlassen hat, sondern sich im gesellschaftlichen Teil des *integralen Staates* bewegt. Die Zivilgesellschaft als etwas zu betrachten, das der staatlichen Verdichtung von Kräfteverhältnissen äußerlich ist, wäre flach-bürgerlicher Liberalismus.

### 3. »It's the economy, stupid«

Ein Antikapitalismus, der nicht zumindest *auch* von den harten ökonomischen und politischen Notwendigkeiten spricht, fängt das fatale Spiel von vorne an. Marx hat diesem Verlangen der ›schönen Seele‹ nicht nachgegeben. Gerade dort, wo er im *Kapital* dem Pathos des Reiches der Freiheit Raum gibt, »wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört« und »die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, [...] aufblühen kann«, macht er in redlicher Nüchternheit klar, dass dies unter allen erdenklichen Umständen vom »Reich der Notwendigkeit als seiner Basis« abhängen wird. »Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit.« (MEW 25, 828)

Die kommunistische Erfahrung des 20. Jahrhunderts läuft darauf zu, dass das Problem der Vergesellschaftung von Produktion und Distribution noch ungelöst ist. Eine Linke, die es ernst meint mit einer im Vergleich zum Kapitalismus »anderen Welt«, wird die entsprechenden Ansätze und Erfahrungen sorgfältig auswerten müssen. Die Notwendigkeit ist die andere Seite der Freiheit. Die DDR-Losung »Arbeite mit, plane mit, regiere mit« zeigt die weiterhin richtige Aufgabe, die, falsch und unter denkbar ungünstigen Kräfteverhältnissen angepackt, nicht gelöst werden konnte. Wer daher glaubt, 1989/91 sei »der Stalinismus« zusammengebrochen, täuscht sich just über diese Basisnotwendigkeit. In Wirklichkeit ist damals Gorbatschows Demokratisierungsprojekt zusammengebrochen, nicht zuletzt, weil es auf Basis des strukturellen Erbes des Stalinismus und der von diesem verbrochenen »kolossalen Zersetzung des menschlichen Faktors« (Butenko 1988, vgl. Haug 1989, 156-59) keine Lösung des Versorgungs- und zuvor des Produktionsproblems zustande brachte. Manche Redner scheinen vollends zu glauben, man könne die Armen dieser Welt allein oder jedenfalls primär *politisch*, durch Demokratie, von ihrer Armut emanzipieren, statt ökonomisch. In solchen Reden gähnt die harte Notwendigkeit wie ein schwarzes Loch, das jede Wirklichkeitserkenntnis verschlingt. Es würde zu katastrophalen Niederlagen führen und ganze Länder in eine tiefe Krise stürzen, ließe man den aggregierten »Gesamtarbeiter« (Marx), diesen kommandierten kollektiven Akteur im Reich der Notwendigkeit, beiseite und setzte

exklusiv auf die ›Marginalisierten‹.<sup>11</sup> Allenfalls rhetorisch lässt sich mit solchen Ideen das Verlangen nach einer Ausmalung der Alternative befriedigen, solange man sie nicht zu Ende denkt. Am produktiven Block einer Gesellschaft, der die Arbeiterklasse und die technisch-organisatorische Intelligenz umfasst, führt kein alternativer Weg vorbei. »Ernsthafte Antikapitalisten müssen weiter gehen als einfach in Opposition zum System zu demonstrieren, sie müssen Wege finden, sich diese Macht zu erschließen« (Harman 2000). Das Problem einer antikapitalistischen Bewegung von gesellschaftlich handlungsfähiger Breite ist kein ganz anderes als das der politischen Parteien mit sozialem Anspruch: Sie müssen den Spagat zwischen relevanten Teilen des ökonomischen Kernbereichs und den Marginalisierten schaffen. Das ist eine ihrer Notwendigkeiten des Operierens mit Antinomien. Wir kommen auf diese praktisch-dialektische Kunst zurück.

Wenn heutiger Antikapitalismus noch immer epochal bestimmt ist durch die postkommunistische Situation, so bemisst sich deren Dauer dennoch nicht an dem, was gewesen ist, sondern an dem, was möglicherweise sein wird. Es genügt nicht, mit Benjamin zu sagen, die Katastrophe bestehe darin, dass es so weitergeht. Jene Situation wird ihr Ende erst finden angesichts einer neuen Konzeption, die eine konkrete Möglichkeit darstellt, ›die Katastrophe abzuwenden‹, d.h. unsere Lebensgewinnung im produktiven Umgang mit Naturressourcen sowie unsere Verhältnisse untereinander anders und sowohl sozial als auch ökologisch glaubhaft besser als kapitalistisch zu gestalten, »mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den unserer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen«.

#### *4. Elemente einer Anderen Welt im Schoße der bestehenden*

An Vor- und Rückgriffen auf alternative Formen der Lebensgewinnung fehlt es nicht. Was es reichlich gibt, sind Nischen- und Notlösungs-Existenzen und ihre Selbsthilfekonzepte, von der »Instandbesetzung« leerstehender Häuser über Tauschringe bis zum berliner Hartz-4-Weihnachtsmarkt und »einer aus den Flohmärkten und den Bazaren der Dritten Welt aufsteigenden ›Pop-Wirtschaft‹« (Krysmanski 2001), Elementen einer Zweiten Ökonomie, die dank eines gemeinsamen Horizonts, der über den Kapitalismus hinausweist, und zunehmender politischer Assoziation mehr sein können als die Initiative von eh Ausgeschlossenen, ihre Ausschließung als Aussteigertum zu »wählen«, wie Sartre gesagt haben würde. Am anderen Ende des Spektrums, getrennt von jener notgedrungenen und fragmentierten Selbsthilfewirtschaft, finden sich, aus Schichten der fungierenden technischen Intelligenz kommend, Formen »alternativer, aber nicht unbedingt anti-systemischer Kooperation: dazu gehören viele Formen der open source-, open content- usw.

---

11 Vorwiegend auf »die sogenannten Marginalisierten« zu setzen (Raúl Zibechi), verurteilt sich zum Scheitern. Wenn es in Venezuela anders aussieht, so weil Ölexporterlöse zu verteilen sind. Das ist nicht verallgemeinerbar. Nicht besser ist die Vorstellung, ein Land wie Brasilien könne kurzerhand »brechen mit dem IWF, mit der industriellen Bourgeoisie und mit dem Finanzsektor«. Hier wird mit revolutionären Illusionen bei Ausblendung der Kräfteverhältnisse gehandelt.

Bewegungen«.<sup>12</sup> Hans-Jürgen Krysmanski, der dies registriert, setzt mit seinem Konzept eines postmodernen »High-Tech-Anti-Kapitalismus [...], der diesen Namen verdient«, vor allem auf eine »Assoziation freier kybernetischer Produzenten zwecks Produktion freier algorithmischer Assoziationen: Erkundungen neuer Formen sozialer Selbstorganisation und gesellschaftlicher Problemlösung auf der Grundlage der neuen kybernetisch-algorithmischen Produktivkräfte« (2001). In der Tat bietet der vielförmige Gebrauch, der vom Internet gemacht wird, ungezählte Beispiele, angefangen bei linken Gegenöffentlichkeiten und netzförmigen Selbstorganisationsformen bis zu Formen nichtmonetarisierter Kooperation an digitalen Gütern, vom Betriebssystem über Anwendungen bis zu einer Werkstruktur wie Wikipedia. Wie ein Irrlicht taucht hier das Paradox eines innerkapitalistischen Antikapitalismus auf in Gestalt der Frage: »Ist der Ausstieg aus dem Verwertungsprozess Voraussetzung für die ›Befreiung‹ oder ist der Verwertungsprozess auf seiner jetzigen Stufe nicht selbst schon das Milieu für Assoziationsformen des Widerstands? Man bedenke: Produktionsmittel und Arbeitskräfte werden ›identisch‹; Arbeitszeit und Freizeit werden ›identisch‹; die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist bereits radikal abgesenkt; die herrschaftlich eingeforderte Dienstleistungszeit steigt drastisch an und provoziert Renitenz; die verdinglichten Sozialbeziehungen werden durch die Simulationskultur hypertrophiert und provozieren Resistenz in der Simulationskultur selbst.« (Krysmanski 2001) Die Simulation verschlingt den Widerstand, soweit er nicht auf den Boden einer neuen Ökonomie findet.

Auf andere Weise tendiert aus dem Ensemble gesellschaftlicher Tätigkeiten und Funktionen der ›Ersten‹, formellen Ökonomie alles, »was allgemein ist oder doch seine Verallgemeinerung erträgt« (Haug 1972/2006, 257), was also nicht von den gesellschaftlichen Antagonismen zehrt und mit ihnen steht und fällt, zu einer durch kein Partikularinteresse halbierten Vernünftigkeit, wie sie einzig die solidarische Organisation gewähren kann. Darin beruht der über den kapitalistischen Horizont hinausweisende Sinn der Verteidigung des ›öffentlichen Dienstes‹ gegen seine Auslieferung ans Kapital, darin der Stellenwert kommunaler oder nationaler Betriebsweisen infrastruktureller Versorgung, Bildung und Gesundheit.

Eine all diese höchst unterschiedlichen, aber mehr oder weniger von den Kapitalverhältnissen beeinträchtigten Elemente zusammenfassende, womöglich globale Alternative, die auch nur den kapitalismuskritischen Kräften glaubwürdig realitätstauglich erschiene, steht noch aus. Desto wichtiger sind Ansätze, die in diese Richtung weisen, ohne sich sektiererisch zu verhärten. Oskar Negt hat die Aufgabe, »politisch also die Zweite Ökonomie in den Rang der Ersten zu transformieren« (2001, 407f),

12 In Anlehnung an Fredric Jameson hält Krysmanski dafür, dass »die Logik des spätkapitalistischen Weltsystems [...] zuallererst eine kulturelle«, und zwar die des »Postmodernismus« ist. Gegen den »neuen, postmodernen High-Tech-Kapitalismus [...] gilt es zu denken und zu argumentieren, wenn wir uns ein Bild von den Möglichkeiten eines High-Tech-Anti-Kapitalismus machen wollen, der diesen Namen verdient« (ebd.). Der harte Kern der Vergesellschaftung der Arbeit gerät jedoch außer Sicht im Blick auf die dem Medium des Internet gemäße Virtualisierung und scheinbare ›Immaterialisierung‹ des Ökonomischen. Zentral wäre dagegen die Konstruktion einer Perspektive gesellschaftlicher (sozialer) Nutzung hochtechnologischer Produktionsweise.

zum Einsatz einer »politischen Kampfsituation epochalen Ausmaßes« erklärt, »in der Koalitionspartner in allen gesellschaftlichen Schichten zu suchen und zu finden sind – bei aufgeklärten und verantwortungsbewussten Managern ebenso wie unter Lehrern und Arbeitern« (322). Außerhalb einer derart konkret über den Kapitalismus hinausweisenden Perspektive lassen sich die Aussteigergemeinschaften unmerklich in die Poren des neoliberalen Kapitalismus absorbieren, kommt es diesem ja gerade darauf an, das menschenähnliche Allgemeine zurückzuziehen, um den Existenzkampf der Privaten weiter zu entfesseln.

In mancher Hinsicht lassen sich die meisten der über den gesamten Globus verstreuten, aber notgedrungen lokalen Selbsthilfeprojekte vergleichen mit den Resten ursprünglicher Gemeinwesen und Allmendeökonomien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Russland. In der russischen Linken entbrannte damals ein Streit über die Bedeutung, die dem *Mir*, dem russischen Dorf, in der Perspektive der Linken zukommen könne. Vera Sassulitsch trug 1881 die Frage an Karl Marx heran. Dieser warf sich in umfangreiche Studien zu den Auswirkungen der kapitalistischen Reformpolitik in Russland (vgl. MEW 19, 355-424), deren Ergebnis er schließlich in die lakonische Auskunft presste, »dass diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Russlands« sein könne, allerdings nur unter der Bedingung, »zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einströmen, beseitigen, und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern« zu können (243). Hinter den »zerstörenden Einflüssen« aber verbarg sich nichts anderes als die unter zaristischem Dach forcierte Herrschaft des Kapitalismus. Das an den Boden gebundene Dorf vermochte diese von sich aus so wenig zu brechen, wie die im Wortsinn zumeist »bodenlosen« und aus der formellen Ökonomie ausgeklinkten Gemeinschaftsprojekte der Gegenwart es könnten. Als Bedingung der Möglichkeit hierfür wiederum galt der sozialistischen wie später der kommunistischen Linken die Planwirtschaft. Das Vertrauen darauf gab dem Antikapitalismus seine hegemoniale Ausstrahlung.

Heute gähnt an der Stelle jenes geschichtsbildenden Urvertrauens eine epochale Abwesenheit. Sie bildet den negativen Kern der postkommunistischen Situation. Ein Antikapitalismus, der nicht über das »Anti« im Verhältnis zum Kapitalismus hinausgeht und zu einem »Pro« gelangt, das jene Produktivität aus der konkurrenzialen Profitlogik des Kapitalismus und damit zugleich von ihrer Destruktivität zu befreien verspricht, kann diesem sein Daseinsrecht nicht streitig machen. In dieser Hinsicht lautet »die zentrale Frage: Kann der Marktmechanismus durch ein anderes kybernetisches System ersetzt werden, das ähnlich koordinations-effektiv ist, aber demokratischer und humaner fungiert?« (Dieterich 2007) Selbst die unterm Kapitalismus Leidenden werden in ihrer großen Mehrheit keinem Projekt folgen, das dahinter zurückfällt. Solches kritische Maßnehmen an kapitalistischer Produktivität verklärt diese nicht, sondern spannt die eigenen Kräfte an im Projekt der progressiven Aufhebung des Kapitalismus in einer Produktion um der Menschen und der Erhaltung der Bewohnbarkeit unseres Planeten willen.

*5. Zur »Dialektik von Kommodifizierung und Dekommodifizierung«*

In den sozialen Gerechtigkeitsbewegungen an der Klärung der Ziele zu wirken, verlangt zuerst, diesen Bewegungen zuzuhören. Wo Ungereimtheiten auftauchen, stellt sich die Aufgabe, zur Kohärentarbeit beizutragen. Nicht nur gilt es, »die Entwicklung kapitalistischer Herrschaft ohne falsche Rücksichten zu thematisieren, sondern auch die falschen Kategorien ihrer Gegenbewegungen« (Wolter 2001). Eine der gegenwärtigen Inkohärenzen besteht darin, dass die Forderung nach Abschaffung der Ware-Geld-Beziehungen offenkundig unvereinbar ist mit der Forderung nach »Existenzgeld für alle«. Betrachten wir zunächst die Problemlage, auf die letztere antwortet.

Die Vielen, die das Existenzgeld mangels anderer Einkommensquellen brauchen können, sind in dieser Notlage, weil sie selbst nicht gebraucht werden. Ihre Ausschließung aus der Reichtumsproduktion rührt von der kapitalgemäßen Verwendung der Produktivkräfte. Hätten wir Automaten, bräuchten wir keine Sklaven, wusste schon Aristoteles. In dem Maße, in dem das Kapital über automatisierte, computergesteuerte Produktionsanlagen verfügt, braucht es pro Einheit stofflichen Reichtums sprunghaft weniger unmittelbare Produzenten, und die relative Zunahme anderer Tätigkeitsgruppen im Rahmen des Gesamtarbeiters kompensiert diese Abnahme nicht, anders gäbe es keinen Antrieb zur teuren Automatisierung. Im Prinzip ist der Grundvorgang nichts Neues. Jede Entwicklung der Produktivkraft setzte Arbeitskraft frei. Im Kapitalismus nimmt dies in der Regel die Form der Freisetzung von Arbeitskräften, sprich: des Arbeitsplatzverlustes an. Solange Ausweitung und Diversifizierung der Produktion diese Freisetzung in Gestalt neuer Arbeitsplätze kompensierte, schwoll und schrumpfte die Reservearmee der Unbeschäftigten im Puls der Konjunktur. Wo die flexible Automation vollends die Produktion von Produktionsmitteln erreicht, verleiht sie diesem Prozess eine irreversible Ausrichtung, und das Resultat lässt sich als »hochtechnologische Arbeitslosigkeit« begreifen (Haug 2004, 360). In eben dem Maße, in dem das Kapital mit einer sprunghaft geringeren Arbeitsmasse auskommt, um die zahlungsfähigen Bedürfnisse zu befriedigen, vermehrt es die Masse der zahlungsunfähigen Bedürftigen.

Anständig leben können diejenigen, die nicht zu den Reichen zählen, nur dank der Teilnahme am Gelderwerb. Aber die Teilnahmemöglichkeiten sind nicht nur qualitativ abgestuft, sondern quantitativ begrenzt. Es gibt bedeutend mehr Anwärter als Plätze. Dieser Überschuss wird weitersteigen, und die Zahl der Vielzuvielen wird weiter wachsen wie die Elendsquartiere, welche die Riesenstädte der Peripherie umlagern und durchsetzen und die anscheinend unaufhaltbar auch in den entwickelten Zentren Einzug halten. Auf solche Bedürftigkeit der kapitalistisch Unverwendbaren antwortet die Forderung nach Existenzgeld.

Nehmen wir an, das bedingungslose Grundeinkommen würde tatsächlich erkämpft. Die Vorstellung gemahnt an das mit Brot und Spielen erkaufte Ausscheiden des altrömischen Proletariats aus der Reihe der geschichtlichen Akteure. Das »Existenzgeld« würde die Leerstelle besetzen, an der eigentlich die Arbeit

strukturverändernd »neu zu erfinden« wäre (Haug 1999, 188-206). Die Monetarisierung des »Antikapitalismus« würde stattdessen zur Form seiner staatlich vermittelten kapitalistischen Integration. Das Geld, eine Art verallgemeinertes Hartz IV, gäbe ja der Staat, der es als Steuer in allem Verwertungs- und Wertrealisierungsgeschehen abschöpft. Es derart sozial ausgeben zu können, würde sich dem ungestörten Funktionieren des Kapitalprozesses verdanken. Obwohl gegen das Kapital erkämpft, wäre das Grundeinkommen an sich nicht antikapitalistisch.<sup>13</sup> Man kann schlecht die Kuh schlachten, wenn man ihre Milch ausschenken will. Die vom Kapital Unverwerteten würden so zu Klienten des Staates, der sie im Interesse des Kapitals sekundär verwertet, und sei es nur, indem dieser ihren Antagonismus zum Kapital umlenkt in die Antagonismen zwischen ihnen und ihresgleichen beim Streit um die Verteilung.

Die Forderung nach Existenzgeld ist populär. Der Zulauf, den sie bekommt, speist sich aus Schichten, die weniger antikapitalistisch als auf den Sozialstaat als die kompensatorische Ergänzung des Kapitalismus orientiert sind. Vielleicht werden die Erfahrungen des Kampfes ums Grundeinkommen sie entsprechend politisieren, zumal wenn sie einsehen müssen, dass eine verallgemeinerte, vom Arbeitszwang emanzipierte Existenzsicherung mit dem Kapitalismus nicht zu machen ist. Aber wäre sie ohne den Kapitalismus zu machen? Sind wir schon wieder über den Schatten gesprochen, in den wir die Ökonomie gerückt haben? Oder wissen »wir« das alles zwar, rechnen aber mit dem Unwissen der Menge? Nach Brecht fielen wir damit hinter fundamentale Erfolgsbedingungen einer auf soziale Umgestaltung gerichteten Bewegung zurück, zu denen der Verzicht auf »alles unehrliche Behandeln (taktisches Täuschen [...] usw.) der verbündeten Schichten« gehört (GW 20, 116).

Bedingungsloses Grundeinkommen wird oft als »Dekommodifizierung«<sup>14</sup> der Arbeitskraft verstanden. Verweilen wir einen Moment lang bei diesem Begriff! Die wenigsten, die dabei antikapitalistisch zu sprechen glauben, sind sich darüber im Klaren, dass innerkapitalistische Sozialpolitik sich im Rahmen einer »Dialektik von Kommodifizierung und Dekommodifizierung« entfaltet und dass »mit der Dekommodifizierung sowohl historisch als auch funktional die Kommodifizierung der Arbeitskraft einhergeht« (Brütt 2001, 267), im Rahmen staatlicher Maßnahmen, die der Stabilisierung des Kapitalismus dienen.

Die Rede von Dekommodifizierung mystifiziert oft genug die tatsächlichen Forderungen der in diesem Jargon interpretierten Bewegungen. Dass »fairer Handel« mit den dazugehörigen Unterstützungskäufen (zu etwas höheren Preisen als bei der kapitalistischen Konkurrenz) noch immer Handel ist, springt ins Auge. Auch die 2006 in den USA zu Millionen demonstrierenden lateinamerikanischen Immigranten haben nicht etwa die »Dekommodifizierung ihrer Arbeitskraft« verlangt. Im Gegenteil,

---

13 Von einigen Kapitalfraktionen wird das Existenzgeld befürwortet; manche Liberale versprechen sich davon ein Zurückdrängen staatlicher Bürokratie, und sein prominentester Fürsprecher ist Götz Werner, Besitzer der DM-Drogeriemarktkette.

14 »Kommodifizierung« (von englisch »commodity«, Ware) meint Verwandlung in Ware und damit »Inwertsetzung«; »Dekommodifizierung« Abstreifen, Aufheben der Warenform und damit »Außerwertsetzung«.



sie forderten die Emanzipation aus dem schwarzen Arbeitsmarkt in den regulären, also aus der ›Halbkommodifizierung‹ der durch ihre Illegalisierung an der ›freien‹ und ›gleichen‹ Teilnahme am Arbeitsmarkt Gehinderten in die uneingeschränkte ›Kommodifizierung‹. Das Problem derer, die ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sind, besteht genau darin, dass ihre kriminalisierte Existenzform es denen, die sie beschäftigen, erlaubt, die Marktpreise zugunsten verschärfter Ausbeutung zu unterschreiten, und denen, die ihnen eine Wohnung vermieten, sie zu überschreiten. Zusätzlich zum informellen Rassismus sorgt die formelle Illegalisierung hier dafür, dass das Geld im Blick auf die Verkäufer und Käufer bzw. Mieter nicht wie sonst, auf dem regulären Warenmarkt, »als radikaler Leveller alle Unterschiede [auslöscht]« (Marx, MEW 23, 146).

Auch die Besetzung und Weiterführung vom Kapital geschlossener Betriebe durch die entlassenen Belegschaften, dieser ungemein wichtige Vorgriff auf genossenschaftlich selbstverwaltetes Produzieren, ist mit dem Dekommodifizierungsdiskurs nicht zu begreifen. Im Gegenteil, sie setzt das Entwertete – die Anlagen nicht weniger als die Arbeitskraft der Beteiligten – wieder in Wert. Was sie abstößt, ist das Profitprinzip, das stets auf dem Sprung steht, Ort und Belegschaft um höherer Profitmöglichkeiten willen zu opfern. Wieder anders verfahren Tauschringe, in der die aus der kapitalistischen Ökonomie Herausgefallenen mit Hilfe einer Art von lokalem ›Arbeitsgeld‹ ihre kleine, wie Dieterich sagen würde, »Äquivalenzökonomie« praktizieren. Hier verlieren die ökonomischen Formen ›Ware‹ und ›Geld‹ jedes Gewicht.

Kämpfe gegen die Privatisierung bislang allgemein und gratis genutzter Ressourcen (Wasser, Urwald u.ä.m.) – zu unterscheiden vom Kampf gegen die Privatisierung bisher staatlicher Betriebe, deren Produkte bereits Warenform hatten – wendet sich nun tatsächlich gegen deren ›Inwertsetzung‹, d.h. gegen Verwandlung bisheriger ›Allmende‹ in Privateigentum und der jeweils benötigten Portionen der betreffenden Ressource in Ware. Von ›unten‹ geht es dabei um den notgedrungenen Anspruch auf weiterhin unentgeltlichen privaten Ressourcenverbrauch. Von ›oben‹, seitens der Regierungen oder kapitalistischer Mäzene wie Douglas Tompkins<sup>15</sup>, geht es im Gegenteil um Aussparungen aus dem ansonsten globalen Verwertungszusammenhang, um Reservate, d.h. um jene Ausnahmen, welche die Regel bestätigen, so sie nicht der Tourismusindustrie dienen. In beiden Fällen will, wer solches und ähnliches fordert, nicht den kapitalistischen Warencharakter aufheben, sondern ihm Grenzen setzen, wobei im ersten Fall die nicht warenförmige Ausbeutung der Natur fortgesetzt werden will, während es im zweiten Fall um Grenzen des Kapitalismus geht, die ihn, um Karl Polanyis Metapher aufzugreifen, sozial oder ökologisch »einbetten«. Eine Bewegung, die letzteres anstrebt, kritisiert den wilden Kapitalismus, nicht diesen als solchen. Ihre Position kann die eines klugen Prokapitalismus sein, dessen Kapitalismuskritik den Auswüchsen und mangelnder Nachhaltigkeit gilt.

15 Die 4500 km<sup>2</sup> seines Conservation Land Trust in Chile teilen das Land in zwei Hälften; auch in Argentinien hat der mit Präsident Kirchner befreundete Multimillionär riesige Ländereien aus Privatbesitz ›freigekauft‹ und dem Staat unter der Bedingung ihrer Verwandlung in Naturreserve übergeben.

Aber folgt die Perspektive einer »Dekommodifizierung von Leben und Arbeit« (McNally) nicht aus der marxischen Kritik des Fetischcharakter der Ware? Muss man also nicht gegen diesen kämpfen? So fragend stößt man darauf, dass man nicht unmittelbar gegen den Fetischcharakter der Ware, die über den Markt wirkende »Macht der Machwerke über die Machenden« (Haug 1974/2005, 161), kämpfen kann. Hier lässt sich eine »Einsicht« anführen, die Lenin bei seinen Imperialismusstudien einem Artikel des *Weltwirtschaftlichen Archivs* von 1910 entnommen hat, »dass eine direkte Bekämpfung des Imperialismus aussichtslos ist, es sei denn, dass man sich darauf beschränkt, gegen einige besonders hässliche Exzesse aufzutreten« (LW 39, 14). Die Stelle ist am Rand von Lenin doppelt angestrichen und mit »!! N[ota]B[ene] !!« markiert. Wenn der Kapitalismus in einem bestimmten Entwicklungsstadium imperialistisch auftritt und dies, wie Lenin in seiner Imperialismusschrift sagt, »Reaktion auf der ganzen Linie« bedeutet (LW 22, 292), muss man nicht dieses Auftreten, sondern den Kapitalismus bekämpfen. Wenn dagegen eine anti-imperialistische Bewegung vor der »unzertrennlichen Verbindung des Imperialismus [...] mit den Grundlagen des Kapitalismus« die Augen schließt, beschränkt sie sich in Lenins Augen auf eine »kleinbürgerliche, reformistische, ökonomisch von Grund aus reaktionäre Opposition« (ebd.). Nun ist aber auch die direkte Bekämpfung des »Gesamtzusammenhangs« der »subjektlosen Herrschaft der kapitalistischen Wertvergesellschaftung« (Wolter 2001) nicht anders möglich, als über eine zunächst unabschließbar erscheinende Kette von »Durchgangspunkten« und Vermittlungen, worunter auch nicht-antikapitalistische Forderungen wie die nach Grundeinkommen ihr Recht haben, soweit sie nicht »ökonomisch reaktionär« sind.

Damit landen wir wieder bei unserer Frage nach dem Wie und Woraufhin der Überwindung des Kapitalismus. Die Kritik des Fetischcharakters der Ware öffnet die Perspektive, an die Stelle der Marktvergesellschaftung von Arbeit die Selbstvergesellschaftung der Produzenten zu setzen. Sie verlangt also nach einer Antwort auf die Frage, wie dies heute vorzustellen sei. Wir können nicht mehr, wie die Kriegskommunisten nach 1917, sagen, wir schaffen kurzerhand die Ware-Geld-Beziehungen ab. Mit dem um seine Kaufmacht gebrachten Geld und mit der Warenform verschwanden damals auch die in diese Form gebannten Lebensmittel. Oder sollen wir uns in bahrosche Landkommunen zurückziehen, das heißt, uns auf eine Weise *vergemeinschaften*, die auf eine *Entgesellschaftung* hinausläuft? Das würde nur einem Bruchteil der heutigen Weltbevölkerung das Überleben sichern, und das auf einem äußerst reduzierten Niveau und auf Kosten der vielseitigen Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen. Diese Antwort kann nicht die unsrige sein. Aber welche ist es dann? Die abstrakt-totale Negation des Kapitalismus macht einen ebenso abstrakt-totalen Alternativraum auf. Solange dieser Raum leer bleibt, wird er zur offenen Flanke, in die alle möglichen Ideologien einziehen können. Wenn die gegenwärtigen Antikapitalisten, wie Nadja Rakowitz auf der frankfurter Kommunismustagung im November 2003 gesagt hat, zumeist »produktionsvergessen«, die Globalisierungskritiker verteilungssozialistisch sind, dann deutet sich eine Ungereimtheit im »antikapitalistischen« Projekt an, an deren Bearbeitung

diese »Bewegung der Bewegungen« ihre Reife zu messen hat. Antikapitalismus konkretisiert sich im Entwurf politisch-gesellschaftlicher Übergangsstadien und der glaubwürdigen Vorstellung einer alternativen Organisation gesellschaftlicher Arbeit und Distribution auf dem Niveau einer hochdifferenzierten und mit wissenschaftlichen Produktivkräften arbeitenden Weltgesellschaft.<sup>16</sup>

### 6. Ein Ungeheuer, aber ungeheuer produktiv

Beim Zusammenschluss von WASG und PDS zur Linkspartei war unbestritten, dass die neue Partei kapitalismuskritisch sein würde. Einwände gab es gegen die Festlegung auf »Antikapitalismus«. Wolfgang Gehrcke (2006) wunderte sich, »wie man für Sozialismus, auch demokratischen Sozialismus, sein kann, wenn man nicht gegen den Kapitalismus, also antikapitalistisch sein will«. Ähnlich hatte es Daniela Dahn ausgedrückt. »Demokratischer Sozialismus« wäre für sie »der demokratisch legitimierte Bruch der Herrschaft des Kapitals.« (2004)<sup>17</sup> Doch wie »bricht« man die Herrschaft des Kapitals? Und was sollte eine Mehrheit der Bevölkerung dazu bewegen, für einen solchen Bruch zu stimmen, wenn keine alternative gesellschaftliche Organisationsform der Gewinnung des Lebensnotwendigen in greifbarer Nähe steht?

Ausfüllen lässt sich das Vakuum in Sachen Vergesellschaftung nicht ohne die marxische Kapitalismustheorie. Dies aus einem Grund, der auf den ersten Blick paradox erscheint. Marx verwirft das Kritisierte nämlich nicht einfach, sondern versetzt uns zunächst in die Lage, dessen historische Produktivität zu begreifen. Vom Kapitalisten heißt es im *Kapital*: »Als Fanatiker der Verwertung des Werts zwingt er rücksichtslos die Menschheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist.« (618)

Man vergleiche damit antikapitalistische Diskurse der Gegenwart: Den »krankhaften Irrsinn des globalen Systems« (Harman 2000) anzuprangern oder vom transnationalen Kapitalismus mit seinen »transnationalen Unternehmen und unbeschränkten Finanzbewegungen« nur zu sagen, er habe »das Stadium eines bösartigen Krebsgeschwürs erreicht und wird fortfahren, menschliche und natürliche Ressourcen zu verschlingen und zu vernichten« (George 1999), macht sich zum hilflosen Antikapitalismus der starken Worte. Kein Wunder, dass Susan George etwas später erklärte: »Ich muss leider gestehen, dass ich nicht die leiseste Ahnung habe, was in diesem beginnenden 21. Jahrhundert mit ›Sturz des Kapitalismus‹ gemeint sein könnte.« (Zit.n. Callinicos)

16 »Politisch wirksam jedoch [...] kann ein Anti-Kapitalismus nur dann werden, wenn es [...] eine vorstellbare Alternative zum Kapitalismus gibt« (Havemann 2006).

17 Daniela Dahn leitet das daraus ab, dass sie von Sozialdemokraten gehört habe, Kapitalismus sei »die demokratisch legitimierte Herrschaft des Kapitals«, was allenfalls indirekt, in Gestalt eines Sich-damit-Abfindens, zutrifft, da hierüber niemals im Klartext abgestimmt worden ist.

Die Diagnose Krebsgeschwür, ernst gemeint, verlangt nach sofortiger operativer Entfernung. Hier platzt die starke Metapher wie eine Seifenblase. Susan George hätte niemals sagen können, sie habe nicht die leiseste Ahnung, was mit der operativen Entfernung eines Krebsgeschwürs gemeint sein könnte. So verdeckt die nur wortstarke Anprangerung des Kapitalismus die Probleme, die dessen konkrete Überwindung aufwirft, zusammen mit dem reformistischen Rückzug aus dem Antikapitalismus in den Anti-Neoliberalismus. Natürlich gibt es Gründe für diesen Rückzug, der vielleicht auf einen neuen Ausgangspunkt führt. Sie müssen dann aber klar ausgesprochen werden. Die Zapatisten, von denen Mitte der 1990er Jahre »viele diesen Namen zum erstenmal bewusst gehört haben: *Neoliberalismus*« (Haug 1999, 171), suchten in ihrer Position der Schwäche den breitestmöglichen Widerhall. Sie proklamierten nicht den Antikapitalismus, sondern den Kampf gegen den Neoliberalismus. Sie riefen nicht zur Abschaffung des Marktes, sondern forderten den Bau von Straßen, damit es die indigenen Bäuerinnen leichter hätten, ihre Produkte zum Markt zu bringen. Nur so konnten sie zu den Pionieren der neuen globalen Antikapitalismusbewegung werden. Ihnen wurde entgegengehalten, ihr Anti-Neoliberalismus verlange nur nach einem anderen Management des Weltkapitalismus. Fallen Kapitalismuskritik und Antikapitalismus nun plötzlich wieder auseinander wie einstmal Reform und Revolution? »Jetzt sind wir stärker«, heißt es in der Erklärung zum 13. Jahrestag des zapatistischen Aufstands: »Und wir sagen, dass es ein antikapitalistischer und linker Kampf ist, denn während einige eine andere Regierung wollen, wollen wir unser Land und unsere Welt verändern.« (1. Januar 2007) John Holloway (2003) führt ungewollt den Preis vor, den dieser Antikapitalismus von der Kapitalismustheorie selbst fordert. Ein Mythos vom »Kapital« verdrängt den wissenschaftlichen Begriff vom Kapital als einem spezifischen gesellschaftlichen Verhältnis und setzt »Macht« als solche an dessen Stelle. Nun kann behauptet werden, »dass der Kampf um die Macht eine kapitalistische Methode ist« (819). Schneidend widerspricht dem vom entgegengesetzten Extrem Heinz Dieterich: »Alle Politik ist Kampf um Macht«, und an den Übergang zu einer »nachkapitalistischen Zivilisation« ist erst zu denken, »wenn die bürgerliche Armee zerschlagen ist« (2007).<sup>18</sup> Holloway wiederum, der kapitalistisch reduzierte Politik mit Politik schlechthin identifiziert, was es antikapitalistischer Politik verbietet, sich symmetrisch zu ihr gegen sie zu stellen, erklärt: »Wir müssen also unseren Kampf als Anti-Politik begreifen, einfach weil die Existenz des Politischen selbst ein konstitutives Moment des Kapitalverhältnisses ist.« (2003, 819) Was hier essenzialistisch mit dem Gegenextrem beantwortet wird, ist die passive Dialektik, der wir uns ausliefern, »wenn wir am Politischen teilnehmen, ohne es als Form gesellschaftlicher Aktivität in Frage zu stellen« (818). Denn in der Tat ist in der kritisch-politischen Aktion deren Form dem Inhalt »materialistisch überlegen«, was die permanente kritische Reflexion auf die »Ziel- und Prozessadäquan-

---

18 Dieterich denkt den Machtkampf militärisch, und zwar mit der alten Vorstellung des einen zu erobernden Machtzentrums, »da dieses, wie in der klassischen Physik und den Militärwissenschaften, das Bewegungszentrum des Systems darstellt«.

der eigenen Organisation« verlangt (Narr 1980, 149f).<sup>19</sup> Bei Holloway gerinnt diese Rückbeugung des Blicks auf sich selbst zum negativen Gegenwesen. Um »das Tun und Denken aus den Schubladen zu befreien, in denen die kapitalistische Macht sie gefangen hält«, müsse der Kampf »sich gegen das Definieren« schlechthin richten (817). Dieses Verlangen nach Formen, die es möglich machen, »unsere einfache Weigerung, unser NEIN zum Kapitalismus auszudrücken« (818), schlägt auf den Begriff der Revolution zurück. Bernsteins berühmte Formel des Reformismus, *das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles*, taucht plötzlich am Gegenpol in Gestalt der Formel auf, dass »das Gegen selbst die Revolution ist« (817). Holloway schreibt diese Perspektive den Zapatisten zu, deren konkrete Gemeinwesenpolitik der Guten Regierung in den lacandonischen Dörfern er überspringt zugunsten seiner Formel: »Sie laden uns ein, einen gefährlichen, Schwindel erregenden Weg zu gehen, der werweißwohin führt.« (816)

Hinter dieser Verphilosophierung verbirgt sich eine epochal unüberspringbare Zweideutigkeit: Der Kampf gegen den Kapitalismus, wie er jetzt ist, zielt auch und zunächst auf einen globalgesellschaftlich und ökologisch regulierten Kapitalismus ab. Ein absoluter Antikapitalismus, der den Reformismus absolut verbannen will, katapultiert sich damit selbst aus der Welt. Nicht auszuschließen ist, dass Susan George gegen hohle Verbalradikalismen wie den umstandslosen Aufruf zum »Sturz des Kapitalismus« mit folgendem Szenarium recht behalten wird: »Vielleicht erleben wir eines Tages das, was der Philosoph Paul Virilio den ›globalen Unfall‹ genannt hat. Wenn es dazu kommt, wird er sicherlich von unermesslichem menschlichem Leid begleitet. Wenn alle Finanz- und Aktienmärkte plötzlich und gleichzeitig zusammenbrächen, würden Millionen Menschen im Zuge von Firmenpleiten, großer wie kleinerer, auf die Straße geworfen, Bankenzusammenbrüche würden die Mittel der Regierungen, eine Katastrophe abzuwenden, bei weitem übertreffen, Unsicherheit und Verbrechen würden sich breit machen und wir befänden uns in der hobbesschen Hölle eines Krieges aller gegen alle. Nennt mich eine ›Reformistin‹ – wenn ihr es wollt –, eine solche Zukunft ebenso wie eine vorprogrammierte neoliberale Zukunft möchte ich vermeiden.« (88f; zit.n. Callinicos)

Hier weicht das Streben nach einer Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise dem Verlangen nach einem Paradigmenwechsel in der Art, wie der Weltkapitalismus institutionell eingebettet und reguliert wird. Doch auch dieser Vermeidungsreformismus ist nicht davor gefeit, ungewollt aus dem Regen in eine jetzt noch unbekannte Traufe zu kommen.

Starke Worte mit schwacher Bedeutung bestücken auch die Rede von den »Killing Fields« des Kapitalismus«, mit der eine *ProKla*-Nummer überschrieben ist. Die erste Spalte des Editorials gilt den »Killing Fields« der polpotistischen Massaker als »einem der verheerendsten Völkermorde des 20. Jahrhunderts«. Dann geht der Text unmittelbar auf den Kapitalismus über, als wäre dieses Grauen auf

19 Einsichten wie die, dass das Volk oft genug parlamentarisch »mediatisiert« oder richtiger gesagt, stillgelegt« wird (Narr 1980, 153), kippen leicht um in politischen Nihilismus, demzufolge es »keinen Unterschied [macht], wer die ›Kontrolle‹ über den Staat hat« (Holloway 2003, 818).

dessen und nicht auf linkem Mist gewachsen. Kaum der Schatten eines Gedankens wird auf die Bearbeitung der Frage verwendet: »Ist all dies nur als Ergebnis des wahnhaften Wütens einer militanten Gruppe denkbar, die über Leichen ging, wenn es galt, ihre Utopie einer radikal-egalitären ländlichen Gesellschaft ins Werk zu setzen?« (*ProKla* 2/2006, 148) Diese Frage verkennt übrigens die antikapitalistische Konzeption, die den mörderischen Prozess der »Killing Fields« vorangetrieben hat. Auf diesen Löwenkopf folgt ein mäuschenhafter Abgang: »Kapitalismus bedeutet Produktion für Märkte, wobei Unternehmen Dinge produzieren und vertreiben können, die nützlich oder auch schädlich sind.« (151) Hinter der starken Rede von den »Killing Fields« des Kapitalismus« taucht schließlich folgende Idee auf: Während die Umsetzung kommunistischer Utopie zu Katastrophen wie dem Mord am eigenen Volk durch die Roten Khmer führt, sind sie beim Kapitalismus, der keine Utopie umzusetzen hat, vermeidbar durch Zivilisierung. Elmar Altvater schreibt im selben Heft die »Verteidigung von Arbeit, Natur und Geld«, also der berühmten drei Faktoren der kapitalistischen Ökonomie auf seine Fahne. Dafür gibt es immanent-kapitalistisch gute Gründe. Allerdings wären entsprechende Reformpolitiken, zumal die »Regulation des Geldes« durch »moderne Zentralbanken und Aufsichtsbehörden«, Öl statt, wie Altvater meint, »sozusagen ›Sand im Getriebe‹ der Teufelsmühle entbetteter Märkte« (167), eben deren ›Einbettung‹, die ihre Zerstörungs- und Selbsterstörungsdynamik eindämmt. Auch der Ruf nach »einer neuen Form der Artikulation von lokaler, regionaler, nationaler Ökonomie und den Institutionen des Weltmarkts« (Altvater 2005, 208) oder die Forderung, »wissenschaftliche Forschung [müsse] eingesetzt und Kapital investiert werden – allerdings auf andere Art, als dies zur Zeit geschieht« (Harman 2000), bleiben dem Kapitalismus immanent.

Auf andere Weise nimmt das Anprangern kapitalistischer Auswüchse den Antikapitalismus im Effekt zurück. Je schlimmer sie sind, desto harmloser kann sich ihre Anklage fürs System als Ganzes herausstellen. Als die »kataklismische Pleite des Energiehändlers Enron« eklatierte, bei der die Führungsspitze des siebtgrößten Konzerns der USA »vor dem Totalkollaps Aktien im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar abstieß, den Angestellten hingegen, deren Pensionskonto zunehmend schrumpfte, ein Verkaufsverbot auferlegte«, meinte Jordan Mejias in der *FAZ* (2002): »Im kapitalistisch reinsten Land der Welt müsste der Skandal sich zum antikapitalistischen Lehrstück zuspitzen, wie es sich ein Bertolt Brecht nicht polemischer hätte ausdenken können.« Doch warum versickerte dann der antikapitalistische Effekt? Schon Machiavelli hat gelehrt, dass Skandale dadurch, dass man sie auffliegen lassen kann, für die Reproduktion eines Herrschaftssystems unerlässlich sind. Stattdessen gilt es, die Kritik im »idealen Durchschnitt des Systems« zu verankern. Das Publikum ist freilich leichter zu beeindrucken, wenn man vom Extrem ausgeht: »Der ›neue Imperialismus‹ des 21. Jahrhunderts ist eine Ökonomie der Enteignung« (Altvater 2006, 165, unter Berufung auf Harvey 2005). Zu fürchten ist, dass der Eindruck beim Publikum nicht vorhält. Dass »die Akkumulation des Kapitals [...] erneut eher auf Enteignung [gründet ...] als auf Produktion des Surplus« (Altvater, ebd.), passt zum

Heißhunger nach Billigarbeit, der die transnationalen Konzerne in Scharen nach China treibt, so wenig wie zum herrschenden Produktivismus und Konsumismus. Wie die Skandalisierung von Auswüchsen den Normalfall aus der Schusslinie nimmt, so vollends die Umlenkung der Kritik auf die USA den Weltkapitalismus als solchen, wenn der gegenwärtige Weltzustand als »Barbarei« beschrieben wird, »die von einem einzigen mächtigen Land ausgeht: den USA« (Foster/Clark 2005, 499).

### 7. Zum ›Wir‹ der Theorie

Die Frage, die das Feld des Antikapitalismus umtreibt, ist von Wolf-Dieter Narr auf die Formel gebracht worden: »Wie können die im bestehenden System eingefleischten Interessen mehrheitlich so aufgenommen und weiterentwickelt werden, dass eine Massenbewegung [...] in der Tat zur politisch-verändernden Gewalt [wird]. Dieses Dilemma wird in einer gefährlichen [...] Weise von denjenigen übersehen, die wie Bahro in der Ökologie und im nicht weiter beschriebenen ›neuen Bewusstsein‹ jetzt die ›Kapazität‹ sehen – repräsentiert freilich durch die stellvertretenden und besser wissenden Intellektuellen –, ›an die große Mehrheit der Gesellschaft [...] den Entwurf einer Gesamtalternative heranzutragen‹ (Bahro 1980). Kein Wunder, dass solchen Gesamt- und Heilsverkündern auch ›Organisationsfragen‹ bloß ›abgeleiteter‹ [...] Natur zu sein scheinen.« (1980, 159) Zu diesen Fragen gehören die nach der Führung, der theoretisch fundierten Wirklichkeitsanalyse und deren Subjekten, sowie nach der auf dieser Analyse gegründeten Strategie.

Wenn wir, Holloway folgend, die Macht schlechthin und mit ihr Führung und Theorie ablehnen, verwickeln wir uns in den Selbstwiderspruch aller Unmittelbarkeitstheoretiker. Es deutet sich an, wo Holloway über das Verhältnis seines Diskurses zu den Zapatisten sagt: »Ich lege ihnen Worte in den Mund.« (2003, Fn. 4) Wie aus der Abschaffung formeller Führung unkontrollierte faktische Führung entspringt, so aus der Selbstabsetzung des Theoretikers als solchem unkontrollierte Theorie. »Die Revolution«, lässt Holloway Comandante Tacho sagen, »ist wie Unterricht in einer Schule, die noch gar nicht gebaut wurde.« (816) Gibt es keine Bibliothek? Keine Lehrer? Werden wir also auch nicht das akkumulierte Wissen über den Kapitalismus studieren, sondern auf direktem Weg »eine viel tiefere Ablehnung des Kapitalismus« (ebd.) praktizieren? Es ist wahr, in bestimmter Hinsicht sind wir immer gezwungen, ohne Vorlauf voranzulaufen. Aber wir tun dies in einem über und über interpretierten Universum. Die Botschaft, die ein Wir beschwört, in das keine Arbeitsteilung eindringt, vernehmen wir aus dem Munde arbeitsteilig spezialisierter Intellektueller, die mit Sätzen wie dem, dass es keiner Führung bedürfe, die Führung beanspruchen. Analog regieren sie über die Theorie. Dieterich erklärt uns, sie sei, »dialektisch gesehen, immer ›just-in-time-Produktion‹«. Sein Gegenspieler Holloway schafft sie – in Worten, nicht in der Tat – vollends aus der Welt: »Wir sind gezwungen, uns einen eigenen Weg zu schaffen, bei dem uns nur der Stern der Utopie führt.« (Ebd.) Das ist der Stern aus der Geschichte der Heiligen Drei Könige, doch kaum der rote Stern der konkreten Utopie. Das derart von ihm interpretierte Projekt des zapatistischen

Subcomandante Marcos, dessen Charisma sich nicht zuletzt aus seinem Anarbeiten gegen das Charisma eines Führers speist, wäre längst untergegangen, ließe es sich einzig vom »Stern der Utopie« führen.

Wie die Intellektuellen des Marxismus-Leninismus keine Intellektuellen zu sein hatten, so die Führer der fetischisierten Unmittelbarkeit keine Führer und ihre Theorie keine Theorie. Jeder dieser Punkte des Verschwindens bezeichnet eine der Einbruchsstellen, an denen immer erneut »aus handlungsleitender Theorie Handlungen verstellende Ideologie« wird (Narr 1980, 152). Das Wir des Diskurses muss ins Freie kommen. Ungelogen geht dies nur, wenn seine Legitimität anerkannt wird.

### 8. »Der Vorhang zu und alle Fragen offen«?

Capitalism will change and, ultimately, be displaced, only if overwhelming pressure is applied by the majority. Failing that, capitalism may persist indefinitely, in spite of its rising human and environmental costs.  
(Alfredo Saad-Filho, 2002)

Wer die mögliche »Andere Welt« ansteuern will, muss die Welt-wie-sie-ist kennen, denn in ihr versucht er zu steuern. Kenntnis reicht nicht. Sie muss in Erkenntnis umgearbeitet werden. Ohne Auseinandersetzung mit der marxischen Kapitalismustheorie kann es keine klare Vorstellung vom Vergesellschaftungskern einer progressiven Alternative zum Kapitalismus geben. Die antikapitalistischen Revolutionen »gegen *Das Kapital*« (Gramsci, vgl. Buey in diesem Heft) sind, nach Anfangerfolgen, allesamt gescheitert. Muss man wirklich extra sagen, dass eine bloß moralische Verurteilung des Kapitalismus, kommt sie nicht auf geschichtsmaterialistischen Boden, von diesem allemal ideologisch integriert wird?

Wenn Prokapitalismus ohne *Kapital*-Kenntnis sich zur Blindheit verurteilt, so Reformismus ohne *Kapital*-Kenntnis zur Illusion, während Antikapitalismus ins Regressive arbeitsintensiverer Produktionsweisen umzuschlagen droht.<sup>20</sup> Das marxische *Kapital* ist »auch heute noch eine Blaupause«, wie Karl-Heinz Roth etwas merkwürdig sagt, »von der aus eine kleine Gruppe kluger Leute sich daran machen könnte, die Kritik der politischen Ökonomie auf der heute erreichten Ebene des Zusammenstoßes zwischen transnational operierenden Unternehmen und einer weltweiten Konkurrenzmechanismen ausgesetzten Arbeiterklasse neu auszuformulieren« (2005, 50).

Da der Kapitalismus, wie sich in Anlehnung an einen Satz von Brecht sagen lässt, auch das Tun des Nützlichen monopolisiert, kann er nicht in Bausch und Bogen verurteilt werden. Er hat gleichsam das Produktive der Gesellschaft als Geisel genommen. Die Aufgabe bestünde darin, ihm diesen seinen integralen Bestandteil zu entwinden

20 An der Grenze zu solcher Regression bewegt sich die Forderung nach einer »Reorganisation der Warenproduktion zugunsten des Gewichts der werterzeugenden Arbeit und zulasten der Rolle der Sachanlagen«; begründet wird sie damit, dass die »Substitution von Arbeitskräften durch Fixkapital« die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (Neuwertbildung) beeinträchtigt (Tjaden/Peter 2006, 36).



oder, um im Bild zu bleiben, die Geisel zu befreien, ohne sie zu gefährden. Anders landet man bei der Position derjenigen, die Marx zu seiner Zeit die »Gegensätzlichen« nannte, weil sie sich dem Kapitalismus undialektisch entgegensetzten und folglich das System mitsamt seinen Früchten abschaffen wollten: »Sie teilen hierin – wenn auch von dem umgekehrten Pol – mit den [bürgerlichen] Ökonomen die Borniertheit, die gegensätzliche Form dieser Entwicklung mit ihrem Gehalt selbst zu verwechseln. Die einen wollen den Gegensatz verewigen seiner Frucht wegen. Die anderen sind entschlossen, um den Gegensatz loszuwerden, die in dieser antagonistischen Form herangewachsenen Früchte aufzuopfern.« (MEW 26.3/257) Solche Antikapitalisten treten daher »asketisch« auf (ebd.), heute »mit Varianten des Ausstiegs, der Askese« (Krysmanski 2001). Tatsächlich bieten, historisch gesehen, Kapitalismus und Demokratie, wie Rosa Luxemburg in der Revisionismusdebatte glasklar zum Ausdruck bringt, »neben und zugleich mit *Hindernissen* auch die einzigen *Möglichkeiten*, das sozialistische Programm zu verwirklichen« (W 1/1). Was die Demokratie anbelangt, »so ist sie für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich [...], weil sie politische Formen (Selbstverwaltung, Wahlrecht u.dgl.) schafft, die als Ansätze und Stützpunkte [...] dienen werden«, zweitens, »weil [...] nur in dem Kampfe um die Demokratie, in der Ausübung ihrer Rechte das Proletariat zum Bewusstsein seiner Klasseninteressen und seiner geschichtlichen Aufgaben kommen kann« (ebd.). Proletariat, dieser auf den ersten Blick veraltetste aller Begriffe, ist vielleicht der aktuellste, weil er jede nationale, ethnische und geschlechtliche Schranke sprengt und die Marginalisierten und Ausgeschlossenen ebenso umschließt wie die Kernarbeiterschaft, die wissenschaftlich-technische Intelligenz und alle Scheinselbständigen. Sie wissen es nicht, aber sie sind es. Sie könnten *sich selbst* – und damit anders als jetzt – zusammennehmen. Diese fürs Erste ferne reale Möglichkeit begründet die mögliche Realität des Antikapitalismus.

Sofern Gesinnungsreden an dieser Wirklichkeitsbedingung vorbeireden, weisen sie mit ihren leicht erklärbaren Positionen auf die Schnelle einen fürs Erste leichter scheinenden Weg. Beim Scheitern werden sie bereits woanders sein und es angeblich besser gewusst haben. Sie produzieren den Protest als Strohfeder, überreden, statt aufzuklären. Gegensätze zuzudecken, die eine Sammlungsbewegung spalten, befriedigt ein verständliches Bedürfnis. Aber verstehen heißt nicht verzeihen. Damit die Gegensätze nicht die Bewegung spalten, ist, in Brechts Worten, »Operieren können mit Antinomien« verlangt (GA 21, 578). Um diese dialektische Kunst der Politik auf dem antikapitalistischen Feld praktizieren zu können, muss man dessen Antinomien studieren und auch herausarbeiten, in welcher Form sie wiederkehren, wenn sie rhetorisch verdrängt werden. Es wird sich dann zeigen, dass keine der reformistischen Politiken, aber auch keiner der revolutionaristischen Angriffe auf diese, prinzipiell falsch sind, sondern dass ihre einseitige und die Bewegung stillstellende Fixierung sie falsch macht. Das hat in aller Klarheit Rosa Luxemburg begriffen: »Der Parlamentarismus als alleinseligmachendes politisches Kampfmittel der Arbeiterklasse ist ebenso phantastisch und in letzter Linie reaktionär wie der alleinseligmachende Generalstreik oder die alleinseligmachende Barrikade.« (W 1/2, 247)

In dem Maße, in dem Fragen einer nicht mehr antagonistischen und die Erde ausplündernden Vergesellschaftungsweise auf die Tagesordnung rücken, beginnt der Antikapitalismus, seinen Charakter einer bloßen Allegorie, die jeweils etwas anderes besagt, als sie sagt, abzustreifen. Seinen Theoretikern, die sich nicht im »just-in-time« erschöpfen, fällt dann auch die Aufgabe zu, die abgerissenen Debatten über demokratische Wirtschaftsplanung wieder aufzunehmen. Computer und Internet stellen inzwischen die technische Grundlage für dezentrale und gleitende Vergesellschaftungsformen von Produktion und Distribution bereit. Ohne theoretischen Vorlauf bleibt es bei vorlauter Rhetorik. Die bloße Proklamation, man sei für Sozialismus, verkommt dann zum Blickfang, hinter dem sich irgendeine reformierte Variante von Kapitalismus verbirgt. Sie wäre nicht das Schlechteste. Die bloße Proklamation aber »For an anti-capitalist, socialist world« (Intern. Soc. Resistance) scheint unentwegt zu versuchen, ein stehendes politisches Heer zusammenzuhalten, dem man nicht zutraut, den Kräfteverhältnissen ins Auge zu sehen. Es wird vielleicht nie zum Einsatz kommen und sich immer wieder zerstreuen, sobald es dessen innewird. Die antikapitalistischen Reformen werden dann ebenso regelmäßig vom Kapitalismus eingeschmolzen.

Wir dürfen also keineswegs den Antikapitalismus von der Bürde befreien, den Vermittlungszusammenhang genauer anzuvisieren. Schon gar nicht mit dem Argument, er sei anders nicht bewegungsfähig. Das Gegenteil ist richtig. Antikapitalistische Handlungsfähigkeit entscheidet sich an den politischen Vermittlungen<sup>21</sup>, den Übergangslösungen und den weitertreibenden Forderungen. Als solche eingesetzt, können reformistische Ziele wie das Grundeinkommen oder kann die Konzentration der Kritik auf den Neoliberalismus dazu beitragen, den Bann des Bestehenden zu brechen. Entscheidend ist die Fähigkeit zur bestimmten Negation, die weiß, worauf sie hinaus will, an welchen Elementen des Neuen sie ansetzt und mit wem sie sich dabei verbündet. Wenn es nicht zur »Liquidation statt der Aufhebung, der formalen anstatt der bestimmten Negation« kommen soll (*Dialektik der Aufklärung*, 231), muss ich nicht nur den *terminus a quo*, das Wogegen, vor Augen haben, sondern auch den *terminus ad quem*, das Wofür und Woraufhin der Kritik. Die wichtigste Vermittlung, immer wieder konkret anzustrengen, ist die zwischen Nah- und Fernzielen. Sie übersetzt Rosa Luxemburgs Leitvorstellung revolutionärer Realpolitik je neu ins Gegenwärtige und Konkrete (vgl. dazu Frigga Haug 2007, Kap. 2). Sie bewährt sich dann, wenn im Nahen das Ferne aufscheint. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir je erreichen, was bei Luxemburg noch »Endziel« heißt? Die Vermittlung, um die es uns gehen muss, ist keine Vertagung, sondern sie ist von der Einsicht durchdrungen, dass kein letztes Gefecht bevorsteht. Zielbegriffe wie die solidarische Assoziation der Produzenten, von der verlangt werden kann, dass sie die Erde »den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« hat (Marx, MEW 25, 784), sind unentbehrlich, und ihre praktische Umsetzung beginnt mitten in der Gegenwart.

21 »Es gibt keine »unerlässlichen politischen Vermittlungen«, behauptet dagegen Holloway in seiner Antwort auf Atilio Boron (2003), der diese eingefordert hatte, »oder vielmehr sind die einzigen »unerlässlichen politischen Vermittlungen« [...] die Akzeptanz kapitalistischer Herrschaft«. Hier verschluckt der Antikapitalismus sich am Ende selbst wie der Annihilator im *Yellow Submarine*. Vgl. meinen Vermittlungsversuch zur Holloway-Boron-Kontroverse (2003).

## Literatur

- Adorno, Theodor W., *Negative Dialektik* (1969), Gesammelte Schriften, Bd. 6
- Altwater, Elmar, *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005
- ders., »Die zerstörerische Schöpfung. Kapitalistische Entwicklung zwischen Zivilisierung und Entzivilisierung«, in: *ProKla*, 36. Jg., 2006, H. 2, 157-75
- Bahro, Rudolf, »Die Linke unter der Fahne des ökonomischen Humanismus sammeln«, in: *Frankfurter Rundschau*, 8. u. 9.4.1980
- Boron, Attilio A., »Der Urwald und die Polis. Fragen an die politische Theorie des Zapatismus«, in: *Das Argument* 253, 45. Jg., 2003, H. 6, 796-809
- Braun, Volker, *Schriften in zeitlicher Folge*, Bd. 7, Halle-Leipzig 1991
- Brecht, Bertolt, *Gesammelte Werke*, 20 Bde., Frankfurt/M 1967 (zit. GW)
- ders., *Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe*, Berlin-Weimar-Frankfurt/M 1989ff (zit. GA)
- Brütt, Christian, »Neoliberalismus plus«. Re-Kommodifizierung im aktivierenden Sozialstaat«, in: Mario Candeias u. Frank Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, 265-83
- Butenko, Anatolij, »Über die revolutionäre Umgestaltung des staatlich-administrativen Sozialismus«, in: Juri Afanassjew (Hg.), *Es gibt keine Alternative zu Perestrojka: Glasnost, Demokratie, Sozialismus*, Nördlingen 1988, 640-61
- Callinicos, Alex, *Antikapitalistisches Manifest*, Hamburg 2004
- Dahn, Daniela, »Antikapitalismus ist realistisch und zeitgemäß«, in: *Neues Deutschland*, 28./29.6.03, 24
- Dieterich, Heinz, »Historische Chance«, in: *junge welt*, 2.2.2007, 10
- Foster, John Bellamy, u. Brett Clark, »Imperium der Barbarei«, in: *Utopie kreativ* 176, Juni 2005, 491-503
- Gehrcke, Wolfgang, »Wir sind wieder bei Marx – unter seinem Banner.«, Beitrag zu den Regional-konferenzen der Linken am 11. und 12.11.2006 (Ms.)
- George, Susan, *The Lugano Report: Preserving Capitalism in the 21<sup>st</sup> Century*, London 1999
- Harman, Chris, »Antikapitalismus – Theorie und Praxis«, dt. von *Linksruck*, zuerst: »Anti-capitalism: theory and practice«, in: *International Socialism* 88 (Herbst 2000), London
- Harvey, David, *Der neue Imperialismus*, aus dem Amerikanischen von Britta Dutke, Hamburg 2005
- Haug, Frigga, *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*, Hamburg 2007
- Haug, Wolfgang Fritz, »Zur Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie« (1972), in: ders., *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Hamburg 2006, 235-59
- ders., *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974), Neufassung, Hamburg 2005
- ders., »Die Dialektik des Marxismus lernen« (1984), in: ders., *Pluraler Marxismus*, Bd. 1, Berlin/W 1985, 52-61
- ders., *Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, Hamburg 1989
- ders., *Perestrojka-Journal. Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen*, Hamburg 1990
- ders., *Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 1999
- ders., »Zivilgesellschaft – Kämpfe im Zweideutigen. Zur Kontroverse über die neozapatistische Politik«, in: *Das Argument* 253, 45. Jg., 2003, H. 6, 845-60
- ders., *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003, 2.A. 2005

- ders., »Arbeit im High-Tech-Kapitalismus«, in: *Das Argument* 256, 46. Jg., 2004, H. 3/4, 357-68
- ders., *Où en sommes-nous avec la dialectique?*, [www.wolfgangfritzhau.inkrit.de](http://www.wolfgangfritzhau.inkrit.de)
- Havemann, Florian, »Dafür dagegen«, in: *Zeitschrift für unfertige Gedanken*, April 2006
- Holloway, John, »Zapatismus als Anti-Politik«, in: *Das Argument* 253, 45. Jg., 2003, H. 6, 810-20
- Horkheimer, Max, u. Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung* (1947), zit.n. Band 3 von Adornos Gesammelten Schriften
- Krysmanski, Hans-Jürgen, »High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?«, 2001
- Lenin, Wladimir Iljitsch, *Werke*, Berlin/DDR (zit. LW)
- Marcos, Subcomandante insurgente, »Palabras de la Comandancia General del EZLN el día primero del año 2007 en Oventik, Chiapas, México«
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, 43 Bde., Berlin 1956ff (zit. MEW)
- McNally, David, *Another World is possible. Globalization and Anti-Capitalism*, Revised Expanded Edition, Winnipeg 2006
- Mejias, Jordan, »Die Bankräuber haben eine Bank gegründet. Schlimmer als der 11. September: Wie der Enron-Skandal Amerikas Wirtschaft und die politische Elite in den Abgrund reißt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.2002, 43
- Narr, Wolf-Dieter, »Zum Politikum der Form – oder warum Emanzipationsbewegungen Herrschaft nur fortlaufend erneuern, allenfalls besänftigen«, in: *Leviathan*, 8. Jg., 1980, H. 2., 143-63.
- Negt, Oskar, *Arbeit und menschliche Würde*, Göttingen 2001
- ProKla, 36. Jg., 2006, H. 2, *Die ›Killing Fields‹ des Kapitalismus*
- Ramonet, Ignacio, »L'aurore«, in: *Le Monde diplomatique*, 47. Jg., Nr. 550, Januar 2000
- Roth, Karl-Heinz, *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, Hamburg 2005
- Saad-Filho, Alfredo (Hg.), *Anti-Capitalism: A Marxist Introduction*, London 2002
- Soares, Mario, »Europa debe reaccionar«, in: *El País*, 6.2.2007, 13
- Sofsky, Wolfgang, »Der hilflose Antikapitalismus«, DeutschlandRadio Berlin, 15.8.2004
- Tjaden, Karl Hermann, u. Lothar Peter, »Wolfgang Abendroth heute – kann man von ihm noch etwas lernen?«, in: *Sozialismus*, 33. Jg., 2006, H. 6, 33-39
- Wolter, Udo, »Gezähmte Dompteure. Wider den verkürzten Antikapitalismus der Globalisierungsgegner«, in: iz3w-Sonderheft: *Gegenverkehr – Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus*, September 2001

## W.F. Haug: Grundlagen der Kapitalismuskritik (Auswahl)

### High-Tech-Kapitalismus

Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie  
Argument Sonderband Neue Folge AS 294 · ISBN 978-3-88619-294-6 · 19,50 € [D]

### Vorlesungen zur Einführung ins Kapital

ISBN 978-3-88619-301-1 · 15,50 € [D]

### Neue Vorlesungen zur Einführung ins Kapital

ISBN 978-3-88619-330-1 · 17,50 € [D]

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)

Wolf-Dieter Narr

## Dialektik der Antikapitalismen

Anstöße zur Diskussion

Spes contra spem –  
Hoffen, wenn alle Hoffnung vergangen ist

### I.

Kapitalistische Vergesellschaftung ist selbstverständlich. Wie immer man sie belobigen oder beweinen mag. Das ist es, was sich im 20. Jahrhundert über alle Katarakte hinweg, teilweise mit Hilfe dieser Katarakte herausgepackt hat: die von Marx schon kapitallogisch begriffene Weltordnung.

Schon zu früheren Zeiten, besonders seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts hat das machende Ausmaß globalisierter Realität erstaunt. Globalität als zuständige Größe und weitere Globalisierung als dynamische Veränderung sind jedoch seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts derart vorangetrieben worden, dass nun erstmals allen grabentiefen Ungleichheiten zum Trotz von *einer* kapitalistisch involvierten Welt gesprochen werden muss. Diejenigen Länder oder fast ganze Kontinente wie Afrika (Dick Barnett spricht zurecht vom »forgotten continent«), die noch nicht oder nicht mehr »mitkommen« werden ihren kapitalistisch marginalisierten, dem Scheine nach autochthonen Gewaltbalgereien mit UN-Tränen überlassen. Das ist der hauptsächliche Grund – zusammen mit dem damit einhergehenden Ende »realsozialistischer« Herrschaftsversuche –, der Eric Hobsbawm dazu veranlasste, vom kurzen 20. Jahrhundert zu reden, eingeklemmt zwischen den Ausbruch des 1. Weltkriegs und die den Zerfall konstatierende Selbstotterklärung der Sowjetunion 1991. Es wird durch die restlose Kehre zur etablierten und sich verfeinernd ausfällenden Globalisierung beendet. Dieser globale, in seinen Inklusionen exkludierende, in seinen Eingrenzungen ausgrenzende Kapitalismus ist jedoch kein gnädig toleranter »Sieger«, der diverse politisch ökonomisch herrschende »Glaubensarten« zuließe. Er ist midasgemäß unerbittlich, unersättlich und selbst ohne andere Chance. Sprich: kapitalistische Vergesellschaftung ist im Gegensatz zu ihren politisch ökonomischen, meist ihren politologischen Schönrednern strikt anti-plural. Sie ist. Also expandiert sie. Konsequenz soll sie weiter gelten. Tertium non datur.

Diese inklusive Exklusivität zeichnet sich im Hinblick auf die Schar ihrer meist zerstreuten und randständigen Kritikerinnen und Kritiker unter anderem dadurch aus: – dass ihre verschieden mächtigen Repräsentanten quer durch alle Institutionen, die im engeren Sinne »ökonomischen« nicht einmal an erster Stelle, von ihrem gesetzesförmigen Naturcharakter überzeugt und in diesem Sinne als Theologen, notfalls auch inquisitorisch weltweit aktiv sind. Es gibt nur eine Wahrheit als Resultante des hoch vermachteten, von kollektiven Quasiakteuren sichtbar betriebenen Weltmarkts

und seiner »trickle down effects« bis hinunter zur Fülle der Lokalitäten und ihrer menschlichen Atome; – dass kapitalistische Entwicklung als antiutopische Utopie für die übergroßen Mehrheiten aller Gesellschaften »glaubwürdig« und verhaltenswirksam vertreten werden kann: als würden kapitalistischer Arbeitsmarkt-, kapitalistische Sozial-, Bildungs- und Entwicklungswidersprüche samt ihrer eingelagerten Konflikte und einer weltweit verteilten Geopolitik der Armut über kurz oder lang qua überall exerzierten Marktöffnungen und über kurz oder länger eintretenden Wachstumsschüben ebenso behebbare sein wie behoben werden. In diesem Sinne wirken gerade die habend Herrschenden den nichthabend Nichtherrschenden gegenüber vorbildhaft positiv. Sie zeigen, dass wir »in the long run« nicht, wie Keynes kundig bemerkte, alle tot sind, sondern, koste es, was es wolle, auf einer dicker werdenden Humusschicht des Wohlstands zu leben vermögen (und an den »Kosten« verrecken immer die anderen); – dass der Kapitalismus ohne Alternative die aufgeherrschte Mobilität und Flexibilität habituell verinnerlichen macht. Konkurrierendes Versagen im mehrstufigen Wettlauf wird als eigenes Versagen erfahren. Es führt dazu, das eigene chancen-geringe Trimm-dich noch intensiver zu betreiben, auf dass eine Entpolitisierung im Sinne des Gegenteils der Bildung von Assoziationen und der Teilnahme an Gegenaktionen die Regel wird; – dass die Gegenaktionen »von unten« in der Regel bald stecken bleiben und – wichtig genug – allenfalls die harten Reibungsverluste kapitalistischer Konkurrenz oder des Mangels an Möglichkeiten, daran auch nur teilzunehmen, von verstreuten lokalen Gruppen gemildert werden. Versuche, kapitalistische Herrschaftsökonomie »von oben« zu ändern, wenn es gelungen ist, für alternativ akzentuierte Gruppen und Einzelne Regierungsbeteiligungen zu ergattern, werden im Rahmen vom Weltmarkt und »Zwängen« rasch mehr oder minder restlos kooptiert.

Das antikapitalistische Engagement wird von den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen und ihren diversen Saugnäpfen geradezu mühelos eingemeindet. Noch oppositionelle Argumente und Versuche werden kapitalistisch eingemeindet. Das geschieht nicht automatisch. Überall auf dem ungleichen Globus sorgen interessierte Gruppen dafür samt ihren meist staatlich, notfalls auch polizeilich geförderten Interessen, dass die Bildung von Assoziationen gehemmt, blockiert und möglichst dissoziativ entbildet werde. Dass keine gegenhegemonialen Ideen mehr und mehr Menschen ergreifen können. In diesem Sinne gibt es weltweit, staatlich und lokal ein hegemoniales Management auf mehreren Ebenen. Die Wirkungen antikapitalistischer Emeuten und Verhaltenssplitter sind nicht zu unterschätzen. Gleichermassen aber wäre es töricht, gering zu achten, wie verhaltenswirksam die weithin abstrakt vorgegebenen Strukturen und Institutionen definieren. Die negative Vergesellschaftung »lebt« zum einen gerade von ihrer dissoziativen Kraft. Zum anderen gewinnt sie eine unendliche Kette von Motiven daraus, dass Erfolge nicht ausbleiben: in der Konkurrenz im Einzelnen und den Klassen der Habenden und Herrschenden je nach Ländern kollektiv verschieden. Das Leistungsmotiv von schon vor der Wiege bis nach der Bahre und seine positiven Sanktionen für diejenigen, die es schaffen, macht das Paradoxon der nicht gesellschaftlichen Gesellschaft möglich. Es handelt sich um eine allgemeine »Versportlichung« (darum ist, nebenbei gesagt, das, was im längst

kapitalistisch professionalisierten Sport bis hinunter zum Kindersport passiert, alles andere als nebensächlich). Die »Objektivität« kapitalistischer Verhältnisse macht die menschlichen Subjekte durchgehend zu abhängigen Variablen. Also versteht sich die kapitalistische Vergesellschaftung von selbst. Überall besteht sie. Alles durchdringt sie. Das, was ihr antikapitalistisch entgegensteht, kann nur im kapitalistisch gesetzten Rahmen in schier verschwindenden Minderheiten antreten; dem davon bestimmten Spielfeld und seinen Regeln.

## II.

Nötige antikapitalistische Lernprozesse. Sollen Lernprozesse nicht von vornherein kapitalistisch absorbiert werden mit tödlichem Ausgang für alle auf radikale Alternativen bezogene Konzeptionen und/oder Protestformen, sind Folgerungen erforderlich. Sie sind immer erneut zu erproben. a) Am Anfang steht das Erfordernis zusätzlicher Analyse. Gäbe es das marx'sche Werk nicht, man müsste es neu erfinden. Damit man verstehe, was kapitalistisch der Fall ist. Zugleich aber gilt: man muss mit verbessertem, Brechts Verfremdungstechnik verstärkenden ethnologischem Blick die Gegenwart kapitalistischer Vergesellschaftung wahrnehmen. Sonst widerspräche man all dem, was *historisch materialistische Analyse* ausmacht.

b) Die Bedeutung der Erstreckungen und Quantitäten. Jeder Spatz pfeift es seit 200 Jahren immer kecker und kreischender von den Rinnsteinen: Kapitalismus, moderne Verkehrswirtschaft, wie Max Weber sich auszudrücken beliebte, zeichnet sich durch seine »economies of scale«, durch seine Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionsprozesse auf großer Stufenleiter aus. Die Stufenleitern werden länger und länger, vermittelter und vermittelter. Massenproduktion; produktivistische Expansionen der tendenziellen »All-Ver-Warung«, Große Maschinerien – siehe Marx dazu besonders einsichtsvolle Faszination in den *Grundrisen* –, nationale, internationale, globale Märkte ... wer nennt die Ausdehnungen, bezeichnet ausufernde Vergegenständlichungen und vergegenständlichte Menschen, die kapitalistisch jeden Tag neu zusammenkommen?! Im Kapitalismus nichts Neues also? Nein und ja. Die Kontinua sind prägsam. Dennoch macht es mehrere Differenzen ums Ganze, ob die Globalisierung eine inhärente Tendenz darstellt. Ob beispielsweise britische Kapitalisten und Staat Hand in Hand im seinerzeit ersten »workshop of the world« – trefflich dazu Hobsbawms Büchersequenz – Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts fast singulär, über ein höheres Niveau von FdI (= Foreign direct investments) verfügten oder ob im letzten Schub seit den Siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine Form der Globalität erreicht wird, die die gesamte bewohnte Erde zu ihren Rhythmen Tanzen macht.

c) Globalisierung, Wachstum und Introversion. Globalisierung bedeutet Zunahme der Abstraktion. Auch für diese Beobachtung gilt, dass Abstrahierung, also Abstraktion als ein Prozess kapitalistischer Vergesellschaftung eignet – fast im Oxymoron ausgedrückt: das Merkmalslose wird Merkmal. Das »Uneigentümliche« wird zur Eigentümlichkeit. Das lateinische Verbum *abstrahere* bedeutet zunächst dies. *Abstrahere* heißt »absehen von« oder »berauben«. Beides meint: absehen von Besonderem oder, deutlicher, des Eigentümlichen berauben. Das abstrakte Mittel nimmt seiner-

seits mehrere Funktionen an. Aus einem Mittel wird wenigstens ein Mit-Subjekt versachlichter Art. Sein Name mit (fast) allen Möglichkeiten im Rucksack: Geld – vgl. erneut die Geldkapitel in den *Grundrissen* als erste Einführung.

Zum einen: ein sich totalisierender Welt->Markt – die weniger ironisch als kognitiv nötigen Führungszeichen sind immer mitzudenken – bedarf auch im Kontext des expansiven ›Real‹- oder Industriekapitals und seiner weltweiten Produktionsstätten eines abstrakten Mittelziels (fast einer aristotelischen Formursache ähnlich), das dieser aktuell höchsten aller irdisch realisierbaren Abstraktion korrespondiert: das ist das vollends aller irdischen Schwere, allem Eigenwert ledige virtuelle Geld. Dieses Geld aber, das nun eine allein globalkapitalistisch erträgliche Leichtigkeit des Seins gewonnen hat, kann gerade aufgrund seiner selbst innerkapitalistischen Abgehobenheit, seinen quasisubjektiven Funktionen als Orientierungs- und Regulierungseinheit eine Eigendynamik entwickeln, die aller üblichen Haushaltspolitik entflucht.

Die extreme Dissoziation, von Ulrich Beck und anderen Toren »Individualisierung« genannt (mit der impliziten Annahme, bei diesen abstrakten Individuen handle es sich um gehfähige, mit allen Organen ausgestattete, bewusstseins- und entscheidungsfähige Personen), schafft eine neue global vereinzelt Interessenbindung, einen in ihr steckenden a-sozial-abstrakten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele wichtigen Untersuchungen habe ich nicht zur Kenntnis genommen, die diesen Fragen im Zusammenhang kapitalismuskritisch, nicht kapitalismummimetisch nachgehen. So hoffe ich wenigstens vermuten zu dürfen. Auf meinem unzureichenden Stand des Wissens scheint es mir jedoch ein beträchtliches Defizit, wie wenig die Kapitalanalyse nach Marx Anstrengungen eines gewiss nicht simplen Begriffs der spezifischen Eigenarten dieses globalen Kapitalismus unternimmt – Marx sah diese Entwicklungen erst anheben. Der fragmentarisch geliebene Dritte Band des *Kapitals* drückt das u.a. aus.

Zum anderen: Globale Entgrenzung findet am Globus ihre Grenze. Das bedeutet im Unterschied zu den »alten« Imperialismustheorien der vorletzten Jahrhundertwende, die noch eher krisenstüchtig Kolonialisierungen durch kapitalistische Länder im Sinne der Externalisierung kapitalistisch angelegter Krisen zu begreifen suchten, dass alle Externalisierung nur noch in Form der Internalisierung erfolgen kann (s. ein wenig ausführlicher von mir in der *ProKla*, 2003). Nun werden die noch nicht durch die »open door policies« herrschender Ökonomien geöffneten Länder dem ›Markt‹ restlos zugänglich zu machen gesucht. Diese mehrdimensionale kapitalistische Durchdringung, eine Aufhebung aller gesellschaftlichen Bereiche in Form der Dissoziation und der Verengung auf sich »rechnende« Interessen, kann als tendenziell unbegrenzte Sublimierung kapitalistischer Abstraktion verstanden werden. Zusätzlich drängt die Frage, was diese Entwicklung über die humanen Kosten hinaus an veränderten Konfliktpotenzialen in sich berge.

d) Aus dem Ruder gelaufen: (gesellschaftliche) Statik und Dynamik. Ein augenöffnender Aufsatz Adornos (1962) handelt von diesen beiden widersprüchlichen, aber nicht dichotomen gesellschaftlichen Aggregatzuständen und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Unschwer einzusehen ist, dass eher statisch verharrende Gesellschaften, in denen der lokale/regionale Raumbezug dominiert, der Vormoderne zuzuordnen sind, eher dynamische, also linear zeitlich in die Zukunft gerichtete der Moderne.



Sowohl primär statisch wie primär dynamisch akzentuierte Gesellschaften haben ihre Gefahren, die in Sachen »statisches Gesellschaftskonzept« dann katastrophal aktuell werden, wenn eine »moderne Verkehrsgesellschaft« statisch vorwärts gezwungen werden soll. Der Nazismus mit seinen dynamischen Instrumenten, von der Partei als »Bewegung« an bis zur »Endlösung« als menschenübernder Raumnahme »blut- und bodenverhafteter Arier«, fand darin seine hauptsächlichlichen terroristischen Eigenarten. Von »Moderne« zu reden, heißt auch, von Erfindungen sprechen. Karl Mannheim hat in den dreißiger Jahren die moderne Sequenz durch eine Verbenfolge kurzzufassen gesucht: »finden, erfinden, planen.« (Mannheim 1958, 175ff) John McDermott hat später an Stelle des kapitalistischen Marktprinzips im 19. Jahrhundert, *laissez faire, laissez aller*, das gesetzt, was Mannheim unter »planen« verstanden hat: *laissez innover* (McDermott 1975). Verführe man inhaltsanalytisch quantitativ, ließe sich feststellen, dass der Ausdruck »Innovation« tatsächlich die Schlüsselgröße der letzten Jahrzehnte darstellt. Zum wiederholten Male trifft zu: die Bedeutung strikt technischer, neuerdings technologischer Innovationen mit erheblichen gesellschaftlichen Effekten ist kapitalismuskalt – siehe ebenfalls erneut Marx zur Großen Maschinerie in den *Grundrissen*. Wollte man beschreiben, wie sich Herrschaft vergrößert, in alle menschlichen Regionen gedungen, beschleunigt und intensiviert hat, man könnte es an ihren kommunikativen Schüben tun: vom ersten Straßenbau, der Eisenbahn, dem Straßen- und Autobau gegenwartwärts bis zu den heute definierenden Informations- und Kommunikationstechnologien. Nur bei prinzipiell »unberührter« Kapital-Herrschaft werden die sozialen Voraussetzungen und Folgen schier enthemmt produziert, die Technologien, also nicht nur als Instrumente begrenzte Techniken, als ihre sozialen Bedingungen benötigen. Die Quadriga der Arbeitsmarkt-, der Forschungs-, der Bildungs- und der Sozialpolitiken, wie sie in den letzten Jahrzehnten unbeschadet aller Varianten nicht zuletzt von den kapitalistisch und militaristisch führenden Staaten gefahren wird, demonstriert die rücksichtslose Instrumentalisierung der Unterworfenen (= Subjekte) technologischen Kapitals. Die wieder enger verfingeren Vorkehrungen innerer und äußerer Sicherheit sollen u.a. dafür sorgen, die dissoziierten, wengleich quantitativ massenhaften Verluste technologischen Fortschritts, so's nottut, in präventiver Repression zu entsorgen. Die funktionale Superabstraktion ermöglicht die Technologien. Ohne sie wären die globalisierten Tatsachen – als die *faits sociaux d'aujourd'hui!* – heute nicht wirksam und nanotechnologisch weiterzuentwickeln. Hinzu kommt erneut die Veralltäglichung technologischer Neuerungen als Sozialersatz bis in den Intimbereich.

Ist angesichts der kapitalistisch bestimmten Dynamik der Technologisierung in Form und Funktion der sozialistisch weithin vertretene produktivkräftige Technik-/Technologieglaube noch angebracht? Kaum! Auf den Zaubermeister Goethes, der den inkompetenten Lehrling ablöst, wird man nicht mehr zurückgreifen können dürfen. Die Technologien sind nicht kapitalismuskalt zu haben.

## III.

Marx' Bemerkung, dass ›das Kapital‹ eine *soziale* Beziehung darstelle, ist bekanntlich keine randständige Fußnote. Sie ist für die Kritik der politischen Ökonomie zentral. Aus dieser emphatisch politisch-sozialen Einsicht gegen alle naturalistischen Fetischisierungen sind jedenfalls in Richtung des globalisierten Kapitalismus unzureichende Konsequenzen gezogen worden. Wie unzureichend diese sind, ist auf den ersten Blick daran zu erkennen, wie die innere Ausdifferenzierung kapitalistischer Gesellschaftsformation, mit Bourdieu ausgedrückt, in ökonomische, politische und kulturelle Kapitalverhältnisse, als handle es sich um eigene Größen, verdinglicht und systematisiert worden ist.

Erste Konsequenz: nicht im Sinne der reichlich analysearmen und in die herrschende Gesellschaft wohl eingepackten akademischen Fächer verstanden, hat alle Kritik politischer Ökonomie (vom unerreichten Adam Smith bis zu den hinter mathematisierenden Formeln verborgenen neoklassischen Ideologen) als eine *Kritik der politischen Soziologie* zu beginnen und zu verfahren. Sprich: durchgehend sind Macht- und Herrschaftsverhältnisse, ist die nicht anthropologisch zu naturalisierende, aber historisch anthropologisch allemal naheliegende Suche und Sucht nach individuellen und kollektiven Oberhänden in der immer erneuerten Struktur gesellschaftlicher Ungleichheiten wahrzunehmen und in allen alternativen Formen zu beachten. Dauernde Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden schon mit den ersten Arbeitsteilungen installiert: die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen und, noch durchgehender, die Teilung zwischen eher kopfarbeitenden und eher handarbeitenden Tätigkeiten. Der nicht angeborne, aber überaus nahe liegende Drang ›oben zu wohnen‹ erklärt, warum in aller Regel unter den ungleichen gesellschaftlichen Bedingungen, in denen alle sozialisiert werden, Ungleichheit selbst für die nicht zum Skandal wird, die ›unten wohnen‹, wo sie ›die schweren Ruder der Schiffe‹ bewegen müssen. Nahezu alle Formen der Anerkennung, das dichte Gespinnst positiver und negativer Sanktionen weben mit dem Mittel der Ungleichheit. Nicht soziale Gleichheit, sondern Ungleichheit versteht sich in nahezu allen Gesellschaften fast von selbst: Ungleichheit ist Trumpf. Am penetrantesten ist dies ohne Frage in der kapitalistischen Gesellschaft der Fall. Ihr Alpha und Omega sind ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse, deren Reproduktion und deren neue Produktion. Will man sozialistisch-anarchistisch prinzipielle Gleichheit der Lebensbedingungen, den ersten Grund möglicher Demokratie, erreichen, bedarf es, wie die ungewöhnliche Anarchistin Simone Weil trefflich bemerkte, nicht allein besonderer Anstrengungen der Begründung. Es bedarf auch unablässig eigener organisatorischer Anstrengungen (Kramer/Sigrist 1978). Pierre Clastre hat solche Anstrengungen schon an Jäger- und Hirtengesellschaften beobachtet. Sie scheinen ›gewusst‹ zu haben, dass alle Herrschaft materielle Ungleichheiten im weiten Sinne nur zuspitzt. Keine Weise der Vergesellschaftung beruht von der ersten Prämisse an, ich wiederhole mich, so sehr auf Ungleichheit, der Produktion von Ungleichheit und dem vergesellschaftenden Kitt von Ungleichheit wie die kapitalistische. Diese durchgehende Charakteristik gilt für die neoliberal dominierte Globalisierung der aktuellen Stufe am meisten.

Sie ist gerade nicht ›ökonomisch‹ im Sinne eng zweckrationaler Effizienz zu begreifen, sondern als Macht- und Herrschaftstatsache an erster Stelle. Das Adjektiv »neoliberal« darf freilich nicht dazu verführen, anzunehmen, es habe sich zu »altliberalen« Zeiten oder zu Zeiten, da sozialpolitisch Unterschiede grosso modo besser abgefedert wurden, prinzipiell anders verhalten. Die Vergesellschaftung qua Ungleichheit ist es zugleich (die sich in viele Ungleichheiten ausdifferenziert), die das Interesse an kapitalistischer Vergesellschaftung nicht nur ›oben‹ anhält. Dort freilich zuerst und vor allem. Das ist es, was all die vielfachen Konkurrenzen am Laufen hält: das Streben nach ungleichen Positionen mit all ihren weniger in-, als vielmehr exkludierenden Folgen. Nur wenn die vieldimensionalen Politiken der Attraktion und Differenzierung qua Ungleichheit begriffen werden – als *efficient and dignified functions* zugleich –, ist die Stärke kapitalistischer Vergesellschaftung zu ermessen.

Zweite Konsequenz: Die Erörterungen über das »Verhältnis« von »Staat« und »Kapital«, von »Ökonomie« und »Politik« sind Legion. Sie halten an. Analytisch ärgerlich ist hierbei jedoch nicht nur das »Entitätengerede«. In die Irre führt mehr noch die ›ewige‹ sozialdemokratische, sozialpolitische und meist auch sozialwissenschaftliche Annahme, ›der‹ Staat sei so weitgehend eigenfundiert, unbeschadet seiner abhängigen Eigenart als »Steuerstaat«, dass darauf zu setzen lohne, ›ihn‹ zu beeinflussen, wenn nicht zu ›erobern‹. Dann könne es gelingen, der primär ökonomisch begriffenen kapitalistischen Dynamik die schlimmsten Reißzähne zu kappen. Ohne luhmannesk ein evolutionistisches Gesetz moderner Ausdifferenzierung hochzuschreiben, wäre es falsch, den eigenen funktionalen Stellenwert der ausdifferenzierten Tandempartner zu verkennen, wie sie formell privat als Ökonomie und formell öffentlich als Staat zuerst ausgefällt worden sind. Die »Staat« genannten, allenfalls in ihren Frühzeiten personal einheitlich gebündelten Institutionen zeichneten sich, einmal etabliert, durch ihr blutig errungenes Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit, den darin beschlossenen Anspruch allgemeiner Geltung und die sie bewirkende allgemeine Legitimation aus. Darum wird bis heute auch ›links‹ staatlich, öffentlich und allgemein bis zur neueren, neoliberal komplexeren Debatte um die »öffentlichen Güter« allzu oberflächlich miteinander gleichgesetzt. Die Logik der Interessen, die die beiden nah, aber nicht aus einer Wurzel entstandenen hauptsächlichen Rationalisierungsinstitutionen der Moderne ausdifferenziert entwickeln machte, sobald sie etabliert »siamesisch« wurden – ich lasse das »kulturelle Kapital« und seine Produktionsformen dazwischen außer acht –, gilt in veränderten Formen und Funktionen in Zeiten globalen Kapitalismus gleicherweise. Wie immer es jedoch mit der begrifflich falschen »Autonomie« staatlicher Institutionen ohne Autarkie sein Bewenden gehabt haben mag, in diesen Zeiten global verdichteter und verschärfter Konkurrenz anzunehmen, ohnehin ausgeleierte und vielfach porös gewordene staatsbezogene Politik ließe sich kapitalismussubversiv oder auch nur hauchzart antikapitalistisch umpolen – eine solche Ansicht schöner Illusion (und Rationalisierung im freudschen Sinne) lässt sich wirklichkeitswissenschaftlich nicht begründen. Um ein langes Argument abzuhacken: wer Kapitalismuskritik sagt und von Staatspolitik in ähnlich nötiger radikaler Kritik

schweigt, sollte auch erstgenannte vergessen. Das, was staatliche Politik heute in den Ländern lange etablierter (National-)Staaten auszeichnet, ihr innen- und außenpolitisches Konkurrenzmanagement, ihre weltweiten sicherheitspolitischen Ausgriffe bis zum »nation-building«, ihre sicherheitspolitischen Formierungen dessen, was noch an »Innenpolitik« bleibt – einschließlich härter gewordener Inklusions- und Exklusionsformen –, die staatliche Politik »national« und »international« belegt, einschließlich des in seinen Formen entrechtlichten Rechts, dass politisch staatliche Umstrukturierungen wenigstens so umfänglich nötig wären wie politisch-ökonomische. Beide können nicht reformhomöopathisch sequenziert werden.

#### IV.

Vorsicht vor allem vor geschichtsphilosophisch imprägnierten Identifikationen. Eine lange Geschichte. Voll der Ambivalenzen. Zu vergessen, dass Identifikationen mit einem kollektiven Dritten, wie der dauernd fehlende Helmut Gollwitzer (1983) einmal hervorhob, ungeheure Kräfte freisetzen können und verändernde, wahrhaft umwälzende Politik erst ermöglichen, wäre töricht. Töricht und unentschuldigbar naiv wäre es gleichermaßen, man beachtete nicht genau, worauf sich die »projektive Identifikation« bezieht – wie Freud sich ausdrückte (vgl. u.a. *Massenpsychologie und Ich-Analyse*): ob auf den autoritären Nationalstaat oder auf eine sozialistische Zukunft (Narr 1999). Darauf hob Gollwitzer vor allem ab. Nach all den Geschehnissen des unsäglichsten 20. Jahrhunderts, des deutschen Nazismus und seiner »Endlösung« an erster, abgehobener Stelle ist jedoch abgrundtiefes Misstrauen gegenüber allen Variationen der Geschichtsphilosophie angezeigt. Solches Misstrauen ist gleichermaßen gegenüber Identifikationen angezeigt, die – und seien es die blütig versprechendsten Bewegungen, Theorien und Konzepte –, auf der Annahme übersozialer Evolutionen und Revolutionen gründen. Hinter Walter Benjamins Thesen »Über den Begriff der Geschichte«, wie er sie kurz vor seinem Selbsttod angesichts der internationalen Nazihatz im grenznahen spanischen Portbou formulierte (nach etlichen Jahren endlich mit einem Denkmal versehen), gibt es für die »Nachgeborenen«, die bessere Chancen hatten, kein Zurück. Dort heißt es unter anderem: »Die Vorstellung eines Fortschritts des Menschengeschlechts in der Geschichte ist von der Vorstellung ihres eine homogene und leere Zeit durchlaufenden Fortgangs nicht abzulösen. Die Kritik an der Vorstellung dieses Fortgangs muss die Grundlage der Kritik an der Vorstellung des Fortschritts überhaupt bilden« (1991, 701). Dass eine solche Fortschrittspauschale heute mehr denn je der antiutopischen Utopie globalen Kapitalismus in weltweit dissonantem Konzert zugrunde liegt, lohnt fast nicht weiter zu erwähnen. Für diejenigen aber, die sich antikapitalistisch wähnen und engagieren, ist es unabdingbar, sich von keinem entfernt entwicklungsautomatischen Gesummse mehr betören und zum schuldigen Toren machen zu lassen. Dazu gehört, dass es nicht mehr angeht – die Toten mögen die Toten begraben, also keine besserwisserische Fundamentalkritik nach hinten! –, sich auf Ausläufer einmal »realsozialistisch« gezäumter Parteien und der von ihnen durchherrschten Staaten im Sinne hoffender Spekulationen einzulassen. Von letzterem ist das aspekte- und informationsreiche

China-Heft, das als fülliger *Argument*-Band gerade erschienen ist, nicht frei. Meine Genossinnen und Genossen mögen verzeihen. Dass niemand so arrogant sein darf, genau zu wissen, was kommen wird, ist eines. In diesem Sinne ist aller Zukunft eine gewisse Plastizität oder, im sozialwissenschaftlichen Jargon, eine gewisse Kontingenz eigen. Ein anderes ist es aber, just die gegenwärtige herrschaftsvolle, human exzessiv kostenreiche Durchkapitalisierung Chinas und seine globale Rolle noch anders zu verbuchen, als wir dies, wenn dieser einvernehmende Plural der ersten Person gestattet ist, mit anderen Länder- und Kontinentexempeln der globalen Durchkapitalisierung tun. Verschiedene, beispielsweise lateinamerikanische Varianten ›nachholenden‹ Anschlusses an die weltweite Kapitaldynamik müssen gewiss genau beobachtet werden. Mir hat es vor allem Bolivien angetan. Mit antikapitalistischen Brechungen hat dies aber nichts zu tun. Das ist das Merkzeichen globalen Kapitalismus heute, bis zum Wehtun nüchtern zu konstatieren: dass die kapitalistische Dynamik Opfer um Opfer produziert, aber keine »Bewegung« aus sich entlässt, die sie im Sinne qualitativ anderer Entwicklung zu überwinden vermöchte. Dieses weltdeckende *factum brutum* schließt im Zuge einer Kritik der politischen Soziologie ineins mit einer Kritik der politischen Ökonomie die Kritik an undurchdachten Annahmen ein, die auf einen technologischen oder ökologischen Automatismus setzen. Als könne aus der Informations- und Kommunikationstechnologie – der prärentiös-hohle Schinken *Empire* von Negri/Hardt macht Andeutungen in dieser Richtung – sozialistisch radikal-demokratische Weltgestaltung gewonnen werden. Als führten die ökologischen Katastrophen, nicht zuletzt die Kämpfe um ausrinnende Ressourcen irgendwann doch fast naturwüchsig zu transkapitalistischen, wenn nicht sozialistischen Gesellschaftsformen (Elmar Altvater, dem ich viele Einsichten im Verlauf seiner jahrzehntelangen Kapitalismusanalyse verdanke, scheint mir in diese Richtung trügerischer Hoffnung zu tendieren). Irrige Annahmen, unter ökologisch Engagierten nicht selten, bestünden auch umgekehrt darin, es gehe primär darum, sparsamer mit den Ressourcen umzugehen, das Kyoto-Protokoll und seine daraus folgenden Praktiken zu intensivieren und andere Energien beispielsweise aus der Sonne zu nutzen, die bis jetzt noch ohne negative externe Effekte gelten, danach folge eine andere Vergesellschaftung fast von allein. So oft ich selbst die auf die wundervolle Rosa Luxemburg zurückgehende, ihr jedenfalls in der Regel zugeschriebene Drohalternative zitiert habe – an die Wand der Gegenwart geschrieben: Entweder Sozialismus oder Barbarei –, so sehr muss zum einen konstatiert werden, dass auf die schlimmste aller Barbareien, den Nazismus, seine »Endlösung«, seinen Zweiten Weltkrieg und anders den sowjetischen Kulackenmord, die Moskauer Prozesse, Gulag u.a. nicht mehr gewartet werden muss und darf – von den täglichen barbarischen Akten, vom liberalen Westen inszeniert und/oder geduldet nicht zu reden. Zum anderen darf die luxemburgische Schreck- und Warnungsformel nicht ihrerseits geschichtsphilosophisch ausgelegt werden. Als gäbe es doch so etwas wie »Weltgerechtigkeit« und stellten sich notfalls Menschen über Menschen den selbstverschuldeten Untergängen, den »normal accidents« (Charles Perrow) und den *a-normal ones* entgegen.

## V.

Keine ausgemalten Alternativen, aber fortgesetzte historisch erfahrene Phantasien nicht-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen tun not. So früheren sozialistischen und kommunistischen Bewegungen sinnvoller Weise, um des eigenen Lernens willen, ›Vorwürfe‹ gemacht werden können, so ist Kritik vor allem an deren nicht zufälliger Formblindheit zu üben (sie gilt weithin auch für die Geschichte moderner Utopien und ihrer divers vorgestellten homunculi). Inhalte zählen. Das mit gutem Grund. Auf die Ziele kommt es an erster Stelle an. Bleiben die Inhalte jedoch ohne die angemessenen Formen (Instrumente, Organisationsweisen, Habitus u.ä.m.), dann fälschen ungeeignete Mittel und Verhaltensweisen die edelsten Absichten. Der Materialismus, der praktisch den Ausschlag gibt, ist also der Materialismus der Formen oder Institutionen. Eine der raren Ausnahmen ist Rosa Luxemburg in ihren lenin-kritischen Äußerungen schon zu Zeiten der »Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie«, von ihrer seinerzeit nicht erschienenen Kritik an Lenin und Trotzki und deren Art, die Oktoberrevolution zu gestalten, im Frühjahr 1918 ganz zu schweigen. Dort findet sich die zu Recht berühmte, meist unzureichend zitierte Freiheitsbestimmung. Das meist mangelhafte Verständnis anarchistischer Äußerungen durch Sozialisten/Kommunisten hängt mit ihrer Formblindheit zusammen. An erster Stelle kann die Zielverkehrung am Instrument kollektiver Gewalt beobachtet werden. Hier ankert der große Irrtum des unverändert lesenswerten Buches von Frantz Fanon (*Die Verdammten dieser Erde*) und des fahrlässigen Vorworts von Jean Paul Sartre.

Unbeschadet lernender Kritik aber, aus der viel Erfahrung und Vorstellungskraft gewonnen werden kann, kommt es heute an erster Stelle darauf an, überlegend auszukundtschaften, wie die riesigen Größenordnungen und Extensitäten ökonomisch, politisch, kulturell organisiert werden könnten, um ca. 6 Milliarden Menschen zu behausen, zu ernähren, ihr soziales Geschick verstehen zu machen und sie an demselben teilnehmend mitbestimmen zu lassen. Einen technologischen Ersatz, die durch die Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichten, Bürokratien übertreffenden Superabstraktionen gibt es dafür nicht. Die kapitalistische Gigantomanie unserer Tage, die Riesenaggregate, genannt Nationalstaaten, all das Geschwätz von »global governance«, das dann auch noch euphemistisch vorweg mit dem Adjektiv »good« versehen wird, all diese und andere Formen, die Ulrich Beck (1988) trefflich die »organisierte Unverantwortlichkeit« genannt hat, an der EU nah zu demonstrieren, sie machen die experimentoffene Suche nach Formen anderer, human verantwortbarer und das heißt immer radikaldemokratischer, also prinzipiell übersichtlicher Organisation zum ersten Gebot unserer Zeit. Wer immer sich antikapitalistisch geriert, sie und er sollten in die Kritik am Kapitalismus immer die grob und feinziselierte Kritik an den Organisationsformen an vorderste Stelle rücken (es sei denn der »Antikapitalismus«, vgl. Christina Kaindl in diesem Heft, sei blubo-orientiert). Darüber hinaus bedeutete es nicht, undemokratisch kommenden Generationen die Butter vom Brot klauen zu wollen oder einen stellvertreterpolitischen Paternalismus alt ab dankender Leute zu betreiben, wenn wir Kritiker all unsere Phantasie

noch und noch stimulierten, über eine Kosmopolis nachzudenken, die radikal plural organisiert wäre: eine konfliktreiche, aber in ihren Aggressionen sublimierte Nachbarschaft der Eigentümlichkeiten und Andersartigkeiten!

## VI.

Diesseits und jenseits Kritischer Theorie. Selbstredend sollten Antikapitalisten in Form und Inhalt an Aktivitäten teilnehmen und/oder diese fördern, die darauf ausgehen, globalisierungskritisch zu mobilisieren und zu demonstrieren (vgl. den Beitrag von Ewald Lienen in diesem Heft). Solche »Emeuten«, wie sie Marx/Engels in der *Deutschen Ideologie* am Exempel der Lehrlinge mitten im Spätfeudalismus/Frühhkapitalismus genannt haben, haben an sich selbst Sinn. Sie bewahren Denk- und Vorstellungsmöglichkeiten; sie lassen Kritik wenigstens zeitweise zum Habitus werden. Die 11. Feuerbachthese gilt anhaltend wenigstens zusätzlich: »[...] es kömmt darauf an, sie zu verändern«, die kapitalistischen Verhältnisse nämlich. Ein schlechter Theoretiker, wer sich rein vom Dreck aller Praxis hält. Schmutzige Hände sind unvermeidlich. Sie sind theoretisch nicht zu säubern. Nur dann wäre das vorstellbar, wenn Theorie »rein« zu sein, also ohne Ambivalenzen auskommen zu können behauptete, ohne das Risiko, auf der herrschafts- und ungleichheits- und ausbeutungsgeneigten Gleitfläche auszurutschen. Ohne die Postulate in diesen Überlegungen zu negieren, gilt jedoch, dass die Wunde aller auf Praxis erpichten Theorie heute nicht mehr andauernd verbunden, vor allem, dass sie nicht geheilt werden kann. Kants hübscher Aufsatz, »Über den Gemeinspruch: das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nichts für die Praxis«, kann nicht mehr ungebrochen nacherzählt werden. Wenn die unoriginelle Einsicht in die gegebenen Bedingungen kapitalistischer Herrschaft, ihre Totalisierungen und ihre Dynamik zutrifft – und man verkennte diese Herrschaft historisch materialistisch an freien menschlichen Gesellungen orientiert, ersähe man stehaufmännchengleich Lücken und sich »alternativ« selbstaufhebende Widersprüche oder »systemwandelnde« Konflikte –, dann sind alle praktischen Versuche aufs dringendste zu wünschen und von jedem von uns zu verlangen. Und mögen sie nur einigen Sans Papiers helfen, Studierenden wenigstens brosamhaft einen Lernprozess mit selbstbewusstem Ausgang ermöglichen oder dem Taylorismus der Altenpflegeheime bei einigen vorzeitig dement gemachten alten Menschen zuwiderhandeln. Schon zu studentenbewegten Zeiten, da Marx von manchen Grüppchen weithin nur halb, nämlich dogmenfetischbedürftig rezipiert worden ist, habe ich mich darüber verwundert, dass manche ihr sozialistisches Verhalten solange aufschieben wollten, bis sich Sozialismus ereigne. Solange wollten sie sich munter und selbst undiszipliniert im Pfuhl kapitalistischer Wonnen wälzen. Ein Verhältnis von Theorie und Praxis jedoch, das antikapitalistische Gesellung nicht nur analytisch und in ihren notwendigen Formen durchdachte, sondern zeigte, wie die kapitalistischen Widersprüche und Konflikte auf eine andere Gesellschaft drängen, die »nur« noch mobilisierend durchgesetzt werden muss, ist nicht mehr möglich. Weder aufgrund analytisch unerbittlicher Theorie, noch infolge umwälzender Praxis, auch wenn man der Drehbühnenmetapher der Revolution, die schon

1789 nicht stimmte und 1917 vollends scheiterte, längst entsagt hat. Bestenfalls gälte Benjamins Umformulierung, dass Revolutionen heute bestenfalls als »Griff nach der Notbremse« verstanden werden könne. Indes, selbst eine »Notbremse«, die den globalen Vielfachzug kapitalistischer Dynamik auch nur bremste, ist nicht in Sicht. Ich für meinen Teil bin jedenfalls über die Kritische Theorie von Adorno/Horkheimer nicht hinaus. Mich berührt auch die von Habermas, Honneth und dergleichen geäußerte kritische Kritik am »Negativismus« Adornos nicht. Diese und andere Anti-Negativisten, also bejahende Positivisten, tummeln sich allzu wohlgefällig inmitten des »Projekts der Moderne«. In dessen Suchbild verirre ich mich, eines kapitalistisch gesponnenen Ariadnefadens bar. Der große Vorzug weitergrabender »negativer Dialektik« bestünde nicht zuletzt darin, dass den Postulaten, die ich unter II. und III. andeutete, eher entsprochen werden könnte. Der große Vorzug ergäbe sich zusätzlich daraus, dass viele Selbst- und Fremdtäuschungen vermieden werden könnten, die im naiven Immergrün dahinwelken. Allerdings muss Kritische Theorie um ihrer selbst willen, um weiterwirken zu können, ein Stückweit überstiegen werden. Oder anders, sie muss ihre implizite Utopie (einschließlich von deren Praxis), die beispielsweise gerade in der »Negativen Dialektik« eine entscheidende, wenngleich fast verborgene Rolle spielt – der Begriff »Utopie« und seine Aura kommen durchaus vor –, ungleich mehr explizieren. Das, was Adorno teilweise erst in seiner »Ästhetik« getan hat, nämlich sein eigenes Maßverhältnis wenigstens zu nennen und zu begründen, das ist generell vonnöten. Wie sollten antikapitalistische Urteilsfähigkeit und damit verbundene Vorstellungskraft weiter betrieben, weiter gelehrt, weiter gelernt und weiter demonstriert werden, wenn nicht immer erneut die Zielgrößen eingedacht würden, die allen Antikapitalismus von grundauf motivieren und beflügeln? Die Ekstase des aufrechten Gangs, Naturrecht und menschliche Würde, Krummes Holz, aufrechter Gang, um Bloch mit Gollwitzer und Kant zu mixen. Sie sind in Inhalten nicht nur, sie sind in chancenreichen Formen kritisch-analytisch und praktisch vorwärts gewandt zu bedenken und zu erproben, wenn anders nicht die vergebliche Suche nach der immer schon verlorenen sozialistisch radikaldemokratischen Gesellschaft in erschlaffender Frustration stattfinden soll.

## VII.

Gefahr ist im Verzug, dass all die bald zeitweilig munteren, bald jedoch lahmen Antikapitalismen ein einheitliches ›Schicksal‹ erleiden: sie werden kapitalistisch absorbiert. Von »Bewegungen« will ich aktuell ohnehin nicht reden, ein Ausdruck, der NS-eingedenk vorsichtig und vorbehaltevoll benutzt werden sollte. Dialektik des Antikapitalismus hieße dann höchst banal, dass die Kurz- und Flachgriffe antikapitalistischen Rasonnements und seiner Aktivitäten bestenfalls als so etwas wie besondere kapitalistische Fitness-Studios wirkten. Dass dem so ist oder bis zur Wahrheit die Gefahr droht, hat nicht nur damit zu tun, dass die antikapitalistischen Hasen sich angesichts der immer schon präsenten kapitalistischen Igel totlaufen. Mit ihrem Keuchen können sie allein sich selbst überzeugen, Ungeheures geleistet zu haben. Dass dem so ist, tritt nahezu sachzwangartig solange ein, wie auf der bürokratischen



Höhe kapitalistischer Organisationen einschließlich der Nationalstaaten »Alternativen« gesucht werden (als andere Märsche durch die Institutionen). Kann man die unvermeidlich herrschaftlichen, Menschen versachlichenden Größenordnungen nicht unterwandern, klein schlagen und von unten her ersetzen, dann gilt Max Webers antibürokratisches Bürokratiegesetz: indem Bükratien auf ihrer Höhe mit ihren Zielen und Instrumenten reformiert werden sollen, findet eine bürokratische Mimesis ihrer Kritiker und deren reformierter Vorkehrungen statt.

Ursprünglich wollte ich diese sieben thesenförmigen Erwägungen mit folgender Überschrift versehen: Objekt, Subjekt, Verzweiflung. Damit wollte ich ausdrücken, dass die kapitalistisch objektivierte ›Welt‹ von weltmarkt-›oben‹ bis zum Verhalten vereinzelter Menschen, die in einer Fülle heterogener Lokalitäten zerstreut leben, wollte man sie denn ändern, Verzweiflung hinterlässt (und wenn nicht, dann gegenwärtige Pathologien), ob man von solcher in eigener Person nun erfüllt ist oder nicht. Mir scheint: erst wenn man um den objektiven Charakter antikapitalistischer, sozialistisch gerichteter Verzweiflung weiß, sich nicht betrügt, erst dann ist subjektiv ein Anfang gegeben, zusammen mit anderen, und seien es zunächst nur wenige, aber mit allgemeinem, sprich politischem Anspruch im besten aristotelischen, marxschen, simoneweilschen und hannaharendtschen Verstande wider die objektive Verzweiflung und ihren subjektiv resignativen Umschlag aktiv und anhaltend, mit nicht endendem Humor anzukämpfen.

### Literatur

- Adorno, Theodor W., »Über Statik und Dynamik als soziologische Kategoriale«, in: ders., u. Max Horkheimer, *Sociologica II. Reden und Vorträge*, Frankfurt/M 1962, 205-22
- Beck, Ulrich, *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt/M 1988
- Benjamin, Walter, *Gesammelte Schriften, Abhandlungen*, Band I-2, Frankfurt/M 1999, 691-704
- Gollwitzer, Helmut, »Der Fiedel als Menschenrecht«, in: *Freiheit und Gleichheit. Streitschrift für Demokratie und Menschenrecht*, hgg. v. Komitee für Grundrechte und Demokratie, H. 4, Januar 1983, 7-16
- Kramer, Fritz, u. Christian Sigrist (Hg.), *Gesellschaften ohne Staat*, Bd 1: *Gleichheit und Gegenseitigkeit*, Frankfurt/M 1978
- Mannheim, Karl, *Mensch und Gesellschaft*, Darmstadt 1958
- McDermott, John, »Technologie: Das Opium der Intellektuellen«, in: Wolf-Dieter Narr u. Claus Offe (Hg.), *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*, Köln 1975, 283-303
- Narr, Wolf-Dieter, »Identität als (globale) Gefahr. Zum Unwesen eines leeren Wesensbegriffs und seinen angestrebten Befindlichkeiten«, in: Walter Reese-Schäfer (Hg.), *Identität und Interesse*, Opladen 1999, 101-28
- Weil, Simone, *Oppression and Liberty*, London 1958
- dies., *Zeugnisse für das Gute*, hgg. v. Friedhelm Kemp, München 1990

Ewald Lienen

## Radikale Transformation als (Ver-)Lernprozess

Die Dialektik des Antikapitalismus an den Beispielen Linkspartei und G8-Mobilisierungen<sup>1</sup>

Ausgangspunkt von Reflexionen über Anti-Kapitalismus ist das aktuelle kapitalismuskritische Denken und Handeln in der Gesellschaft und die Frage, inwieweit es eine reale und potenzielle »Bewegung« darstellt, welche die (welt-)gesellschaftlichen Verhältnisse aufhebt, in denen Menschen unterdrückt, entrechtet und ausgebeutet werden. Die damit verbundene Dialektik des Anti-Kapitalismus verbindet »Beweglichkeit und Weisheit« und konstituiert eine »Weltauffassung, die einen widersprüchlichen Bewegungszusammenhang zu denken erlaubt« (Haug 1995, 691). Gesellschaftliche Macht- und Kräfteverhältnisse sind hier wichtig, doch sie werden auf sehr unterschiedliche Weise thematisiert. Eine Grundfrage bleibt, wie emanzipatorische Akteure sich konstituieren und ihre Handlungsfähigkeit zu erweitern versuchen, um Risse im Bestehenden herrschaftskritisch zu nutzen. Solche Akteure sind nicht präexistent und verfügen über keine feste Identität, sondern bilden sich in den Kämpfen, Organisations- und Politisierungsprozessen, Situationsdeutungen und Strategiebildungen.

Anti-Kapitalismus impliziert konkrete Erfahrungen und (Ver-)Lernprozesse der *praktischen* Infragestellung kapitalistischer, patriarchaler, rassistischer Herrschaft sowie solcher über menschliche Körper und außermenschliche Natur. Pragmatische und teilweise defensive Kämpfe sind notwendig – etwa gegen Privatisierung oder für gewerkschaftliche Rechte, gegen die EU-Verfassung oder für Generika, damit Medikamente zu erschwinglichen Preisen verfügbar sind. Zentral ist aber, inwiefern sie ein herrschaftskritisches und emanzipatorisches Potenzial enthalten für die Gestaltung umfassender sozialer und sozial-ökologischer Verhältnisse, d.h. inwieweit sie über die kapitalistische Produktionsweise sowie patriarchale, rassistische und naturzerstörerische Verhältnisse hinausweisen – ohne selbst in Herrschaft umzuschlagen.

In diesem Sinne sind anti-kapitalistische Praxen in Deutschland derzeit kaum relevant. Deshalb nehme ich unterschiedliche Ansprüche und Praxen in den Blick, um das Terrain abzustecken, auch anti-neoliberale und kapitalismuskritische.<sup>2</sup> Sie bilden ein wichtiges Ferment emanzipatorischer Veränderungen im Sinne gesellschaftlicher Linksverschiebungen in unterschiedlichen Bereichen.

1 Wichtige Hinweise, die sehr zur Klärung und Präzisierung beigetragen haben, verdanke ich der Hefredaktion sowie Simone Buckel und Caren Kunze.

2 Auch anti-kapitalistisches Denken bildet eine Form der Praxis, wie die breite Rezeption der Bücher von Michael Hardt und Toni Negri sowie John Holloway zeigt. Marxistische Theorie erhält verstärkt Aufmerksamkeit, wie die Angebote auf politischen Treffen und Kongressen belegen, etwa »Indeterminate Kommunismus« im Herbst 2003 oder »Kapitalismus reloaded« im Herbst 2005.

Es soll nicht unterstellt werden, dass alle Menschen und Kollektive die gesamte Komplexität der aktuellen Entwicklung berücksichtigen müssen, wenn sie protestieren, kritisieren und Vorschläge für eine bessere Entwicklung machen. Vielmehr geht es darum, dass Erfahrungen und grundlegende Reflexionen über viele Vermittlungsschritte wie Diskussionen, Publikationen, Seminare etc. als Probleme emanzipatorischen Handelns präsent sind. So werden sie im produktiven Sinne zu kollektiven Problemen, mit denen praktisch umgegangen werden muss. Die allgemeinen Probleme werden in die je spezifischen Konfliktfelder von den Handelnden selbst »übersetzt«. Sie werden nicht von allen geteilt, aber der Streit darum wird zum wichtigen Bestandteil von Reflexion und Handeln. Insofern sind sie »Kritik im Handgemenge« (MEW 1, 381) in der schwierigen Verbindung von Theorie und Praxis.

An den aktuellen Mobilisierungen gegen das G8-Treffen und dem Parteibildungsprozess der Linkspartei lassen sich wichtige Sachverhalte verdeutlichen, die den Bogen dieses Beitrages aufspannen. Die Mobilisierungen werden getragen von linksradikalen, autonomen, globalisierungs- und kapitalismuskritischen Spektren bis in die Gewerkschaften, Kirchen sowie friedens- und migrationspolitische Zusammenhänge hinein. Die Orientierung auf das G8-Treffen lässt politische Differenzen aushalten. Trotz stärker werdender Proteste gelang den Bewegungen – samt den Gewerkschaften – hierzulande kein Eingriff in die gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse. Die Durchsetzung der Hartz-Gesetze ist hierfür ein wichtiger Ausdruck. Manche sprechen von einer »Krise der globalen Bewegung der Bewegung« (Mezzadra/Roggero 2007). Die G8-Mobilisierungen können zum Katalysator wachsender Frustration und linker Proteste werden oder einen Schub von Politisierung und der Entstehung emanzipatorischer Alternativen bedeuten. Von der Parteigründung aus Linkspartei.PDS und WASG wird erhofft, was den Bewegungen offenbar nicht gelang: eine Verschiebung gesellschaftlicher Macht- und Kräfteverhältnisse.

### *Gegen-Hegemonie als theoretische Perspektive*

Fluchtpunkt meiner Überlegungen ist eine politisch-strategische Perspektive, die ich als *gegen-hegemonial* bezeichne<sup>3</sup>. Hegemonie bezeichnet eine Konstellation von Herrschaft, in der zwar weiterhin die verschiedenen sozialen Kräfte um die Stärkung ihrer Interessen, Wertvorstellungen sowie die Anerkennung ihrer Identität kämpfen, dies geschieht aber in bestimmten Bahnen und unter akzeptierten »Regeln«. Insofern erzeugt Hegemonie einen »Konsens der Regierten«, aber nicht nur im Sinne von Führung und Unterordnung, sondern als Aktivierung und Passivierung. Hegemonie ist eine umfassende materielle Praxis, wird von Menschen alltäglich gelebt, von Kollektiven wie Unternehmern und Gewerkschaften, Staatsapparaten und Medien, sozialer und kultureller Arbeit etc. weitgehend akzeptiert und vorangetrieben. »Konsens« ist dabei kein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen zu verstehen. Die relative

3 Gramsci selbst hat den Begriff nicht verwendet.

Stillegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen die relevanten und artikulierten Interessen mehr oder weniger berücksichtigt werden. Das wird etwa angesichts der Gewerkschaften deutlich, die sich wettbewerbskorporatistisch in das Projekt der neoliberalen Globalisierung einbinden, indem sie die Kernarbeiterschaft organisieren und soziale Spaltung und Ausgrenzung hinnehmen. Wenn unter Zivilgesellschaft mit Gramsci die Sphäre verstanden wird, in der um Hegemonie gerungen wird, dann sind in ihr alle Konflikte und Ungleichheitsmuster der Gesellschaft präsent: klassen- und geschlechterförmige, ethnische Ausgrenzung, unterschiedliche Nutzung von Ressourcen, verschiedene Wertorientierungen etc. Der Bereich privater Produktion bleibt ein zentrales Terrain sozialer Auseinandersetzungen.

Heute kann in den nordwestlichen Ländern durchaus von einer neoliberalen Hegemonie in dem Sinne gesprochen werden, dass im globalen Wettbewerb scheinbar ein »gemeinsames Interesse« unter dem Stichwort »Wettbewerbsfähigkeit« erzeugt wird, welches den »Standort stärken« soll. Eine imperiale Hegemonie besteht, in der die herrschenden Formen internationaler Arbeitsteilung samt zugehöriger Produktions- und Konsummuster kaum in Frage gestellt werden. Allerdings reicht es nicht aus, unter Kräfteverhältnissen lediglich die explizit sich artikulierenden Akteure, Interessen, Identitäten und Werthaltungen zu verstehen. Stabilität und Dynamik bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zeichnen sich besonders außerhalb von Krisenzeiten dadurch aus, dass nicht offen gekämpft wird, sondern Kräftekonstellationen festgeschrieben und teilweise naturalisiert werden. Um empiristische Missverständnisse zu vermeiden – im Sinne einer Engführung auf die sich politisch artikulierenden Kräfte –, sollte der Begriff der Kräfteverhältnisse daher um den der *hegemonialen Orientierungen* erweitert werden. Sie sind zwar in der Vergangenheit durch intentionale Strategien entstanden, in der Aktualität aber einfach »normal«.

Ein Hegemonieverständnis im Sinne Gramscis impliziert, dass alternative Strategien notwendig im Plural schon innerhalb des emanzipatorischen Spektrums entstehen, aber auch als rechte und völkische (vgl. den Beitrag von Christina Kaindl in diesem Heft). »Gegen-Hegemonie« ist nicht zu verstehen als vereinheitlichendes Projekt, sondern als eine herrschaftskritische Perspektive, welche die schrittweise Veränderung bestehender Verhältnisse im Blick hat. Gesellschaft grundlegend zu transformieren bedeutet, die vielfältigen Formen des Zusammenlebens zu verändern: Produktions- und Konsumnormen, die vielfältigen Dimensionen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die herrschaftliche und das Politische konstituierende Trennung von öffentlich und privat etc.

Inwieweit es dabei zu einer »Bündelung« von Kräften oder der Konturierung eines Gemeinsamen kommt oder aber dezentral neue Praxen entstehen, ist nicht vorgegeben. Wie aber können gesellschaftliche – emanzipatorische – Interessen und Wertvorstellungen verallgemeinert, gegebenenfalls in Kompromisse gegossen und auf Dauer gestellt, d.h. mit Regeln und Geltung versehen sowie im Falle des Verstoßes sanktioniert werden? Dies kann – allgemein formuliert – nur erfolgreich sein, wenn es in verschiedenen institutionellen wie außerinstitutionellen Bereichen Bewegungen hin zu herrschaftskritischem und emanzipatorischem Denken und Handeln gibt.

Ob Proteste und Alternativen wie jene gegen den »G8«-Gipfel »hörbar« werden oder ob die Linkspartei Teil eines grundlegenden emanzipatorischen Projekts wird, ist nicht nur eine Frage kluger Bündnis- und origineller Medienstrategien, sondern vor allem Teil von alltäglicher politischer »Kleinarbeit« und der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und hegemonialer Orientierungen. Einzelne Gruppen werden möglicherweise im Zuge der G8-Vorbereitungen stärker in die Lage versetzt, konkrete Kritik an der neoliberal-imperialen Globalisierung zu äußern. Oder die vielen Vorschläge für eine »solidarische Ökonomie« (Altvater/Sekler 2006) werden in einem anderen Licht betrachtet. Insofern ist es wichtig, eine eigene »Agenda« zu setzen. Die Diskussionen um Migration und »globale soziale Rechte«, soziale Spaltung, Prekarisierung und Grundeinkommen, die Produktion von Reichtum und dessen Verteilung oder »internationale Demokratie« (inklusive der Verfasstheit der Europäischen Union) könnten eine zentrale Rolle spielen. Die Linkspartei müsste dabei anerkennen, dass sie weder »Ausdruck« emanzipatorischer Kräfte noch deren Repräsentantin ist; weder gegenüber der vermeintlichen politischen Schlüsselinstanz, dem Staat, schon gar nicht in der gesamten Gesellschaft. Dies soll umgekehrt nicht suggerieren, dass es nur um Kämpfe »von unten« geht. Der Staat, die bürgerliche Öffentlichkeit und die Institutionen der Zivilgesellschaft wie Vereine und insbesondere privatkapitalistische Unternehmen – und damit verbunden die Frage des Zugangs zu und der Verfügung über die Produktions- und Lebensmittel – bleiben wichtig.

Kapitalistische Klassenherrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise können nicht durch staatliche Politik aufgehoben werden, weil der Staat kein neutraler Akteur ist, sondern patriarchaler und kapitalistischer Klassenstaat, der finanziell und legitimatorisch auf das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie angewiesen ist. Der Staat konstituiert entsprechend aber gleichzeitig ein strategisches Terrain (Poulantzas 1978/2002, 68f; vgl. Bretthauer u.a. 2006), auf dem unterschiedliche Interessen, Identitäten und Wertvorstellungen in höchst ungleichen Auseinandersetzungen um die kompromisshaften Verallgemeinerung ihrer Interessen kämpfen. Dabei ist der Staat kein passiver Rezeptor unterschiedlicher Strategien im Kampf um Absicherung und Verallgemeinerung, sondern wirkt selbst (des-)organisierend auf die gesellschaftlichen Kräfte und ihr Verhältnis zueinander. Das wird gerade an der Rolle der G8 deutlich, die zwar globale Herrschaft nicht »von oben« organisiert, aber als Terrain, auf dem herrschende politische Akteure ihre Konflikte bearbeiten und Strategien entwickeln, zur Effektivierung von staatlicher und zwischen-staatlicher Herrschaft beiträgt.

Andererseits hat Poulantzas wie vor ihm Rosa Luxemburg die Gefahren einer simplen Vernachlässigung des Staates wie auch eines sozialdemokratischen wie revolutionären Etatismus betont (1979, 138). Es geht also um »radikale Transformationen« in der Gesellschaft, d.h. außerhalb des Staatsapparates, aber auch in der institutionellen Materialität des Staates selbst (vgl. Brand/Heigl 2006). Erst die Anerkennung dieser Komplexität kann einen Begriff von Revolution auf der Höhe der Zeit wieder denkbar werden lassen.

### *Kritik des Neoliberalismus und dominante post-neoliberale Orientierungen*

Die aktuelle Diskussion um die »Auswege« aus der Krise der neoliberalen und imperialen Globalisierung scheint trotz ihrer Heterogenität von einem »post-neoliberalen Politizismus« geprägt zu sein. Dieser wird vor allem von den sozialdemokratischen bzw. sozialliberalen Kräften wie der »neuen« Sozialdemokratie und den Grünen, staatlichen Apparaten wie dem BMZ, intergouvernementalen Organisationen wie der Weltbank oder UNDP, verschiedenen Forschungsinstituten und transnational wirksamen Intellektuellen wie Joseph Stiglitz verkörpert und vorangetrieben. Sozialwissenschaftlich wird das diskutiert mit der griffigen Metapher des *bringing the state back in*, in den »Spielarten des Kapitalismus« (für die nationalstaatliche Ebene; Hall/Soskice 2001) oder als »Global Governance« (für die internationale Politik; Commission on Global Governance 1996, die neuere Debatte in Behrens 2005). Diese Perspektive hat eine Schlagseite: Der Staat soll den »effizienten Markt« nicht tangieren, lediglich dessen schlimmste Auswüchse oder Krisen, das »Marktverschlingen«, eindämmen.

Auch Teile der Linkspartei, Gewerkschaften und der Bewegungen für eine andere Globalisierung fokussieren das Problem einer zuvorderst als ökonomisch angenommenen Globalisierung des Kapitalismus. Der Staat hat diesen Prozess mit angestoßen, nun aber seine Handlungsfähigkeit verloren und müsse diese auf nationalstaatlicher Ebene wie auch über internationale Kooperation zurückgewinnen. Daher soll der Staat eine stärkere Rolle erhalten bzw. aktiv gewinnen, um Investitions- und Umverteilungspolitiken zu betreiben. Manche, etwa innerhalb von Attac, wollen nicht zum früheren Wohlfahrtsstaat zurück, andere in Gewerkschaften und Linkspartei durchaus. Die herrschaftlich eingeführte Dichotomie von »effizientem Markt versus ineffizientem Staat« wird mitunter umgekehrt in »ungerechter Markt versus gerechter Staat«. Das kann gedeutet werden als Überzeugung oder (taktische) Einschätzung, dass weiterführende Optionen derzeit nicht machbar seien. Die in früheren Jahrzehnten entwickelte Parteien- und Staatskritik verschwindet in beiden Orientierungen.

Der explizite oder implizite Rückgriff auf den Fordismus bleibt stark als anti-neoliberale Orientierung. Beide Gründungsbestandteile der Linkspartei orientieren sich in neo-fordistischer Ausrichtung mehrheitlich an der westlichen Nachkriegstradition. Dies zeigte sich im Wahlkampf von 2005 an der sehr positiven Besetzung von Lohnarbeit (die Partei plakatierte wenig kapitalismuskritisch »Lohnarbeit JA«), was in der »undogmatischen« Linken in Westdeutschland kaum ankam. Neo-fordistische Orientierungen sind selbst Teil einer spezifisch neoliberalen Kräftekonstellation, ein bestimmter Korridor, Alternativen zu denken und sich dafür einzusetzen. Indem die Linkspartei sich z.B. auf eine spezifische Form der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einlässt, überlässt sie den Unternehmen dieses Feld und kann allenfalls arbeitsmarktpolitisch korrigieren. Die Entwicklung eines nicht primär an Verwertung orientierten Verständnisses gesellschaftlicher Arbeit bleibt damit marginalisiert. Die geringe Akzeptanz der Linkspartei durch eine im weiten Sinne libertäre und herrschaftskri-

tische Linke (insbesondere in Westdeutschland) liegt zum guten Teil darin begründet: in der politisch-strategisch, mehr noch in der kulturell sozialdemokratischen Ausrichtung, die von den meisten Parteiaktiven gewollt ist.

Moralische Kritiken – als weitere Variante anti-neoliberaler Orientierungen – konzentrieren sich darauf, auf gesellschaftliche und politische Missstände hinzuweisen und insbesondere von staatlichen bzw. inter-gouvernementalen Institutionen – teilweise auch von privaten Unternehmen und den konsumierenden Menschen – Veränderungen zu verlangen. Diese Orientierung ist in Kirchen und Nichtregierungsorganisationen im umwelt-, entwicklungs- oder frauenpolitischen Spektrum, in der Wirtschafts-, Migrations- oder Menschenrechtspolitik anzutreffen. Das Verhältnis zum Staat – vermittelt über die Öffentlichkeit – und insbesondere die Einschätzung der Handlungswilligkeit und -fähigkeit staatlicher Akteure sind zentral. Herrschafts- und Machtfragen kommen bei diesen neoliberalismuskritischen Positionen allenfalls in den internationalen und insbesondere den Nord-Süd-Verhältnissen in den Blick. Sie kritisieren den Neoliberalismus, dessen Politiken Krisen und Ungerechtigkeit erzeugten. Sie sind aber keinesfalls kapitalismuskritisch in einem Sinne, dass grundlegende Vergesellschaftungsmuster wie der kapitalistische Markt oder Staat in Frage gestellt würden. Vielfach fehlt eine kritische Analyse der politischen Ökonomie.

Hier setzt eine »Dialektik des Antikapitalismus« ein. Denn zum einen treffen die am Staat orientierten Positionen einen wichtigen Punkt: Der bürgerliche Staat als verdichtetes Kräfteverhältnis und Terrain sozialer Kämpfe bleibt trotz seiner neoliberal-imperialen Transformation ein zentraler (nicht der einzige!) Bezugspunkt emanzipatorischen politischen Handelns. Aktuelle Veränderungen werden auch durch sozial-, fiskal- und wettbewerbspolitische Regeln festgeschrieben. Der Staat mit seinen Ressourcen, rechtlichen Mitteln, Wissen und Diskursen ist zudem im Alltagsverstand immer noch als zentrales Politisches festgeschrieben. Zum anderen wird jedoch die Transformation des Staates unterschätzt und das bürgerliche Verständnis von Politik verlängert: die Bewegungen sollen politischen »Druck« auf Parteien und Staat erzeugen.

Auf ambivalente Weise wird das Feld für grundlegendere Kritik bereitet: Es kann geöffnet werden für Positionen jenseits neoliberal-imperialer Orientierungen. Andererseits kann diese Position als einzig relevante und »vernünftige« Kritikposition weitergehende Ansätze delegitimieren (was insbesondere den sozialdemokratischen Varianten der Global Governance und des »kooperativen Staates« recht gut gelingt). Das Terrain, auf dem sich kapitalismuskritische und anti-kapitalistische Akteure heute bewegen, ist neben dem neoliberalen also das sozialliberale, das zwar kritisch gegenüber dem Neoliberalismus bzw. seinen negativen Konsequenzen sich verhält, aber keineswegs kapitalismuskritisch oder gar anti-kapitalistisch ist.

### *Kapitalismuskritische linke politische Orientierungen*

Bei Positionen, die Neoliberalismus und Kapitalismus kritisch zusammendenken, ist ein umfassenderes Verständnis von Kapitalismus präsent, als komplex gegliederte und in allen Bereichen herrschaftsförmige Gesellschaftsstruktur. Daraus werden unterschiedliche politische Konsequenzen gezogen, doch es lassen sich einige Grundlinien identifizieren. Diese betreffen kollektive Akteure und politische Spektren, können aber auch – das wird häufig vergessen – die Denkweisen und Handlungsorientierungen kritischer Menschen in Institutionen wie der Wissenschaft, schulischen Bildung oder in den Staatsapparaten selbst umreißen.<sup>4</sup> Allerdings ist emanzipatorisches Handeln hier ungleich schwieriger (vgl. unten). Eine in den aktuellen sozialen Bewegungen wichtige »autonome« Position strebt radikale Veränderungen an, und zwar zuvorderst außerhalb des Staates und der privatkapitalistischen Ökonomie, die als kaum veränderbar verstanden werden. Selbstorganisationsprozesse sollen vorangetrieben werden und eigenständige Lebensformen jenseits von Kapital und Staat entstehen. Politisch wird dies in den G8-Mobilisierungen etwa vom autonomen »Dissent!«-Spektrum vertreten. Die Errungenschaften der repräsentativen Demokratie spielen hier eine relativ geringe Rolle. Häufig wird »das System« in Frage gestellt, ohne einen genaueren Begriff desselben zu haben. Diese Teile der Bewegungen agieren zwar gegen-hegemonial, indem sie die vielfältigen und verzweigten Dimensionen von Herrschaft ernst nehmen und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen ansetzen. Allerdings wird außer Acht gelassen, dass der Staat als verdichtetes Kräfteverhältnis auch ein Terrain sozialer Kämpfe konstituiert. Obwohl diese Positionen »den« Staat ablehnen, bewegen sie sich auf dem Terrain des integralen Staates und intendieren, über die Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse auch staatliche Strukturen und Politiken zu verändern.

Zwei weitere – eher imperialismuskritisch zu nennende – Positionen haben vor allem in den Ländern des Globalen Südens in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Einmal eine anti-imperialistische Orientierung, in der die politisch-ökonomischen Außenverhältnisse und insbesondere die Rolle der USA als Hauptproblem ausgemacht werden, die von Gesellschaft und Regierung gemeinsam bekämpft werden müssten. Der korrupte Staat soll instand gesetzt werden und ein starker öffentlicher Sektor die Belange der Menschen organisieren oder Selbstorganisationsprozesse unterstützen. Davon nicht grundsätzlich unterschieden ist der Begriff der »De-Globalisierung« von Walden Bello (2004). Hier geht es darum, eigenständige Entwicklungen auf der nationalen und lokalen Ebene gegen die Gewalt von Weltmarktintegration und Strukturanpassungspolitik durchzusetzen. Der nationale periphere Staat spielt dabei eine wichtige Rolle. Dieses Argument wird durch die jüngsten Entwicklungen in Venezuela, Bolivien und anderen Ländern gestärkt. Diesen Orientierungen ist gemeinsam, dass sie das Politische und den Staat nicht als widersprüchliches soziales Verhältnis begreifen, sondern entweder positiv als mögliches Instrument einer besseren Gesellschaft oder negativ als Instanz der herrschenden Kräfte.

4 Vgl. den Versuch einer Systematisierung der Bewegung für eine andere Globalisierung in Brand 2005, 100ff; für einen Überblick über Positionen im Weltsozialforum Anand u.a. 2004, Fisher/Ponniach 2003.



Eine »gegen-hegemoniale« Position, die zwar grundlegende Brüche mit bürgerlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsformen als notwendig erachtet, gleichwohl die herrschenden Institutionen, Kräfte und gesellschaftlichen Orientierungen im Blick hat, wird an den Rändern der Linkspartei und der Gewerkschaften (samt ihnen nahestehender Stiftungen) sowie u.a. im Bewegungsspektrum von einigen feministischen oder migran-tischen Gruppen, Teilen der BUKO, von Attac, der Interventionistischen Linken und von radikaleren NGOs wie medico international vertreten. Es geht darum, Verhältnisse in ihren Entstehungs- und Wirkungszusammenhängen, als prozessierende Widersprüche, wahrzunehmen – und um den kritisch-emanzipatorischen Eingriff in diese. Brüche und Diskontinuitäten werden auch von emanzipatorischen Kollektiven über Kritik des Bestehenden sowie praktische Subversion und den Aufbau von Alternativen vorangetrieben.

Eine solche Orientierung deutet sich an, wenn in den G8-Mobilisierungen als Fluchtpunkt formuliert wird, das Treffen der Staatschefs nicht als Plattform für Forderungen zu nutzen, sondern es zuvorderst als nicht zuständig für die »Lösung der Weltprobleme« zu delegitimieren. Dies mündet nicht in »konstruktive Kritik«, etwa einer G8-Reform, die über eine Ausweitung zu einer »Gruppe der 20« eine inklusivere Global Governance anstrebt (Linn/Bradford 2006, vgl. die verschiedenen Positionen in Buchholz/Kipping 2006, Wahl 2006). Statt dem Gremium dadurch mehr Legitimität zu verleihen, wird die Auflösung der »G8« gefordert. Dabei wird die Gruppe in ihrem historischen Entstehungskontext analysiert und auf die aktuellen globalen Machtverhältnisse bezogen.<sup>5</sup>

Zudem soll der G8-Prozess dazu genutzt werden, bereits bestehende oder mögliche gesellschaftliche Alternativen sichtbar zu machen, »radikale Kritik und Forderungen zu formulieren und sich gleichzeitig über den Kreis der ohnehin Überzeugten hinaus zu begeben« (ASWW 2006; vgl. für die »Interventionistische Linke« Schröder 2006). Es kann und soll keinen umfassenden Gegenentwurf geben, die andere Welt »muss in Lernprozessen, durch Erfahrungsaustausch und Beteiligung aller entstehen« (ASWW 2006). Gleichwohl geraten Bewegungen immer wieder unter Druck, denn ein Teil des herrschenden Denkens besteht ja darin, sich – allem Klein-Klein in der realen Politik zum Trotz – als alternativlos für die gesamte Gesellschaft zu präsentieren. Daher lautet die über die Mobilisierungen zum G8-Treffen 2007 und den Formierungsprozess der Linkspartei hinausgehende Frage: Was deutet sich als alternative Hegemonie, d.h. als alternative Form der Vergesellschaftung an? Ein Politikbegriff, der solidarische, gerechte und freiheitliche Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, die nicht nur über den Staat stattfindet, anspricht, muss immer wieder erkämpft und gelernt werden und wird bedroht von etatistischen und problemlösungs-fixierten Politikverständnissen. »Die Linke gewinnt immer wieder eine provozierende Kraft, indem sie aufzeigt, welches Potenzial gesellschaftlicher und menschlicher Verbesserung und Entfaltung

---

5 Eine andere Dimension lasse ich hier außen vor: Thomas Seibert weist in seinem »Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke« (2003) darauf hin, dass es immer entschiedener Menschen und Kollektive in Bewegungen gibt, jene, die nach Potenzialen der Radikalisierung und nach neuen Wegen suchen. Die »entschiedensten Teile« in einem radikalen, an die Wurzeln gehenden, weitertreibenden Sinne müssen heute, so Seibert, von den Bewegungen gleichsam selbst geschaffen werden, nicht in einem den Bewegungen äußerlichen Avantgardismus.

sich erschließt, wenn die Verteilung von Macht und Eigentum kein Tabu ist.« (Brie/Spehr 2006, 8) Hier könnten multiple Eingriffe in gesellschaftliche Machtverhältnisse gelingen. Auf dem Weltsozialforum 2007 in Nairobi wurde dies deutlich: In anderen Teilen der Welt gelingt in konkreten Konflikten um Land, gegen gentechnisch verändertes Saatgut, um Generika oder gegen Privatisierungen ein solcher Eingriff stärker als in Deutschland (vgl. Brand 2007, Anand u.a. 2004).<sup>6</sup>

Der Zustand und die Rolle der Linkspartei muss bei der Frage anti-kapitalistischer Politik berücksichtigt werden<sup>7</sup>. Denn sie öffnet oder schließt möglicherweise Räume und stellt ein notwendig ambivalentes Scharnier dar, auf das keine auf die Gesellschaft bezogene Politik verzichten kann: das zum Staat.<sup>8</sup> Hier geht es darum, wie emanzipatorische Anliegen gesellschaftlich verallgemeinert werden, ohne dass das Allgemeine das Partikulare dominiert und homogenisiert.

Radikalere und reformistische Positionen basieren auf einer Spannung: Der Wohlstand und die relative Stabilisierung sozialer Verhältnisse ist teilweise Ergebnis einer imperialen internationalen Arbeitsteilung, von den Zuflüssen billiger Energie und anderer Rohstoffe über Produkte bis zur identitätsstiftenden Abgrenzung gegen ein ausgeschlossenes »Anderes«. Die imperialen Verhältnisse sind in gewisser Weise alltäglich und tief in soziale Beziehungen und Wahrnehmungsformen eingelassen. Der zu verteilende Kuchen wird mit Ausbeutung von Natur und Menschen gebacken, die nicht an seiner Verteilung beteiligt sind. Wie können diese tief verankerten, in der Regel kaum sichtbaren internationalen Verhältnisse schrittweise und in emanzipatorischen Lernprozessen verändert werden? Eine Strategie im Sinne der Aufhebung alltäglicher imperialer Verhältnisse ist schwer zu entwickeln. Sie bleibt aber Grundbedingung einer »wirklichen Bewegung«, welche die Verhältnisse aufzuheben in der Lage wäre.

### *Form- und Organisierungsfragen*

Besonders vor Ereignissen wie dem G8-Gipfel stellen sich deutlicher als zuvor Bündnisfragen. Wolf-Dieter Narr insistierte vor über 25 Jahren, dass soziale Bewegungen nicht die »Formfrage« außer Acht lassen dürften. Die Auflösung der Studentenbewegung und der APO in kleine und Kleinstparteien oder in die SPD stellte die herrschende bürokratische Form der Organisation der Gesellschaft nicht in Frage. Statt in Parteien sah Narr in den umweltpolitischen Bürgerinitiativen und der Frauenbewegung progressive Momente. Emanzipatorischer und politischer Wandel könne nur gelingen, »wenn man vor allem die erneute Organisation von Bewusstseinsbildungsprozessen und Verhaltensweisen betreibt, wenn es gelingt, die Organisation flexibel zu halten und immer erneut in Frage zu stellen« (1980, 161f). Doch es ist nicht nur die bürokratische Organisationsform,

6 Eine genauere Analyse der Sozialforums-Bewegung würde deren Heterogenität in den Blick nehmen. In Nairobi waren etwa die Kirchen und karitativ orientierte entwicklungspolitische NGOs sehr präsent. Die politische Dynamik geht m.E. nicht von ihnen, sondern von radikaleren Gruppen und Bewegungen aus.

7 Dabei ist es wichtig, auch die Linkspartei nicht als monolithischen Block zu sehen – die mit ihr verbundene Stiftung etwa ist maßgeblich daran beteiligt, Räume zu öffnen und Diskussionen zu ermöglichen, die über parteipolitische Orientierungen hinaus das gegenhegemoniale Feld bereichern.

8 Parteien sind nicht die einzigen Scharniere, aber privilegierte (vgl. Brie/Hildebrandt 2006).

die immer wieder als »ehernes Gesetz der Oligarchie« (Robert Michels) zum Problem wird, sondern der Umgang mit den kapitalistischen Formen, d.h. der Wertform (Waren, Geld, Kapital) und der politischen Form selbst. Sie lassen sich nicht einfach umgehen, sondern konstituieren Gesellschaftlichkeit, indem sie gelebt und geglaubt werden, eine gewisse Kontinuität in der Gesellschaft sichern, Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse schaffen und verschleiern, aus denen nicht einfach herausgesprungen werden kann; auch emanzipatorisches Denken und Handeln ist auf bürgerlich-kapitalistische Formen verwiesen. Hier liegt der Kern der Dialektik des Anti-Kapitalismus. Die schrittweise Veränderung gesellschaftlicher Beziehungen – samt radikaler Brüche –, wie etwa das Lohnverhältnis, die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt bis hin zu Geschlechterverhältnissen und die Aneignung der außermenschlichen Natur, impliziert (Ver-)Lernprozesse, in denen sich Gesellschaft bis in die Bedürfnisse des Menschen anders konstituiert.<sup>9</sup>

Dafür müsste sich perspektivisch die Organisierungsfrage in dreierlei Hinsicht dynamisieren: Zum einen als plurale, durchaus dezentrale, aber doch massenhafte Organisierung von Menschen, die die bestehenden Verhältnisse grundlegend verändern wollen. Dabei ginge es darum, im Verlauf sozialer Kämpfe und schrittweiser Veränderungen zu ahnen, zu lernen und den Mut zu fassen, sehr grundlegend anders zu denken, zu fühlen, zu handeln. Dies ist der Kern des Vorschlags der »Einstiegsprojekte« aus dem Umfeld der Rosa Luxemburg Stiftung (Klein 2004). Zudem bleibt es wichtig, »eigene« Diskussionsstrukturen zu haben bzw. auf internationaler Ebene aufzubauen, Erfahrungen auszutauschen, Anregungen zu vermitteln, eigene Sichtweisen und Handlungen kritisierbar zu machen. Dies gelingt in der sich konstituierenden Linkspartei offenbar nicht und in den meisten NGOs unter dem permanenten Druck der Finanzierung wenig. Auch die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel bleibt auf Deutschland bezogen und das Internationale beschränkt sich weitgehend auf Gäste beim Gegenkongress und den Demonstrationen vor Ort. Sie taugen aber kaum zur Herstellung transnationaler Handlungsfähigkeit.

Dazu stellt sich das Problem radikaler institutioneller Politik. Wenn als zentrale Bedingung radikalen Handelns die Autonomie der Bewegungen gegenüber »den Institutionen« postuliert wird – gemeint sind damit staatliche Politik und Parteien (vgl. Mezzadra/Roggero 2007, 60), werden Bewegungen fetischisiert und institutionelle Politik delegitimiert (tendenziell auch die Interventionistische Linke in einem jüngeren G8-Aufruf, IL 2006). Die Ambivalenz institutionellen Handelns in seiner Bedeutung für gesellschaftliche Transformation wird unterschätzt.

Eine zweite Dimension der Organisierung liegt in der Schaffung linker politischer, ökonomischer, kultureller und sozialer Räume, d.h. in einer regelrechten Ver-»Ortung« emanzipativer sozialer Kräfte und Lebensweisen (Brie/Spehr 2006,

---

9 Selbst die mexikanischen Zapatisten mit ihrer sehr weitgehenden Praxis autonomer materieller Reproduktion und herrschaftsfreien politischen Organisierungs-, Konflikt- und Vermittlungsinstanzen in Form von autonomen Landkreisen (*caracoles*, Schneckenhäuser) bleiben gesamtgesellschaftlich auf kapitalistische Formen bezogen – was ihre Erfolge in Chiapas nicht schmälern soll, aber ihre relative Schwäche in Mexiko erhellt.

die jedoch nicht von ökonomischen Räumen sprechen). Eine plurale Linke konstituiert sich in einem dichten und dynamischen normativen Geflecht. Die *politische Linke* akzentuiert Solidarität, Gleichheit, Freiheit *und* den Anspruch auf soziale Gestaltung gegen Konkurrenz/Krieg, Ausbeutung, Unterdrückung und Konservatismus. Die *kulturelle Linke* setzt gegen elitäre Kultur, Traditionalismus, Repression und Geniekult, Wiederaneignung des Körpers, Sprengung von Konventionen und kollektive Produktion. Die *soziale Linke* setzt sich ein für Anerkennung und Gleichberechtigung, Lernen und Selbsttätigkeit sowie Inklusion und Konfliktlösungen gegen Hierarchie, Resignation, Entmündigung und Exklusion. Es gibt keine privilegierten Orte und Formen. »Es gibt jedoch Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche und wechselnde Rollen. [...] Das Verhältnis von politischer, kultureller und sozialer Linken ist eine unentbehrliche Produktivkraft für die Veränderung der Gesellschaft« (Brie/Spehr 2006, 8). Eine hegemoniefähige Linke muss alle drei Räume entwickeln.

Drittens stellt sich die Frage nach konkret-alltäglicher Organisierung politischer, sozio-ökonomischer und kultureller Verhältnisse. Was sind Formen der vernünftigen Organisierung der Gesellschaft, d.h. ihrer materiellen Reproduktion jenseits des Wertgesetzes und der entsprechenden kapitalistischen, patriarchalen, ethnisch strukturierten und internationalen Arbeitsteilung sowie der grenzenlosen Naturausbeutung? Wie werden bestehende Ansätze alternativer Ökonomie abgesichert gegen die Dynamik der (Welt-)Marktkonkurrenz, um überhaupt die freie Assoziation der Menschen auch ökonomisch denkbar anzugehen? Inwiefern werden plurale Lebensformen in ihrer Unterschiedlichkeit verwirklicht, damit Menschen »ohne Angst verschieden sein können« (Adorno)? Was bedeutet politische Organisierung jenseits des real existierenden bürgerlich-kapitalistischen Staates, was wären solidarische Modi der Konfliktaustragung jenseits herrschaftlicher Regeln? Was bedeutet herrschaftsfreie Repräsentation? Das alles ist zu bearbeiten auf der Höhe der (Welt-)Gesellschaft.

Diese Fragen der Organisierung sind in die Dialektik des Antikapitalismus eingeschrieben und werden in vielfältigen gegen-hegemonialen Kämpfen historisch wirksam. Praktische Kapitalismuskritik mit dem Potenzial post-kapitalistischer Vergesellschaftungsmuster wird wahrscheinlich zunächst an den Rändern der Gesellschaft entstehen. Anti-Kapitalismus kann nicht einfach als radikalere Form der Kapitalismuskritik postuliert werden, sondern entsteht in herrschaftskritischen und emanzipatorischen Praxen, die sich reflektieren, auf den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang beziehen und damit der widersprüchlichen Handlungsbedingungen gewahr werden. Das zapatistische Postulat des *preguntando caminamos* (fragend gehen wir voran) bleibt Bedingung emanzipatorischer Veränderungen.

## Literatur

- Anand, Anita, Arturo Escobar, Jai Sen u.a. (Hg.), *Eine andere Welt. Das Sozialforum*, Berlin 2004  
 ASWW: Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus, »G8 delegitimieren, soziale Bewegungen stärken, Alternativen leben. Erwartungen an den G8-Prozess – ein Diskussionspapier«, verschiedentlich publiziert; <http://www.buko.info>, 2006

- Behrens, Maria (Hg.), *Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität*, Wiesbaden 2005
- Bello, Walden, *Deglobalization. Ideas for a new world economy*, London u.a. 2004 (erstmalig 2002)
- Brand, Ulrich, *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*, Hamburg 2005
- ders., »Die Netzwerke für eine andere Welt werden dichter«, in: *Frankfurter Rundschau*, 27.1.2007
- ders., u. Miriam Heigl, »Innen< und >Außen«. Zu Staat, Bewegung und >radikaler Transformation« bei Poulantzas«, in: Bretthauer u.a. 2006, 274-89
- Bretthauer, Lars, Alexander Gallas, John Kannankulam u. Ingo Stütze (Hg.), *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*, Hamburg 2006
- Brie, Michael, u. Christoph Spehr, *Was ist heute links? Kontroversen. Beiträge zur politischen Bildung*, 01/2006, hgg. von der Rosa Luxemburg Stiftung und WISSENtransfer, Berlin 2006
- ders., u. Cornelia Hildebrandt (Hg.), *Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch*, Berlin 2006
- Buchholz, Christine, u. Katja Kipping (Hg.), *G8: Gipfel der Ungerechtigkeit. Wie acht Regierungen über 6.000.000.000 Menschen bestimmen*, Hamburg 2006
- CGG: Commission on Global Governance (Kommission für Weltordnungspolitik), *Nachbarn in einer Welt*, hgg. von der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1996
- Fisher, William F., u. Thomas Ponniah (Hg.), *Another World is Possible*, London u.a. 2003
- Hall, Peter A., u. David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford 2001
- IL: Interventionistische Linke, »Make Capitalism History. Oder: die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel ausweiten«, in: *analyse & kritik* 512, Dez. 2006
- Klein, Dieter, *Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad*, Manuskript für das Seminar »Reform oder Revolution« der Rosa Luxemburg Stiftung und des Laboratório de Políticas Públicas, Rio de Janeiro, Juni 2004 (Spanisch in Rosa Luxemburg Stiftung/Laboratório de Políticas Públicas, 321-44)
- Linn, Johannes F., u. Colin I. Bradford, »Einstieg in die Reform der Global Governance: Von der G8 zu einem L20-Gipfelforum?«, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Hintergrund, Juli-August 2006
- Mezzadra, Sandro, u. Gigi Roggero, »Singularisierung des Gemeinsamen. Überlegungen zur Krise der >Bewegung der Bewegungen«, in: *Fantômas. Magazin für linke Debatte und Praxis* 10, Winter/Frühjahr 2007, 58-62
- Narr, Wolf-Dieter, »Zum Politikum der Form ... oder warum fast alle Emanzipationsbewegungen Herrschaft nur fortlaufend erneuern, allenfalls besänftigen«, in: *Leviathan*, 8. Jg., 1980, H. 2, 143-63
- Poulantzas, Nicos, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg 2002 (Franz. 1978)
- ders., »Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!«, Interview von Rodrigo Vasquez-Prada mit Nicos Poulantzas, in: *ProKla* 37, 9. Jg., 1979, 127-40
- Sauer, Thomas, »Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen«, in: Adelheid Biesecker u.a. (Hg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*, Hamburg 2004, 53-69
- Seibert, Thomas, »The People of Genova. Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke«, in: BUKO (Hg.), *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*, Berlin u.a. 2003, 57-69
- Schröder, Berit, »Selber machen, damit nicht andere das Bild bestimmen. Überlegungen zum Stand der Mobilisierung gegen den G8-2007«, in: *analyse & kritik* 506, Mai 2006
- Strohschneider, Tom, »Gemengelage unübersichtlich. Ein Ritt durch den Linkspartei-Fusions-Parcours«, in: *analyse & kritik* 512, Dez. 2006
- Wahl, Peter, *G8: PR-Show oder Weltregierung? Weltwirtschaftsgipfel und Globalisierung*, Attac BasisTexte 21, Hamburg 2006

Christina Kaindl

## Antikapitalismus von rechts

In den 1980er Jahren traten die Parteien der extremen Rechten in Europa überwiegend als Vertreter neoliberaler Positionen auf. In den 90er Jahren wandelten sich die Programme und nahmen – in unterschiedlichem Ausmaß – Globalisierungs- und Kapitalismuskritik auf. Dieser Prozess wird in der Linken erst langsam zur Kenntnis genommen. Ich möchte im Folgenden zeigen, wie sich dieser Wandel vollzog, in dessen Verlauf es der extremen Rechten gelungen ist, am Alltagsverstand und den Alltagserfahrungen mit neoliberalen Umarbeitungen und den Subjektanforderungen der hochtechnologischen Produktionsweise anzuknüpfen. Hieraus wird einerseits der Erfolg der extremen Rechten verständlich, andererseits umreißt es das Problemfeld linker Positionen und Aktionen in diesem Bereich: wie kann es gelingen, den »Problemrohstoff« der Erfahrungen mit den Umarbeitungen der Produktionsweise im Rahmen linker Politiken zu artikulieren, wie kann die Wahrnehmung der extremen Rechten als »die« Systemopposition zurückgedrängt werden?

### *Rechte Parteien in Europa – Globalisierungskritik im herrschenden Block?*

In Deutschland ist den Parteien der extremen Rechten bislang kein Wahlerfolg im bundesweiten Maßstab gelungen. In vielen europäischen Ländern dagegen waren extrem rechte Parteien<sup>1</sup> erfolgreich mit einer Verbindung von Globalisierungskritik und Mobilisierung gegen Ausländer. In den 1980er Jahren waren dieselben Parteien Vorreiter einer »Befreiung der Wirtschaft« (Front National, FN), »radikale Deregulierung der Wettbewerbsordnung (FPÖ), des »liberalistischen Föderalismus« (Lega Nord) und »Entstaatlichung« (FN). Das politische Bündnis von extremer Rechter und Neoliberalismus wandte sich vor allem gegen eine Sozialdemokratie, die die fordistischen Regulationsweisen gegen den aufkommenden Neoliberalismus verteidigte. Ihre inhaltlichen Berührungspunkte liegen im Ethnopluralismus, in Staatskritik, Demokratieverachtung und sozialdarwinistischen Argumentationen. Wie gut sich neoliberale Auffassungen mit extrem rechten Politikoptionen vertragen, zeigte sich erstmals 1973 beim Putsch in Chile. Der gewaltsamen Niederschlagung der gewählten Regierung und ihrer Demokratisierungsprojekte folgte die Umkonzipierung von Ökonomie und Gesellschaft nach Maßgabe der *Chicago Boys*; Pinochets »Verfassung der Freiheit« zitiert ein Buch Hayeks.

---

1 Die Parteien werden oft als »rechtspopulistisch« bezeichnet. Der Begriff suggeriert, dass die Inhalte bloß zufällig und an unmittelbaren Stimmungen ausgerichtet entstünden. Es wird nahe gelegt, dass diese Parteien inhaltlich weniger problematisch sind als die traditionell rechtsextreme Bewegung. Gleichzeitig delegitimiert der Begriff potenziell das Aufgreifen der Interessen »der Unteren« als undemokratische Anbiederei. Die inhaltliche Nähe von extremer Rechter und rechtspopulistischen Parteien lässt sich so wenig abbilden wie die Verbindungen zur gesellschaftlichen Mitte.

Ein Problem des sich wandelnden Neoliberalismus besteht in der Vermittlung der politischen Umgestaltungen entsprechend der transnationalen Produktionsweise auf der einen und den Interessen von Bevölkerungsteilen an sozialer Sicherheit und Aufstieg auf der anderen Seite. Dadurch entsteht, was Gramsci als Krise der Repräsentation beschreibt: Es kommt zu einer Loslösung gesellschaftlicher Gruppen »von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt« (*Gef.7*, H. 13, §23, 1577f). Der Rechtspopulismus ist an verschiedenen Punkten der Repräsentationskrise eingebunden worden, in der »das Feld frei ist für die Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma« (ebd.). Das Bündnis mit der extremen Rechten ermöglichte, Zwangs- und Gewaltaspekte der Hegemoniegewinnung einer politischen Kraft zuzuweisen, die nach dem Transformismus, nach Einbindung und Kooptation oppositioneller Milieus und Kräfte in den geschichtlichen Block wieder fallen gelassen wird.

Mit dem Schwenk der Sozialdemokratie auf eine Politik, die innerhalb neoliberaler Rahmenbedingungen »sozialverträgliche« Alternativen suchten, zerfiel diese »Front«. Es gelang die Einbindung von nicht-konservativen, postmodernen Milieus; sie lässt den Eindruck des »Rückwärtsgewandten« hinter sich und damit weite Teile der bisher von ihr repräsentierten Bevölkerungsgruppen. Der Neoliberalismus erweitert so seine soziale Basis und scheint sich zu stabilisieren.

Zunächst war diese Strategie erfolgreich, fast ganz Europa wurde eine Zeit lang sozialdemokratisch regiert. Allerdings hat sich gezeigt, dass der dritte Weg keine langfristige Stabilisierung bietet; die Verbindung von Neokorporatismus und Deregulierung stärkt die gesellschaftlichen Spaltungslinien zu Lasten eines Teils der abhängig Beschäftigten. Die gezielte Schaffung eines Niedriglohnssektors, der auch die Ausgestoßenen der bisherigen Kernbelegschaften betrifft, die mit staatlicher Unterstützung beförderte Ausweitung von Leiharbeitsverhältnissen, die Zunahme von Konkurrenz und Arbeitsbelastung, der Anforderungsdruck selbsttätiger Qualifizierung wie auch die Privatisierung und Inwertsetzung immer weiterer Teile der privaten Existenzsicherung erhöhen den Druck auf die Einzelnen und diskreditieren bisherige Werte von »guter Arbeit« und die damit verbundenen Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Diskussionen der bisherigen gesellschaftlichen Vertreter der Lohnabhängigen sind, auch wenn sie kritisch intendiert sind, von Anpassungs- und Gestaltungsvorschlägen geprägt (vgl. Greven 2006, 16), die die Belastungen und Zumutungen der veränderten Produktionsweise für die Betroffenen kaum angemessen zum Ausdruck bringen können. Es gelingt bisher nicht, neue Formen der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten zu finden.

In der Folge verlieren neoliberale Forderungen der rechtspopulistischen Parteien an Bedeutung »zugunsten einer verstärkten Betonung antiliberalistischer und antiliberaler politischer Diskursmuster« (Betz 2001, 168). So stellt sich etwa der FN bereits seit 1993 zunehmend als Schutzmacht der französischen Arbeiter dar, gegen den »libre-échangeisme mondial«, den »mondialisme économique« oder den »mondialisme«, die als Hauptfeinde angegriffen werden und mit protektionistischen Maßnahmen

begrenzt werden sollen (171). 1995 kündigt der FN eine »soziale Wende« an, die den Staat als Bollwerk gegen die Globalisierung rehabilitieren will. Haider wandelte sich in den 1990er Jahren vom Anwalt der Leistungseliten hin zur Verteidigung derjenigen österreichischen Arbeiter, die es »hart haben im Wettbewerb« (23. Parteitag 1996, zit. 174).<sup>2</sup> Schlüssel für die Verbindung von protektionistischen Positionen und der Politikfähigkeit sind ethnopluralistische Argumentationen (vgl. zum Ethnopluralismus den Abschnitt zur NPD). Die gesellschaftlichen Verwerfungen des Neoliberalismus werden als »von der Migration verursachte Probleme übersetzt« (Scharenberg 2006, 77). »Die Ausländer« werden zum Sinnbild der Globalisierung und bieten dem Alltagsverstand Reibungsfläche. Damit können gesamtgesellschaftliche Probleme reartikuliert und gleichzeitig denkbar gemacht werden. Die dagegen gestellte »Homogenität« des Volkes, die es (zurück) zu gewinnen gelte, ermöglicht eine imaginäre Vergemeinschaftung, die die real erfahrenen sozialen Spaltungen und Partikularisierungen bewältigen lässt (vgl. 78). Die Migranten holen wie die Wiederkehr des Verdrängten die globale Ungleichheit, Voraussetzung des fordistischen Klassenkompromisses, in die gesellschaftliche Mitte. Die Orientierung der Migrationspolitik an »eigenen« ökonomischen Erwägungen verschärft dabei Wettbewerbs- und Selektionsmechanismen (vgl. 74) – sowohl im Segment der Hochqualifizierten als auch im Niedriglohnsegment. Das im Alltagsverstand implizite Wissen, dass »die Anderen«, die flexiblen Migranten, in der Konkurrenz um Arbeit und im Kampf um den »gesellschaftlich durchschnittlichen« Wert der Ware Arbeitskraft die eigenen Positionen bedrohen, wird artikuliert. Sie in die Peripherie, in das »Außen« zurückzudrängen, ist Gegenstand rechter Mobilisierungen wie staatlicher Abschottungspolitik, was ein Vordringen der Rechten in die Mitte erleichtert.

Die rechten Parteien treten als »neue Arbeiterparteien« auf und werden auch so wahrgenommen: »Ich bin zur Dänischen Volkspartei gewechselt, weil sie [die Sozialdemokraten] ihre Politik änderten – ich aber meine nicht.« (Dänischer Busfahrer in Hentges u.a. 2003, 126; Übers. CK) Die Globalisierungskritik der erfolgreichen Regierungsparteien tritt nicht in gleichem Maße antikapitalistisch auf wie die JN/NPD in Deutschland; das würde ihre Funktion der Beiordnung subalternen und unzufriedener Bevölkerungsteile an den neoliberalen Block gefährden. Widersprüchliche Bestrebungen innerhalb des rechten Lagers sind dabei nicht unbedingt ein Hindernis, wie die langjährig erfolgreiche Konstellation unter Berlusconi in Italien gezeigt hat.

»Nazitum bildet [...] einen Schutzraum für die widersprechende Unruhe, damit sie ja nicht erwache« sagte Bloch (1934, 60) über die Widersprüche des aufziehenden deutschen Faschismus, der den Kampf gegen veraltete Lebensweisen mit der Sehnsucht nach dem Gewesenen verband. Die »Jungen wollen nicht nur in den Muff nach Hause«, vor ihrer »städtischen Wildheit [...] verschwinden nicht 50 Jahre wie beim Zauber der guten Stube, sondern wie auf dem Land scheinen Jahrhunderte zu verdunsten, Veitstanz beginnt auf der Straße« (ebd.). Die Bildung des geschichtlichen Blocks gelang damals

2 In den 80ern bestand die Wählerschaft des FN v.a. aus Selbständigen, Ladenbesitzern, Geschäfts- und Handwerksleuten, in den 90ern wählten 30 % der Handarbeiter (Männer und Frauen) den FN, 2002 sanken die Zahlen, jeder 4. Arbeiter wählte FN, 30 % der Ladenbesitzer und Handwerker wählten die extreme Rechte. In Österreich wählten 1995 30 % der »blue collar« Arbeiter FPÖ, 1999 kamen 50 % der Wählerschaft aus der Arbeiterklasse (Hentges u.a. 2003, 63).



mit der Bei- und Unterordnung der völkisch-antikapitalistischen Fraktion – »der Kleinbürger sieht darin Sozialismus, der Großbürger besitzt daran Kulisse, und für beides war dem Kapitalismus höchste Zeit« (76) – unter die Fraktion des Großkapitals<sup>3</sup>.

### *Antikapitalismus als soziale Bewegung von rechts*

Radikaler, weil von Regierungsbeteiligungen weit entfernt, tritt die extreme Rechte in Deutschland auf: »Antikapitalismus von rechts« kann als neue strategische Ausrichtung ihrer wichtigsten Strömungen aufgefasst werden und zeigt sich etwa in der »antikapitalistischen und antiglobalistischen« Kampagne »Zukunft statt Globalisierung«.<sup>4</sup> Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und »prekäre Beschäftigungsverhältnisse« (4) werden als Krisenerscheinungen des Kapitalismus aufgerufen und zum Ausgangspunkt für »notwendige Alternativen«<sup>5</sup>.

Der »Antikapitalismus« der JN grenzt sich von Marx' »Falschlehre« ab. »Privatisierungswahn, Monopolbildung, Steuererhöhung und Hartz 4« seien allerdings nicht das Grundübel »unserer Probleme«, sondern »die herrschende Zinswirtschaft des Kapitalismus«. Der Zinseszins zwinge die Wirtschaft zum endlosen Wachstum und führe so zu »Umweltzerstörung, Lohnklaverei, Globalisierung, Massenentlassungen und Armut«. »Linke Wirkköpfe«, die diesen Zusammenhang nicht in den Mittelpunkt stellen, bezichtigen die JN-Autoren einer »verkürzten Kapitalismuskritik« – eine Umkehrung linker Kritiken an personalisierten und verschwörungstheoretischen Charakterisierungen des Kapitalismus. Zwar wird Ausbeutung als Aneignung von Mehrwert referiert, daraus folgt aber keine grundsätzliche Ablehnung von Eigentum oder gar Klassenkampf. Propagiert wird eine sozialpartnerschaftliche Marktwirtschaft<sup>6</sup>, die Eigentum schützt »solange es dem Volk dient«. Dagegen sei der aktuelle Kapitalismus von »Händlerturn« und »Karawanserei« gekennzeichnet. Dabei bedient die Ablehnung des »Mammonismus« antisemitische »Kritiken« des Kapitalismus, die in der *Nationalzeitung* oder in *Nation und Europa* durch antisemitische Karikaturen untermalt werden. Die Argumentation bezieht sich nicht ungebrochen auf »deutsches Kapital«, geht nicht einfach davon aus, dass Siemens, Krupp oder andere Unternehmen mit deutschem Namen keine »Multis« seien, sondern klagt sie des Verrats an deutschen Interessen und deutschem Volk an. »Volkseigentum« wird gegen die »Ausplünderung« durch Privatisierung verteidigt<sup>7</sup>.

Das Gegenkonzept ist »völkischer« oder »nationaler« Sozialismus. Er wird unterschieden vom Kommunismus, der zusammen mit linken Freiheitsvorstellungen als Kehrseite neoliberaler Ideologien gilt: durch die Verherrlichung »hedonistischer

3 Erstere wurde allerdings bereits 1934 kaltgestellt und die Ideologieelemente im völkischen Rassismus des NS reartikuliert.

4 [www.antikap.de](http://www.antikap.de), die Kampagne wird getragen von Jungen Nationaldemokraten (JN) und »freien Kameradschaften«.

5 Bei den Bundestagswahlen 2005 erhielt die NPD mit ihrem auf Kritik der Sozialreformen ausgerichteten Programm in Sachsen 9,2% der Stimmen.

6 Das ist nicht unumstritten; so distanziert sich der JN-Bundesvorstand explizit von einer Unterscheidung in »guten und schlechten Kapitalismus«.

7 Schulungsbroschüren »Privatisierung – Wirtschafts- und Plünderungsstandort Deutschland«, hgg. v. Initiative für Volksaufklärung, <http://snbp.info/files/Privatisierung.pdf>

Triebe« machten sie sich zu Helfern des »ideologischen Rinderwahns«, der seit 1990 die »Konsumenten verunsichere«. An diesem Irrglauben seien die realsozialistischen Staaten gescheitert, was nicht die »sozialistische Idee« diskreditiere, nur den »Kommunismus, dessen Ideologie mit den Bedürfnissen der Menschen unvereinbar ist und demzufolge in einer Abstimmung mit den Füßen gekippt« worden sei.<sup>8</sup> »Weil der Kapitalismus international ist, muss der Sozialismus national sein.« So kann es gelingen, an einen Alltagsverstand anzuknüpfen, in dem »die Globalisierung« als externe Bedrohung nationaler Standards gedacht wird. Die Vorstellung eines »nationalen Schutzraums« ist die abstrakte Negation eines Diskurses, der mit Verweis auf die internationale Konkurrenz Mobilisierung, Aktivierung und Verzicht bei den Einzelnen einfordert (vgl. etwa Hartz 2001, 8).

Ein Wahlspot der NPD ruft mit Bezug auf Lafontaines »Fremdarbeiter-Rede« dazu auf, nicht die Raubkopie, sondern das Original zu wählen: zwar scheinere jener ähnliche Punkte aufzugreifen und Interessen deutscher Arbeiter zu verteidigen, die restlichen Programmpunkte der Linkspartei zielten aber auf die Erweiterung individueller Freiheiten, Drogenfreigabe und Freizügigkeit gegenüber Flüchtlingen und konterkarierten die scheinbare »nationale« Orientierung. Die Widersprüchlichkeit von Lafontaines Versuch einer »linkspopulistischen« Anknüpfung an die Verwerfungen verschärfter Konkurrenz und Freizügigkeit der Arbeitskraft wird hier deutlich. Wo Lafontaines Einsatz in Schwierigkeiten gerät – wie lässt sich ein Konzept der Verteidigung von Lohnstandards unter den Bedingungen der Standortkonkurrenz entwickeln, das nicht die jeweils ärmeren, auf niedrigere Standards gezwungenen Lohnabhängigen zu Personifizierungen der Konkurrenz und damit als Gegner artikuliert? – wirft sich die rechte Position ungebrochen auf die Seite der »deutschen Arbeiter«. Lafontaine ringt um eine Perspektive des nationalen Wohlfahrtsstaates und will die ausländischen Beschäftigten in Deutschland explizit eingeschlossen wissen, erteilt völkischem Nationalismus eine Absage. Dennoch argumentiert er von einem Standpunkt »privilegierter Solidarität« (Nachtwey 2005, 908). Eine angestrebte europäische Perspektive kann diese Probleme nur begrenzt aufheben: die Billigarbeitskraft, gegen die er sich wendet, kommt ja gerade aus Staaten innerhalb der europäischen Union.

Die extreme Rechte muss sich in solchen Widersprüchen nicht bewegen. Sie macht die Volksgemeinschaft als einziges Solidarprojekt stark. Die Frage der Grenzen der Solidarität wird mit Rekurs auf den »natürlichen« Bezugsraum geklärt: »Der Nationalismus erstrebt soziale Gerechtigkeit und nationale Solidarität.«<sup>9</sup> Versorgt wird, wer zum Volk gehört. Gleichzeitig ist der nationale Schutzraum Voraussetzung dafür, dass das geeinte Volk zu großen Gemeinschaftsleistungen befähigt werde. Wie im historischen Faschismus sollen hier zwei Bedeutungsaspekte des »Volkes« zusammengebracht werden: die »kleinen Leute«, die Mehrheit, die unter die Herrschaft Gestellten werden angerufen und gleichzeitig als völkische Gemeinschaft konstruiert. Die Anknüpfungspunkte im Alltagsverstand finden diese Formulierungen gerade in der ehemaligen DDR, wo der emanzipatorische Bezug auf das »Volk« in der Tradition

8 »Zukunft statt Globalisierung«, [www.antikap.de](http://www.antikap.de)

9 [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de)

der Arbeiterbewegung stärker präsent war als im Westen, wo mit Verweis auf die völkische Begriffsgeschichte klassenspezifische Interessen delegitimiert wurden<sup>10</sup>. Hier kann das Sprechen vom »Volk« womöglich aufgreifen, was Heitmeyer im Konzept der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« als »Anomia« bezeichnet (Heitmeyer 2002): Orientierungslosigkeit, das Gefühl, dass »früher alles besser war, weil man wusste, was man zu tun hatte«, hängt mit Ängsten vor sozialem Abstieg zusammen, die sich seit der Einführung von Hartz IV verstärkt haben (Hüpping 2006). Eine Abwertung schwächerer Gruppen ist bei diesen Befragten wahrscheinlicher: besonders die Aussage, »wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«, erzielt Zustimmung. Bei aller notwendiger Zurückhaltung in der Deutung von Daten, die die subjektiven Begründungszusammenhänge nicht aufklären<sup>11</sup>, kann doch gesagt werden, dass hier völkische Solidarkonzeptionen am Alltagsverstand ansetzen können: die Abstiegsängste werden adressiert und mit einer »Ermächtigung« des Volkes beantwortet.

Inhaltlicher Bezugspunkt der rechtsextremen Argumentationen ist der »Ethnopluralismus«<sup>12</sup>, der ein völkisches Verständnis von Nation transportiert, basierend auf der Vorstellung eines einheitlichen Volkes mit gemeinsamer Abstammungsgeschichte. Alle Völker sollen sich in ihrem »Siedlungsgebiet« frei entwickeln, eventuelle Unterschiede in den Wertigkeiten könnten sich nur bei freier Entfaltung der Völker zeigen. Von hier aus wird die rechte Opposition u.a. gegen den Irakkrieg, ihr Engagement beim Antikriegstag für ein »Selbstbestimmungsrecht der Völker« verständlich. Die extreme Rechte tritt hier »antiimperialistisch« auf<sup>13</sup>: Gegen das US-Imperium gelte es einen »eurasischen Block der Völker« als Element einer antiimperialistischen Abwehr und einer neuen völkerorientierten Weltordnung herzustellen. In völkischer Reartikulation der zapatistischen Losung »eine Welt, in der viele Welten Platz haben«, ruft sie auf zur Ablösung der »einen Welt des Kapitals« durch eine »Welt der tausend Völker«. Der »europäische Nationalismus erstrebt ein gemeinsames Europa der Vaterländer und Völker, das seine Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit und Einheit gemeinsam gegen die Großmächte, falsche Ideologien, die multinationalen Konzerne und klein-karierte Chauvinisten durchsetzen wird« (ebd.).

Angegriffen werden supranationale (»raumfremde«) Organisationsformen wie die EU oder die NATO. Die EU sei nichts als ein »Zusammenschluss der Großkonzerne«, regiert von »Technokraten«, und somit Feind der freien Völker. Die so

10 Dabei gibt es für eine Aufgabe des Volksbegriffs im deutschen Sprachgebrauch von links gute Gründe, nicht nur wegen der Schwäche im Kampf gegen rechte Konnotationen, auch aufgrund analytischer Schwäche. Als Begriff in Mobilisierungen »von unten« soll er Bündnisse ermöglichen (etwa im Sinne der »Volksfront«); unterschiedliche Teilinteressen sollen hintangestellt werden. Die Gefahr besteht, dass bei sich verschiebenden Kräfteverhältnissen grundlegende Interessendifferenzen und -antagonismen unsichtbar oder verschoben werden.

11 Es kann nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass die Befragten hiermit ein völkisches Modell im Sinn haben, wohl aber dass es sich um verschärfte Ausgrenzungsforderungen handelt.

12 Ein ursprünglich aus der französischen Neuen Rechten stammendes Konzept, vgl. u.a. Alain Benoist, *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung*, Tübingen 2001

13 »Wer andere Völker oder Stämme seines Volkes spaltet, unterdrückt, knechtet oder ausbeutet ist ein Imperialist. Der Nationalismus ist der größte und stärkste Feind des Imperialismus: Nationalismus ist antiimperialistischer Kampf«, [www.jn-buvo.de](http://www.jn-buvo.de).

gekennzeichneten äußeren Fremdeinflüssen, die die »Selbstbestimmung« des deutschen »Volkes« untergraben, werden ergänzt durch innere: Vertreter »fremder Kulturen«, die durch die Durchmischung die Kultur »des Volkes« und damit seine Existenzkräfte insgesamt vernichten. Die Fremdeinflüsse sind zwei Seiten derselben Medaille – Imperialismus<sup>14</sup>.

Werden multinationale Konzerne und die Anwesenheit von Flüchtlingen und ausländischer Wohnbevölkerung so verknüpft gedacht, kann das eine vermeintlich unmittelbar im anderen bekämpft werden. Rassistische Gewalt ist hier Antiglobalisierungs-Politik, dem imperialistischen Kampf gegen das Volk wird Nationalismus als »Befreiungsbewegung« gegenübergestellt. Dies ermöglicht eine in sich kohärente Begründung von Aktivismus und praktischen Politikoptionen; Erfahrungen von politischer Hilflosigkeit angesichts globaler Prozesse können in Handlungen umgesetzt werden<sup>15</sup>. Dabei werden die Passivierungseffekte der Sachzwangargumentationen aktiv aufgegriffen: »Stoppt die Demontage Deutschlands! Es gibt Alternativen«. Die Slogans werden ergänzt durch ein alltägliches Ringen um (kulturelle) Hegemonie: Kinderfeste, Nachbarschaftshilfe, AufgreifenkommunalerProbleme, kulturpolitischeOffensivenaufSchulhöfenetc. hinterlassen den Eindruck, »die tun wenigstens was«. Seit den 90er Jahren arbeitet die NPD am »3-Säulen-Konzept«: Kampf um die Köpfe, um die Straße und um die Parlamente. Es gelte, an »veränderte Lebenswelten« der Menschen anzuknüpfen, die von »nationalen Ideologen in ihren Elfenbeintürmen« nicht erreicht würden: »Sie erleben heute eine riesige Betonwüste. Sie erleben Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung, trostlose Supermärkte und eine völlig gleichgeschaltete Gesellschaft. Sie erleben eine Ellenbogengesellschaft, von welcher entfernt anonym und weit weg die ›Bonzenschweine‹ hausen und über ihre Köpfe regieren.«<sup>16</sup> Hier zeigt sich ein Gespür für die Bedeutung der Politik um Lebensweisen in Verbindung mit einem gesellschaftlichen »Großkonzept« für den Kampf um kulturelle Hegemonie.

Bloch analysierte in den 30er Jahren, wie die faschistische Bewegung ihre Propaganda mittels »Entwendungen aus der Kommune« mit revolutionärem Schein ausstaffierte: »denn selbst die herrenrassig-nationalistische Parole zöge nicht, wenn sie sich – scheinbar dem wirklichen Bedürfnis des Volkes entsprechend – nicht vorab als eine antikapitalistische gäbe« (1934, 70). Den revolutionären Schein entlehnt die faschistische Bewegung den Kommunisten: Fahnen, Aufmärsche, gefährliche

14 »Der Nationalismus ist nicht gleich mit Imperialismus; er ist vor allem dessen Gegenspieler: Sprenger multinationaler und kolonialer Gefüge. Der Nationalismus bekämpft jedes Fremdherrschaftsstreben (Imperialismus), gleichgültig ob es militärische, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Mittel benutzt.« (JN, Thesen zum Nationalismus) Die Abschaffung der »wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen« seien Teil der Durchsetzung des globalen Marktes zugunsten eines »hemmungslosen grenzüberschreitenden Warenhandel«, [www.gegen-globalisierung.de/texte](http://www.gegen-globalisierung.de/texte).

15 In der GMF-Studie von 2003 stimmen etwa 50,3 % der Befragten voll und 29,5 % eher der Aussage zu, dass »gegen soziale Missstände in Deutschland zu wenig protestiert wird«, 46 % stimmen voll und 35,5 % eher zu, dass »letztendlich die Wirtschaft in unserem Land [entscheidet] und nicht die Politik«, 58 % stimmen voll, 31,4 % eher zu, dass »die demokratischen Parteien alles [zerreden] und die Probleme nicht [lösen]«, und 65,1 % stimmen voll, 28,6 % eher zu, dass »Politiker mehr dafür tun [sollten], Zweifel an der Demokratie auszuräumen« (Heitmeyer/Mansel 2003, 43f).

16 JN-Bundesvorstand, »Nationalismus heißt Kapitalismuskritik«, [www.junge-nationaldemokraten.de](http://www.junge-nationaldemokraten.de)

Lieder. Die Strategien der extremen Rechten versuchen Ähnliches: Seit Udo Voigt 1996 Parteivorsitzender der NPD wurde, will man »den Linken die soziale Frage entwinden«. Ihr »Monopol« auf Kapitalismuskritik soll angegriffen werden. Es gehe darum, Antikapitalismus »aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die ›linken Leute von rechts‹ oder es kommen keine Leute von rechts«<sup>17</sup>.

Entsprechend hat sich das Auftreten der Neonazis z.T. dramatisch gewandelt: Kleidung, Webseiten, Transparente zitieren und kopieren linke, globalisierungskritische und antifaschistische Codes. Palästinenser-Tuch und schwarzes Kapuzenshirt verdrängen die »klassische« Skinhead-Kultur<sup>18</sup>. »Antikapitalismus von rechts«<sup>19</sup> behauptet Anknüpfungspunkte an die Revolutionen in Kuba, Vietnam und bebildert den Artikel mit Ché Guevara: »Vaterland oder Tod«. Die Reihung der revolutionären Bewegung umfasst auch die Nationalsozialisten und »Nationalsyndikalisten«, Faschisten, Falangisten, Peronisten, die Bewegung von Hugo Chávez und die DDR: Aus »den Funken der Erinnerung« könnten bald wieder »lodernde Flammen des nationalen und sozialen Widerstands emporschießen«.<sup>20</sup>

70 Jahre nach Blochs Äußerung ist es mit einer Denunziation der »Entwendungen« nicht getan – wenn sie nicht schon damals die widersprüchliche Konstellation unterbelichtet ließ<sup>21</sup>: im Bereich der Reklamationen des Sozialen gibt es kein geistiges Eigentum. Ob die aufgerufenen Elemente von Kapitalismuskritik rechts oder links verortet werden, ist Gegenstand aktueller Kräfteverhältnisse: Wem gelingt es, die Krisendiagnosen im Rahmen unterschiedlicher geschichtlicher und theoretischer Bezüge zu artikulieren? Als Katalysator für rechts dienen dabei die von links beschwiegene Widersprüche. Hierzu legt Bloch wiederum die Spur: »Wohl aber sind im nationalsozialistischen Dunstbau, [...] gewisse unterirdische Keller enthalten, auch gewisse versunkene Überbauten, deren selbst kommunistisch noch nicht völlig ›aufgehobener‹ Inhalt ernsthaft zu prüfen bleibt.« (1934, 67)

### *Subjektive Bearbeitungen, Ringen um neue Lebensweisen*

Die SIREN-Untersuchung<sup>22</sup> konnte das Ineinandergreifen von subjektiven Erfahrungen neoliberaler Umstrukturierungen und dem Hinwenden zu rechtsextremen Argumentationen zeigen. Es wurden Personen interviewt, die von den Umarbeitungen der

17 Aus den Reihen des Nationaldemokratischen Hochschulbundes, in: *Nation und Europa*, 48. Jg., 1998, H. 10, 13-15, hier 15 (»16 Thesen zum Kapitalismus: dem Geld dienen oder dem Volk?«, Tor von Waldstein)

18 Schon die Gleichsetzung von Skinhead-Bewegung mit Neonazis war Ergebnis eines – weitgehend erfolgreichen – kulturellen Unterwanderungs- und Hegemoniebestrebens.

19 [www.antikap.de](http://www.antikap.de)

20 »Antikapitalismus von rechts«, 16

21 Der von der JN aufgerufene Peronismus ist geradezu Musterbeispiel für das Zusammenspannen gewerkschaftlicher, volks-bezogener und faschistoider Elemente und wird bis heute von rechts und links reklamiert.

22 Europaweite qualitative Untersuchung zur Veränderung der Anforderungen in der Arbeit und rechtspopulistischen Denkweisen, vgl. [www.siren.at](http://www.siren.at) und Flecker/Hentges 2004.

neuen Produktionsweise besonders betroffen waren. Zentral scheint die Erfahrung, dass die Einzelnen ihre Position in der sozialen Welt aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen überdenken müssen. Dabei konnten unterschiedliche Typologien herausgearbeitet werden, die die jeweils sehr unterschiedlichen Erfahrungen von prekarierten Putzfrauen bis hoch qualifizierten IT-Arbeitern formulieren. Es gibt aber auch Gemeinsamkeiten: Seit den 90er Jahren wird ein starker Anstieg der Arbeitsbelastung wahrgenommen. Der Kampf zwischen Alten und Jungen und zwischen Migranten und Etablierten zieht sich durch die Interviews. Die Interviewten bringen oft den eigenen Status als »Arbeiter« zum Ausdruck, die Wahrnehmung eines kollektiven Schicksals ist präsent. Als »Schuldige« des Prozesses werden Politiker und ein bürokratisiertes Management genannt, die sich von den Bedürfnissen und Realitäten der Produktion entfernt hätten.

Die neoliberalen Versprechen, die Aufrufe zu mehr Leistung, die soziale Sicherheit bringen soll, scheitern an den alltäglichen Erfahrungen: trotz schwerer Arbeit und schmerzlicher Unterordnung sind die Betroffenen nicht in der Lage, die angestrebte Position zu erreichen; es entstehen Gefühle der Ungerechtigkeit und persönlicher Verletzung. Das Gefühl des »aufgekündigten Vertrages« bezieht sich auf die implizite Vorstellung, dass sich »harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung« »tausche«; die Interviewten äußern durchaus Bereitschaft, härter zu arbeiten, mehr zu leisten, müssen aber feststellen, dass legitime Erwartung in Bezug auf Arbeit, Beschäftigung, sozialen Status oder Lebensstandard dauerhaft frustriert werden: der Vertrag ist »einseitig gekündigt« worden. Dies führt zu Ungerechtigkeitsgefühlen und Ressentiments gegenüber anderen sozialen Gruppen, die sich den Mühen der Arbeit anscheinend nicht in gleichem Maße unterziehen müssten und für die besser gesorgt werde oder die ihre Sachen (illegal) selbst arrangierten: einerseits Manager, Politiker mit hohem Einkommen, die sich großzügige Pensionen zusprächen, andererseits Menschen, die von der Wohlfahrt lebten statt zu arbeiten, oder Flüchtlinge, die vom Staat unterstützt würden. Die »gestörte Balance in ihrem Bezug zur Arbeit bei gleichzeitigem Mangel an legitimen Ausdrucksformen für das Leiden scheint in vielen Fällen der Schlüssel für das Verständnis des Zusammenhangs zwischen sozioökonomischem Wandel und politischen Reaktionen zu sein« (Flecker/Hentges 2004, 142).

Die gestörte Balance ist dabei nicht auf die unteren Segmente von Arbeit und Gesellschaft beschränkt. Dörre u.a. (2004, 94) haben gezeigt, dass Prekarisierungs-*ängste* ähnliche Orientierungen nach sich ziehen können wie tatsächliche Erfahrungen von Prekarisierung und Ausgrenzung; darüber hinaus hat der Niedergang der Start-up-Ökonomien viele mit Gefahr und Realität eines plötzlichen sozialen Abstiegs bekannt gemacht. Die Angestellten und *freelancer* des IT-Sektors »tendieren zu individualistischen Bearbeitungsweisen ihrer Probleme mit Stress, Druck und enormen Arbeitslasten: verlass dich auf dich selbst in einer mitleidlosen und konkurrenzialen Welt mit ihren Unsicherheiten, Risiken und Unwägbarkeiten« (Hentges u.a. 2003, 51; Übers. CK). Diese Bewältigungsweisen gehen mit verschärften Ausgrenzungsforderungen gegen solche einher, die sich in der sozialen Sicherheit auszuruhen scheinen und ihr Leben nicht an denselben Normen von Wettbewerb und Erfolg orientieren. »Diese

Normen befördern Wahrnehmungsweisen, die zu neoliberalen, mitleidlosen oder sozialdarwinistischen Haltungen führen.« (Ebd., 58; Übers. CK) Da die Durchsetzung der neuen flexiblen Anforderungen auch ein Projekt der hochtechnologischen Spezialisten war, liegen rechte Kapitalismuskritiken hier nicht unmittelbar nahe. Verbindungen zu den Denkformen der extremen Rechten finden sich über sozialdarwinistische Vorstellungen und die Konstruktion, dass gerade ausländische Menschen eine Belastung der sozialen Sicherheitssysteme darstellten, die von den hart arbeitenden »Inländern« zu finanzieren seien. Dabei klingen auch die Anrufungen an die Leistungsbereitschaft an, die untergründig mit dem Konzept der Volksgemeinschaft artikuliert werden: wer sich hier nicht einfindet, gerät schnell auf die Seite der »inneren Feinde« des Volkes.

Politische Botschaften und Ideologien des Rechtspopulismus, die die zweifache Abgrenzung »des Volkes« von Eliten oben und Ausgestoßenen unten in Anschlag bringen, finden hier Resonanz. Die Abgrenzung von angeblich untätigen Leistungsempfängern, also Flüchtlingen, Sozialhilfeempfängern, Kranken und Behinderten, findet sich dabei bis in die höchsten Hierarchieebenen der Beschäftigten (oft auch als Wohlstandschauvinismus bezeichnet) und ist auch in gewerkschaftlichen Kreisen verbreitet (vgl. Fichter u.a. 2004). Die in Deutschland vollzogenen Hartz-Reformen setzen ähnliche Gefühle von Ungerechtigkeit frei: mit dem Wechsel zu ALG2 und den erweiterten Zumutbarkeitskriterien können auch langjährig Beschäftigte eine Deklassierung nicht abwehren. Jahrelang geleistete Abgaben gehen den Einzelnen verloren und nähren das Ressentiment gegen gesellschaftliche Gruppen, die »stattdessen« finanziert werden. Die völkischen Sozialstaatskonzepte greifen diese Erfahrungen auf.

Angst vor Deklassierung, Unsicherheit und Ohnmachtgefühle, die mit industriellem Niedergang, prekärer Beschäftigung und Entwertung von Fähigkeiten und Qualifikationen verbunden sind, bildet das zweite Begründungsmuster der SIREN-Untersuchung. Auch hier werden Erfahrungen von Seiten der extremen Rechten systematisiert und artikuliert: Die Erfahrung, Spielball der ökonomischen Entwicklung oder anonymer Mächte zu sein, wird verbunden mit rechtspopulistischen Mobilisierungen, die die Bevölkerung als passives Opfer von übermächtigen Gegenspielern ansprechen. Die Anrufung der »Arbeiter«, des »Volkes« spricht die Erfahrungen kollektiver Schicksale an und verspricht Handlungsfähigkeit. Ähnlich »funktioniert« die nostalgische Wertschätzung der guten alten (Arbeiter-)Zeiten und die populistische Glorifizierung von traditionellen Gemeinschaften. Ebenso vermag die Thematisierung von nationalen oder subnationalen Einheiten als Träger kollektiver Interessen die Ohnmachtgefühle anzusprechen, wie Regionen – »der Osten«, »Padanien« –, die Arbeiterklasse, die Nation. Die »völkische Identität« birgt das Versprechen von sozialer Sicherheit und Gleichheit, Solidarität und Zugehörigkeit. Die Aufwertung entlastet von der Sorge, ob man selbst »dazu« gehören wird, ob die im neuen Sozialstaat geforderte eigene »Aktivierung« ausreichen wird. Gleichzeitig wird das Prinzip der Konkurrenz für den verschärften Kampf um gesellschaftliche Ressourcen gegen »undeutsche« Elemente genutzt.

Rechtsextremes Denken ermöglicht also ein widersprüchliches Bewegen in den neoliberalen Subjektanforderungen: einerseits werden sie zurückgewiesen und im rechtsextremen Modell von volksgemeinschaftlichem Sozialstaat aufgelöst; andererseits

werden ihre Formen der Ausgrenzung, Brutalisierung, Mobilisierung des Subjekts aufgegriffen und gegen die gesellschaftlich Marginalisierten gewendet. Es ermöglicht damit ein »Denken in den Formen«, das sich inhaltlich dennoch als Opposition geriert, mithin die Grundlagen gesellschaftlicher Konkurrenz und Verwertung affirmiert.

### *Linke Gegenstrategien?*

Die Zustimmung zu rechten Politikoptionen kann also als »völkisches Wohlfahrtsstaatsbewusstsein« gefasst werden. Um die »Entwendungen aus der Kommune« in emanzipatorische Konzepte zu überführen, muss es der Linken gelingen, diese Aspekte neu einzubetten. Zentral sind dabei die Momente sozialer Sicherheit ebenso wie die Fähigkeit, ein »Gesamtkonzept« zu bieten, vor dessen Hintergrund die gesellschaftlichen Entwicklungen interpretiert und veränderndes Handeln begründet werden können. Die Linke stößt hier immer wieder auf Grenzen: wie lässt sich die Verteidigung sozialer Rechte der Bevölkerung in den ehemaligen »Zentren« in eine emanzipatorische Konzeption einbetten, die den Korporatismus nicht einfach von Deutschland auf die EU ausweitet? Andererseits wird eine globale Perspektive kaum vermitteln können, dass sie auch für die alltäglichen Probleme Verbesserungen zu bieten hat.

Die Passivierungseffekte der fordistisch-sozialdemokratischen Regierungen wie der neoliberalen Sachzwangdebatten können nicht einfach »von oben« beantwortet werden. Durchaus nicht alle Interviewten der SIREN-Untersuchung haben die gesellschaftlichen Umarbeitungen rechts verarbeitet: Andere, die aufgrund von Umstrukturierungen sich plötzlich in Konkurrenz mit gesellschaftlich unterlegenen Gruppen wiedergefunden haben, wandten sich trotzdem nicht dem Rechtsextremismus zu. Sie konnten auf andere theoretische Verarbeitungsformen, eine Biographie des politischen Engagements, Erfahrungen mit Organisation von Demonstrationen und Widerstand etc. zurückgreifen.

Holzkauf verweist auf die Notwendigkeit einer »kooperativen Integration« (1983, 373), damit für die Subjekte überhaupt ein Denken funktional wird, in dem nicht das ideologisch nahe gelegte sich einfach reproduziert, ein »Denken über die Formen« möglich wird. Diese kooperative Integration kann neu gefasst werden als Formen von gegenhegemonialen Bewegungen, Diskursen, als gesellschaftliche Repräsentation von Kritik und Utopie, die aber »stark«, »wahrnehmbar« genug sein müssen, um überhaupt potenziell in die Prämissen von Handlungsbegründungen eingehen zu können. Als »subjektive Seite« der Repräsentationskrise kann verstanden werden, dass die Menschen, die aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen sich gezwungen sehen, ihre Position in der Welt zu überdenken und neu zu begründen, kaum Denk- und Deutungsangebote finden. Die hegemoniale Sichtweise beleuchtet vor allem die Hochglanz- und Erfolgsgeschichten der neuen Produktionsweise. Das Leiden an den Anforderungen ist in der »Mitte« kaum repräsentiert, die linken Thematisierungen sind vielfach schwach. Teile der Linken rufen in Kritik an der neoliberalen Globalisierung den fordistischen Wohlfahrtsstaat auf. Die extreme Rechte ihrerseits wuchert mit dem »repressiven Subtext« fordistischer Lebensweisen und verspricht gleichzeitig den radikalen Bruch mit dem Bestehenden.



Doch der Erfolg der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 zeigt, dass die Kritik von Sozialstaatsreformen, Globalisierung und Kapitalismus nicht per se rechts kodiert ist. Daraus ergibt sich die Anforderung an linke Politik, die Entwicklung populär-demokratischer Positionen voranzubringen, in denen die alltäglichen Erfahrungen, das Leiden und die Widersprüche der Produktionsweise repräsentiert sind und Perspektiven auf die nach-kapitalistische Gesellschaft eröffnet werden. Eine abstrakte und ausschließliche Fundamentalkritik oder eine Orientierung auf realpolitisch mögliche, kleine Schritte, die notwendig im Rahmen des Bestehenden argumentiert, werden es nicht vermögen, Perspektiven auf eine veränderte Gesellschaft mit den Erfahrungen der Umarbeitung von Lebensweisen bei den Menschen zu verbinden, und werden ihnen so auch keinen Grund geben, dieses politische Projekt als ihr eigenes zu übernehmen.

### Literatur

- Betz, Hans-Georg, »Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie«, in: Wilhelm Heitmeyer und Dietmar Loch (Hg.), *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt/M 2001, 167-85
- Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit. Gesamtausgabe Bd.4* (1934), Frankfurt/M 1962
- Dörre, Klaus, Klaus Kraemer und Frederic Speidel, »Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?«, in: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*, Hamburg 2004, 77-118
- Fichter, Michael, Richard Stöss, Joachim Kreis u. Bodo Zeuner, *Abschlussbericht des Forschungsprojekts »Gewerkschaften und Rechtsextremismus«*, www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex, 2004
- Flecker, Jörg, u. Gudrun Hentges, »Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa«, in: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004, 119-49
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, hgg.v. K.Bochmann u. W.F. Haug, Hamburg 1991ff
- Greven, Thomas, »Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance«, in: ders., u.a. (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006, 15-29
- Hartz, Peter, *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurt/M 2001
- Heitmeyer, Wilhelm, »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse«, in: ders. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*, Frankfurt/M 2002, 15-33
- Hentges, Gudrun, Malte-Henning Meyer, Jörg Flecker u.a., *The Abandoned Worker – Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populismus. European Synthesis Report on Qualitative Findings*, Wien 2003
- Holzkamp, Klaus, *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M 1983
- Hüpping, Sandra, »Anomia. Unsicher in der Orientierung sicher in der Abwertung«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 4*, Frankfurt/M 2006, 86-100
- Nachtwey, Oliver, »Solidarität als Privileg«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 8/2005, 907-9
- Scharenberg, Albert, »Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung«, in: Thomas Greven u. Thomas Grumke (Hg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006, 70-111

Daniel Bensaïd

## Utopisches Moment und strategische Neugründung

1. Es hat keine fünfzehn Jahre gedauert, bis sich feststellen ließ, dass das große liberale Versprechen einer befriedeten, prosperierenden Welt gebrochen wurde, das George Bush sen. am Tage nach dem Fall der Berliner Mauer gegeben hat. Das Ende der Geschichte in Form des ewigen Marktes musste scheitern. Die jährlichen Berichte des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) registrieren regelmäßig das wachsende Ungleichgewicht zwischen den sogenannten Ländern des »Nordens« und jenen des »Südens«, zwischen Männern und Frauen, Reichen und Armen sogar in den Zentren der imperialistischen Mächte selbst. Diese ungleiche Welt ist durch eine strukturelle Überaggressivität und einen Zustand des permanenten Krieges gezeichnet, vom ersten Golfkrieg über die Kriege des Balkans, der Großen Seen, Afghanistans und des Nahen Ostens bis zur imperialen Besetzung des Irak. Dies ist das Resultat der neoliberalen Gegenreform, die ab 1979 bzw. 1980 von den Regierungen Margaret Thatchers und Ronald Reagans initiiert wurde. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus haben die kreativen Köpfe des Pentagons und des Weißen Hauses nicht allein den »Präventivkrieg« legalisiert, sondern eine Art »präventiver Konterrevolution« eingeführt, die man mit Joseph de Maïstres, einem Kenner der Materie, so bestimmen könnte: keine Gegen-Revolution, sondern das Gegenteil einer Revolution.

2. Die »beste aller möglichen Welten«, die von den Ideologen der »glücklichen Globalisierung« verkündet wird, ist in eine dreifache Krise gestürzt: sozial, ökologisch, und ethisch. Diese übersetzt die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation in umso größerem Maßstab, als sich die reelle Subsumption der Arbeit unter Kapital und die universelle Verwandlung in Waren heute zunehmend auf globaler Stufenleiter vollziehen. Anstatt die notwendige Arbeitszeit zu verkürzen und Zeit für das kulturelle und gesellschaftliche Leben bereitzustellen, verwandeln sich die Produktivitätszuwächse vielmehr in Arbeitslosigkeit, sozialen Ausschluss und Prekarität. Trotz steuerlicher Notbehelfe in der Art der Öko-Steuer schadet die kurzsichtige Logik des Marktes langfristig den natürlichen Reproduktionsbedingungen der Menschheit. Während die Entwicklung der Genforschung bislang unbekannte Möglichkeiten der Selektion und Veränderung von Erbmerkmalen eröffnet, könnte sich die barbarische Verbindung von Gentechnik und Profit zu einem gentechnischen Alptraum entwickeln. Diese Verquickung illustriert die Absurdität einer Welt, in der abstrakte Arbeit das Maß aller Dinge bleibt, während die konkrete Arbeit mehr und mehr vergesellschaftete und komplexe Formen annimmt und sich Kopf- und Handarbeit untrennbar verbinden. Dieses »armselige Maß«, das Marx seit den *Ökonomischen Manuskripten 1857/58* anprangerte, ist verantwortlich für die Kluft zwischen den partiellen Rationalisierungen (mit Hilfe von Kalkulationen, Evaluationen, Expertisen) und der wachsenden Irrationalität des Systems.

3. Die anonyme Despotie des Kapitals versucht, durch eine Flucht nach vorn in den sozialen Krieg gegen die Unterdrückten einerseits und den imperialen Krieg zur Rekolonisierung der Erde andererseits den sie untergrabenden Widersprüchen zu entgehen. Die allgemeine Privatisierung, die nicht nur öffentliche Dienstleistungen und Unternehmen, sondern auch Räume, Informationen, Wissensgebiete, Leben und Gewaltanwendung einschließt, zielt darauf ab, Bedingungen einer neuen ursprünglichen Akkumulation herzustellen – um den Preis der Beschlagnehmung der gemeinsamen Güter der Menschheit (des Bodens, des Wassers und, mit der Einführung eines Marktes für Luftverschmutzungsrechte, der Luft) und der Einschränkung des öffentlichen Raumes. Die Zerstörung der sozialen Rechte und Errungenschaften bedingt somit den Aufstieg eines strafenden Staates und die Normalisierung des Ausnahmezustands unter dem Deckmantel des Antiterrorkampfes. Das veranschaulichen der »Patriot Act« in den USA und die Anwendung von Notstandsparagraphen in Frankreich, die diskriminierenden Gesetze gegen Ausländer und Immigranten, die Beschneidung des Asylrechts, die Techniken biopolitischer Kontrolle usw. Dieser normalisierte Ausnahmezustand drückt sich im fast alltäglich gewordenen Umgang mit Begriffen wie der »außergerichtlichen« Inhaftierung und Hinrichtung ebenso aus, wie in den durchaus ernsten und offiziellen Diskussionen über die Legalisierung der Folter durch Einrichtung rechtsfreier Zonen, die in US-Regierungskreisen geführt werden. Auf diese Weise zielt das Gesetz selbst darauf ab, sich zugunsten einer Rückkehr des Naturzustands und des Rechts des Stärkeren außer Kraft zu setzen.

4. Eine Woche nach den Attentaten am 11. September 2001 in Manhattan verkündete der US-Präsident, dass die gesamte Welt sich im Zustand eines zeitlich und räumlich unbegrenzten Krieges befinde. Der Ausnahmecharakter dieses Krieges sollte im Vorhinein die Anwendung aller gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel rechtfertigen. Das offizielle Bekenntnis der Regierung zur Präventivschlagsdoktrin hat diese Entscheidung, sich einseitig von den Verpflichtungen des Völkerrechts zu lösen, nur bestätigt. Es erscheint daher auch nur folgerichtig, wenn der weltweite Krieg die Thematik des »gerechten Krieges« wieder aufgreift, um sich als ein heiliger Krieg oder ein Kreuzzug des absolut Guten gegen das absolut Böse darzustellen. Es ist dann ebenso folgerichtig, dass der als Verkörperung des Bösen gebrandmarkte Feind kein Verhandlungspartner mehr sein kann, sondern ein Monster, dem menschliche Eigenschaften nicht zukommen und das daher wie ein Tier zu behandeln ist: Guantánamo und Abu Ghraib werden so zu den unausweichlich widrigen Folgeerscheinungen eines »ethischen Krieges« (Tony Blair anlässlich der Intervention der NATO auf dem Balkan), demzufolge der gute Zweck alle Mittel rechtfertigt. Die Angleichung des Krieges an eine Polizeioperation und die »vorbeugende« Kriminalisierung des Gegners (durch die Bezeichnung der »Achse des Bösen« oder der »Schurkenstaaten«) findet seine innenpolitische Entsprechung in der Kriminalisierung der sozialen Bewegungen und der Diskriminierung der aus der Immigration stammenden Jugendlichen als »Abschaum« durch den französischen Innenminister.

Die Einschränkung des öffentlichen Raumes und die Normalisierung des Ausnahmezustands nehmen der demokratischen Debatte ihre Bedeutung. Daraus folgen eine Aushöhlung des politischen Lebens, ein Ansteigen der Wahlenthaltung, ein Legitimitätsverlust der repräsentativen Organe bis hin zur mafiosen Privatisierung staatlicher Funktionen jenseits der Gepflogenheiten gewöhnlicher Korruption, wie es sich düster in den Figuren der Berlusconi und Menems darstellt. Gesellschaftliche und demokratische Krise werden somit untrennbar.

5. Von Seattle bis Caracas, über Porto Alegre, Genua, Bamako, Mumbai und Karachi haben die Altermondialisten ihre große Weigerung gegenüber der neoliberalen Logik der Konkurrenz (und des Krieges) aller gegen alle verkündet: »Die Welt steht nicht zum Verkauf! Die Welt ist keine Ware! Eine andere Welt ist möglich!« Das ist der Moment der Negation, des Schreis. Es wäre zweifellos angemessener zu sagen, dass eine andere Welt, eine andere »Programmierung« notwendig sind, dass es genau darum geht, sie zu ermöglichen. – Aber welche? Und wie? Wir müssen diese Fragen im Licht der schmerzhaften Erfahrungen des »Jahrhunderts der Extreme« angehen. Wir sind keinesfalls verwaiste Kinder sogenannter »Gesellschaftsmodelle«, die seit langer Zeit schon zu finsternen Zerrbildern und Karikaturen des demokratischen Kommunismus geworden sind, den die Pioniere der gesellschaftlichen Emanzipation anstrebten. Der Sturz der bürokratischen Diktaturen gibt uns vielmehr die Möglichkeit, neu anzufangen, nicht indem wir bei Null beginnen (denn, wie Gilles Deleuze schreibt, »man beginnt immer von neuem mittendrin«), sondern indem wir aus den manchmal glücklichen und oft traurigen Ereignissen der Vergangenheit die Lehren ziehen. Es geht nicht darum, zu den ersten Anfängen eines utopischen Sozialismus zurückzukehren, sondern den »nach vorne gerichteten Traum« wieder aufzugreifen, der sich auf die »wirkliche Bewegung« gründet. Diese Bewegung, die auf die Abschaffung der herrschenden Ordnung hinarbeitet, geht aus von dem Gegensatz zwischen der Markt- und Profitlogik, »dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung«, und der Logik der gesellschaftlichen Bedürfnisse, der öffentlichen Dienste, der gemeinsamen Güter der Menschheit, des »Not-Rechts« auf Leben, auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, die wichtiger sind als das sakrosankte Recht auf Privateigentum. Zwischen zwei sich ausschließenden Rechten entscheidet, wie Marx schrieb, die Gewalt (MEW 23, 249).

6. Die Alternative zur allgemeinen Privatisierung kann nur ein Programm der gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsmittel und Kapitalien, der Kredit- und Kommunikationsmittel sein, nicht zu verwechseln mit Verstaatlichung, auf die die bürokratischen »Nationalisierungen« sich häufig beschränkten. Dies ist einer der Gründe, warum die letzteren so wenig oder so schlecht gegenüber der Politik der Privatisierung verteidigt werden konnten. Gesellschaftliche Aneignung kann verschiedene Formen von Eigentum beinhalten, von der Genossenschaft bis zum öffentlich kontrollierten Unternehmen, über zahlreiche Zwischenformen gemischter Gesellschaften oder selbstverwalteter Unternehmen. Wichtig ist, dass die Vergesellschaftung der strategisch bedeutsamen Produktionsmittel und Kapitalien es erlaubt, der Logik des Marktes die einer demokratischen Planung entgegenzusetzen,

die sich an sozialer Gerechtigkeit und ökologischen Reproduktionsbedingungen orientiert. Diese Planung erfordert nicht nur einen qualitativen Wandel der Besitzverhältnisse, sondern eine demokratische Kontrolle der Geldpolitik und ein streng auf die soziale Umverteilung ausgerichtetes Steuersystem. Die Vergesellschaftung des Raums und des Grund und Bodens ist die Voraussetzung einer Neudefinition des Verhältnisses von Stadt und Land sowie einer wirklichen Wohnungs- und Städteplanungspolitik. In diesem Sinne stellt die Weltwassercharta ein Beispiel für den Umgang mit den kollektiven Gütern der Menschheit dar, indem sie den Zugang zu sauberem Trinkwasser als ein unveräußerliches Menschenrecht und demzufolge als nicht-privatisierbare Ressource kennzeichnet. Schließlich setzen die neuen Kommunikationstechnologien und der Aufschwung der Biotechnologie die Formulierung eines Rechts auf Vergesellschaftung von Wissen und Forschungsergebnissen auf die Tagesordnung.

7. Die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung enthält die Aussicht auf ein Absterben der mit ihr einhergehenden Lohnarbeit. Die Beschleunigung des Zuwachses an Wissen und der technischen Erneuerung macht abgeschlossene Ausbildungen und stabile lebenslange Arbeitsverhältnisse zunehmend unmöglich. Daraus resultiert eine notwendige Neuordnung der sozialen Lebensläufe, die die strenge Dreiteilung des Arbeitslebens in eine Periode der Ausbildung, der Arbeitszeit und des Ruhestands in Frage stellt zugunsten eines Wechselspiels zwischen Arbeit und Bildung und einer Erweiterung der dabei bestehenden Wahlmöglichkeiten. Auch wenn sich zeitweilige Beschäftigungsverhältnisse zu verallgemeinern beginnen, bleibt die Notwendigkeit zu wohnen, sich zu ernähren und gesund zu erhalten dabei ununterbrochen bestehen. Auf diese Notwendigkeit antwortet der Vorschlag einer garantierten Grundsicherung unabhängig von den zeitweiligen Arbeitstätigkeiten. Ein solches Einkommen käme einer bedeutenden Ausweitung der indirekten Löhne gleich. Diese werden über Sozialversicherungsbeiträge finanziert, welche vor den Risiken von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter schützen sollen. Um eine Grundsicherung mindestens in der Höhe des Smic [französischer Mindestlohn von 8,03 Euro pro Std. bzw. 1218 Euro pro Monat] durchzusetzen, das nicht als eine Art karitative Kriegsmaschine gegen die bestehenden sozialen und tariflichen Mindeststandards eingesetzt werden kann, bedürfte es einer radikalen Umkehrung der Kräfteverhältnisse, die durch ein Vierteljahrhundert neoliberaler Offensive geschaffen wurden. Andererseits kann die gesellschaftliche Finanzierung der Grundsicherung auch andere Formen annehmen als die Zuteilung von Geldmitteln, vor allem durch eine Ausdehnung des Anrechts auf kostenlose Güter der Grundversorgung über den Bereich von Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Verkehr) hinaus: die Dekommodifizierung von Nahrungsmitteln, Kleidung und Medikamenten würde den Beginn einer Revolution des Denkens bedeuten, jenseits des biblischen Fluchs der notgedrungenen Arbeit. Tatsächlich geht es darum, die Arbeit vom Kapital zu emanzipieren, um die Menschheit vom Zwang der Arbeit zu befreien: das garantierte Recht auf einen Arbeitsplatz würde zugleich bedeuten, dass die Arbeitskraft nicht länger eine Ware unter anderen wäre. Diese Perspektive

schließt die massive Verringerung der durch materielle Not erzwungenen Arbeit zugunsten eines frei gewählten gesellschaftlichen Engagements ein sowie auch die Vergesellschaftung und Teilung der Hausarbeit. – In der defensiven Situation, in der sich die sozialen Bewegungen heute befinden, kommt es darauf an, die sozialen Errungenschaften in den Bereichen Beschäftigung, Entlohnung und Existenzsicherung mit allen Mitteln zu verteidigen. So muss das Recht auf Vollbeschäftigung durch unbefristete Arbeitsverträge sichergestellt und gegen die Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse verteidigt werden. Auch wenn der abrupte Schnitt zwischen Berufsleben und Ruhestand ein Erleben von sozialem Ausschluss und Überflüssigkeit erzeugen kann, bleibt er in der jetzigen Lage ein notwendiger Schutz gegen die Tendenz des Kapitals, die Lebensarbeitszeit absolut auszudehnen. Deshalb ist die Verteidigung der Altersteilzeit heute von zentraler Bedeutung.

8. Auf globaler Ebene wird die soziale Zerstörung immer mehr von der ökologischen überlagert. Sicherlich sollte man die dramatischen Beispiele bürokratisch verschuldeter Umweltzerstörung nicht vergessen: die Katastrophe des Aralsees, Tschernobyl, die Umweltverschmutzung in China. Fest steht aber auch, dass der Kapitalismus, der sich auf die Universalisierung des Warentausches stützt, unfähig ist, die ökologischen Konsequenzen seiner Produktions- und Konsumtionsweise zu bewältigen: gerade weil der ökologischen Vielfalt kein bestimmter Geldwert zugeordnet werden kann, wird sie unablässig zum Opfer seiner Logik der beschleunigten Akkumulation und erweiterten Reproduktion. Die Schwächsten werden dabei als erste von den resultierenden Katastrophen getroffen. Angesichts der aktuellen Naturkatastrophen und klimatischen Risiken (Katrina, New Orleans und Tsunami, Ansteigen der Ozeane und Entwaldung) ist zu befürchten, dass sich in den imperialistischen Ländern ungeheuer barbarische, malthusianisch-kriegerische Strategien durchsetzen. Eine klimatische Stabilisierung würde eine Revolution der Energiepolitik erfordern, die den Übergang zu erneuerbaren Energien kombinierte mit einer deutlichen Senkung des Primärbedarfs an Energie in den Ländern der »Ersten Welt«, einem massiven Technologietransfer in die Länder der »Dritten« und »Vierten Welt« und einer einschneidenden Änderung der internationalen Arbeitsteilung. Ein derartiger Wandel hätte eine weltweite materielle Umverteilung und die Einrichtung einer ökologischen Demokratie zur Voraussetzung, die es erlauben würden, zwischen langfristigen ökologischen Zielen und den kurzfristigen politischen Programmen zur Regulierung von Produktion und Beschäftigung zu vermitteln.

9. Mit dem letzten Jahrzehnt ist unbestreitbar ein historischer Abschnitt zu Ende gegangen. Aber welcher? Der des kurzen 20. Jahrhunderts? Oder der der politischen Moderne, wie sie sich vom 17. Jahrhundert an und in Verbindung mit den Vorstellungen von Souveränität, Staatsbürgerschaft, Territorium und Grenze, von Hauptstadt, Volk, nationalen Kriegen, klassischem Völkerrecht usw. herausgebildet hat? Durch die Umwälzungen der Globalisierung stehen alle diese Begriffe auf dem Prüfstand. Auch die Idee der Revolution, die semantisch mit der historischen Situation ihrer Formulierung und den Ideologien des Fortschritts (die mit ihr vorherrschend wurden) zusammenhängt, kann daraus nicht unversehrt hervorgehen.

Was kann es an der Schwelle zum 21. Jahrhundert noch bedeuten, revolutionär zu sein? Die Idee der Revolution beinhaltet zunächst die Bedeutung eines regulativen Horizonts bzw. eines mobilisierenden Mythos. Ohne die Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist, bzw. andere Welten möglich sind, bliebe bei der jetzigen Lage nichts als die Resignation eines Reformismus ohne Reform, einer Politik des kleineren Übels, die sich oft genug als kürzester Weg zum Schlimmeren herausgestellt hat. Der soziale Gehalt, um den es in den großen Auseinandersetzungen und Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts ging, ist mehr denn je aktuell: eine radikale Transformation der Macht- und Eigentumsverhältnisse. Ihr strategischer Gehalt dagegen ist unsicher geworden: Wie lässt sich die Welt unter den konkreten und aktuellen Bedingungen verändern, ohne die Enttäuschungen eines »bürokratischen Thermidors« heraufzubeschwören? Seit dem Staatsstreich in Chile und den bitteren Folgen der Kulturrevolution in China, den Befreiungskämpfen in Indochina und den Revolutionen in Zentralamerika hat das strategische Denken ein Schattendasein gefristet. Die radikalen Diskussionen der letzten Jahrzehnte, die, um nicht der Fatalität der neuen neoliberalen Ordnung nachzugeben, zwischen einem kategorischen Imperativ des Widerstands und der Prinzipientreue (»Weitermachen!«) und einer Theologie des sich ereignenden Wunders hin und her schwankten, sind davon nur die philosophische Übersetzung.

10. Dies ist sicherlich kein hinreichender Grund, um die Lehren der vergangenen Revolutionen und Konterrevolutionen einfach vom Tisch zu wischen. Diese haben vielmehr gezeigt, dass ein neues Recht sich nicht ohne Kontinuitätsbruch aus dem Alten ableiten lässt. Eine radikale Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird notwendigerweise durch die Ausübung einer gesetzgebenden Gewalt erreicht, also durch Aufhebung der geltenden Rechtsnorm und durch eine Phase des Ausnahmezustands. Das ist es, was Marx mit der Idee der vorübergehenden Diktatur des Proletariats zum Ausdruck brachte, die ebenso mit der Willkür des tyrannischen Ancien regimes, als auch dem aufgeklärten Despotismus einer tugendhaften Elite unvereinbar ist. Seither haben die militärischen und bürokratischen Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts die ursprüngliche römische Bedeutung dieser Konzeption einer »kommissarischen Diktatur« als kontrollierte und zeitlich begrenzte Ausübung des Ausnahmezustands dem Vergessen anheim fallen lassen. Deshalb ist es heute einleuchtend, den Begriff der sozialistischen Demokratie im Lichte dessen zu vertiefen, was in den Augen von Marx die »endlich gefundene Form der Diktatur des Proletariats« verkörperte: die Pariser Kommune und die späteren Erfahrungen der Selbstbefreiung (u.a. durch Sowjets, Räte usw.).

11. Die Idee der revolutionären Strategie bezeichnet selbst eine Pluralität von Zeiten und Räumen, Geschichte und Ereignis, den entscheidenden Moment der Machtübernahme sowie die Entwicklung der »permanenten Revolution«, eine Theorie, die auf die dauerhafte Verwirklichung gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen und auf deren räumliche Erweiterung abhebt. Die Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben bedeutende strategische Modelle (oder Hypothesen) hervorgebracht. So zielt z.B. das Modell des aufständischen Generalstreiks, das auf

die Pariser Kommune und die Oktoberrevolution zurückzuführen ist, auf eine kurzzeitige Konfrontation mit schnellem Ausgang. Das entscheidende Ziel liegt in der Einnahme und Kontrolle einer Hauptstadt sowie der weiteren Zentren der staatlichen Macht. Das aus der chinesischen und vietnamesischen Revolution hervorgegangene Modell des ausgedehnten Volkskriegs sieht eine doppelte territoriale Macht und befreite, selbstverwaltete Zonen vor. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts stellen Variationen solcher bedeutenden Modelle dar. Aber all diese subversiven Strategien rekurrten, wenn auch mit dem Ziel, über sie hinauszugehen, auf die politischen Kategorien der Moderne: Souveränität, aber demokratisch fundiert und im Interesse der Massen; Staatsbürgerschaft, aber nicht nur politisch, sondern auch sozial; territoriale Eroberung und Internationalismus. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass sich die Krise des politischen Paradigmas der Moderne in der Krise der Subversionsstrategien widerspiegelt, angefangen bei der Umwälzung ihrer raumzeitlichen Bedingungen.

12. Wie stellen sich heute die Rhythmen und Räume der Veränderung dar? Pluralität und Diskontinuität der gesellschaftlichen Zeitbestimmungen sind häufig untersucht worden. Die Zeitlichkeit von politischen Entscheidungen ist mittelfristig angelegt. Das unterscheidet sie von den Rhythmen der Ökonomie sowie von der langen Zeit der Sitten und Gebräuche, der Einstellungsmuster, der Ästhetik oder des Rechts. Aber die Zeit, die für demokratische Debatten benötigt wird, ist wiederum zunehmend aufgespalten zwischen dem Augenblickscharakter der Dringlichkeit bei gesundheitlichen, humanitären Notfällen oder bei reflexartigen militärischen Entscheidungen einerseits und der langen Dauer der energiepolitischen und ökologischen Entscheidungen andererseits. Die Pluralität und die Diskontinuität der Raumbeziehungen sind bis zu den Arbeiten über deren gesellschaftliche Produktion (v.a. von David Harvey und Henri Lefebvre) weniger erforscht worden, sicherlich deswegen, weil die Dominanz des nationalen Raums über die anderen räumlichen Dimensionen die Einheit von gelebtem Raum, Repräsentation des Raums und Raum der Repräsentationen zu erhalten schien. Der Schock der Globalisierung löst diese relative Kohärenz tendenziell auf: Die politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, ökologischen und monetären Räume sind nicht mehr deckungsgleich. So stellt die Europäische Union an sich schon eine komplexe Kombination verschiedener Räume dar, die für die Bürger je nach ihrer gesellschaftlichen Lage immer mehr auseinandertreten: Für den Jugendlichen aus dem Vorstadt-Ghetto ist der Raum des Nationalen häufig nur eine Abstraktion im Vergleich zum gelebten Raum seiner »cité« und den vorgestellten Räumen des Herkunftslandes oder der religiösen Gemeinschaft. Umgekehrt beherrscht die Repräsentation des europäischen oder globalen Raums in den internationalen Flughäfen und Finanzmärkten immer mehr die Wahrnehmung der mobilen Eliten. Unter diesen Bedingungen kann man sich die Besetzung eines strategischen Raums nicht mehr nach dem Muster eines einzigen herrschenden Raums vorstellen. Sie erfordert eine bewegliche Vielzahl von Zeit-, Raum-, und Bündnisebenen: Auch wenn der Widerstand gegen die neoliberale Reaktion im Prinzip von nationalen Räumen ausgeht, in denen die Beziehungen zwischen



den gesellschaftlichen Kräften rechtlich kodifiziert sind, kann der Gegenangriff sich doch wirksam nur auf kontinentaler Ebene (etwa der der Europäischen Union oder der des boliviarischen Lateinamerika) oder globaler Ebene entfalten, indem er zur Herausbildung neuer öffentlicher Räume beiträgt.

13. Weit davon entfernt, einen weltweiten, homogenen Marktraum zu konstituieren, in dem die nationalen Souveränitäten sich auflösen, stellt die neoliberale Globalisierung aufgrund der der Kapitalakkumulation innewohnenden Logik ungleicher geographischer Entwicklung eine neue Phase imperialistischer Herrschaft dar, die eine Weiterentwicklung der Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse mit sich bringt. Wenn sich die Kapital- und Warenzirkulation von den Staatsgrenzen auch gelöst haben mag, so bleiben die Weltarbeitsmärkte dennoch räumlich segmentiert. Die Grenzen sind nicht abgeschafft, sondern nur verschoben, sogar durch neue Mauern der Schande verstärkt, nicht nur in Palästina, sondern z.B. auch zwischen den USA und Mexiko. Angesichts der neuartigen imperialen Ordnung ist der Kampf der beherrschten Länder um die Souveränität über ihre Energiereserven, ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln und ihre Kultur Teil eines legitimen anti-imperialistischen Kampfes. Mag es auch eine nationalistische und fremdenfeindliche Opposition von rechts gegen die Globalisierung geben (wie es eben auch ein »Nein von rechts« zur Europäischen Einigung gibt), so bleibt die Bewegung der Altermondialisten nichtsdestotrotz unvereinbar mit einem reaktionären Nationalismus. Sie knüpft vielmehr an einen Internationalismus an, der auf der Konfrontation mit einem gemeinsamen Gegner gründet: dem globalisierten Kapital. So rechtfertigen die Themen der Abkopplung (Samir Amin) oder der De-Globalisierung (Walden Bello), die auf den Sozialforen Widerhall finden, einen Protektionismus der unterdrückten Völker gegenüber der Diktatur der globalisierten Märkte, stehen aber keineswegs der Entwicklung gesellschaftlicher Solidarität und internationaler politischer Bündnisse entgegen.

14. Marx prangerte die »politische Illusion« an, zu glauben, dass die menschliche Emanzipation sich in der Erkämpfung bürgerlicher und demokratischer Rechte erschöpfe. Dagegen hat die strategische Sackgasse gegenüber dem Neoliberalismus eine »soziale Illusion« hervorgebracht, wonach die sozialen Bewegungen oder die »Bewegung der Bewegungen« sich selbst genügten und die politische Frage hintanstellen könnten. Der Slogan »die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« (Holloway) ist nur der krasseste Ausdruck dieser Illusion. Es ist sicher richtig, dass die Eroberung der politischen Macht nur eine Etappe innerhalb eines umfassenderen gesellschaftlichen Transformationsprozesses darstellt, und dass es bisher nicht gelungen ist, die Welt tatsächlich zu verändern. Aber die Weigerung, die Macht zu übernehmen, hat ebensowenig verändern können, und alle diejenigen, die glaubten, die Frage der politischen Macht ignorieren zu können, sind schließlich von ihr eingeholt worden: Sie haben die Macht nicht ergreifen wollen, stattdessen hat die Macht sie ergriffen. Die vergangenen und gegenwärtigen Erfahrungen (wie in Venezuela oder Bolivien) zeigen im Gegenteil, dass eine durch eine breite Bevölkerungsbewegung getragene Staatsmacht ein unabdingbarer Hebel in der Auseinandersetzung bleibt, gerade in Anbetracht der Macht der Märkte und

des Imperialismus. Die vereinten Anstrengungen der kubanischen und venezuelischen Delegationen beim Gipfel amerikanischer Staaten haben es zustande gebracht, das imperialistische Projekt einer nord- und lateinamerikanischen Freihandelszone (ALCA) zu Fall zu bringen. Tatsächlich ist der Kapitalismus nicht bloß ein ökonomisches System. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses erfordert ein System von Institutionen, das die unterschiedlichen Herrschaftsformen organisiert. Man kann die Gesellschaft also nicht durch die einfache Aneinanderreihung von Gegenmacht-Erfahrungen in Zwischenräumen verändern (Holloway), ohne die Kräfteverhältnisse und Regierungsformen, welche in den Marktbeziehungen verankert und durch den bürokratischen Staatsapparat abgesichert sind, radikal zu verändern. Daraus folgt jedoch keineswegs, dass die Eroberung der Staatsmacht selbst schon genügt, um eine gerechte und transparente Gesellschaft zu schaffen. Die fortschreitende Vergesellschaftung der Staats- und Verwaltungsfunktionen ist das genaue Gegenteil einer bürokratischen Verstaatlichung der Gesellschaft.

15. Die Frage der strategischen Akteure der sozialen Transformation ist nicht weniger komplex als jene ihrer raum-zeitlichen Bedingungen. Das ist es, was in den lebhaften Debatten über Konzepte wie Klasse, Plebs oder Multitude deutlich wird. Der Begriff der Multitude hat zweifellos auf der beschreibenden Ebene seine Berechtigung, insofern er dazu beiträgt, die Mannigfaltigkeit der mobilisierten Massen in Bolivien, Nepal, bei den Antikriegsdemonstrationen oder den Demonstrationen der »Illegalen« in den USA widerzuspiegeln. Er bringt den allgemeinen Zugriff des Kapitals auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck, einen Zugriff, der eine einheitliche Front der sozialen, kulturellen, feministischen und ökologischen Widerstandskräfte verlangt, wie sie sich in den globalen und kontinentalen Sozialforen materialisiert. Allerdings weist er weder theoretische Stringenz noch eine strategische Funktion auf. Er tendiert dazu, sowohl die Klassenspaltung (wo liegen die Grenzen der Multitude?) als auch die Widersprüche innerhalb der Multitude selbst sowie die politische Frage nach effizienten taktischen und strategischen Allianzen auszublenden. Die Konfrontation beschränkt sich also wie in einem Schattentheater auf Abstraktionen (Empire und Multitude). Die Ersetzung des Klassenkampfes durch die Multitude oder die Plebs ist symptomatisch für einen unbestimmten Neopopulismus (karitative Restaurants und TV-Spiele als aktuelle Varianten von »Brot und Spiele«) und die schon von Hannah Arendt und Antonio Gramsci wahrgenommene Gefahr des Zerfalls von Klassen in Massen. Die Thematik des Exils, des Exodus, der Fluchtlinie und des Nomadentums ist das logische Korrelat der großen biblischen Erzählung von Plebs und Multitude. Aber so sehr man mit exemplarischen Fällen von individuellem Aufstieg und Kooptationen durch die herrschenden Eliten wohl vertraut ist, so wenig hat man von gelungenen Massenfluchten aus dem Lohnarbeitsverhältnis erfahren.

16. Inzwischen ist von breiten Kreisen der revolutionären Linken erkannt worden, dass der Antagonismus von Kapital und Arbeit in kapitalistischen Gesellschaften nicht allein bestimmend ist und dass die Geschlechterverhältnisse demgegenüber keinesfalls einen Nebenwiderspruch darstellen. Anerkannt ist auch, dass jedes

Individuum mehrdimensional ist und vielerlei Bestimmungen und Zugehörigkeiten in ihm präsent sind. Dennoch sind diese Bestimmungen keineswegs alle gleichgewichtig. Bei Marx ist der Klassenbegriff keine soziologisch klassifikatorische, sondern eine strategische Kategorie: Die Klassen konstituieren sich gegenseitig im Kampf. Die emanzipatorische Rolle, die dem Proletariat zugeschrieben wird, gründet auf der Tatsache, dass es aufgrund der absoluten Ungerechtigkeit, die ihm widerfährt, ein besonderes Interesse am Allgemeinen oder Verallgemeinerbaren hat: Auf der anderen Seite der Schranke (des Kirchturms oder der Kapelle) gibt es immer ein anderes Selbst. Den exklusiven Zugehörigkeiten und ethnischen oder religiösen Ausschließungen steht die Perspektive einer internationalen Solidarität gegenüber. – Es wird oft die Frage aufgeworfen, ob heute noch ein Proletariat existiert. Bedeutend weniger beschäftigt man sich indes mit den satten Gewinnen und Börseneinkommen bzw. mit der allzu offensichtlichen Existenz einer prosperierenden Bourgeoisie. In Wahrheit setzt jedoch das Eine das Andere voraus. Obwohl der Anteil der Industriearbeiterschaft an der arbeitenden Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen abgenommen hat, ist der »Lohnarbeiter« (*la »condition ouvrière«*) noch lange nicht am Verschwinden, gehört die Mehrheit der Beschäftigten nach wie vor zum Proletariat, und die Proletarisierung ist heute weltweit massiver als je zuvor. Das eigentliche Problem stellt sich demnach weniger auf der Ebene der soziologischen Analyse als auf der des Klassenbewusstseins und der Kampf- und Organisationsformen. Wenn sich der von Boltanski und Chiapello aufgezeigte Isomorphismus zwischen Produktionsstrukturen und Organisationsformen der sozialen Bewegungen tatsächlich bestätigt, ist zu befürchten, dass die Flexibilisierung und die Prekarisierung der Arbeit auch Prekarität und Unbeständigkeit der Aktivisten bewirken, dass Teilzeitarbeiter auch politische Teilzeittaktivisten werden, umso mehr, als die Dezentralisierung der Produktionseinheiten, die Zergliederung der Produktionsstätten, die Privatisierung der Freizeit und der kulturellen Aktivitäten sowie die Individualisierung der Arbeitszeiten und -einkommen einer kollektiven Organisation entgegenwirken.

17. Will man die marxistische Kritik der politischen Ökonomie mithilfe einer Theorie der Pluralität der »Felder« und Kapitalsorten (Bourdieu) verfeinern, sollte man nicht vergessen, dass diesen verschiedenen Feldern (dem wirtschaftlichen, künstlerischen, juristischen, journalistischen, politischen usw.) nicht dieselbe Funktion zukommt und dass sie sich gegenseitig bedingen und überlagern. Bourdieu selbst betonte ihre Offenheit bzw. die Unmöglichkeit einer vollständigen Schließung des politischen Felds. Den Produktionsverhältnissen und den Geschlechterverhältnissen ist eigentümlich, dass sie die Gesamtheit der Felder durchdringen und bestimmen. Um nun die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Feldern auf den Begriff zu bringen, spricht Bourdieu von »Homologie«. Aber worauf diese Homologie gründet, ist eben genau die Dynamik der Totalisierung, die von der Logik der Kapitalakkumulation ausgeht. Demzufolge sind der Kampf für gesellschaftliche Emanzipation im Allgemeinen und der Kampf für Frauenemanzipation im Besonderen in einer kapitalistischen Gesellschaft eng miteinander verbunden. Es wäre indes illusorisch zu denken, dass die geschlechtsspezifischen Herrschaftsformen unter spezifischen Produktionsbedingungen mit allen

tradierten (Jahrtausende zurückgehenden) Ausprägungen dieses Herrschaftstypus identisch wären, so dass der Kampf gegen die Ausbeutung der Arbeitskraft gleichsam automatisch aller Geschlechterunterdrückung ein Ende setzen würde. Schließlich ist dieser im Verhältnis zum Kapitalismus eine bedeutend ausgedehntere Zeitlichkeit eigen. Aus diesen Gründen ist es notwendig, unabhängig vom Ziel der Abschaffung der Lohnarbeit von einer autonomen Bewegung der Frauenemanzipation auszugehen.

18. Die Krise der politischen Perspektiven wird noch ergänzt und verstärkt durch die Schwierigkeiten der Reorganisation einer gesellschaftlichen Widerstandsfront. Der Stalinismus hat die Revolution diskreditiert, die Sozialdemokratie den Reformismus in Verruf gebracht. Die neoliberale Rechte hat sich somit die Symbolik der fortschrittlichen Bewegung aneignen und die Konservativen haben sich angesichts der angeblichen Erstarrung der Arbeiterbewegung als die modernen Protagonisten der Reformpolitik darstellen können. Die neoliberale Offensive hat zur Auflösung des Sozialkompromisses geführt, der auf dem Wachstumsschub der Nachkriegszeit und der großen Furcht der Besitzenden vor einer Krise wie der der 1930er Jahre basierte: der keynesianische Kompromiss in den entwickelten kapitalistischen Staaten, das produktivistisch-bürokratische Modell des real nicht-existierenden Sozialismus, die populistische Entwicklungspolitik in vielen postkolonialen Ländern. Den Trümmern sind mafiose Lumpenbourgeoisien und eine neue Nomenklatur des globalen Kapitals entstiegen. Auf diese Weise mündet die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Banken in eine organische Fusion von herkömmlichem (häufig sozialdemokratischem) »Staatsadel« und einer neuen Finanzaristokratie der Verwaltungsräte: dieselben Akteure wechseln problemlos von einem Wirtschaftsministerium in den Verwaltungsrat eines multinationalen Unternehmens (siehe Martine Aubry und Dominique Strauss-Kahn in Frankreich sowie Gerhard Schröders Wechsel zu Gazprom). Der Niedergang der meisten früheren kommunistischen Parteien in Europa oder ihre Wendung zum Sozialliberalismus sowie der Schwenk der atlantischen Sozialdemokratie zur »neuen Mitte« oder zum blairschen »Dritten Weg« öffnen einen neuen gesellschaftlichen und wahlstrategischen Raum für eine Linke jenseits der ihrer Identität verlustig gegangenen reformistischen Linken. Davon zeugen z.B. die Wahlergebnisse der radikalen linken Parteien in Frankreich, der Koalition *Respect* in Großbritannien, der Scottish Socialist Party in Schottland, des Linksblocks in Portugal, der Linkspartei in Deutschland und des Québec Solidaire in Kanada. Es handelt sich indessen nicht um einen leeren oder neutralen Raum, der gleichsam automatisch von einer neuen antikapitalistischen Linken besetzt würde, sondern um ein instabiles Kräftefeld, wie die rasche Entwicklung der *Rifondazione Comunista* in Italien vom radikalen Diskurs beim Sozialforum in Florenz 2002 zur Einwilligung in die sozialliberale Programmatik Romano Prodis zeigt.

19. Das politische Spektrum der globalisierungskritischen Bewegung ist ein aussagekräftiges Beispiel für diese Phase der programmatischen Neudefinition und politischen Reorganisation. In der gemeinsamen Ablehnung der neoliberalen Verwerfungen lassen sich folgende Richtungen unterscheiden: – Reformistische Strömungen, denen es um eine mittels einer Reform der internationalen Institutionen

(IWF, Weltbank) besser regulierte, gemäßigte kapitalistische Globalisierung geht. – Sozialistische Neo-Keynesianer, die dem Sozialstaat des »Goldenen Zeitalters« nachtrauern und davon träumen, ihn im europäischen Maßstab wiederherzustellen. Dies erforderte nicht nur eine weitreichende Umverteilung des Reichtums, sondern auch eine tiefgreifende Reform des Steuersystems, eine europaweite Wiederbelebung der öffentlichen Dienste, eine politische Wiederaneignung der geldpolitischen Instrumente (von der EZB), soziale Konvergenzkriterien usw. – Neue Libertäre, die behaupten, die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen und sich damit begnügen, auf der Mikroebene mit diversen Formen von Gegenmacht zu experimentieren, alte proudhonsche Rezepte aufzuwärmen (etwa den populären Mikrokredit oder soziale Rentenfonds) und eine imaginäre Flucht aus dem System ins Exil und in die Nomadenexistenz zu predigen. Die gegenwärtige Position des bolivianischen Vize-Präsidenten García Linera zeigt, wie die radikale libertäre Utopie auf dem kürzesten Wege in den minimalistischen Realismus eines »andischen Kapitalismus« umschlagen kann. – Neue Utopisten, die von einem Ort harmonischer Kommunikation träumen, oder von einem Ausstieg aus dem Spiel – »und wenn wir mit allem aufhörten ...«: »Das Jahr 01«, in der Fassung von Holloway – in der Tradition der großen Hoffnungen nach '68. Oder auch diejenigen, die die »Logik der Hegemonie« zugunsten einer Logik der »Gegenhegemonie« zurückweisen und sich dem Post-Anarchismus und »alternativen, dezentralisierten Netzwerken« verschrieben haben (Richard Day, *Gramsci is dead*, Toronto 2005). Als ob, entsprechend der Spieltheorie, die Beherrschten die Wahl hätten zu spielen oder aus dem Spiel auszusteigen. Allerdings ist der Klassenkampf kein Spiel, und kämpfen bedeutet nicht spielen. – Antikapitalistische Strömungen, die sich um programmatische Neuorientierung und strategische Reflexion bemühen. – Diese Phase der Unsicherheit und Neubestimmung, die man als »utopische Phase« bezeichnen könnte (nach Henri Lefebvre definiert als ein »nicht praktisches Gefühl des Möglichen«), erinnert an die holprigen Anfänge der im 19. Jahrhundert aufkommenden Arbeiterbewegung.

20. Es ist nachvollziehbar, dass die abstoßenden politischen Versuche des vergangenen Jahrhunderts glauben lassen, dass die Parteiform der Hort aller bürokratischen Entstellungen und die entscheidende Ursache für die einseitige Beziehung ist, die aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen reine Transmissionsriemen werden lässt. Auch wenn eine Partei so wenig wie andere Organisationen den Gefahren der berufsmäßigen Machtausübung ganz zu entgehen vermag, kann sie doch genauso gut als ein Gegenmittel fungieren – jedenfalls dann, wenn sie in der Lage ist, einige Lehren aus den vergangenen Bewährungsproben zu ziehen: hinsichtlich einer strikten Unabhängigkeit der sozialen Bewegungen gegenüber Parteien und Staaten, in Bezug auf Mehrparteiensystem, Kontrolle bürokratischer Privilegien, Ämterrotation, interne Demokratie und Minderheitenrechte innerhalb der Partei selbst. Wenn man den »demokratischen Zentralismus« mit seiner Karikatur (dem bürokratischen Zentralismus) in eins setzt, vergisst man, dass ein gewisser Zentralismus auch eine Bedingung für Demokratie ist: Wenn die Entscheidung am Ausgang einer demokratischen Debatte nicht für alle an der Diskussion Beteiligten verbindlich ist, beschränkt

sie sich auf ein beliebiges wie ergebnisloses Meinungsgeschwafel, ohne dass die gemeinsame Aktion erlaubt, die Wirksamkeit der getroffenen Entscheidungen zu überprüfen und auf die Kräfteverhältnisse Einfluss zu nehmen. Weit davon entfernt, zwangsläufig Autoritäts- oder Manipulationsbeziehungen gegenüber den sozialen Bewegungen zu etablieren, ist die Existenz von Parteien, die ihre Positionen offen miteinander konfrontieren, vielmehr eine Bedingung dafür, dass die Unabhängigkeit dieser Bewegungen gewahrt bleibt, ebenso wie für transparente Beziehungen zu ihnen. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass die Parteimitglieder, die bestimmte Vorschläge einbringen, die interne Demokratie jener Gewerkschaften oder Vereine respektieren, in denen sie gleichzeitig Mitglieder sind.

21. In den bevorstehenden politischen Neuzusammensetzungen werden Annäherungen, Neugruppierungen, Zusammenschlüsse einschließlich Kompromissen zweifelsohne notwendig sein. Wie auch immer die organisatorische Form ausfallen mag, es wird darauf ankommen, dass sich in ihr deutlich ein revolutionäres Projekt widerspiegelt. Dieser Anspruch verträgt sich problemlos mit einem systematischen Kampf um ein möglichst breites Aktionsbündnis für punktuelle soziale und demokratische Ziele. In der Frage von Parlaments- oder Regierungskoalitionen geht es darum, an der Ausübung der Macht teilzuhaben. Im Gegensatz zu einem geläufigen Vorwurf lehnen Revolutionäre dies nicht grundsätzlich ab. Die konkrete Frage lautet: Regieren mit welchem Programm, für welche Politik, für die Interessen welcher Klassen? Frühere und jüngere Erfahrungen (etwa Lulas Regierung in Brasilien) zeigen, dass es hierzu bestimmter Voraussetzungen bedarf: dass eine solche Beteiligung nicht »aus dem Nichts«, durch bloße Wahlbündnisse, sondern auf der Grundlage einer starken sozialen Mobilisierung zu verwirklichen ist; dass die ersten Maßnahmen, die von einer auf dieser Basis gebildeten Regierung beschlossen werden, eine wirkliche Dynamik sozialer Veränderung in Gang setzen; dass das Kräfteverhältnis unter den Koalitionspartnern so beschaffen ist, dass die Revolutionäre dort keine subalterne Position einnehmen. Es versteht sich, dass das Vorhandensein all dieser Bedingungen nur in Ausnahmefällen gewährleistet ist.

Aus dem Französischen von Andras Dörner, Alban Werner und Hellmut Winter

Francisco Fernández Buey

## Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts und wir Europäer

Vor einigen Jahren, als die Sowjetunion bereits verschwunden war, sah ich einen Dokumentarfilm, der mich an die Diskussionen erinnerte, die wir in Europa jahrelang über das Wesen des Sozialismus geführt hatten, abhängig davon, was wir über Russland, China, Kuba, Vietnam usw. zu wissen glaubten. In dem Film fragte ein – ich weiß nicht mehr, ob englischer oder deutscher – Journalist einen alten Bauern aus einem euroasiatischen Land, warum sie in seinem Dorf am Ende des Ersten Weltkriegs Kommunisten geworden waren. Er bekam diese Geschichte zu hören: »Ein paar Funktionäre aus dem entfernten Moskau kamen hier an und sagten uns, die Zeit des Kapitalismus sei vorbei und es beginne jetzt die Zeit des Sozialismus. Und wir, die wir wussten, dass sie dort das Zarenregime abgeschafft hatten, fragten sie: Und was soll das sein, Sozialismus? Einer der Funktionäre erklärte es uns: Sozialismus, das heißt gemeinschaftlich leben, das Land gemeinsam bestellen, gemeinsam produzieren und gerecht verteilen, was man zusammen produziert hat. Der Sozialismus ist all das und, fügte er hinzu, das Land mit Traktoren bearbeiten zu können, die wir euch bringen werden, damit es für euch weniger anstrengend ist.« Der alte Bauer schloss: »Wir wurden auf der Stelle Sozialisten, weil erstens, das Land gemeinschaftlich zu bestellen, das hatten wir schon immer getan, und es war gut und richtig, das weiterhin zu tun; das zweite schien uns noch besser: Sie brachten uns Traktoren, die wir brauchen würden, um das Land zu bestellen und mehr zu produzieren.«

Der alte Bauer hatte noch nicht von den Auseinandersetzungen gehört, die in jenen Zeiten die Mitglieder des bolschewistischen Führungskerns entzweiten. Er wusste kaum etwas über den Meinungszwist, wie man das in der UdSSR ablaufende Geschehen bezeichnen sollte, ob Sozialismus, Protozialismus oder von der Arbeiterklasse geführten Staatskapitalismus. Damals hatten – fast – alle des Lesens und Schreibens unkundige Bauern einen ebenso elementaren wie soliden Begriff von Sozialismus; für sie waren es die folgenden drei Dinge: Brot, Frieden und Räte. Kapitalismus dagegen war für sie das, was sie in der letzten Zeit gelitten hatten: Hunger, Krieg und fortschreitende Auflösung der Dorfgemeinschaft.

Diese Sicht des Sozialismus, die der Mehrheit der Europäer heute primitiv vorkommen wird, gleicht stark derjenigen des ›Dorf-Kommunismus‹ von *Unterwegs nach Tschewengur*, Platonows fabelhaftem Roman, der in der stalinistischen Sowjetunion nicht publiziert werden konnte. Und sie gleicht stark der Sozialismusvorstellung der ersten russischen ›Narodniki‹ oder ›Volkstümmler‹, die man später revolutionäre Sozialisten genannt hat. Mit derjenigen in den Werken von Marx und Engels hat sie wenig zu tun. Kaum ein Berührungspunkt: die gefühlvolle Verteidigung der Werte der Dorfgemeinschaft (vor ihrer Auflösung) und andererseits

die Hoffnung, dass die selbstbewusste industrielle Arbeiterklasse, die eine andere Gemeinschaft aufbaute, rechtzeitig käme, um das ländliche Gemeinwesen vor dem Niedergang zu retten. Daher erklärte die Mehrheit der europäischen ›Lumpen mit steifem Kragen‹ um 1919, dass das, was die euroasiatischen Bauern sagten und taten, nichts mit dem Sozialismus zu tun habe. Sie hielten es mit dem Begriff, nicht mit den Menschen, dem von ihnen Gesagten und Getanen. Eben deshalb schrieb einer der wenigen europäischen Marxisten, der kein »Lump mit steifem Kragen« (Gramsci an Julia Schucht, 6.3.1924) sein wollte, dass die russische Revolution in Wirklichkeit eine »Revolution gegen *Das Kapital*« war, um sodann darzutun, dass er die Revolution dem *Kapital* vorzog.

Von Gramsci sagten damals fast alle seine Mitstreiter, er sei kein Marxist. Und von den euroasiatischen Bauern natürlich auch, obwohl die Kritik nicht zu ihnen drang. Viel Zeit musste vergehen bis ein anderer, der auch kein »Lump mit steifem Kragen« sein wollte, der Dichter und Schriftsteller John Berger, in *SauErde* eine Geschichte widerständiger Bauern erzählte, in der Menschen und Begriff sich wieder einander annähern. Die Rede war von den Bauern in Westeuropa. Die Geschichte der alten Geschichte war so neu, dass John Berger es für nötig hielt, seiner Erzählung ein höchst interessantes Aufsätzchen mitzugeben, um Überleben und Widerstand jener menschlichen Wesen zu erklären, die bereits verschwunden zu sein schienen, verschlungen von der Industrie und den Riesenstädten. *SauErde* war eine Art Paukenschlag, nicht deshalb, weil der Roman eine in Auflösung begriffene Welt mit Blumen überhäuft hätte, sondern weil er, ohne Blumen, vielen die Augen dafür öffnete, dass jene bäuerliche Welt keineswegs gestorben war und dass die menschlichen Wesen, die sie bevölkerten, sehr viel weniger primitiv waren, als die Mehrheit der akademischen Marxisten geglaubt hatte.

Seit damals, und inzwischen sind einige Jahrzehnte vergangen, denken doch einige – John Berger und Pier Paolo Pasolini gaben den Anstoß –, dass die Glühwürmchen noch keineswegs überall ausgestorben sind; dort, auf der anderen Seite der Medienwelt, kommen sie noch vor und stehen für das, was – in einem geographischen Kontext, der die Gebirgskette der Anden, den Titicaca-See, den Monte Ávila und das Amazonasgebiet umschließt – die humanistischen Philosophen und europäischen Städtebewohner ›Aufklärung‹ zu nennen pflegen. Mir wurde das bewusst, als ich einmal im Freien übernachtete und den Himmel im Pantanal, im brasilianischen Mato Grosso, betrachtete. Jetzt denke ich es wieder, am Fuße des Monte Ávila, während ich dem Dichter und Umweltschützer Thiago de Melo zuhöre. Und wenn der Sozialismus, von dem man jetzt in Venezuela spricht und dessen Echo bis nach La Paz, Guayaquil, Lima und El Pantanal dringt, mehr mit den hier sich ungeheuer vermehrenden Glühwürmchen als mit der ›Aufklärung‹ zu tun hätte, deren Licht von den europäischen ›Lumpen mit steifem Kragen‹, die akademischen Marxisten inklusive, verbreitet wird?

Ich glaube nicht, dass der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, von dem man in Caracas und La Paz, in einigen Dokumenten der brasilianischen Landlosenbewegung und in zahlreichen Papieren von Vía Campesina spricht, viel zu tun haben wird mit der von uns in Europa ausgearbeiteten Sozialismusvorstellung. Schon Mariátegui



ahnte es, der einige europäische Länder bereist und dann darüber nachgedacht hatte. Und ganz sicher auch Ché Guevara bei seinem bolivianischen Abenteuer, das ihm den Tod brachte. Doch heute liegen die Dinge klarer. Und deshalb hat die Geschichte des alten euroasiatischen Bauern damit zu tun. Diese Geschichte verbindet den Anfang des ›kurzen Jahrhunderts‹ (die sozialistische Illusion) mit seinem Ende (die Krise des Neoliberalismus und die Wiederkehr des sozialistischen Ideals). Wenn man die Sozialismusvorstellung erneuern will, wird man hier beginnen.

Wir Europäer sind schlecht darauf vorbereitet. Noch sind wir geneigt, ›Sozialdemokratie‹ zu nennen (der erste Name des organisierten Sozialismus), was heute jegliches sozialistisches Projekt schlichtweg verneint. Noch lassen wir zu, dass Parteien sich ›sozialistisch‹ nennen, die schon vor Jahrzehnten alles verabschiedet haben, was mit Recht so genannt worden ist. Noch nennen wir ›kommunistisch‹ politische Parteien, die schon zufrieden wären, wenn sie tatsächlich ein sozialdemokratisches Programm hätten. Und noch immer schicken wir auf die andere Seite des Atlantiks Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, die wie selbstverständlich davon ausgehen, dass man in Europa weiß, was Sozialismus ist, und die auf dieser Grundlage (wobei die ökonomischen Interessen der ›Arbeitgeber‹ verschleiert werden), jegliche Maßnahme verwerfen, die sich in Richtung der Sozialismusvorstellung des alten euroasiatischen Bauern bewegt.

*Brot, Frieden, Freiheit, Räte, Traktoren, Elektrizität*, sagten die Armen von 1919, als sie vom Sozialismus sprachen in Gemeinden und Versammlungen, auf den Straßen und Plätzen. Ich sage nicht, dass die Bauern ohne Land, die von *Vía Campesina*, die Kokabauern, die in den Vorstädten der Ballungsgebiete zusammengepferchten Indigenas, diejenigen, die gestern noch Bauern waren und heute irgendwelche Arbeiter sind, diese Worte im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wiederholen werden oder wiederholen müssen. Nicht im Zeitalter der Parabolantennen, der Roboter und des Internet. Natürlich nicht. Doch muss man, wie Juan de Mairena sagte, ernsthaft darüber sprechen, ›was auf der Straße passiert‹, und nicht darüber, welche ›Vorfälle sich auf der Straße ereignen‹; folglich muss der den Sozialismus liebende Europäer als erstes an diesen Orten nachfragen und versuchen, jene ›armen‹ Worte in die Sprache der Armen (und Proletarier von heute) zu übersetzen. Versuchen wir es.

*Brot* heißt heute für diejenigen, die in der sozialen Pyramide ganz unten stehen, *Souveränität der Ernährung*. Die materielle Basis des Sozialismus ist *null Hunger*. Um den Hunger auszurotten, ist Souveränität der Ernährung nötig. Und, wie man in allen verarmten Ländern sehen kann, braucht man dafür eine Souveränität im wahrsten Sinn des Wortes, d.h. die Unabhängigkeit, um die zur Verfügung stehenden Mittel gerecht zu verteilen.

*Frieden* heißt, für eben diese Leute, dasselbe wie gestern: Dass der neue Imperialismus in kapitalistischer Konkurrenz um rasche Profite keinen Krieg bringt oder uns mit Gewalt in einen solchen hineinzieht (und dabei, präventiv, Feinde erfindet, die doch nur der kulturellen Homogenisierung zu widerstehen suchen).

*Freiheit* ist weiterhin, heute wie gestern, Schlüsselwort eines jeden Sozialismus, der etwas auf sich hält. Eines Tages fragte jemand zu Recht: Freiheit für wen? Man sollte dabei aus seinem Herzen keine Mördergrube machen und anerkennen, dass

»die Freiheit [...] eine der köstlichsten Gaben [ist], die der Himmel dem Menschen verliehen« – ferner die Freiheit, wie einst der Klassiker, mit dem Kampf ums Brot verbinden, d.h. um die Souveränität der Ernährung: »Glücklich, wem der Himmel ein Stück Brot gegeben, ohne dass ihm die Verpflichtung obliegt, einem andern als dem Himmel selbst dafür zu danken.« (*Don Quijote*, 2. Teil, 58. Kap.) Das heißt, da es im religiösen Sinn des Wortes keinen Himmel gibt, den Glühwürmchen von heute.

*Räte* meint heute partizipative Demokratie. Und, wie gestern, aufmerksam verfolgen, was die Geführten sagen und was die Führenden tun. Was im Viertel passiert, überall interessiert (*barrio adentro y barrio atento*). *Rat* war ein großes Wort des Sozialismus, und der Gehalt, den es zum Ausdruck bringt, muss bewahrt werden. Vielleicht muss die Sache anders genannt werden, weil der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, besonders in Lateinamerika, andere Sprachen und andere Kulturen als diejenige, in der ich schreibe, respektieren muss, doch was den Gehalt betrifft (beratschlagen und entscheiden von unten), ist sie der Schlüssel der sozialistischen Demokratie.

Und was hat es mit den *Traktoren* und der *Elektrizität* des alten Bauern auf sich? Hundert Jahre danach reicht das nicht. Nicht nur deshalb, weil der soziale Umweltschutz der Verarmten heute das alte Loblied auf den alten Produktivismus ablehnt. Sondern wegen etwas anderem, das wesentlich ist und das die Bauern ohne Land, diejenigen der *Vía Campesina*, die Kokabauern, die in den Vorstädten der Ballungsgebiete zusammengepferchten Indigenas, die Gestern-noch-Bauern-und-heute-Proletarier von dem alten Bauern aus den Gebieten zwischen Europa und Asien unterscheidet: Keiner in der Welt der Anden, der Karibik oder des Amazonas wartet mehr darauf, dass »die Funktionäre aus Moskau« kommen, um die Gemeinde zu retten. Das hatte seine Zeit, und nichts ist passiert.

Der Erziehungsstaat kann die Grundlagen des Sozialismus legen mittels Mikrokrediten für arme Frauen, indem Kooperativen und Sozialmissionen in den Randgebieten der Städte und auf dem Land auf die Beine gestellt werden, wie er es in Venezuela bereits tut. In ihnen, in den Kooperativen, den Missionen, den Vierteln werden die Entscheidungen hinsichtlich der neuen Technologien getroffen (die dem alten Traktor und der Elektrizität entsprechen), die umweltverträglich und gegebenenfalls auf alternative Weise verwendet werden sollen. Sozialismus heißt auch gesellschaftliche und individuelle Verantwortung. Die Verantwortung kann von oben gefördert werden. Dafür braucht man Beispiele. Sie wird Wirklichkeit von unten, wenn die Führenden ein gutes Beispiel geben. Jede Vorstellung von Verantwortung geht verloren, wenn Bürokratie und Korruption Sozialismus genannt werden.

Ich komme auf das Sinnbild des alten euroasiatischen Bauern zurück. Wenn man heute die Bewohner jener Orte fragt, die von den Sozialmissionen, der Schaffung von Kooperativen, den Mikrokrediten und den vom Staat subventionierten alternativen Märkten profitiert haben, dann sagen auch sie vielleicht, dass genau das Sozialismus ist. Wir den Sozialismus liebenden Europäer sollten sie verstehen, denn diejenigen, die so sprechen, haben in ihrem ganzen Leben noch nie einen Arzt gesehen, der sie mit Respekt behandelt hätte, kaum eine Schule, und sie hatten keinen Begriff von

Kredit als den negativen der großen Banken, noch einen von Konsum, der nicht nur für die anderen, die Gutbetuchten, sondern auch für sie gewesen wäre. »Sozialismus«, sagte einer der lateinamerikanischen, bis heute erniedrigten und beleidigten Armen, »das ist Jahre verbracht zu haben, ohne etwas von dem gesehen zu haben, was uns umgibt, und es jetzt zu sehen, dank einer einfachen, vom Staat finanzierten und von kubanischen Ärzten durchgeführten Operation des grauen Stars.«

Marx würde antworten: Sozialismus ist sehr viel mehr als das. Hier fehlt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Hier fehlt die Verstaatlichung der großen Unternehmen. Hier fehlt die Abschaffung des Privateigentums. Hier fehlt eine polytechnische Erziehung auf der Höhe der Zeit. Hier fehlt es an Ansätzen zur Überwindung der alten gesellschaftlichen Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Stimmt, all das fehlt. Aber auch wir brauchen eine Star-Operation, wenn wir den Überlegungen des alten euroasiatischen Bauern und des armen alten Lateinamerikaners, der ein Anhänger von Chávez geworden ist, nicht Rechnung tragen. Wenn der Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit Marx im Gespräch bleiben will, muss auch ihm das erzählt werden. Wir wissen schon, dass er es weiß, doch nicht in dieser Fassung.

Aus dem Spanischen von Peter Jehle

## Der Globalisierungskrimi

»Private und politische Geschichte mixt kaum eine deutsche Autorin so gekonnt wie Merle Kröger. In *Kyai!* jongliert sie meisterlich mit den Zutaten über Kontinente hinweg. Der klare Blick Krögers macht die Stärke dieses außergewöhnlichen Buches aus. Dort, wo mit hundertprozentiger Sicherheit das Klischee über uns hereinzubrechen droht, zeichnet sie genau beobachtend mit liebevoll karikierender Feder die Merkwürdigkeiten unserer global-provinziellen Gegenwart: Lässig knackt Kröger die Zwangsidylle.« Tobias Gohlis auf *arte/Krimiwelt*

»Ein üppiger Genreroman: Action, Intelligenz, Wortwitz, Situationskomik, Liebe, Verzweiflung, Leidenschaft, Kampf, Korruption, Bedrohung, Aufbegehren, Abschied, Erkenntnis, Aufklärung. Respekt!« Ulrich Noller im *WDR* (Funkhaus Europa)

»Ein schillerndes Panorama der Globalisierung! Kröger nutzt ihr filmisches Handwerkszeug und zieht ruhelos zwischen Berlin und Bombay hin und her, bis die so vielschichtige wie spannende Handlung an der Ostsee einen stürmischen Höhepunkt findet.« *ap* – *Associated Press*

Im Buchladen oder beim Argument-Versand: Reichenberger Str. 150  
10999 Berlin · Fax 030/61 14270 · [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)



Merle Kröger  
**Kyai!**

Ariadne Krimi 1166  
9,90 € [D]  
ISBN 978-3-88619-896-2

 Argument  
[www.argument.de](http://www.argument.de)

David Harvey

## Enteignung gehört zum Wesen des Kapitalismus

Gespräch mit Ulrich Brand und Bettina Köhler

U.B./B.K.: *In Deutschland sind in letzter Zeit Ihre Arbeiten, insbesondere das Buch über Imperialismus, dadurch bekannt geworden, dass Sie den 11. September 2001 in eine imperialistische Kontinuitätslinie einordnen. Sie argumentieren, dass zwischen Neoliberalismus und anderen Formen von Politik wie Neokonservatismus oder Militarisierung eine Vermittlung stattfindet. Vor kurzem haben Sie A Brief History of Neoliberalism (Oxford 2005) veröffentlicht. Was war die Motivation zu dem Buch, was ist Ihr Hauptargument?*

D.H.: In *Der neue Imperialismus* (Hamburg 2005) habe ich mich auf die Vorgänge im Irak konzentriert und dabei festgestellt, dass es eine lange Kontinuität us-amerikanischer Politik gegenüber dieser Region sowie gegenüber dem Rest der Welt gibt. Im Neoliberalismus-Buch greife ich diese Kontinuitäten explizit auf. Die gegenwärtige Situation und die rasanten Transformationen seit den 1970er Jahren können als Ergebnis einer kontinuierlichen Neoliberalisierung verstanden werden. Gleichzeitig wollte ich die Widersprüche des Neoliberalismus aufzeigen und argumentieren, dass die Stabilisierung der Neoliberalen letztendlich durch eine Hinwendung zu autoritären Gouvernance-Strukturen ermöglicht wird. In gewisser Weise kann somit der neokonservative Autoritarismus als – um die Terminologie aus Neil Smiths jüngstem Buch<sup>1</sup> zu verwenden – das »Endspiel« (*endgame*) neoliberaler Transformationen verstanden werden.

*Würden Sie also zwischen dem Neo-Konservatismus der Reagan Ära und der aktuellen Bush-Regierung einen Unterschied sehen?*

Auf jeden Fall. Der wesentliche Unterschied liegt in der Ausrichtung der Bush-Regierung auf eine sehr weitgehende Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Dagegen lag der Schwerpunkt Reagans eher darauf, die Rolle des Staates in der Ökonomie zu schwächen und Deregulierungen voranzutreiben sowie geopolitisch die Sowjetunion zu schwächen. Insofern war die Reagan-Ära sehr verschieden.

*Steckt hinter dem Agieren von Bush ein explizites Projekt oder handelt es sich eher um ein Sich-Durchwursteln, für das der 11. September eine Art historischer »Unfall« war, aus dem die Bush-Administration dann Vorteile zog?*

Die Neo-Konservativen unter Bush hatten in der Tat ein Projekt. Es beinhaltete von Anfang an die militärische Intervention im Irak, eine allgemeine Militarisierung und die Etablierung einer neuen Ordnung in der globalen Ökonomie. Der 11. September

---

1 Neil Smith, *The Endgame of Globalization*, New York 2005

gab dem neokonservativen Flügel der Bush-Administration Aufschwung, und sie zogen ihren Vorteil daraus, um ihr Projekt voranzutreiben. Aber wenn man sieht, was sie in den 1980er und 1990er Jahren formulierten, dann wird deutlich, dass sie die ganze Zeit ein konsistentes Projekt verfolgten. Es war zwar nur ein Minderheitenprojekt, aber ein sehr wirksames. Es übte sogar auf Clinton Druck aus. Der Regimewechsel im Irak war ja sowohl ein Ziel Clintons als auch Bushs. Nur eben, dass Bush entschied, militärischen Druck einzusetzen anstelle Mittel wie politische Isolierung oder Sanktionen zu nutzen. Allerdings darf man nicht vergessen, dass der Krieg gegen den Irak die ganzen 1990er Jahre hindurch geführt wurde.

*Eine anderer wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte ist Ihr Argument, dass ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus eine »Akkumulation durch Enteignung« sei. Können Sie das Hauptargument kurz zusammenfassen?*

In Marx' »Kapital« gewinnt man leicht den Eindruck, dass die »ursprüngliche Akkumulation« nur bei der Entstehung des Kapitalismus stattfand. Sobald der Kapitalismus installiert war, wurden diese Prozesse entweder als Überreste der Vergangenheit oder als Teil kapitalistischer Expansion in nicht-kapitalistische Gesellschaften angesehen. Vor allem Rosa Luxemburg argumentierte dagegen, dass die ursprüngliche Akkumulation ein kontinuierlicher Bestandteil des Kapitalismus sei, insbesondere in Verbindung mit dem Imperialismus. Ich würde dieses Argument noch weitertreiben und sagen, ursprüngliche Akkumulation ist ein Vorgang, der nicht nur durch imperialistische Praktiken stattfindet, sondern auch im Herzen kapitalistischer Gesellschaften. Daher wollte ich den Begriff der »ursprünglichen« Akkumulation, der an die Frühformen von Kapitalismus erinnert, durch den der »Akkumulation durch Enteignung« ersetzen, der auf eine permanent fortdauernde Eigenschaft des Kapitalismus verweist. Wir müssen zu identifizieren versuchen, wie diese Akkumulation durch Enteignung tatsächlich an konkreten Orten und Zeitpunkten stattfindet.

*Sollte man nicht die historisch spezifischen Artikulationen von Akkumulation durch erweiterte Reproduktion einerseits und Akkumulation durch Enteignung andererseits genauer gegeneinander abgrenzen? Man könnte Ihre Arbeiten derart interpretieren, dass im Neoliberalismus die Akkumulation durch Enteignung aufgrund von Überakkumulationskrisen vorrangig wird, als eine Art Rettungsanker im Fall prekärer werdender erweiterter Reproduktion.*

Akkumulation durch Enteignung hat im gesamten Verlauf des Kapitalismus stattgefunden. Aber die Akkumulation durch erweiterte Reproduktion ist nicht ihr Gegenteil, sondern beide gehen miteinander einher. In den 1950er und 1960er Jahren hat Akkumulation durch Enteignung vor allem in den Gesellschaften des peripheren Kapitalismus stattgefunden, insbesondere durch Neokolonialismus und Ressourcenextraktion. Manchmal waren imperialistische Praktiken involviert, wie z.B. der CIA, der 1953 den Putsch gegen die Mossadegh-Regierung im Iran unterstützte und den Schah einsetzte, was wiederum den USA einen privilegierten Zugang zu den dortigen Öl-Ressourcen ermöglichte. Seit den 1970er und 1980er Jahren kommt es zu einer

Ausweitung und Expansion dieses Prozesses, insbesondere durch das Kreditsystem und durch Finanzkrisen, mittels derer ganze Länder in den Bankrott getrieben werden, wie z.B. beinahe Mexiko 1982. Damals war das neu. Die internationalen Institutionen zwingen die mexikanische Ökonomie und damit die Bevölkerung, einen Überschuss zu erwirtschaften, um die Schulden abzubezahlen. Dadurch entsteht dann ein enormer Druck auf ländliche Gesellschaften und Arbeitermilieus. Ich würde solche Mechanismen wie Strukturanpassungsprogramme durch den IWF als einen Schritt bezeichnen, um Akkumulation durch Enteignung in verschiedenen Bereichen und Gesellschaften durchzusetzen. Der IWF war natürlich auch in den 1950er/1960er Jahren präsent, aber er spielte nicht diese dominante Rolle, um derart brutale Strukturanpassungen auf der ganzen Welt durchzusetzen.

*Ist es nicht wichtig, Phasen des Kapitalismus zu identifizieren, wie es etwa die Weltsystemtheorie oder die Regulationstheorie versuchen? Damit könnte die Bedeutung von erweiterter Reproduktion bzw. von Akkumulation durch Enteignung für spezifische Phasen des Kapitalismus analysiert werden, um dann über Formen von Widerstand nachzudenken.*

Mir ist nicht ganz wohl mit dem Begriff »Phasen«. Ich würde stattdessen den Begriff der »ungleichen geographischen Entwicklung« verwenden. So wurde z.B. die Durchsetzung neoliberaler Praktiken vielen Ländern durch die genannten Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, insbesondere durch die Regierungen der USA und Großbritanniens. In Ost- und Südostasien hingegen fand erst nach der Finanzkrise von 1997/98 eine intensive Phase von Akkumulation durch Enteignung statt. Es handelt sich also nicht um einen linearen Prozess, sondern er trifft bestimmte Regionen und Länder zu bestimmten historischen Zeitpunkten und ist nicht zuletzt abhängig von ihrer Stellung in der globalen Ökonomie. Der Begriff der »Phasen« suggeriert eine solche Gleichförmigkeit.

*In ihrem aktuellen Buch bezeichnen Sie die wirtschaftspolitische Strategie der chinesischen Regierung als neoliberal und nicht als merkantilistisch. Was ist spezifisch neoliberal an der offensichtlich erfolgreichen Strategie Chinas?*

Es ist schwer zu sagen, wie China tatsächlich bezeichnet werden soll. Ich habe mich entschieden, in Anspielung auf die chinesische Bezeichnung »Sozialismus mit chinesischem Antlitz« von einem »Neoliberalismus mit chinesischem Antlitz« zu sprechen, und zwar zum einen wegen der gigantischen Abhängigkeit der chinesischen Ökonomie von Auslandsdirektinvestitionen und zum anderen deswegen, weil das chinesische Wachstum zunehmend von exportorientierter Entwicklung abhängt. Beides sind Charakteristika der neoliberalen Ökonomien. Bei der Marktorientierung interessiert mich besonders die Art und Weise, wie die Dezentralisierung von politischer Macht als Bestandteil des chinesischen Entwicklungsmodells implementiert wurde. So wird z.B. das Pearl River-Delta mit dem Yangtse-Delta in Wettbewerb gesetzt. Innerhalb des Pearl River-Delta konkurrieren wiederum verschiedene Regionen miteinander. Infolge dieses intensiven Wettbewerbs zwischen Städten und Regionen baut z.B. jeder einen eigenen internationalen Flughafen. Der chinesische

Zentralstaat mobilisiert diese Prozesse, um das eigene Entwicklungsprojekt voranzutreiben. Manche Elemente in diesem Prozess sind eindeutig neoliberal, andere nicht. Die autoritäre Regierungsform steht jedenfalls nicht im Gegensatz zur neoliberalen Orientierung. Beide gehen Hand in Hand.

*Es sieht so aus, als sei in Ihrem Konzept der »ungleichen geographischen Entwicklung« die Frage der Konkurrenz zentral. Wir beobachten jedoch auch Formen der Kooperation, manche sprechen gar von Global Governance. Leo Panitch etwa schlägt vor, für dieses Merkmal der gegenwärtigen Situation Karl Kautskys Konzept des »Ultraimperialismus« wiederzubeleben. Wie sehen Sie das Verhältnis von Wettbewerb und Kooperation? Stehen sie im Widerspruch oder funktioniert das Zusammenspiel ganz gut?*

Wie bei allen Widersprüchen gibt es Zeiten, in denen sie offener zutage treten, und Zeiten, in denen sie erfolgreich bearbeitet bzw. durch eine dominante Macht eingeeignet werden. Elemente einer solchen Einhegung kann man z.B. in Organisationen wie der »Gruppe der 7 bzw. 8« beobachten, die ja eine kooperative Struktur darstellt, oder in verschiedenen Verhandlungen um die Ab- oder Aufwertung von Währungen. Es gibt viele Momente internationaler Kooperation mit dem Ziel, die Widersprüche des Systems einzuhegen. Während der Finanzkrise in Ost- und Südostasien ist ein solcher Versuch beinahe kollabiert. Insbesondere mit Korea haben intensive Verhandlungen stattgefunden. Das US-Finanzministerium wollte eigentlich nicht an der Seite des IWF verhandeln, da es andere Strategien verfolgte. Erst in der zweiten Runde haben sie sich geeinigt. Aber es bestand die reale Gefahr, dass es zu einer Kettenreaktion kommt, und ihre regionale Eindämmung erhielt oberste Priorität.

*Das hört sich doch sehr nach Vorstellungen von Kooperation und Global Governance an: Die Probleme werden gemeinsam gelöst. Auch die normativen Varianten eines David Held oder Ulrich Beck gehen ja in diese Richtung.*

Diese kooperativen Ansätze sind ja nicht sehr erfolgreich, die Probleme der Welt wirklich anzugehen. Nehmen wir den Klimawandel, der gerät doch außer Rand und Band. Nur wenn herrschende Interessen berührt sind, wie bei der Finanzkrise, wird effektiv Politik gemacht. Leute wie David Held und Ulrich Beck sollten eher darüber nachdenken, wie die bestehenden institutionellen Konfigurationen, die heute nur mit bestimmten Krisen umgehen, in etwas transformiert werden können, das der Welt tatsächlich hilft. Man kann doch Folgendes beobachten: Wenn in den G8-Konferenzen die Beseitigung von Armut bis zum Jahr 2012 proklamiert wird, dann passiert hinterher nichts, oder wenn etwas passiert, dann auf eine Weise, die lediglich das Funktionieren des globalen Kapitalismus unterstützt.

*Eine wichtige theoretische wie politische Frage ist dann, inwiefern die Politik der USA als Ausdruck der »amerikanischen Ausnahme« verstanden werden muss.*

Die Einschätzung einer us-amerikanischen Ausnahme-Teilung teile ich nicht. Da aber in den USA viele an einen solchen Exzeptionalismus glauben, handelt ein Großteil der Eliten auch so. Man sieht das z.B., wenn die Regierung beansprucht, nicht von den Urteilen des Internationalen Gerichtshofs betroffen zu sein, oder als

der Senat bei Ratifizierung des WTO-Abkommens eine Klausel einführte, dass die US-Regierung keine Regelung erfüllen müsse, die nicht im US-Interesse liegt. Die Regierung verhält sich, als stünde sie über all diesen Regelungen. Aber sie besteht darauf, dass sie vom Rest der Welt erfüllt werden. Von Wilson und Roosevelt über Kennedy und Reagan bis heute wird geglaubt, die USA seien das Zentrum von Freiheit in der Welt, und das amerikanische Freiheitsmodell müsse nicht nur bewahrt, sondern zum Wohle der Menschheit exportiert werden.

*Ein solches Selbstverständnis beeinflusst doch auch die internationale Politik. Welche Rolle spielen dann Mechanismen von Global Governance angesichts einer derart mächtigen USA, die es sich leisten kann, internationale Abkommen zu ignorieren?*

Ich denke nicht, dass die Welt immer noch US-dominiert ist. Natürlich sind die USA ein mächtiger Akteur und agieren, als seien sie dominant oder sogar hegemonial. Aber sie sind es nicht – und das macht die eigentliche Spannung in der gegenwärtigen Situation aus. Ich sehe keine Global Governance, und die USA stören jeden ernsthaften Versuch, eine solche zu etablieren. Und zwar gerade weil sie sich selbst als außerhalb der Normen stehend betrachtet bzw. als die Nation, welche die Normen selbst definieren sollte. Und der Rest der Welt akzeptiert das nicht mehr.

*Was ist die Perspektive dieser Situation? Wird es zu Konfrontationen kommen?*

Ich hoffe nicht, aber ich denke die USA werden zunehmend isoliert dastehen und damit Macht verlieren. Im Irak erleiden sie militärisch Schiffbruch, also gerade im Bereich ihrer größten Überlegenheit; ihre finanzielle Macht ist extrem limitiert, weil sie v.a. gegenüber China, Japan, Korea und Taiwan so stark verschuldet sind. 50 Prozent der Schulden gehört inzwischen ausländischen Zentralbanken. Die USA haben also keine unabhängige Finanzmacht. Im dritten Bereich, dem der Produktion, sind viele Kapazitäten der USA inzwischen in Länder wie China verlagert. Die USA hat also nicht mehr die selbe materielle Basis für ihre Macht wie früher. Das soll nicht heißen, dass sie in der Welt keine Rolle spielt, aber sie ist nur ein bedeutender Akteur in einer Welt mit wechselnden Machtkonfigurationen.

*Wie können wir damit umgehen, dass es in den kapitalistischen Zentren Prozesse der Krisenexternalisierung gibt, d.h. Mechanismen, die dazu führen, dass Krisen eher in peripheren Ländern wie Brasilien oder Russland ausbrechen. Das hat ja eine wichtige Implikation für emanzipatorische Kämpfe: Ein großer Teil der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren zieht hieraus Vorteile. Wie kann da Veränderung gedacht werden?*

Es ist aus meiner Sicht nicht ganz richtig zu sagen, die Krisen würden nur in Brasilien oder anderen Ländern der Peripherie stattfinden. Wir hatten Elemente davon auch hier in den USA. Es gab Finanzkrisen Ende der 1980er Jahre, als einige Spar- und Darlehenskassen bankrott gingen. Wir haben eine Reihe von wirklichen Krisen in Bereichen wie Gesundheitsversorgung oder Pensionssysteme, denn da sind ja Versicherungssysteme richtiggehend zusammengebrochen. Das geht bisher noch nicht weit genug, um als wirklich große Krise wahrgenommen und bezeichnet zu werden,



aber es gibt Elemente davon. In den letzten drei bis vier Jahren zeichnet sich im Bereich des Gesundheits- und Rentensystems eine Verschärfung der Probleme ab. Es kann also zu ernsthaften Schwierigkeiten im Zentrum des Kapitalismus kommen, die nicht länger externalisiert werden können. Aber ich stimme zu, dass sich die kapitalistischen Krisentendenzen der letzten 20 bis 30 Jahre geographisch ungleich manifestiert haben. Man könnte sagen, dass diese geographisch ungleiche Entwicklung ein zentraler Grund für das Überleben des Kapitalismus gewesen ist. Daher müssen wir eine globalere Perspektive entwickeln und sehen, dass und wie die Enteignungs- und Krisenprozesse unsere Länder erreichen. Zu begreifen ist, wie »da draußen« und »hier drinnen« miteinander verbunden sind.

*In Europa beziehen sich viele Linke positiv auf den Begriff »öffentliche Dienstleistungen« und die redistributiven Funktionen des Staates, die zu verteidigen seien. Dies geht oft einher mit einem Verlust des historischen Gedächtnisses bezüglich früherer Kritik am Wohlfahrtsstaat. In den USA scheint es dagegen kaum eine Diskussion um öffentliche Dienstleistungen zu geben.*

Das hängt davon ab, wo man in den USA ist. Hier in New York City ist es sehr verlockend, nostalgisch zu werden gegenüber dem Wohlfahrtsstaat. Die meisten der politisch Aktiven aus den späten 1960ern und frühen 1970er Jahren waren ja sehr kritisch gegenüber dem Wohlfahrtsstaat. Er wurde als ein selektives, kapitalistisches Managementinstrument gesehen, etwa um eine industrielle Reservearmee zu schaffen. Wenn wir also heute über einen neuen New Deal sprechen oder darüber, dass subalterne Kräfte wieder mehr Präsenz im Staatsapparat gewinnen müssen, sollte man das nicht im Sinne einer Rückkehr zu einem früheren Zustand verstehen. Diesbezüglich gibt es interessante Überlegungen, etwa von Nancy Fraser<sup>2</sup>: es gehe nicht darum, den patriarchalen und frauendiskriminierenden Wohlfahrtsstaat zu rekonstruieren, sondern wir müssen einen radikal anderen Wohlfahrtsstaat schaffen. Das bedeutet allerdings auch, Formen von öffentlichen Dienstleistungen wieder zu institutionalisieren. Inzwischen wird in den USA wieder die Tatsache anerkannt, dass mit all den Attacken auf die Sozialversicherungssysteme der Mangel an Gesundheitsversorgung zu einem großen Problem geworden ist und unbedingt etwas geschehen muss. Bei den letzten Umfragen antworteten auf die Frage, ob Gesundheitsversorgung ein universelles Recht sei, 77 Prozent der Befragten mit Ja. Selbst in den USA gibt es eine Vorstellung davon, dass bestimmte Dinge nicht einfach den Marktkräften überlassen werden sollten. Die Schwierigkeit liegt darin, solche Vorstellungen zu institutionalisieren. Keine der Parteien hat das ernsthaft vor. Das ist das Problem.

*In Europa gibt es in der politisch linken Mitte einen starken Fokus auf eine staatlich-institutionelle Reregulierung der als verselbständigt angenommenen Ökonomie. In den Gewerkschaften dominiert die Strategie eines Wettbewerbskorporatismus. Die Gewerkschaften denken noch immer, dass in einem gut organisierten Kapitalismus sich gewisse Räume für Rechte und zukünftige Transformationen öffnen.*

2 Vgl. Nancy Fraser u. Axel Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung*, Frankfurt/M 2003

Zunächst ein wichtiger Punkt: Die Unterscheidung zwischen einem Reformier und einem Revolutionär ist nicht, dass sie notwendig an einem konkreten Ort, zu einem konkreten Zeitpunkt etwas vollkommen Unterschiedliches tun. Das, was sie tun, tun sie jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Die aktuellen Konjunkturen betrachtend, würde ich sagen, dass das System erst einmal stabilisiert werden muss. Denn ich denke, die globalen Ungleichgewichte von Verschuldung, die Absurditäten in einigen Bereichen des Finanzsektors sind extrem gefährlich. Insbesondere die Superreichen haben gelernt, dass sie von Krisen profitieren können. Von der Krise in Argentinien oder Südostasien hat z.B. vor allem eine sehr kleine politische Elite profitiert. Man kann sich gut eine Situation vorstellen, in der eine globale Elite Krisen befürwortet. Konkursverwalter haben dann viel zu tun. Aber eine solche globale Krise würde alle von uns ernsthaft betreffen, und es wäre eine verzweifelte Situation für einen großen Teil der Weltbevölkerung. Die große Frage heute ist also, wie das System reformiert werden kann, wie es rereguliert werden kann in einer Weise, dass Krisen unwahrscheinlicher werden. Das bedeutet eine Politik, die den Wirtschaftseliten Macht wegnimmt, denn freiwillig werden sie sie niemals abgeben. Sie müssen dazu durch starke Bewegungen gezwungen werden. Ich möchte Teil einer solchen starken Bewegung sein, die das System stabilisiert, die den ökonomischen Eliten ihre gigantische Macht wegnimmt und eine Situation schafft, von der aus wirkliche Alternativen zum Kapitalismus entstehen können. Ich glaube nicht an die verbreitete These, dass etwas Neues aus einem vollständigen Systemzusammenbruch heraus geschaffen werden soll. Denn wenn das System total zusammenbricht, werden als erstes sehr viele Menschen sterben, es wird ein Desaster, und letztendlich ist es wahrscheinlicher, dass rechtsgerichtete, faschistische Bewegungen daraus hervorgehen als progressive Ergebnisse. Zur Zeit würde ich mich, taktisch, also eher dem »Neuen New Deal«-Argument anschließen, um damit zurückzukehren zu einer Situation, von der aus wir anfangen können, etwas Kreativeres zu entwickeln.

*In Ihrem Buch unterscheiden Sie traditionelle Kämpfe im Rahmen von Lohnarbeit und Kämpfe gegen Akkumulation durch Enteignung. Was sind da die wesentlichen Unterschiede? Und wo sehen Sie konkrete Erfahrungen entstehen?*

Nehmen wir das Beispiel Brasilien: Da gibt es mit dem *Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* (MST) eine sehr starke Landlosenbewegung, und sie eignet sich Land an. Da gibt es viel Gegengewalt, Zurückdrängen und Wiedervorwärtsbewegen. Der MST hat eine starke Führung, die Mitglieder sind sehr politisch und revolutionär in ihrer Politik. Auf der anderen Seite gibt es die Arbeiterpartei (den PT), die jetzt an der Regierung ist. Sie ist eine weitgehend urbane und gewerkschaftsbasierte Organisation, die seit Anfang der 1980er Jahre aufgebaut wurde. Sie steht dem MST nicht gerade wohlwollend gegenüber und unterstützte ihn nicht wirklich. Seit ihrem Regierungsantritt 2003 hat der PT die Aktivitäten des MST eher bekämpft. Dies ist ein Beispiel für zwei Typen von Kämpfen, einer ist eingebettet in eine traditionelle städtische Arbeiterbewegung und der andere ist eine revolutionäre Bewegung auf dem Land. Und sie können nicht sehr gut kooperieren.

*Hat das eher strukturelle oder konjunkturelle Gründe?*

Diese Frage bedürfte einer eingehenderen Analyse. Ich denke nicht, dass es strukturelle Gründe dafür geben *muss*. Sie sind eher ideologischer Natur. Eine Tendenz in linken und marxistisch ausgerichteten Kreisen geht weiterhin davon aus, dass ein urbanes Proletariat die Avantgarde aller Kämpfe ist. Eine Revolution auf dem Land entstammt dann entweder einer früheren Ära oder sie ist irrelevant. Ich möchte in meinen Analysen zeigen, dass diese Perspektive problematisch ist und dass beide Kämpfe als gleichrangig angesehen werden müssen und wir über organische Verknüpfungen zwischen ihnen nachdenken müssen. Es geht darum anzuerkennen, dass sie unterschiedlich sind, aber auch gemeinsame Ziele haben.

*Der PT und die Gewerkschaften in der PT-nahen CUT, dem brasilianischen Gewerkschaftsdachverband, setzen auf eine Exportorientierung, die eingebettet ist in internationale Zwänge. Werden die Probleme auf dem Land deshalb verdrängt?*

Selbst wenn man akzeptiert, dass der PT sich nicht von neoliberaler Politik distanziert und ein exportorientiertes Entwicklungsmodell verfolgt, dessen Schlüsselexportprodukt Soja ist, ist der landwirtschaftliche Sektor sehr wichtig für Brasilien. Eine Reform des Agrarsektors sollte ein zentraler Bestandteil der aktuellen Politik sein. Ein großer Teil des Landes der Großgrundbesitzer wird gar nicht genutzt. Ein Landreformprogramm könnte relativ einfach in das Programm des PT eingebettet werden, auch in seiner neoliberalen Ausrichtung. Es könnte die MST-Fragen aufnehmen, aber es scheint mir eher ideologische Blindheit, die sie nicht die Verbindungen zwischen der urbanen proletarischen Bewegung und der Landbesetzungsbewegung sehen lässt.

*In Ihrem Buch haben Sie mehrmals die Zapatisten erwähnt, die Sie nach 12 Jahren noch immer als innovativen Ansatz sehen. Welche Rolle spielen sie in der US-Linken, werden sie eher romantisiert oder haben sie dazu beigetragen, die eigene Politik anders zu denken?*

Die Zapatisten haben eine spezifische Bedeutung. Es handelt sich um eine lokale Bewegung mit internationaler Präsenz, die sich geschickt des Internets bedient. Dennoch wurden die Grenzen zapatistischer Politik deutlich in ihrem Versuch, keine politische Partei zu bilden und auf die Eroberung der Staatsmacht zu verzichten. Sie wehren sich dagegen, dass die Indigenen Mexikos ihres Zugangs zu ihren eigenen Wäldern, Ölvorräten und natürlichen Ressourcen regelrecht enteignet wurden. Daher geht es hier um einen Kampf gegen die Akkumulation durch Enteignung. Die wichtige Frage ist dann, wie sich dieser spezifische Kampf mit globaler Politik artikuliert. Ich selbst denke nicht, dass die Übernahme von Staatsmacht notwendigerweise zu einem autoritären Entwicklungsprojekt führt. Das war zwar in der Vergangenheit oft der Fall. Aber die Frage nach diesen Erfahrungen lautet, wie bei einer Übernahme von Staatsmacht demokratische Gestaltungsräume geschaffen werden. In diesem Bereich wird man viele Experimente finden wie etwa jenes in Porto Alegre mit dem partizipativen Budget. Wir müssen immer wieder ausprobieren und darüber nachdenken, wie Dinge offen gehalten werden können.

Aus dem Amerikanischen von Ulrich Brand und Bettina Köhler

Lothar Peter

## Marburger und Frankfurter Schule im Vergleich

### 1. Gab es eine linke »Marburger Schule«?

Obwohl Sachkundige gewisse Zweifel anmelden, hat sich die Bezeichnung »Frankfurter Schule« allgemein durchgesetzt (vgl. Jay 1981, Wiggershaus 1986, Albrecht u.a. 1999). Dass dabei sowohl von Hauptakteuren als auch von der Schülergeneration der Begriff unterschiedlich ausgelegt und das Erbe umkämpft wurde, hat daran nichts geändert (Albrecht u.a. 1999, 32f). Ob es dagegen berechtigt ist, hinsichtlich der Gesellschaftswissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg zumindest für einen bestimmten Zeitraum von einer »Marburger Schule« zu sprechen, ist weniger selbstverständlich. Bisher wurde eher von einer »Abendroth-Schule« gesprochen (u.a. Kammler 2001). Deshalb empfiehlt es sich, zunächst einmal zu klären, was eine ›Schule‹ ausmacht.

Eine sozialwissenschaftliche Schule hängt *erstens* von der Existenz einer oder mehrerer zentraler Einzelpersonlichkeiten ab, die einer Denkweise, Theorie oder Methode ein von anderen Theorien und Lehrmeinungen klar unterscheidbares, intellektuell charakteristisches und öffentlich wahrgenommenes Profil geben. Diese Denkweise konstituiert sich *zweitens* als inhaltlich verbindliche Leittheorie oder Paradigma, mit dem andere wissenschaftliche Akteure sich identifizieren und das sie zur Grundlage ihrer eigenen wissenschaftlichen Tätigkeit sowie der Kooperation mit den zentralen Repräsentanten des Paradigmas machen. *Drittens* gehört dazu ein kontinuierlicher Interaktionsprozess der beteiligten Akteure. *Viertens* bilden Schulen einen institutionalisierten Zusammenhang, etwa in Gestalt von Forschungsinstituten. *Fünftens* dokumentieren sie ihre Identität öffentlich durch die Herausgabe von Zeitschriften, Publikationsreihen oder die Durchführung von Tagungen, Seminaren usw. Für die Marburger Politikwissenschaft und Soziologie treffen wichtige dieser Merkmale für den Zeitraum zwischen Mitte der sechziger und Mitte der siebziger Jahre offensichtlich zu.

Wolfgang Abendroth (1906-1985) war eine charismatische Persönlichkeit.<sup>1</sup> Er vertrat eine marxistisch inspirierte Auffassung von der Politikwissenschaft, die sich vom Mainstream seiner Zeit mit ihrer formalistisch-abstrakten Institutionenlehre scharf abhob. Er und Werner Hofmann (1922-1969)<sup>2</sup>, der 1966 auf den Lehrstuhl für Soziologie berufen wurde und ebenfalls über eine eigentümliche Ausstrahlungskraft verfügte, sowie schließlich Heinz Maus (1911-1978), ehemaliger Horkheimer-Assistent und seit 1960 Professor für Soziologie in Marburg<sup>3</sup>, verkörperten das

1 Vgl. den Nachruf auf Abendroth im *Argument* (154/1985) von Karl-Heinz Götze; zur Biographie Diers 2006.

2 Zur Würdigung Werner Hofmanns vgl. Claas u.a. 1999.

3 Einen Überblick über Aspekte der Arbeiten von Heinz Maus geben Greven/Von de Moetter 1981.

Paradigma einer marxistisch orientierten, auf die Analyse konkreter gesellschaftlicher Widersprüche gerichteten und praktische Wirksamkeit anstrebenden kritischen Sichtweise der auf Kapitalismus beruhenden Gesellschaft ihrer Zeit.

Dieses Paradigma bildete intellektuell etwa von 1965 bis 1975 den archimedischen Punkt, auf den sich die meisten Mitarbeiter und akademischen Schüler von Abendroth und Hofmann bezogen und mit dem sie sich mehr oder weniger intensiv identifizierten. Auch wenn es den Marburgern nicht gelang – den Frankfurtern nach 1945 übrigens auch nicht mehr – eine Zeitschrift herauszugeben, die eine ähnlich identitätsstiftende Funktion wie in anderen Schulen erfüllt hätte – man denke etwa an die *Année sociologique* der Durkheim-Schule, die *Annales* der gleichnamigen Historikerschule um Marc Bloch und Lucien Febvre oder die berühmte *Zeitschrift für Sozialforschung* der Frankfurter bis in die Zeit des Exils –, so erfüllten Publikationen wie Abendroths *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965) oder Hofmanns *Ideengeschichte der sozialen Bewegung* (1962) eine identitätsstiftende Funktion. Diese und andere Gründe lassen es gerechtfertigt erscheinen, im Folgenden von einer linken »Marburger Schule«<sup>4</sup> zu sprechen. Dieser Begriff erweist sich geeigneter als der einer »Abendroth-Schule«, weil er auch die Bedeutung von Hofmann und Maus würdigt, ohne Abendroths überragende Rolle im »Marburger Dreigestirn« (Schäfer 2006) zu relativieren.<sup>5</sup>

Da das Wesentliche wissenschaftlicher Schulen in der Relevanz ihrer inhaltlichen Leistungen und nicht in den Scharmützeln ihres Personals, in Interaktionskonflikten und symbolischen Kämpfen besteht, die unvermeidlich alle sozialen Institutionen begleiten, konzentrieren sich die folgenden Reflexionen auf einen exemplarischen Vergleich inhaltlicher Positionen. An drei Themen soll nachgezeichnet werden, wie die Hauptvertreter beider Schulen Probleme, die sie für relevant hielten, analysiert, interpretiert und bewertet haben. Es handelt sich *erstens* um das Kapitalismus- und Klassenproblem, *zweitens* um die kontroverse Beurteilung der Studentenbewegung 1968 und *drittens* um das Wissenschaftsverständnis. Die Texte, auf die sich der Vergleich bezieht, stammen hauptsächlich aus den 1950er bis 70er Jahren. Frühere wichtige Texte wie die Beiträge von Friedrich Pollock, Otto Kirchheimer und Franz Neumann zur politischen Theorie, die das Profil des Instituts für Sozialforschung maßgeblich prägten, werden nur am Rande berücksichtigt. Gleiches gilt für die Einstellung zu Sozialismus und Kommunismus.

## 2. Spätkapitalismus ohne Mehrwert und Klassen?

Dass für gesellschaftskritisches Denken die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus eine zentrale Aufgabe bildet, ist offensichtlich. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn der Begriff des Kapitalismus für beide Schulen eine

4 Wenn hier von der »linken Marburger Schule« die Rede ist, so um den Unterschied zur ebenfalls als »Marburger Schule« bezeichneten Strömung des Neukantianismus (Hermann Cohen, Paul Natorp u.a.) Anfang des 20. Jahrhunderts hervorzuheben.

5 Martin Beckmann u.a. halten in ihrem sehr lesenswerten Beitrag die Bezeichnung »Abendroth-Schule« für nicht haltbar, sprechen aber von »der Marburger Schule der siebziger Jahre«, ohne sich dieser begrifflichen Dissonanz bewusst zu werden (Abendroth-Gruppe 2006).

wesentliche, wenn auch teilweise sehr unterschiedlich interpretierte Rolle spielte. Die Frankfurter näherten sich dem Kapitalismusproblem primär auf dem Wege der theoretischen Reflexion. Sie erfolgte unter anderem durch die Rezeption der hegelschen Philosophie, der marxischen Analyse der kapitalistischen Warenproduktion und ihres »Fetischcharakters« sowie der Beschäftigung mit Studien wie *Geschichte und Klassenbewusstsein* (1923) von Georg Lukács (Jay 1981, 211; 380, Fn. 7). Dabei trat die Frage in den Vordergrund, weshalb und wie es dem Kapitalismus gelingt, trotz der ihm immanenten Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse die Bedürfnisse und das Bewusstsein der Individuen systemkonform zu instrumentalisieren. Das Erkenntnisinteresse der Frankfurter richtete sich also in erster Linie nicht auf die objektiven sozialökonomischen Prozesse und ihre Folgen für die politischen Kräfteverhältnisse, den Formwandel des bürgerlichen Staates sowie die sozialen und politischen Konflikte, sondern auf die Dimension des gesellschaftlichen Bewusstseins und die Vereinnahmung von Subjektivität durch das Prinzip des Tauscherts. In diese Analyse der entfremdeten Bedürfnisdispositionen und Bewusstseinsformen versuchten die Frankfurter gleichzeitig die Modernisierungstendenzen des Kapitalismus einzubeziehen. So glaubte Theodor W. Adorno (1969), Begriffe der Kapitalismusanalyse mit dem konkurrierenden Konzept der »modernen Industriegesellschaft« auf einen Nenner bringen zu können. Das Ergebnis dieses Schrittes bestand in folgenden Annahmen: Ihren Produktionsverhältnissen nach bleibt die Gesellschaft Kapitalismus, dem Stand ihrer Produktivkräfte nach ist sie »Industriegesellschaft« insofern, als die Rationalität industrieller Produktion alle Bereiche des ökonomischen Reproduktionsprozesses durchdringt. Obwohl aber »wie ehemals um des Profits willen« produziert wird, hat der technische Fortschritt den »Begriff des Mehrwerts« obsolet werden lassen. Da die »lebendige Arbeit«, also die eigentliche Quelle des Mehrwerts, immer mehr schrumpft und tendenziell auf einen Grenzwert sinkt, unterhalb dessen sie keine Rolle mehr spielt, verliert die marxistische Revolutionstheorie ihre Plausibilität. Wenn nämlich der Theorie des Mehrwerts durch den technischen Fortschritt die Basis entzogen wird, erodiert die Arbeiterklasse. Von ihr kann dann auch nicht mehr als kollektivem revolutionärem Subjekt und von »Klassenantagonismus« nicht mehr im Sinne eines systemsprengenden gesellschaftlichen Spannungsverhältnisses die Rede sein. Diesen Annahmen korrespondiert bei Adorno eine definitive Auflösung von Klassenbewusstsein in den hochindustrialisierten Ländern der USA und Westeuropas (358f). Den eher metaphorischen Umgang Adornos mit den Kategorien der marxischen Arbeitswertlehre versuchte etwas später Jürgen Habermas zu korrigieren und auf eine solidere Grundlage zu stellen (Habermas 1973, bes. 73-84).

Die marxische Arbeitswerttheorie, so argumentierte auch Habermas, hat durch Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses ihre Gültigkeit verloren. Die dem Kapitalismus immanente Krisenanfälligkeit wird durch staatliche Steuerungsaktivitäten wirkungsvoll abgefangen und neutralisiert, die Klassenkonflikte werden durch sozialpolitische Befriedung und Institutionalisierung von Klassenkompromissen entpolitisiert. Damit verschieben sich die ökonomischen Widersprüche

der kapitalistischen Akkumulation auf die Ebene politischer Legitimations- und moralischer Motivationskrisen. Infolgedessen lässt sich die Hoffnung auf eine systemtranszendierende Rolle der Arbeiterklasse nicht mehr aufrechterhalten (58).

Um die These von der Integration des Klassengegensatzes noch zu verstärken, deutete Adorno seinerseits die marxistische Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in folgenreicher Weise um. Dem Spätkapitalismus sei es nämlich gelungen, einen absoluten Primat der Produktionsverhältnisse zu etablieren, der die revolutionäre Sprengkraft der Produktivkräfte entschärft habe. Die »Herrschaft der Produktionsverhältnisse« hat sich Adorno zufolge der Produktivkräfte vollständig bemächtigt und Produktion und Konsumtion gleichermaßen der Logik des Tauscherts unterworfen, so dass von den Produktivkräften keine systemüberschreitende Dynamik mehr erwartet werden kann (Adorno 1969, 366f). Diesen Gedanken hatte Herbert Marcuse im *Eindimensionalen Menschen* vorweggenommen, indem er die Irrationalität moderner Herrschaft mit technischer Rationalität schlechthin gleichsetzte: »Die fortgeschrittensten Bereiche der Industriegesellschaft weisen durchweg diese beiden Züge auf: eine Tendenz zur Vollendung der technologischen Rationalität und intensive Bestrebungen, diese Tendenz im Rahmen der bestehenden Institutionen zu halten. Darin besteht der innere Widerspruch dieser Zivilisation: das irrationale Element ihrer Rationalität.« (1967, 37)

Wie haben sich die Vertreter der Marburger Schule zu dieser Interpretation des »Spätkapitalismus« und seiner Herrschaftsfunktion verhalten? Haben sie die Auffassungen der Frankfurter geteilt oder abgelehnt? Eine Antwort auf diese Frage lässt unvereinbare Standpunkte zutage treten. Schon Abendroths Problemzugang weicht vom theoretisch-philosophischen Ansatz der Frankfurter deutlich ab. Als »organischer« und gleichzeitig kritisch-autonomer Intellektueller der revolutionären Arbeiterbewegung, wie ihn kürzlich Frank Deppe (2006) treffend bezeichnet hat, der sich der Entwicklung von Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft und der politischen Einheit der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlte, setzte der junge Abendroth in seinen Überlegungen die Existenz des Kapitalismus als System der Ausbeutung als gegeben voraus. Eine explizite Auseinandersetzung damit drängte sich Abendroth erst auf, als in der Periode nach dem Zweiten Weltkrieg unterm Vorzeichen des »Wirtschaftswunders« und des Diskurses über eine »Verbürgerlichung der Arbeiterklasse« auch das angebliche Verschwinden des Kapitalismus sowie seine Ablösung durch die »moderne Industriegesellschaft« zum ideologischen Stereotyp wurde. In der Frage der Existenz oder Erosion der Arbeiterklasse und der Wiederherstellbarkeit von Klassenbewusstsein vertrat Abendroth eine konträre Position zu den Frankfurtern. Zwar räumte er ein, dass der materielle Lebensstandard der lohnabhängigen Massen erheblich gestiegen sei und deren Mehrheit die gegebenen Verhältnisse akzeptiere. Das aber ändere nichts am Fortbestehen kapitalistischer Klassenunterschiede und -gegensätze, solange die Lohnabhängigen »grundsätzlich der Entscheidungsgewalt des Kapitals in ihrer Arbeit unterstehen« (1972a, 25). Kritische Gesellschaftstheorie – und das war für Abendroth, wenn auch nicht ausschließlich, so doch wesentlich marxistische Theorie – habe weiterhin die Aufgabe, zur Wiederherstellung von Klassenbewusstsein und zur Politisierung der Arbeiterbewegung beizutragen, so

sehr diese auch aktuell von Illusionen über Sozialpartnerschaft und Klassenharmonie beherrscht sei (1972b, 460). Aber die Beispiele Frankreichs, Italiens, Belgiens usw. zeigten, dass das Fehlen von Klassenbewusstsein im Spätkapitalismus kein Naturgesetz sei, sondern durch sozialistische Theorie und Praxis korrigiert werden könne. Darin stimmte Abendroth mit Werner Hofmann überein, der seinerseits die Initiative für ein linkes politisches Bildungsprogramm ergriff, das auf die spezifischen Interessen von Lohnabhängigen zugeschnitten werden sollte (1988).

Abendroth und Hofmann widersprachen der Sichtweise der Frankfurter nicht nur im Blick auf die Existenz und politische Bedeutung des Klassengegensatzes im Kapitalismus, sondern auch in der Einschätzung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Sie bestritten, dass der moderne Kapitalismus die Produktivkräfte ihrer emanzipatorischen Nutzbarkeit vollständig beraubt und zu einem bloßen Mittel der Herrschaftssicherung pervertiert habe. Wo Adorno im Spätkapitalismus eine totale Dominanz der Produktionsverhältnisse erblickte, knüpfte Abendroth an die klassisch marxistische Auffassung an, dass die vom Kapitalismus selbst entfesselten Produktivkräfte mit der Anarchie kapitalistischer Konkurrenz unvereinbar geworden seien (1972c, 465; 467; 475; 477). Auch der inzwischen entstandene »organisierte Kapitalismus«, wie Abendroth in Anlehnung an Rudolf Hilferding (vgl. Stephan 1982) das aktuelle Stadium bezeichnete, versuche diesen Widerspruch vergeblich zu lösen. Eine solche Lösung sei letztlich nur unter den inzwischen nicht mehr utopisch erscheinenden Möglichkeiten einer sozialistischen Planwirtschaft denkbar. Aufgrund seiner Studien über Rationalisierung und Automation der Arbeit kam Werner Hofmann zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Mit der Automation eröffne sich die historische Chance, »menschliche Arbeitsenergien für höhere, menschlichere allgemein-zivilisatorische und kulturelle Zwecke« freizusetzen, aber die »spätkapitalistische, monopolistische Welt« blockiere die praktische gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Chance (1988, 159f).

Fragt man danach, was von den kontroversen Befunden der beiden Schulen hinsichtlich der Kapitalismus-, Klassen- und Produktivkraftthematik im Lichte der heutigen Erfahrungen noch Bestand hat, so lässt sich darauf folgende Antwort geben: Auf den ersten Blick scheint vieles gegen die Marburger Schule zu sprechen; denn ein emphatischer Begriff von Arbeiterklasse ist nicht mehr angesagt; der Kapitalismus beutet die Produktivkräfte weiterhin ganz nach seinem Belieben aus, und die Individuen fügen sich heute wie vor fünfzig Jahren in ihrer überwältigenden Mehrheit kritiklos den Imperativen der herrschenden Verhältnisse. Aber wenn man genauer hinsieht, ergibt sich ein anderes Bild, das die Auffassungen der Marburger in wesentlichen Punkten durchaus bestätigt. Nach wie vor bleibt die Politisierung der Lohnabhängigen eine entscheidende Voraussetzung für soziale und demokratische Reformen, auch wenn die einst von der Linken glorifizierte Arbeiterklasse als »revolutionäres Subjekt« ein für allemal ausgedient haben dürfte. Nach wie vor sind trotz immenser materieller Produktivität die Klassengegensätze nicht aufgehoben, auch wenn sie eine andere soziale Physiognomie aufweisen als im Manchesterkapitalismus oder tayloristischen Kapitalismus. Im Gegenteil: heute treten Klassenspaltung, sozialer Ausschluss und Verarmung wieder in aller Schärfe zutage. Und nach wie vor dauern die Widersprüche



zwischen kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften an, wofür Massenarbeitslosigkeit und Umweltkrise ebenso eindeutige wie bedrückende Beweise liefern. Das von Abendroth und Hofmann aufgeworfene Problem einer im Interesse der Gesellschaft zu betreibenden rationalen Steuerung der Produktivkräfte bleibt also sowohl wissenschaftlich als auch politisch aktuell, auch wenn diese Steuerung zukünftig über die unmittelbar Waren und Dienstleistungen produzierende Sphäre hinausgehen und die Komplexität des Mensch-Natur-Verhältnisses einbeziehen muss (vgl. Tjaden 1990, 113-216).

Sind die Beiträge der Frankfurter Schule zur Kapitalismusanalyse nach dieser Antwort als wertlos abzuhaken? Sie bestehen gewiss nicht in einer schlüssigen Analyse der Vergesellschaftungsprozesse des modernen Kapitalismus. Sie bestehen vielmehr in differenziert entfalteten Erkenntnissen über Zusammenhänge zwischen der Verwertungslogik des Kapitals und seiner die Subjektivität der Individuen instrumentalisierenden, entstellenden und verdinglichenden symbolischen Gewalt. Das Kapitel über »Kulturindustrie« in der *Dialektik der Aufklärung* (Horkheimer/Adorno 1947) macht auf beängstigende Weise sichtbar, wie sich die ökonomische Abhängigkeit der Individuen vom Kapital jenseits der Fabrikhallen, Warenhäuser und Büros in der Unterwerfung unter die Imperative des Kulturkonsums und der Massenmedien fortsetzt. »Amusement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus.« (163) Wenn die sozialen, emotionalen, ästhetischen und erotischen Bedürfnisse, denen sich die »Kulturindustrie« andient, so weit verfälscht und deformiert werden, dass sich die Individuen mit dem, was sie in Wahrheit beherrscht, identifizieren, dann hat kapitalistische Herrschaft vom emanzipatorischen Potenzial der Bedürfnisse nichts mehr zu befürchten. Diese Botschaft ist heute so gültig wie an dem Tag, an dem sie verfasst wurde.

### 3. Studentenbewegung 1968 – Frankfurter Ängste und Marburger Realismus

Sowohl die Vertreter der Frankfurter als auch der Marburger Schule gelten gemeinhin als geistige Wegbereiter und Mentoren der Studentenbewegung von 1968. Allerdings entwickelte sich das Verhältnis zwischen den etablierten akademischen Verfechtern gesellschaftskritischen Denkens und den rebellierenden Studenten in Frankfurt nicht konfliktfrei. Es löste sogar so heftige Verwerfungen aus, dass Adorno 1969 die Polizei rief, nachdem Studenten das Institut für Sozialforschung besetzt hatten (Kraushaar 1998, 557f)<sup>6</sup>. Als dezidiert Kritiker der radikalen Studentenbewegung und namentlich des SDS war allerdings schon 1967 Jürgen Habermas hervorgetreten, der außerdem das auf die Studenten gemünzte, unselige Schlagwort vom »linken Faschismus« (1998, 254) in die Debatte geworfen und sich dann in mehreren Beiträgen von den studentischen Protesten – teilweise polemisch – abgegrenzt hatte. Habermas (1968) interpretierte die linke Studentenbewegung als sozialpsychologisches Phänomen, als einen Reflex auf das Auseinanderfallen von gesellschaftlichem Reichtum einerseits und rigider, aber »brüchig werdender Leistungsideologie« (9),

6 Kraushaar zitiert hier eine Aktennotiz vom Februar 1969, als deren Autor er Adorno vermutet.

Besitzfetischismus und Statusfixierung im Spätkapitalismus andererseits. Nicht ökonomische Entbehrungen und Zwänge, sondern Ablehnung einer konsumistischen und privatistischen Entpolitisierung sei die eigentliche Ursache der Studentenbewegung, deren provokative Happening-Techniken und Regelverletzungen allerdings in »ritualisierte Formen der Erpressung« (7) umgeschlagen seien. Die Parolen und Ziele der Studenten beruhten aber auf falschen Prämissen, die zu verhängnisvollen politischen Konsequenzen führen müssten.

Die dogmatische Selbstgewissheit der radikalen studentischen Aktivisten habe, so vermutete Habermas, anderen Studenten eine Suggestierung faschistischer Zustände und eine »Taktik der Scheinrevolution« aufgenötigt, die zu gänzlicher Aussichtslosigkeit verurteilt sei. Statt der Aktionen um ihrer selbst willen und statt der jeder Grundlage entbehrenden Beschwörung einer revolutionären Krise, sollte sich die Studentenbewegung auf die Notwendigkeit einer »langfristigen Strategie massenhafter Aufklärung« (14) besinnen. Ohne das werde sie sich isolieren und schließlich in einem geradezu selbstmörderischen Aktionismus enden.

Herbert Marcuse bezog eine konträre Position zu Habermas. Ausgehend von der Vorstellung eines gesellschaftlichen Systems, das sich durch Pseudobefriedigung von Bedürfnissen, konsumistische Integration und »repressive Toleranz« gegen das Aufbrechen innerer Widersprüche wirkungsvoll abgeschottet habe, erwartete er eine systemsprengende Bewegung von sozialen Gruppen, die nicht in die »totalitären Tendenzen der eindimensionalen Gesellschaft« (1967, 267) eingebunden, sondern aus dem integrativen Systemmechanismus ausgeschlossen seien. Als neues revolutionäres Subjekt betrachtete er neben den *drop outs*, Arbeitslosen, ethnischen Minderheiten und Bürgerrechtlern, die er im *Eindimensionalen Menschen* erwähnte, an anderer Stelle auch die das »spätkapitalistische« System ablehnenden Studenten (1998, 454). Obwohl sich die Hoffnung auf die Marginalisierten als neues revolutionäres Subjekt historisch nicht auf überzeugende Fakten stützen konnte, avancierte Marcuses »Randgruppentheorie« zu einer Leitidee der »antiautoritären« Studenten. Dass Marcuse die studentischen Proteste so nachdrücklich begrüßte, hing wesentlich mit seinem amerikanischen Erfahrungshintergrund zusammen. Die Eskalation des Vietnamkrieges, die soziale Fragmentierung, das ungelöste Rassenproblem und die imperialistischen Aktivitäten der USA bildeten ein günstiges Substrat für studentischen Widerstand zu einem Zeitpunkt, als sich in Deutschland an den Universitäten noch wenig regte.

Sowohl von Habermas als auch von Marcuse unterschied sich das, was die Marburger über die studentischen Forderungen und Proteste zu sagen hatten, sehr deutlich. Abendroths Stellungnahme stand im Zeichen der Alternative zwischen »demokratisch-liberaler und revolutionär-sozialistischer Kritik«, wie der Titel seines Beitrags zu dem Sammelband *Die Linke antwortet Habermas* (1968) lautete. Nachdem Abendroth (der Habermas 1961 in Marburg habilitiert hatte, weil Horkheimer nicht bereit war, den ihm als »zu links« Erscheinenden in Frankfurt zu habilitieren) die Invektive des »Linksfaschismus« als spontane verbale Entgleisung zurückgewiesen, aber gleichzeitig in ihrer Tragweite relativiert hatte, unterzog er vor allem die von Habermas gegen die rebellierenden Studenten gerichtete These, dass die marxische Werttheorie obsolet geworden sei und mithin auch die Arbeiterklasse als politisches Subjekt nicht

mehr in Frage komme, einer nachdrücklichen Kritik. Trotz des enormen technischen Fortschritts sei der gesellschaftliche Produktionsapparat nach wie vor das Ergebnis lebendiger Arbeit und damit auch eine Materialisierung des Mehrwerts, den sich das Kapital privat aneigne (134). Obwohl die studentische Glorifizierung der Arbeiterklasse problematisch sei und Habermas den Studenten zu Recht eine »Taktik der Scheinrevolution« vorhalte, weise der Bedarf des Kapitals an wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften auf eine gemeinsame Schnittmenge der Interessen der Studenten und der abhängig Beschäftigten hin. Deshalb greife der Versuch von Habermas, die Studentenbewegung rein sozialpsychologisch zu deuten, zu kurz, und seine »Strategie der massenhaften Aufklärung« bleibe zudem abstrakt, weil sie die materiellen Interessensgegensätze ausblende und sich der Illusion hingebende, den politischen Kampf gegen die Herrschenden auf reine Überzeugungsarbeit reduzieren zu können (141).

Werner Hofmanns Interpretation der Studentenbewegung teilte zwar in einigen Punkten die Aversionen von Habermas gegen die Provokationstechniken und Allmachtsphantasien der »Antiautoritären«, ohne sich dadurch aber in der Anerkennung der Protestursachen beirren zu lassen, die er »im eigentlichen Kernbereich gesellschaftlicher Herrschaft« (1971a, 47), in den Widersprüchen der Produktionsverhältnisse verortete. Da der Universitätskonflikt mithin ein »abgeleiteter Konflikt« sei, empfahl Hofmann den Studenten, sich der Interessenlage der abhängig Arbeitenden anzunähern; denn letztere seien der kollektive Träger der Gesellschaft und deshalb auch das eigentliche Objekt gesellschaftlicher Unterdrückung. Das aber setze voraus, dass sich die Studenten ihrer sozialen Ambivalenz zwischen akademischer Ausbildung und abhängiger Erwerbsarbeit bewusst würden, anstatt sich als revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse zu inszenieren (vgl. 1970).

Welche Schlüsse kann man vergleichend aus den Einschätzungen der Studentenbewegung durch die Frankfurter und die Marburger Schule ziehen? Die Essentials von Habermas und Marcuse waren offensichtlich inkompatibel, wenn sich auch einige ihrer Gedanken, so zum Beispiel die Unwahrscheinlichkeit einer Repolitisierung der Arbeiterklasse, deckten. Habermas ließ sich durch den Aktionismus und den utopischen Überschuss der antiautoritären Ideen so heftig irritieren, dass er die Zusammenhänge zwischen Studentenprotest, kapitalistischer Modernisierungskrise und Entdemokratisierung aus den Augen verlor. Marcuse verabsolutierte vermeintlich noch nicht ideologisch integrierte Minderheiten zu einem von allen Systemzwängen unberührten, reinen Subjekt der Negation von Herrschaft. Dass Unterdrückung, sozialer Ausschluss und Entfremdung gerade im Bewusstsein marginalisierter Schichten häufig besonders tiefe Spuren hinterlassen und sie deshalb keineswegs zu Akteuren systemüberschreitender Veränderungen prädestinieren, wie man in Frankreich anlässlich der Gewaltausbrüche in den Sozialghettos großer Städte kürzlich wieder erfahren musste (vgl. Peter 2006), erkannte er ebensowenig wie die Tatsache, dass die Mehrheit der Studierenden in einem Mittelklassenhabitus befangen war, der sich nicht spontan auflösen ließ.

Zwischen Hofmann und Abendroth gab es dagegen keine wesentliche Differenz, obwohl der Kontrast ihrer habituellen Reaktionen auf die Studentenbewegung nicht zu übersehen war. Beide stimmten darin überein, dass Happenings und Revolutionsromantik nicht das Entscheidende an der Studentenbewegung waren,

sondern dass deren Ursachen in strukturellen Problemen der Anpassung des Hochschulsystems an die modernen Bedarfe kapitalistischer Verwertung sowie einer politisch-moralischen Krise der Bundesrepublik lagen. Beide versuchten, aus der Studentenbewegung eine verallgemeinerbare Perspektive der Demokratisierung abzuleiten, als deren wichtigsten kollektiven Akteur sie die Arbeiterbewegung betrachteten. Diese Auffassung stand in direktem Gegensatz zur Position der Frankfurter. Von diesen hat sich übrigens Adorno nicht ausführlicher zur Studentenbewegung geäußert (vgl. seine mündlichen Beiträge in Kraushaar 1998). Sie schien ihm aufgrund seines kulturellen Habitus und der durch ihn vermittelten Distanz zu den Niederungen konkreter politischer Konflikte eher unheimlich zu sein, als einen relevanten Bezugspunkt gesellschaftskritischen Denkens darzustellen.

#### 4. *Wissenschaftsverständnis*

Das Wissenschaftsverständnis der Frankfurter Schule ist um die »Kritische Theorie« zentriert, die Max Horkheimer mit seinem Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie* (1937) begründet hat und die in der Folge durch die anderen Repräsentanten der Frankfurter Schule in vielfältiger Weise ausgearbeitet wurde. Versucht man die wesentlichen Aspekte dieses Wissenschaftsverständnisses in wenigen Worten zusammenzufassen, so zeigt sich ein durchgängiges Bemühen, diejenigen Denk- und Bewusstseinsformen, in denen sich Gesellschaft reflektiert und ideell reproduziert, auf ihren affirmativen Gehalt hin zu untersuchen. Dabei geht die »Kritische Theorie« davon aus, dass zwischen den emanzipatorischen Möglichkeiten der bürgerlichen Gesellschaft, zumal in ihrer spätkapitalistischen Form, und den faktischen Herrschaftsverhältnissen ein Widerspruch besteht, der sowohl durch die legitimatorische Funktion philosophischer und sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden als auch durch das mit Herrschaft sich identifizierende Massenbewusstsein verschleiert wird.

Die Kritik am traditionellen bürgerlichen Wissenschaftsbegriff idealistischer und positivistischer Provenienz beinhaltete einerseits eine Vorstellung von gesellschaftlicher Totalität, in der das Besondere durch das Allgemeine vermittelt ist, und implizierte andererseits die Anerkennung der materiell-ökonomischen Fundierung aller gesellschaftlicher Prozesse. In dieser Perspektive stellte die »Kritische Theorie« wissenschaftliche Deutungen und Aussagen in Frage, die, in welcher Weise auch immer, den Vergesellschaftungszusammenhang konkreter sozialer Prozesse und Handlungen zugunsten des Vorrangs isolierter Subjekte, einzelner empirischer Tatsachen oder ideeller Konstrukte auflösen wollen. Der Kritik an den vorgefundenen Theorien und Methoden, vermittels derer sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit ihrer realen Widersprüchlichkeit auszusöhnen versucht, korrespondierte eine zunehmend intensivere Auseinandersetzung mit der Frage, warum die Individuen paradoxerweise die sie unterdrückenden Verhältnisse subjektiv verinnerlichen und akzeptieren. In der Bearbeitung dieses Problems sah sich die Frankfurter Schule der Aufgabe verpflichtet, über den ideologischen Schein der Verheißungen von Fortschritt, Glück und Freiheit aufzuklären und ein Bewusstsein davon zu wecken, dass sich hinter diesem Schein eine Totalität von Herrschaft verbirgt.

Dieses Wissenschaftsverständnis hat sowohl auf der Ebene der Theorie- als auch der Methodenkritik bemerkenswerte Leistungen ermöglicht, wie mit zwei Beispielen wenigstens ansatzweise angedeutet werden soll, nämlich mit Marcuses Vortrag über »Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers« (1965) und Adornos Kritik der Methoden der empirischen Sozialforschung (1962/1984). Marcuse arbeitet heraus, dass Weber trotz seiner nüchternen Analyse des Zusammenhangs von kapitalistischer Verwertungslogik und bürokratischer Rationalität der »Gleichsetzung von technischer und bürgerlich kapitalistischer Vernunft« verhaftet blieb (1965, 127). Diese Gleichsetzung hinderte ihn daran, einen Vernunftbegriff jenseits des modernen Kapitalismus und Technik anders denn als kapitalistische zu denken. Eine gesellschaftliche Alternative dazu schloss Weber aus, da er sich Sozialismus nur als zwangsläufige Fortsetzung des vom Kapitalismus hervorgebrachten bürokratischen Apparats vorstellen konnte. Zwar hatte Weber, wie Marcuse erklärt, illusionslos vorausgesehen, dass die Symbiose von Kapitalismus, technischer Rationalität und Bürokratisierung die Menschen wie orientalische Fellachen der Herrschaft des Systems unterwirft, aber einen Ausweg aus dieser verhängnisvollen Entwicklung suchte er nicht in einer möglichen emanzipatorischen Nutzung der Technik, sondern in einer fragwürdigen Hoffnung auf einen charismatischen politischen Erlöser (121f, 129). So treffend Marcuses Weberkritik ist, so schwer lässt sich nachvollziehen, dass er im *Eindimensionalen Menschen* genau das wiederholt, was er Weber zu Recht vorgeworfen hat. Die Faszination durch die von ihm in den USA wahrgenommenen technischen Innovationen war offensichtlich so überwältigend, dass er sich dieser Antinomie seines Denkens nicht mehr bewusst wurde.

Auf methodologischer Ebene ermöglichte die Kritik der Frankfurter Schule an der affirmativen Rationalitäts-, Technik- und Fortschrittsgläubigkeit im Diskurs der Aufklärung und ihrer moderneren Varianten gleichzeitig eine Kritik am positivistischen Methodenverständnis, wie es sich unter dem Einfluss der us-amerikanischen Sozialforschung in Westeuropa nach 1945 etabliert hatte.<sup>7</sup> Adornos Auseinandersetzung mit den Methoden der empirischen Sozialforschung beschränkte sich dabei nicht auf die epistemologische Dimension des Positivismus und »Kritischen Rationalismus«, sondern griff auch in das »Kerngeschäft« der empirischen Sozialforschung ein. Gemeint ist damit zunächst, dass Adorno den seinerzeit vorherrschenden, von instrumenteller Vernunft durchdrungenen Methodenfetischismus in Frage stellte, der die zu beobachtenden sozialen Erscheinungen von ihrer gesellschaftlichen Konstituierung und Vermittlung abspaltet, um sie als quasi-naturwissenschaftliche Objekte zu manipulieren (1962/1984, 209). Erhobene Meinungen und Wertungen von Individuen werden dann nicht als subjektiver Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse interpretiert, sondern unmittelbar für objektiv gehalten. Aber da nach Adornos Auffassung die spontane subjektive Wahrnehmung von Gesellschaft notwendig in deren ideologischem Schein befangen bleibt, kann nicht unmittelbar von Meinungen auf die Verhältnisse geschlossen werden. Diese Erkenntnis Adornos,

---

7 Zum Einfluss der us-amerikanischen Sozialforschung auf die Entwicklung der Sozialwissenschaften in Deutschland nach 1945 vgl. Plé 1990.

welche die Validität empirischer Forschung an die Kohärenz gesellschaftskritischer Theorie bindet, liefert auch für die heutigen Sozialwissenschaften unverzichtbare Orientierungen, sofern Soziologie sich nicht in einer bloßen Reproduktion und Rechtfertigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse erschöpfen will.

Verglichen damit fiel der Ertrag theorie- und methodenbezogener Grundlagenforschung der Marburger Schule bescheidener aus. Abendroth hat sich nur sporadisch zu entsprechenden Problemen geäußert. Eine politikwissenschaftliche Theorie hat er weder in Teilen noch als Ganzes entwickelt. Dennoch war er nicht »theorielos«. <sup>8</sup> Vielmehr basierte sein Denken auf Elementen des Historischen Materialismus, wie ihn Marx und Engels in seinen Grundlagen ausgearbeitet haben. Diese Elemente versuchte Abendroth auf die Analyse konkreter gesellschaftlicher und politischer Prozesse, Institutionen und Bewegungen anzuwenden, ohne dabei der seinerzeit im marxistischen Diskurs weit verbreiteten Neigung zum Dogmatismus und Glauben an sogenannte historische Gesetzmäßigkeiten zu erliegen. Theoretische und methodische Fragen interessierten Abendroth nur hinsichtlich ihres Erklärungswerts für die Analyse realer gesellschaftlicher und politischer Kräfteverhältnisse in der Perspektive des Kampfes um Demokratie und Sozialismus. Ob er sich mit Marx und Engels, Kautsky, Luxemburg, Korsch und Lukács beschäftigte, immer ging es dabei um die Frage, inwieweit deren Überlegungen für das Begreifen der Arbeiterbewegung und der politischen Linken fruchtbar gemacht werden konnten. Diese praktische Akzentuierung lässt sich wissenssoziologisch aus dem langjährigen Engagement Abendroths für die Arbeiterbewegung erklären, in die er gleichsam »hineinsozialisiert« wurde und die er als einzigen kollektiven Akteur für fähig hielt, wissenschaftliche Erkenntnisse in der politischen Praxis mit Aussicht auf Erfolg anzuwenden (vgl. Diers 2006; Abendroth 1976, 247ff). Der enge Bezug wissenschaftlicher Tätigkeit auf die Erfordernisse der Arbeiterbewegung und das Ziel einer sozialistischen Transformation des »Spätkapitalismus« unterschied Abendroth von den Vertretern der Frankfurter Schule.

Was das Wissenschaftsverständnis und die Verarbeitung des Theorie-Praxis-Verhältnisses bei Werner Hofmann betrifft, so lässt es sich gleichsam zwischen Abendroth und der Frankfurter Schule verorten. <sup>9</sup> Mit Abendroth teilte Hofmann den expliziten Praxisbezug sozialwissenschaftlicher Arbeit, und mit den »Frankfurtern« verbanden ihn seine zahlreichen Beiträge zur Theorie- und Methodenkritik der Sozialwissenschaften, namentlich der zeitgenössischen Nationalökonomie. <sup>10</sup> Ihr warf er vor allem den »Verlust des Wissens um die zentrale Bedeutung produktiver, wertschaffender Arbeit«, einen einzelwirtschaftlichen Reduktionismus, die Fixierung auf den Homo oeconomicus sowie eine Enthistorisierung wirtschaftswissenschaftlichen Denkens vor (1971b, 129). Auch bei Heinz Maus, der intensiv mit dem Geist der Frankfurter Schule in Berührung gekommen war, bevor er nach Marburg berufen wurde, stand die immanente fachwissenschaftliche Kritik und die Geschichte soziologischer

8 Das zeigt sein prägnanter Beitrag »Politische Wissenschaft als politische Soziologie« (Abendroth 1972d); ausführlicher dazu Tjaden/Peter 2006.

9 Zum Wissenschaftsverständnis von Werner Hofmann vgl. Boris 1999.

10 Z.B. Hofmann 1961; vgl. mehrere Beiträge zur Kritik der Nationalökonomie in Hofmann 1971 sowie Hecker 1999.

Theoriebildung im Vordergrund. Als guter Kenner der Klassiker der französischen Soziologie versuchte Maus das widersprüchliche theoretische Verhältnis zwischen soziologischem Positivismus (Comte, Durkheim) und gesellschaftskritischer Soziologie zu aktualisieren und Neopositivismus und Neoempirismus als technokratische Herrschaftswissenschaft zu identifizieren (vgl. 1981). Allerdings stand er mit seinen immer seltener werdenden Bemühungen seit Mitte der sechziger Jahre ganz im Schatten von Abendroth und Hofmann, denen er sich aber bei politischen Initiativen wie etwa gegen die »Notstandsgesetze« häufig anschloss.<sup>11</sup>

### 5. Was bleibt und was bleibt zu tun?

Sowohl für die Frankfurter als auch die Marburger Schule stand die Kritik an gesellschaftlicher Herrschaft und Fremdbestimmung im Mittelpunkt, auch wenn die Zugänge zu dieser Kritik auf unterschiedlichen Wegen erfolgten. Von den Frankfurtern kann man heute vor allem lernen, dass die Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Denkweisen, die sich der Legitimierung des Bestehenden verschrieben haben, kein intellektueller Luxus ist, sondern ein konstitutives Element von Gesellschaftskritik; denn die Realität von Herrschaft erschöpft sich ja nicht in ihren ökonomischen und politischen Verhältnissen, sondern manifestiert sich auch in Denkformen, die Herrschaft symbolisch reproduzieren und gegen Kritik abschirmen. Dagegen kann man von den Marburgern lernen, dass es zu den zentralen Aufgaben wissenschaftlicher Gesellschaftskritik gehört, nicht nur nach Ansatzpunkten für praktische Veränderungen zu suchen, sondern auch politisch für ihre Verwirklichung einzutreten. Das schließt Fragen danach ein, wer die kollektiven Akteure solcher Veränderungen sein können, wo die Prioritäten politischen Handelns liegen und welcher Organisations- und Bewegungsformen die Akteure bedürfen, um ihre Ziele zu erreichen.

Beide Schulen teilen aber auch bestimmte Defizite. Zu den Geschlechterverhältnissen als einer zentralen Dimension gesellschaftlicher Herrschaft ist weder den Frankfurtern noch den Marburgern Substanzielles eingefallen. Auch das Mensch-Natur-Verhältnis blieb in beiden Fällen unterbelichtet. Bei den Frankfurtern spiegelt sich in diesem Punkt eine ambivalente Haltung wider, die zwischen einer aufklärerischen Perhorreszierung der Natur und Klagen über ihre Misshandlung hin und her schwankt. Bei den Marburgern dominierte dagegen ein durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beflügelter Produktivkraftoptimismus, dem die enormen Risiken und destruktiven Folgen moderner Energien, chemischer Stoffe, neuer Technologien und Produktionsverfahren weitgehend verborgen blieben. Auch die Prozesse transnationaler Vergesellschaftung und politischer Machtakkumulation bilden einen weißen Flecken in den Untersuchungen und Analysen zumindest der Hauptrepräsentanten beider Schulen, deren Problemhorizont sich nahezu vollständig auf die Verhältnisse, Gegensätze und Diskurse der westlichen Hemisphäre beschränkt. Trotz dieser Defizite und Blindstellen wird wissenschaftliche Gesellschaftskritik

---

11 So war Heinz Maus gemeinsam mit Werner Hofmann Herausgeber eines Sammelbandes über die Notstandsgesetze (1967).

heute ohne die Erkenntnisse und Leistungen beider Schulen nicht auskommen. Damit wissenschaftliche Gesellschaftskritik aber zukünftig überhaupt noch eine Chance hat, in Lehre und Forschung Gehör zu finden und im Diskurs präsent zu sein, bedarf es innerhalb und außerhalb der Universitäten einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse.

### Literatur

- Abendroth, Wolfgang, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M 1965
- ders., »Demokratisch-liberale oder revolutionär-sozialistische Kritik?«, in: *Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth u.a.*, Frankfurt/M 1968, 131-42
- ders., *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*, 2. Aufl., Neuwied-Berlin 1972
- ders., »Die soziale Struktur der Bundesrepublik und ihre politischen Entwicklungstendenzen«, in: ders. 1972, 17-61 (zit. 1972a)
- ders., »Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland«, in: ders. 1972, 429-62 (zit. 1972b)
- ders., »Alternativen der Planung: Planung zur Erhaltung des Spätkapitalismus oder Planung in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft«, in: ders. 1972, 463-93 (zit. 1972c)
- ders., »Politische Wissenschaft als politische Soziologie«, in: ders. 1972, 9-13 (zit. 1972d)
- ders., *Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche*, aufgezeichnet u. hgg. v. Barbara Dietrich u. Joachim Perels, Frankfurt/M 1976
- Abendroth-Gruppe, »Gibt es eine Abendroth-Schule? Frank Deppe zur Emeritierung«, in: *Das Argument* 266, 48. Jg., 2006, H. 3, 355-64
- Adorno, Theodor W., »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag«, in: ders., *Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages. Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?*, hgg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Stuttgart 1969, 354-70
- ders., »Soziologie und empirische Forschung«, in: ders., u. Max Horkheimer, *Sociologica. Reden und Vorträge* (1962), Frankfurt/M 1984, 205-22
- Albrecht, Clemens, u.a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/M-New York 1999
- Boris, Dieter, »Zu Werner Hofmanns Verständnis von Wissenschaft (Thesen)«, in: Claas u.a. 1999, 51-57
- Claas, Herbert, u.a. (Hg.), *Werner Hofmann. Gesellschaftslehre in praktischer Absicht*, Marburg 1999
- Deppe, Frank, »Aktualität des ›organischen Intellektuellen‹ der Arbeiterbewegung«, in: ders., H.-J. Urban u. M. Buckmiller (Hg.), *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth*, Hamburg 2006, 47-66
- Diers, Andreas, *Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth, Leben und Werk 1906-1948*, Hamburg 2006
- Götze, Karl-Heinz, »Erinnerung an Wolfgang Abendroth«, in: *Das Argument* 154, 27. Jg., 1985, 794-96
- Greven, Michael Th., u. Gerd von de Moetter, »Vita Constructa. Ein Versuch, die Wahrnehmung von Heinz Maus mit seinem Werk in Einklang zu bringen«, in: dies. (Hg.), *Heinz Maus. Die Traumhölle des Justemilieu. Erinnerung an die Aufgaben der Kritischen Theorie*, Frankfurt/M 1981, 7-41
- Habermas, Jürgen, »Die Scheinrevolution und ihre Kinder. Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend«, in: *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/M 1968, 5-15
- ders., *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/M 1973



- ders., »Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass Herr Dutschke noch hier ist«. Reaktion auf das Referat Rudi Dutschkes am 9. Juni 1967«, in: Kraushaar 1998, 254f
- Hecker, Wolfgang, »Ideologiekritik, Gesellschaftslehre und Sozialökonomie. Werner Hofmanns »Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft«, in: Claas u.a. 1999, 107-23
- Hofmann, Werner, *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin 1962
- ders., »Zur Soziologie der Studentenrevolte«, in: ders., *Abschied vom Bürgertum. Essays und Reden*, Frankfurt/M 1970, 76-91
- ders., *Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie*, 5. Aufl., Frankfurt/M 1971
- ders., »Das Aufbegehren der Studenten«, in: ders. 1971, 41-48 (zit. 1971a)
- ders., »Das Elend der Nationalökonomie«, in: ders. 1971, 117-40 (zit. 1971b)
- ders., *Industriesoziologie für Arbeiter, Klassenverhältnis und Arbeitsverfassung. Eine Einführung*, hgg. v. Herbert Claas u. Rainer Rilling, Nachwort v. Alfred Oppolzer, Freiburg 1988
- ders., u. Heinz Maus (Hg.), *Notstandsordnung und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Zehn Vorträge*, Reinbek 1967
- Horkheimer, Max, u. Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Amsterdam 1947
- Jay, Martin, *Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923-1950*, Frankfurt/M 1981 (engl. 1973)
- Kammler, Jörg, »Abendroth, Abendroth-Schule und die Marburger »Einführung in die Politische Wissenschaft«, in: F.-M. Balzer, H. M. Bock u. U. Schöler (Hg.), *Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge*, Opladen 2001, 144-56
- Kraushaar, Wolfgang (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946-1995*, Bd. 2: Dokumente, Hamburg 1998
- Marcuse, Herbert, »Industrialisierung und Kapitalismus im Werk Max Webers«, in: ders., *Kultur und Gesellschaft 2*, Frankfurt/M 1965, 107-29
- ders., *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied-Berlin 1967 (engl. 1964)
- ders., »Revolutionäres Subjekt und Autonomie. Vortrag auf der Sommeruniversität Korčula zum Thema »Marx und die Revolution«, 14.-24. August 1968«, in: Kraushaar 1998, 453-55
- Maus, Heinz, »Bemerkungen zu Comte (Für Theodor W. Adorno zum 50. Geburtstag)«, in: Greven/Von de Moetter 1981, 349-66
- Peter, Lothar, »Der Kampf gegen das CPE. Neue Aspekte der Protestbewegung in Frankreich«, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 17. Jg., 2006, Nr. 66, 61-71
- Plé, Bernhard, *Wissenschaft und säkulare Mission. »Amerikanische Sozialwissenschaft« im politischen Sendungsbewusstsein der USA im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990
- Schäfer, Gerhard, »Das Marburger Dreigestirn – Wolfgang Abendroth – Heinz Maus – Werner Hofmann. Zur Vorgeschichte kritischer Gesellschaftswissenschaft in Marburg«, in: St. Moebius u. G. Schäfer (Hg.), *Soziologie als Gesellschaftskritik. Wider den Verlust einer aktuellen Tradition*, Hamburg 2006, 44-70
- Stephan, Cora (Hg.), *Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904-1940*, Berlin-Bonn 1982
- Tjaden, Karl Hermann, *Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur*, Marburg 1990
- ders., u. Lothar Peter, »Wolfgang Abendroth heute – kann man von ihm noch etwas lernen?«, in: *Sozialismus*, 33. Jg., 2006, H. 6, 33-39
- Wiggershaus, Rolf, *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München-Wien 1986

Christina Hee Pedersen

## »Ich hoffe, Sie können einen Witz vertragen« – Humor und Geschlecht in modernen Organisationen

In meinem Forschungsprojekt »Bedeutung von Geschlecht in dänischen Hilfsorganisationen« wurde von den Teilnehmenden die Frage des Humors aufgebracht, dies als etwas, das wichtig für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz und bei Männern und Frauen sehr verschieden sei und wesentlich die Kommunikation in Gruppen bestimme.<sup>1</sup> Witze beinhalten anscheinend bedeutsame Informationen über die Selbst- und Fremdwahrnehmung. In beiden Organisationen gruppieren sich die Teilnehmenden schnell nach Geschlecht. Auch gab es in den Diskussionen über Witze deutlich Unstimmigkeiten zwischen Männern und Frauen. In den Bedeutungen, die dem Geschlecht im Organisationskontext zugeschrieben wurden, war die Vorstellung vom ewigen »natürlichen Funken« zwischen Männern und Frauen dominant, etwas, das als »heteronormativ« bezeichnet werden kann.

Humor ist kein Gegenstand feministischer empirischer Forschung in Dänemark. Nichtfeministische Ansätze halten an einer Vorstellung grundsätzlicher Unterschiedenheit männlichen und weiblichen Humors fest und folgen dabei stereotypen und ahistorischen Geschlechtervorstellungen. So begründet etwa Erik Svendsen (Universität Roskilde) die Aussage, dass Frauen weniger Humor hätten als Männer: »Humor basiert auf dem Verschwinden emotionaler Involviertheit – er ist mit Distanzierung und mit Darstellung verknüpft, was schlecht zu weiblicher Empathie passt. Wenn Frauen einführender als Männer sind, und manches spricht dafür, dann bedeutet dies auch, dass es für sie schwieriger ist zu lachen, weil sie mehr Mitleid mit den Opfern haben als Männer. Das ist die einfache Erklärung [...] Männer sind infantiler. Das macht es ihnen einfacher, witzig zu sein.« (*Dagbladet Information*, 25.3.2003). Michael Eigtved (Department of Creative Arts, Universität Kopenhagen) konstatiert: »Es ist unweiblich, so aus sich herauszugehen wie jemand, der aufsteht und einen Witz erzählt. Das ist sehr männlich.« (*Dagbladet Information*, 20.3.2003).

Dagegen wird in diesem Beitrag davon ausgegangen, dass Humor historisch bestimmt und mit der Produktion von Wissen und Macht in der Gesellschaft verknüpft ist. Er muss als ein »klassisches Mittel gesellschaftlicher Schichtung und Regulierung« (Goldberg 1999, 60) verstanden werden. Parallel zu Studien über die Transformation vergeschlechtlichter Praxen, Symbole und Wahrnehmungen in Skandinavien eignen sich empirische Studien über Humor zur Kritik der Indienstnahme des Geschlechtlichen im Humor, seiner Perspektive und seiner Theorisierung – all dies in gesellschaftlichem Zusammenhang und seinen strukturellen Veränderungen.

1 Sechs Männer und Frauen aus einer NGO und einem Privatunternehmen suchten aus 160 Bildern diejenigen heraus, die für sie ein »Sich-zu-Hause-fühlen« in ihrer Organisation ausdrückten. In der folgenden Diskussion wurde die Wahl so lange begründet, bis schließlich Konsens über sieben Bilder bestand. (Vgl. im Einzelnen Hee Pedersen 2004)

In den Workshops wurde Humor beschrieben als Kommunikationsform, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffe und es lohnend mache, zur Arbeit zu gehen. Gefragt nach den wichtigsten Bedingungen für Erfolg am Arbeitsplatz war »Sinn für Humor« die spontane Antwort in beiden Organisationen. Es herrschte eine stille Übereinkunft, dass Humor für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz unentbehrlich sei.

In der NGO war klar, dass Humor wie ›kultureller Kitt‹ wirkt, der die Organisation zusammenhält<sup>2</sup>. Man war sich einig über seine Wichtigkeit und lebte dies auch im Workshop. Gleichzeitig war spürbar, dass ›Humorkompetenz‹ den Status in der Organisation bestimmt. Viele der witzigen Kommentare wurden genutzt, um Kontakt mit den anderen herzustellen und gleichzeitig, um die Spannung zu Beginn der Bilderdiskussion zu lösen. Humor diente zudem dazu, Wünsche an die Organisation zu äußern; kritische Botschaften an die Führungsebene konnten durch indirekte witzige Bemerkungen übermittelt werden.

In der Welt der Entwicklungs- und Hilfsorganisationen scheint eine humorvolle, ironische Distanz nötig, weil bizarre Situationen immer wieder unvermeidbar sind, die so grotesk und absurd sind, dass man sie nur mit Humor und scherzhafter Distanzierung ertragen kann. In diesem sozialen Feld muss Einverständnis über beträchtliche politische, kulturelle und ökonomische Unterschiede hinweg erreicht werden. Humor kann Konflikte, professionelle und emotionale Brüche dämpfen und die Interaktion erleichtern. Eine der Teilnehmerinnen sagte: »Lachen, auch über Geschlechter und Hautfarbe hinweg, ist unglaublich wichtig.« Eben weil Lachen alle einbezieht, hat es wohl in vielen Situationen eine stabilisierende Wirkung.

Einige der Frauen aus Entwicklungshilfeorganisationen erzählten, wie sie – parallel zum sinkenden professionellen und politischen Ansehen der Gleichstellungsarbeit – in ihren Reaktionen auf sexistische Haltungen, Verhaltensweisen und Witze gleichgültiger geworden seien. Sie wurden es Leid, immer wieder auf ihrer abweichenden Position zu bestehen. In diesen Organisationen, in denen hoch qualifiziertes Personal tätig ist, scheint das Stereotyp von der selbstgerechten und humorlosen Feministin der 1970er Jahre mit lila Windeltuch und rigiden Auffassungen vorzuherrschen, von dem viele sich distanzieren möchten. Dieses Image erwirbt man leicht, wenn man über Witze mit sexistischer Tönung nicht lacht oder nicht wenigstens an der richtigen Stelle lächelt. Dies gilt vor allem für diejenigen, die viele Jahre für Frauen in der Entwicklungshilfe gearbeitet hatten. Sie sagten, dass sie freiwillig in andere Arbeitsbereiche gewechselt oder sich gegen die Identifikation mit ihrem Arbeitsschwerpunkt gewehrt hätten, weil dies ihre Position innerhalb der Organisation negativ bestimmt hatte. Humor wird zu einer komplexen, verhaltensregulierenden Kraft, und die Art und Weise, wie die Arbeitenden ihn aufnehmen, wird ein Schlüssel für mögliche Beziehungen, soziale Konflikte, Machtverhältnisse und individuelle Arbeitszufriedenheit. Wer nicht lacht, wo es erwartet wird, riskiert, sich aus der Gemeinschaft auszuschließen.

---

2 Hier geht es nicht um einen Vergleich von Organisationstypen bezüglich ihres Humors. Eine vergleichende Studie über Humor in Fabrik, Privatunternehmen, halböffentlicher und öffentlicher Organisation legen Marra und Holmes (2002) vor.

In der informellen Kommunikation am Arbeitsplatz bestimmen neue Bilder von Männern und Frauen, die als ›die richtigen‹ angesehen werden, das soziale Klima: die intelligente emanzipierte Frau, die verstanden hat, dass sie sowohl sexy als auch emanzipiert sein kann, und der anerkennende, tolerante Mann, der Ansprüche von Frauen unterstützt, es jedoch durchaus wagt, unanständige, sexistische Witze zu erzählen, oder sich sogar einen Spaß aus dem Spiel mit Grenzziehungen macht.<sup>3</sup> Humor hat offenbar viele Funktionen, verschieden bis zum Gegensatz, je nach sozialer Position und eigener Positionierung in der Organisation. Diese Zweideutigkeit ist immer gegenwärtig, wenn ein Witz erzählt wird. Manchmal kann es gut sein, sich innerlich durch einen Witz von emotional bedrohlichen Aspekten einer Situation zu distanzieren, in anderen kann dies negativ und befremdlich sein – für den, der den Witz erzählt, wie auch für die Zuhörenden.

Die Gruppen waren sich darin einig, dass der Humor von Männern und Frauen unterschiedlich sei und dass dies nicht erstaunlich ist. Sexistische Witze über stereotypische Männer und Frauen sind eine weit verbreitete und akzeptierte Praxis. Humor arbeitet häufig mit vorhandenen Gegensätzen (vgl. dazu Haug/Tiling 2002). Herabsetzender Humor, der durch die doppelte Bedingung von Verkleinerung und Umdeutung seines eigentlichen Gegenstandes von anderen Arten unterschieden werden kann (Wyer/Collins 1992), hängt mit sozialen Spannungen und Konflikten zwischen Gruppen oder Einzelnen, z.B. Männern und Frauen zusammen. Die soziale Beziehung zwischen Männern und Frauen ist besonders komplex, weil die dyadische Abhängigkeit der Männer von Frauen [heterosexuelle Intimität] eine ungewöhnliche Situation produziert, in der Mitglieder der mächtigeren Gruppe von Mitgliedern der untergeordneten Gruppe abhängig sein können (Glick/Fiske 1996, 493). »Es überrascht vielleicht nicht, dass Frauen schon lange Ziel von Männerwitzen sind« (Greenwood/Isbell 2002, 342). Mary Crawford (1995) nimmt ebenfalls an, dass die Verbindung zwischen heterosexuellen Männern und Frauen die Struktur und Praxis sexistischen Humors anregt: »Möglicherweise bedeutet der Humor von Frauen wegen der sozialen Nähe zwischen Frauen und Männern eine stärkere Bedrohung als der Humor anderer untergeordneter Gruppen. Humor kann in normalen sozialen Interaktionen genutzt werden, um Themen einzubringen, die im ernsthaften Modus tabuisiert wären, und sich gleichzeitig vor den ernsthaften Konsequenzen des Tabubruchs zu schützen, was eine einmalige Möglichkeit für Angehörige untergeordneter Gruppen schafft. Vielleicht wird deshalb angenommen, dass Frauen nicht humorvoll sind, weil weiblicher Humor die soziale Ordnung untergräbt, und vielleicht ist diese Gefahr die Quelle der noch stärkeren Überzeugung, Feministinnen hätten keinen (Sinn für) Humor.« (53)

In der dänischen Presse (*Dagbladet Information*, März-April 2003) wurden Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Humor definiert. Interessant ist, dass der hartnäckige und langlebige Mythos vom weiblichen Mangel an Humor

3 In dänischer und schwedischer Werbung finden sich grobe Verhöhnungen und Herabsetzungen sozial benachteiligter, schlecht gebildeter Männer und nutzloser, ›softer‹ Familienväter. Dieser Trend ist neu und noch unerforscht. Sowohl Frauen als auch Kinder lachen über diese Männer (*Søndagsavisen*, 15.6.2003, 4).

und vom Fehlen lustiger Komikerinnen, gerade zu diesem historischen Zeitpunkt thematisiert wurde. Niemals zuvor gab es so viele Frauen in diesem Genre, in Theater, Film, Literatur, Kabarett, Werbung und Unterhaltung. Wir erleben in Dänemark eine Zunahme an Parodien auf traditionelle Geschlechtervorstellungen, die hergebrachte soziale Konstrukte bloßlegen und dekonstruieren, an denen ein großes Publikum Gefallen findet und die kaum Anstoß erregen. Gleichwohl behaupten und reproduzieren (männliche) Komiker und Humorforscher in dieser Debatte die Vorstellung der Humorlosigkeit von Frauen und Komikerinnen, vielleicht als eine letzte Verteidigung des Humors als genuin männliches Terrain. Die Journalistin Marie Louise Kjølbye (2003) greift in ihrer Replik die männliche Position als Definitionsmacht an:

Es scheint wie eine Zwickmühle. Wenn Frauen ›Jungswitze‹ nicht witzig finden, dann liegt es an ihrem fehlenden Sinn für Humor. Wenn Männer ›Mädchenwitze‹ nicht witzig finden, liegt es daran, dass sie es nicht sind. Frauen sind nicht geistreich, und wenn sie es doch sind, dann ändern wir einfach die Definition.

Dies wird vom Geschlechterforscher Kenneth Reiniche unterfüttert, wenn er Humor als »das letzte männliche Bollwerk, das nun belagert wird«, bezeichnet. Wir nehmen dies als Auftrag, Humor als Spieler im historischen Prozess der Veränderung der Geschlechterbeziehungen genauer zu untersuchen und die Verschiebung der Vorstellung vom Geschlecht mit der Frage nach den Machtverhältnissen zu konfrontieren.

Die Stathierarchie in einem bestimmten Kontext bestimmt darüber, über wen gelacht wird. Sie wird durch Witze ›nach unten‹ aufrechterhalten und durch Witze ›nach oben‹ in Frage gestellt. Wer in der Hierarchie niedriger steht, mag dennoch darüber lachen, wenn sie/er sich selbst oder noch niedriger Gestellte in den Witz einbezieht (Ohlsson 1999).

Beim Versuch der Neuorientierung entdecken wir oft, dass eine Verschiebung der Grenzen oder Identitäten nicht notwendig gesellschaftliche Veränderung nach sich zieht. Die herrschende Kultur ›verwischt die Grenzen‹ und eine Verschiebung weiblicher Begrenzungen kann auch nur neue männliche Mutationen hervorbringen, wie z.B. den sensiblen Mann, wobei die alten Machtstrukturen in der neuen männlichen Identität unverändert beibehalten werden. (Goldberg 1999, 155)

### *Geringschätzung des anderen Geschlechts – Humor separat*

Als die Männer und Frauen in den Workshops getrennt arbeiteten, wurden Unterschiede in den Interessen und emotionalen Reaktionen offensichtlich. Der Humor enthält ein klares Konzept des jeweils anderen Geschlechts und dessen vermuteter Schwäche. Er speist sich aus Ärger und Aggression und beide Geschlechter entwickeln ihn in geschlechtshomogenen Gruppen. Emotionalität scheint die Kommunikation in gleichgeschlechtlichen Gruppen anzufachen und frühere Degradierungserfahrungen nähren Verachtung und stimulieren die Entwicklung von Witzen. Die Form ist ironisch, und der Humor bezieht die Körperlichkeit ›der Anderen‹ ein. Aus Sicht der Männer und Frauen stammt die Geringschätzung aus alltäglichen Erfahrungen mit dem jeweils anderen Geschlecht. Man kennt die

kulturell unterstellte Achillesferse, und um diese ›Schwächen‹ herum werden Geschichten als Bloßstellung und Verunglimpfung angeordnet, während das eigene Geschlecht als ›das überlegene‹ konstruiert wird. Männer und Frauen sind sich darüber im Klaren, dass ›die Anderen‹ dasselbe tun. Die Bilder der Verachtung stehen in engem Zusammenhang mit sehr mächtigen Geschlechterstereotypen, gleichzeitig sind sie vom Zeitgeist bestimmt. Während Frauen über ›lächerliches männliches Betragen‹ lachen, konstruieren sie die eigene Identität als ›besser‹ – und umgekehrt. Dieser Humor entwickelt sich in einem bereits existierenden zweipoligen Rahmen. Eine Frau aus der NGO sagt: »Aber wer macht denn Witze? Ich meine, bei uns sind es sehr oft ... die Frauen. Naja, das hängt natürlich davon ab ... über welche Art von Witzen wir reden. [...] aber Frauen machen auch Witze, wenn sie es den Männern zeigen wollen, und zwar um nicht aggressiv oder genervt zu reagieren. Dann wirst du zum Beispiel spöttisch oder sarkastisch oder wie weit du gehen willst, nicht? Das ist sozusagen eine Möglichkeit, eine kleine Verstimmung zur Sprache zu bringen, die vielleicht eigentlich Ausdruck einer größeren ist.«

### *Geschlechtsbezogene Verhandlungen über die Bedeutung von Humor*

In meinen Protokollen erfährt man, mit welchem hohem emotionalen Engagement sich Männer und Frauen in die Debatte darüber begeben, welche Art von Humor die wichtigste im Alltagsleben von Organisationen ist.



Das Bild, das eine dänische Variante von Dick und Doof zeigt, wurde von den Teilnehmenden aus dem Privatunternehmen als Repräsentant zweier unterschiedlicher Qualitäten ausgewählt. Für zwei Männer stellte das Bild »Humor« dar, und für eine Frau stand es für die Fähigkeit, eine Arbeitsanforderung auf Armeslänge zu halten: »die Fähigkeit, nein zu sagen«. Die Frauen hatten Humor ebenfalls als eine Qualität bezeichnet, die für erfolgreiches Arbeiten nützlich sei, aber sie bevorzugten ein

Bild zweier lachender Frauen. Sie verbanden mit Humor wohl die Bedeutung von »sozial« und »guten sozialen Kompetenzen«, während der Humor, auf den sich die Männer bezogen, als »Kneipenhumor« bezeichnet wurde.

Irgendwann schlug Lise vor, ein anderes Bild zu wählen, auf das man sich einigen könnte. Ein Mann wählt eines aus, das einen Komiker in Frauenkleidern zeigt. Dazu entspann sich folgende Diskussion:

Lise: Ehrlich gesagt glaube ich, es ist besser, weil es ein bisschen wie dieser Darsteller-Humor ist und ich denke, das ist eine wirklich wichtige Qualität.

Søren: Dass man nicht, also, nicht wirklich so ist, sondern so zu sein, wenn es nötig ist, also darstellt eben, nicht?

Erik: (ungeduldig) Also, können wir jetzt entscheiden?

Maj: Ich denke, seine Beschränktheit ist, dass es Humor zeigen könnte, aber nicht ...

Kasper: Es ist vielleicht eher gestellt, und ich finde nicht, dass es soziale Nähe, und es kann keinen sozialen Kontakt herstellen.

Søren: Es wirkt etwas beschränkt.

Kasper: Ich finde es krank.

Maj: Es ist eine Art gemeiner Humor, aber nicht in einer sozialen Situation.

Søren: Aber wir versuchen Humor zu illustrieren, der was mit Humor in einer Gemeinschaft zu tun hat, oder?

Erik: Dann lasst uns einfach diese zwei Frauen nehmen. Diese lachenden Frauen.

Zunächst sprach niemand über Geschlechtsbezüge bei der Auswahl. Es ging vor allem darum, ein Bild zu finden, das überhaupt Spaß haben als Humor fasste. Die sich anschließende Diskussion über Unterschiede zwischen männlichem und weiblichem Humor wurde von Eriks Bemerkung über ein Bild mit zwei Biergläsern angestoßen, das zwei andere Männer als Repräsentant sozialer Interaktion gewählt hatten. Er verstand das Bild mit den zwei Biergläsern als Gegenpart zum Bild mit den zwei lachenden Frauen. Diese zwei Bilder veranlassten besonders zwei Männer, mit großem Engagement über die unterschiedlichen Arten zu sprechen, wie Frauen und Männer Spaß haben. Einigkeit herrschte bei den männlichen Teilnehmern, dass weiblicher Humor andere Menschen ausschließe. Die Männer hatten Mühe, anzunehmen, dass das Bild mit den zwei lachenden Frauen für Humor im Allgemeinen gelten und sie als Männer mitrepräsentieren sollte.

Die beinahe natürlich erscheinende Verknüpfung von Bier und Männlichkeit ist eine bekannte Konvention in westlichen Kulturen, faktisch wie symbolisch. Die Verbindung Bier/Humor erzeugte Gelächter – vor allem bei den Männern, aber die Frauen lachten mit. Offenbar waren sich die Teilnehmenden darüber im Klaren, dass sie hier entlang der stereotypen Verbindungslinien (Männer/Bier-Frauen/kein Bier; Männer/lustig-Frauen/langweilig) navigierten.

Es scheint, dass beide Geschlechter wissen, dass über Unterschiedliches gelacht wird, wenn Frauen bzw. Männer Spaß untereinander haben. Einer beschrieb den Humor, den er für wichtig hielt, als »grobem Slapstick-Humor«, und sprach von der Wichtigkeit gemeinsamen Lachens, wenn man sich blamiert hat. Er sagte, dass männlicher Humor vielleicht gröber ist, dies aber nichts ausmache, weil er für alle offen sei. Der Teil des Humors, der sich also von weiblichem Humor unterscheidet,

wurde als »offen« und »heiter« bezeichnet. Weiblicher Humor hingegen sollte aus seiner Sicht in kleinen Gruppen gepflegt werden, denn er sei eher negativ, böseartig und ausschließend.

Kasper: Frauenhumor ist eher so, dass nur ein paar dazugehören. Und dann gibt es die, die nicht dazugehören, über die man lachen kann. Sich drüber lustig machen. Und vielleicht auch ein bisschen drüber herzziehen. Das männliche da, mit dem Bierglas, symbolisiert so, dass jeder kommen kann. Es ist offen. Es ist heiter. Vielleicht nicht ganz so kultiviert (lacht), aber jeder ist willkommen. Ich weiß, dass ich die Dinge jetzt sehr zuspitze.

Erik: Jeder, der Bier mag, ist willkommen.

Die Behauptung, dass Biergläser Offenheit symbolisieren, scheint ein Beleg von Geschlechtsblindheit, bedingt durch eine dominante soziale Position. Als Mann steht man mit Selbstbewusstsein und Selbstverständlichkeit für den Menschen als solchen (Connell 2000). In einer anderen Untersuchung über die Konstitution von Männlichkeit heißt es:

In Organisationen scheinen viele Männer ihre Handlungen nicht als Ausdruck männlicher Macht und Identität zu begreifen. Wo Männer beispielsweise Humor, Necken, Kameradschaft und Kraft sehen, nehmen Frauen oft grobe, typisch männliche Aggression, Wettbewerb, Belästigung, Einschüchterung und Frauenfeindlichkeit wahr. Männer in Organisationen scheinen häufig außerordentlich unwillig oder widerstrebend über Männlichkeit nachzudenken und darüber, wie diese ihre Beziehungen, Gedanken und Handlungen formt. (Collinson/Hearn 1994, 3)

Ein anderes Stereotyp, das in der Diskussion über die wichtigste Art von Humor indirekt angesprochen wurde, ist das der weiblichen Authentizität in sozialen Beziehungen und das von Männern als guten sozialen Darstellern. Eine (Lise) unterscheidet den »Darsteller-Humor« von einem ursprünglicheren und aus ihrer Sicht echteren und meint, dass es tatsächlich der Darsteller-Humor sei, den man im Büro gut gebrauchen könne, der ursprünglichere Humor sei dagegen weniger notwendig. Dies wurde in der Diskussion ignoriert, vielleicht weil die Gruppe ihren Standpunkt als feministische Kritik oder als implizite Kritik am Arbeitsstil von Männern in der Organisation wahrnahm. Darsteller-Humor wird als etwas gesehen, in dem einige Männer besonders gut sind, während Authentizität mit Weiblichkeit und Nähe assoziiert wird.

Auch Maj griff diese Lesart nicht auf und wollte nicht, dass die Gruppe eine so demonstrative Form des Humors wählte. Humor, sagte sie, solle als Teil positiver sozialer Interaktion dargestellt werden, mit einem Bild also, das Menschen zeigte, die zur sozialen Interaktion fähig seien. Sie hielt an authentischen sozialen Beziehungen fest und ließ sich von Lises Einschätzung nicht beeinflussen. Nachdem Lise ihre Stellungnahme abgegeben hatte, distanzieren sich die meisten erkennbar von dem Bild des Komikers in Frauenkleidern. »Es ist krank« und »gemein« und »vielleicht etwas beschränkt«.

An dieser Stelle sollen zwei Bilder diskutiert werden, die in den Workshops besonders kontrovers waren. In beiden geht es um vergeschlechtlichte Wahrnehmungen von Unterschiedlichkeit. Die Debatten darüber, was die Bilder bedeuten, sprechen auch über die Art und Weise, wie im Organisationskontext Geschlechterbedeutungen (re-)produziert werden. Die starke Aussage im oben



wiedergegebenen Bild ist unübersehbar. Und es ist wohl kein Zufall, dass dieses Bild von beiden Gruppen gewählt wurde, obwohl es schwarzweiß und nicht besonders groß ist. Die Figuren sind auf entgegengesetzten Seiten positioniert und verbunden durch die physische Balance/Spannung der Blickrichtung des Großen, die parallel zu seinem Arm und der Kante des Teppichs verläuft. Auf den Kleinen wird herabgeschaut, und er wird von der anderen Hand und Blick zurückgehalten. Gleichzeitig ist sein Körperausdruck der der Standhaftigkeit. Von einem Stärkeren – im Sinne der Ausschließung – zurückgehalten zu werden, damit kann sich jede/r identifizieren, ein Mechanismus, den wir kennen. Obwohl dieses Bild in beiden Workshops von drei Männern als Repräsentant von Humor gewählt wurde, fügten die Gruppen sofort weitere Bedeutungen hinzu, die sich auf formale (Macht-)Hierarchien bezogen. Maj meinte, dass das Bild leicht den Büroleiter illustrieren könne, der einen Kollegen dazu bringen will, einen viermonatigen Einsatz im Sudan anzutreten. Aber der Kollege ist »in der Lage, Grenzen zu setzen« – eine Qualität, die zwei Frauen während der geschlechtsgetrennten Gruppenphase genannt hatten. Dies löste Gelächter aus. Das Witzige an der Situation besteht darin, dass der Büroleiter Teile seiner formellen Macht verliert, wenn der Kollege es schafft, nein zu sagen und ihn fernzuhalten. Wenn der Chef plötzlich zu dieser kleinen, dicken, beharrlichen Figur wird, und der Untergebene erfolgreich nein sagt, könnte man sagen, dass »ein erheiterndes Gefühl der Freiheit von Formalitäten im Allgemeinen« entsteht (Douglas 1991, 296). Eine Situation, die die dominante Machtkonstellation in Frage stellt, wird bereits dadurch etabliert, dass die Fähigkeit assoziiert wird, nein zu sagen und dennoch in der Organisation erfolgreich zu sein. Auf diese Weise wird das Bild, als Witz, zum symbolischen Ausdruck einer solchen sozialen Situation. Ein Bild, das zuvor im Dunkel lag, ist nun aufgedeckt und die Bedeutungen, die sonst zensiert werden, sind freigegeben.

Eine andere Frau aus der NGO war erstaunt, wie schnell sie sich überreden ließ, dass das Bild die wichtigste Art von Humor in ihrer Organisation träge. Am Ende der Diskussion wurde das Bild als Beispiel von »Kneipenhumor« bezeichnet, und sie hatte Schwierigkeiten, sich damit zu identifizieren. Während der Übung wurde ihr das eigene Verhalten in der Interaktion bewusst, und sie betrachtete ihre Reaktionen als Ausdruck dessen, was vielleicht in vergeschlechtlichten Einigungsprozessen geschieht: »Aber ich dachte, dass das jeder meinte [dass das Bild für den richtige Humor stände], und deshalb fühlte ich mich nicht motiviert, dagegen zu sein«. Später, als die Gruppe ihre abschließende Wahl kommentierte, hatte eine andere ebenfalls Mühe, sich mit dem Bild zu identifizieren. Als ich fragte, ob Frauen nicht die gleiche Art von groteskem Humor brauchten wie Männer, um in ihrer Organisation erfolgreich zu sein, wandte sich Ingrid einem anderen im Folgenden diskutierten Bild über gleiche Bezahlung zu als besserem Repräsentanten für den Humor, den Frauen tatsächlich in Organisationen benötigten. Vorher hatte wieder eine andere gesagt, sie müsse wider Willen »zugeben, dass scharfsinniger politischer Humor eine Phantasie ist und nicht das, was man normalerweise in der Organisation antrifft«. Sie versuchte eine Erklärung dafür, warum das Bild über gleiche Bezahlung nicht gewählt wurde,

obwohl alle vier Frauen es wichtig fanden. Ihr zufolge könnte die Ursache darin liegen, dass das Bild zu scharf und zu unangenehm sei und als halb-sexistisch verstanden werden könne.

Es zeigt einen zweigeschlechtlichen Körper. Die Person trägt eine eher altmodische weiße Männerunterhose mit Eingriff und einen roten BH, die Arme sind verschränkt. Unter den insgesamt 160 Bildern ist es eines der wenigen mit Text. Er lautet, »Gleiche Bezahlung kann durch einen geringfügigen Eingriff erreicht werden«, und bezieht sich auf eine aktuelle geschlechterpolitische Situation: eben ungerechte Bezahlung. Sowohl im Text als auch im Bild wird mit Doppeldeutigkeit gespielt: Welcher Körperteil ist es, der entfernt werden muss, um gleiche Bezahlung zu erhalten? Die generelle politische Botschaft des Bildes ist, dass das einzig verbleibende Argument zur Erklärung ungleicher Bezahlung die biologischen Geschlechtsmerkmale von Männern und Frauen sind. Der obere Teil des Bildes könnte eine junge Frau zeigen, die sich hiermit nicht abfindet (verschränkte Arme). Sie trägt einen roten BH, der sowohl Modebewusstheit signalisiert als auch Veränderungswillen<sup>4</sup>. Das Bild enthält eine klare feministische Aussage. Die Frauen in meiner Studie bewerteten das provozierende Statement positiv und verknüpften es mit einer Umgangsweise, die sie sich für ihre Organisation wünschen würden. Ein Mann merkte kurz an, er finde nicht, dass dieses Bild Humor darstelle. Die beiden Männer beteiligten sich nicht an der Diskussion, in der die Frauen das Bild als politisch kraftvoll charakterisierten bzw. als wünschenswerte politische Position, die die Organisation einnehmen könnte. Die Frage gerechter Bezahlung schien als Frauenangelegenheit wahrgenommen zu werden, mit der die Männer nichts zu tun haben wollten.

Für mich sind Bild und Text Ausdruck einer potenziell subversiven politischen Satire. Aber in bestimmten sozialen Situationen wird es schwierig, über die Nichterfüllung sozialer Forderungen gemeinsam Spaß zu haben, wenn er auf Kosten einiger geht. Dann wird ein »Witz für geschmacklos, riskant, zu starken Tobak, unpassend oder irrelevant [ge]halten. Solche Kontrolle wird entweder im Interesse der Hierarchie als solche ausgeübt, oder im Interesse von Werten, die für zu wertvoll oder zu gefährdet gehalten werden, um sie in Frage stellen zu lassen« (Douglas 1991, 297). In unserem Fall spüren beide Geschlechter, dass das Bild ins Mark geht, aber gleichzeitig spricht es zu und in einer Machtkonstellation und einem ungelösten Konflikt in der Gesellschaft allgemein wie in der konkreten Workshop-Situation. Das Bild bezieht sich auf männliche Dominanz und könnte Schuldgefühle bei den Männern auslösen. Ebenso könnte eine Kastrationsdrohung in das Bild hineingelesen werden, die Männer nicht besonders lustig fänden. Dieser Humor geht »auf Kosten anderer«, und zwar anderer, die Teil der Gruppe sind. Douglas macht geltend, dass Humor nicht als solcher wahrgenommen werden kann, wenn er nichts mit gesellschaftlicher Erfahrung zu tun hat, aber in dieser gemischten Gruppe sind verschiedene gesellschaftliche und geschlechtsbezogene Erfahrungen und Interessen im Spiel.

4 Heute benutzen Däninnen BHs anders als die Redstockings (Name der feministischen Bewegung der 1970er in Dänemark). Diese junge Frau würde ihren BH nicht verbrennen, wie ein Rotstrumpf, aber immerhin ist er rot!

Dies mag ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die Männer das Bild ignorierten und auch dass eine Frau es als Bild mit halbsexistischem Unterton charakterisierte und dies als Grund dafür sah, dass es nicht ausgewählt wurde.

Wie schon weiter oben erwähnt, ist es in vielen dänischen Organisationen sehr schwierig, Geschlecht ernsthaft und ausdrücklich anzusprechen. Es befindet sich häufig in einem Feld tabuisierter Gefühle und Zwiespältigkeit für Männer und Frauen, was die Beteiligung an wirklichen Debatten über Geschlechterpolitik beträchtlich erschwert. Offenbar kommt die sehr klare politische Aussage des Bildes mit ihren Bezügen zu Körper und Macht aktuellen Streitfragen zu nahe. Wenn man sich darauf konzentriert, was als legitim und illegitim wahrgenommen wird, sobald beide Geschlechter verbal präsent sind oder Geschlecht gelebt wird, wenn man auf Situationen achtet, in denen Schweigen herrscht, Grenzen gezogen und Sätze unterbrochen werden, und wenn man genau beobachtet, wie verschiedene Themen ins Gespräch gebracht werden, dann kann analysiert werden, wann, durch wen und in welchen Situationen die Arena der Humor-Arbeit abgesteckt wird. Humor verrät eine Menge darüber, wie Geschlecht aufrechterhalten und verändert wird und wie Individuen und Gruppen sich in den instabilen Bedingungen modernen Lebens positionieren. Humor wird immer ein Kommentar zu bestehenden Machtverhältnissen sein. Wenn gelacht wird, wird Macht in Frage gestellt und zugleich reproduziert.

Aus dem Englischen von Ulrike Behrens

### Literatur

- Collinson, David L., u. Jeff Hearn, »Naming Men as Men: Implications for Work, Organization, and Management«, in: *Gender, Work, and Organization*, 1. Jg. 1994, H. 1, 2-22
- Connell, Robert W., *The Men and the Boys*, Cambridge 2000
- Crawford, Mary, »Talking difference. On gender and language«, in: S. Wilkinson (Hg.), *Feminism and discourse: psychological perspectives*, London 1995, 129-69
- Douglas, Mary, »Jokes«, in: Chandra Mukerji u. Michael Schudson (Hg.), *Rethinking popular culture. Contemporary perspectives in Cultural studies*, Berkeley 1991, 291-310
- Glick, Peter, u. Susan T. Fiske, »The Ambivalent Sexism Inventory: Differentiating hostile and benevolent sexism«, in: *Journal of Personality & Social Psychology*, 70. Jg., 1996, H. 3, 491-512
- Goldberg, Brenda, »A genealogy of the ridiculous: From <humours> to <humour>«, in: *Outlines. Critical social Studies*, Virum/DK 1999, 59-71
- Greenwood, Dara, u. Linda M. Isbell, »Ambivalent sexism and the dumb blonde: men's and women's reactions to sexist jokes«, in: *Psychology of women quarterly*, 26. Jg., 2002, 341-50
- Haug, Frigga, u. Nicola Tiling, »Frauenfeindliche Witze«, in: *Das Argument* 208, 37. Jg., 1995, H. 1, 53-66
- Hee Pedersen, Christina, »Billedet som anker. Metodisk inspiration til kvalitativ kommunikationsforskning«, in: *Noricom Information*, 26. Jg., 2004, H. 1
- Kjølbye, Marie Louise, »Pigerøvshumor«, in: *Dagbladet Information*, 28.3.2003
- Marra, Meredith, u. Janet Holmes, *Laughing on the inside: Humour and internal politics of the workplace*, Language in the Workplace Occasional Papers 4, Wellington/NZ 2002
- Ohlsson, Maria, »Skämt, mat och myter – humor i et genus perspective«, in: *Kvinnovetenskapligt tidskrift*, 20. Jg., 1999, H. 2, 31-42
- Wyer, Robert S., u. James E. Collins, »A theory of humor elicitation«, in: *Psychological Review*, 99. Jg., 1992, 663-88

Thomas Wagner

## Zum 100. Geburtstag von Georg Knepler

»Heute sind wir alle hineingezwungen in ein gut organisiertes und bisher erfolgreiches Herrschaftssystem. Wie das im Einzelnen beschaffen ist, ferner wie sich bestimmte herrschaftsfreie Strukturen dennoch erhalten haben, schließlich die Bedingungen, unter denen Herrschaft beseitigt werden kann – das ist der Inhalt meines Buches.« Diese Zeilen aus einem an den Verf. gerichteten Brief Kneplers vom 21. Oktober 1998 dokumentieren den Beschluss des über Neunzigjährigen, noch einmal den Beruf zu wechseln. Nachdem der Nazismus seine vielversprechende erste Karriere als Kapellmeister unterbrochen hatte, wurde aus dem Berufsmusiker zunächst ein Musikwissenschaftler, der auch unter den Fachkollegen im kapitalistischen Ausland wissenschaftliche Anerkennung fand. Als Lehrer war er nach dem Zeugnis eines seiner Schüler »unbequem, streitbar, gelegentlich barsch, aber unfähig zur Lüge, unfähig zur Intrige, unfähig zum ›Stußholz-Raspeln« (Rienäcker 2003, 118). In der ›Wendezeit‹ hoffte Knepler auf einen radikaldemokratischen Räte sozialismus der Runden Tische. Als sich diese Hoffnung zerschlug, fand er einen eigenen Weg, der unvermeidlich scheinenden Resignation zu entgehen. Er begann, als Historiker die Gründe für die Niederlage des Sozialismus zu suchen. Fast immer hätten auch die Sozialisten ihre eigene Situation genauer analysieren und kenntnisreicher heranziehen können, was ihre Zeitgenossen und Vorläufer schon wussten. Statt abstrakt zu überlegen, »wozu eine bestimmte Geschichtsphase jeweils reif gewesen war – oder, in unserer Gegenwart, reif ist«, empfiehlt er konkrete historische Analysen der geschichtlich vorliegenden Handlungschancen.

### *Lehrjahre, Widerstand, Exil*

Georg Knepler wurde am 21. Dezember 1906 als Sohn einer jüdischen Buchhändlerfamilie in Wien geboren. Durch die kunstinteressierten Eltern in seiner musischen Ausbildung gefördert, studierte er in seiner Geburtsstadt Musikwissenschaft, Klavier und Dirigieren. Seit 1929 wirkte er als Kapellmeister an Theatern in Mannheim, Wiesbaden und Wien, wo er 1932 mit einer Arbeit über Johannes Brahms promovierte. Karl Kraus, der zu dieser Zeit auch mit populären Lesungen von Offenbach-Operetten unterwegs war, machte den jungen Mann zu einem seiner ständigen Klavierbegleiter. In seinem Buch *Karl Kraus liest Offenbach* (1984) hat Knepler dieser wenig bekannten Seite des Wiener Satirikers eine überaus lesenswerte Dokumentation gewidmet. Bevor ihn der Nazismus ins Exil zwang, arbeitete Knepler als Musiker in Berlin mit Bertolt Brecht und Hanns Eisler zusammen und gestaltete mit Helene Weigel proletarische Liederabende. Als Mitglied der KPÖ kam er 1934 zurück nach Wien, wurde vorübergehend inhaftiert und emigrierte noch im

gleichen Jahr nach England, wo er bis Kriegsende blieb und für die österreichischen Exilanten im *Austrian Center* Veranstaltungen organisierte und das hauseigene Kabarett leitete. Nachdem er 1946 nach Österreich zurückgekehrt war, übersetzte er ein Buch des Archäologen Gordon Childe, *Triebkräfte des Geschehens* (1949), und schrieb das einleitende Vorwort. Auf die hier angesprochenen Fragen der Frühgeschichte, der Entwicklung der menschlichen Zivilisation und der Theorie des Historischen Materialismus kam er dann in seinem letzten Projekt wieder zurück.

1949 siedelte Knepler in die DDR über, um dort die *Deutsche Hochschule für Musik* zu gründen. Als ihr erster Leiter war er zunächst Parteigänger der stalinistischen Kulturpolitik. Hatte er noch im Londoner Exil selbst zeitgenössische Musik der Schönberg-Schule aufgeführt und Freude am Jazz gehabt, folgte er nun der Ästhetik A.A. Shdanows und forderte in seinen Vorlesungen und Publikationen »volksverbundene«, massentaugliche Kompositionen. Eine amerikanische Bebop-Aufnahme interpretierte er 1951 (25) in einem Diskussionsbeitrag auf der Gründungskonferenz des Verbandes der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als imperialistischen »Versuch, den Krieg in die Hirne der Menschen einzuschmuggeln«.

### *Offener Marxismus*

Erst Jahre nach der Enthüllung von Stalins Verbrechen auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahr 1956 begann Knepler nach eigenen Aussagen, die stalinistische Kulturpolitik zu verwerfen. Was Kommunisten wie er damals aufzubauen versuchten, »trug selbstgezeugte Todeskeime in sich«, resümierte er 1991 (7). Im Interview mit Thomas Grimm bezeichnete er es als eine seiner »schlimmsten Missetaten«, sich 1951 für das Verbot von Dessaus Opernfassung des brechtschen Libretto *Verhör des Lukullus* eingesetzt zu haben, ein Irrtum, den er erst Anfang der sechziger Jahre öffentlich eingestand (zit.n. Grimm 1993, 219).

Der Musikwissenschaftler lernte aus seinen Irrtümern und erarbeitete sich selbstkritisch eine offene marxistische Haltung. Seine *Geschichte als Weg zum Musikverständnis* (1977), die nach seiner Tätigkeit als Direktor des musikwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität (1959-1970) erschien, verband die fortgeschrittensten Theorien aus Ost und West. Am Beispiel der Herausbildung von Komposition und Oper sowie in der Diskussion von Periodisierungsfragen wandte er sich gegen die im Marxismus-Leninismus vorherrschenden Tendenzen eines ökonomistischen Reduktionismus, indem er ästhetisches Handeln nicht mehr als ein von der gesellschaftlichen Basis abzuleitendes Überbaumoment behandelte. Man dürfe »nicht außer acht lassen, was die arbeitenden Menschen jeweils denken, wie gebildet sie sind, wie weit sie Natur und Gesellschaft durchschauen, wie sie mit der emotionalen Aneignung ihrer natürlichen und künstlichen Umwelt zurechtkommen, wie weit sie den Verhältnissen, unter denen sie leben, vorausdenken, welche Gedanken – und welche Illusionen – sie sich über die Zukunft machen, welcher Denk- und Erlebnisformen sie sich dabei bedienen.« (1982, 348) Dabei sei die Kunst in allen Entwicklungsstadien der menschlichen Gesellschaft

»ein wesentliches Mittel menschlicher Selbsterkenntnis und Selbstgestaltung, und in allen Entwicklungsstadien der Kunst ist sie, obwohl sie Spaß machen kann, auch Arbeit« (349).

All das war nur möglich durch das hohe Niveau des fächerübergreifenden Austauschs, das Knepler seit 1962 als Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR vorfand. Einige seiner Bücher waren internationale Erfolge und erlebten noch nach 1989 mehrere Auflagen. 2004 erschien seine *Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts* (1961) in chinesischer Sprache. Die Art und Weise, in der er in seinem 1991 zuerst erschienenen Buch *Wolfgang Amadé Mozart* (2006) die facettenreiche und sinnliche Welthaltigkeit, den Realismus, als Wesenszug der Musik Mozarts herausarbeitete, wurde von Mozartliebhabern unterschiedlichster Provenienz gelobt. Die *FAZ* besprach das Buch als »ein hinreißend geschriebenes, ja das einzig wirklich aufregende Mozart-Buch des Jahres« (vgl. Huth 2004, XIII). Ekkehart Krippendorff schätzte an »dem gedankenreichsten und aufregendsten Mozart-Buch der letzten Jahre« (1999, 430), wie Knepler im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit der Mozart-Literatur die ethisch-politische Haltung des Musikers herausarbeitete. Dieses Werk kann als Abschluss eines lange Jahre produktiven Lebens als Musikwissenschaftler angesehen werden. Zwar schrieb Knepler noch einige musikhistorische Artikel, erarbeitete zusammen mit Manfred Werner einen in Modellprojekten praktisch erprobten Rahmenplan für ein erst zu schaffendes Fach ästhetische Erziehung an allgemeinbildenden Schulen<sup>1</sup> und förderte mit Kräften als Ratgeber und großzügiger Förderer das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* (HKWM). Doch schon seine Studien über die Grundlagen ästhetischen Verhaltens in der Urgesellschaft enthielten den Keim zu dem Projekt, die menschliche Gattungsgeschichte unterm Gesichtswinkel Macht ohne Herrschaft zu bearbeiten.

### *Macht ohne Herrschaft*

Ursprünglich hatte Knepler ein Buch über *Die Anfänge der Musik* schreiben wollen. Doch traten mit dem Scheitern des Staatssozialismus Überlegungen in den Vordergrund, welche Möglichkeiten die neue Weltsituation für die Überwindung von Kapitalismus, Herrschaft und Krieg noch bot. Das im Jahr 2004 unter dem Titel *Macht ohne Herrschaft* postum im Kai Homilius Verlag veröffentlichte Buch wurde von Stefan Huth aus drei fertiggestellten Kapiteln, Aufsätzen, Kapitelentwürfen und Gedankenskizzen zusammengestellt. In Frontstellung gegen deterministische Positionen hebt Knepler die zivilisatorischen Errungenschaften vorstaatlicher Gesellschaften hervor (vgl. Wagner 2007) und betont die Urteils- und Entscheidungsfähigkeit kooperierender Individuen. Aus radikaldemokratischer Perspektive kritisiert er Marxens rigorosen Kampf gegen Lassalleaner, Anarchisten und Blanquisten als phasenweise kontraproduktiv. Heute gehe ein Veränderungspotenzial nicht von einer

---

1 Vorangegangen war die praktische Erprobung in einem Kindergarten und in einer Grundschule. Ich danke Stefan Huth, der mir ein Duplikat dieses Entwurfs aus dem Jahr 1992 überließ.

Partei aus, sondern »von den Befreiungsbewegungen selbst« (Knepler 2004, 50). Bei all dem hat Knepler die Abschaffung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln in der DDR stets als notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung der Möglichkeit einer humanen Gesellschaft verteidigt. Bereits im Mozartbuch bestand er auf der – »durch den real existierenden Sozialismus verspielten – Möglichkeit einer vernünftigeren, »aufgeklärten« Gesellschaftsordnung« (Knepler 1991, 413). Trotz des Siegeszugs des Kapitalismus befinden wir uns noch immer »mitten in jenen Prozessen, die mit der Aufklärung eingeleitet wurden, und ihr Ausgang liegt immer noch in der Hand der Menschen« (418).

### Literatur

- »Georg Knepler« (Interview), in: Grimm, Thomas, *Was von den Träumen blieb. Eine Bilanz der sozialistischen Utopie*, Berlin 1993, 211-24
- Huth, Stefan, »Universalgeschichte als Herrschaftskritik«, in: Knepler 2004, IX-XXIII
- Knepler, Georg, »Musik, ein Instrument der Kriegsvorbereitung«, in: *Musik und Gesellschaft*, H. 2/1951
- ders., *Geschichte als Weg zum Musikverständnis*, Leipzig 1982
- ders., »Beiträge zur Bilanz«, in: *Beiträge zur Musikwissenschaft*, 1991, H. 1, 5-12
- ders., *Wolfgang Amadé Mozart. Annäherungen*, Berlin 1991
- ders., *Macht ohne Herrschaft. Die Realisierung einer Möglichkeit*, Berlin 2004
- Krippendorff, Ekkehart, *Die Kunst, nicht regiert zu werden. Ethische Politik von Sokrates bis Mozart*, Frankfurt/M 1999
- Rienäcker, Gerd, *Zum Tode von Georg Knepler*, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., 2003, H. 1, 116-18
- Wagner, Thomas, »Realität der Vergangenheit, Möglichkeit der Zukunft. Georg Knepler (1906-2003) und die herrschaftslose Gesellschaft«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 69, 18. Jg., März 2007, H. 1



### *Eine Dialektik des 21. Jahrhunderts*

Fred Jameson liefert eine Neueinschätzung von Brechts Werk im Blick auf die postmoderne Ära. Untersucht wird die einzigartige Überschneidung von Theorie, Fabel und Stil, aus der die Gestalt einer spezifischen Dialektik des 21. Jahrhunderts aufzutauchen vermag.

Fredric Jameson

**Lust und Schrecken der unaufhörlichen Verwandlung aller Dinge: Brecht und die Zukunft**

13,00 € (inkl. Porto & Versand) · ISBN 978-3-88619-318-9

Erhältlich nur noch beim Argument Verlag:  
Glashüttenstr. 28 · 20357 Hamburg · Fax: 040 / 40 18 00 20 · verlag@argument.de

Rolf Geffken und Helmut Peters

## Kontroverse über Chinas Rechtssystem

### Rechtskritik ohne Recht. Eine Antikritik<sup>1</sup> (Rolf Geffken)

Zunächst ist es zu begrüßen, wenn sich auch Nichtjuristen mit Rechtsfragen befassen. Allerdings unterliegt Peters in seiner Kritik weitgehend dem, was Friedrich Engels die »juristische Illusion« genannt hat: Der Vorstellung nämlich, dass das, was Recht sei, auch als Recht in der sozialen Wirklichkeit existiere, also dass das Recht gewissermaßen seinen Vollzug in sich trage. Gerade der mangelhafte Gesetzesvollzug ist heute in China eines der typischen Phänomene der gegenwärtigen Entwicklung der chinesischen Gesellschaft. Recht ist in China (bis auf Teile des Strafrechts) überwiegend »Programm«, Papier, Anspruch, vielleicht auch »Argument«, aber eben nicht soziale Wirklichkeit. Dabei gibt es – wie der Verfasser herausgearbeitet hat – graduelle Unterschiede, abhängig von der Frage, welchen konkreten materiellen Interessen die jeweilige Regelung dient.

Angeblich soll der Verfasser »nicht berücksichtigt« haben, dass Rechtsfragen Machtfragen seien. Umgekehrt: Peters missachtet in seiner Kritik genau diese grundlegende Erkenntnis. Der Grad der Umsetzung des Rechts ist in der Tat eine Frage konkreter gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Ist das Recht in weiten Bereichen gar nicht oder nur marginal umgesetzt, so kann es nicht auf die Frage ankommen, was sich angeblich oder tatsächlich auf dem Papier alles »verbessert« hat, sondern darauf, was, wo, konkret und wie umgesetzt wurde und was nicht und: warum nicht. Wird jedoch bereits auf der Ebene der Erscheinungen das Recht in seiner konkreten Existenz nicht wahrgenommen, so treten notwendigerweise auch an die Stelle der notwendigen Analyse dieses Rechts bloße Wunschvorstellungen. Dabei geht die Frage nach dem alltäglichen Recht verloren: Wie kommt man in China zu »seinem« Recht? Eine Frage, die sich für Peters nicht stellt. Stattdessen kompiliert er die Zahl von Gesetzgebungsvorhaben und Gesetzgebungsprojekten, von politischen Ansprüchen und Programmen und am Ende sogar vor Besorgnissen und Bedenken einiger Mitglieder der Partei- und Staatsführung. Spätestens hier hat seine Kritik ihr Thema verfehlt: Kein Wort von der alles beherrschenden grassierenden Korruption in der Justiz. Kein Wort über das Verhältnis von Zentrale und Region, dem wesentlichen Aspekt des rechtlichen Umsetzungsproblems. Wesentlich sind nicht die allseits bekannten akademisch dominierten Diskussionszirkel der sog. Think-Tanks und Beratergremien auf zentraler Ebene. Welcher der von Peters angeführten Fraktionen mag wohl der gefeuerte Shanghaier KP-Chef Chen Liangyu angehört haben? Ist dies angesichts der Veruntreuung der umgerechnet 1,2 Mrd. US-\$ (v.a. aus den Fonds der Sozialversicherung) wirklich relevant? Immerhin mag von Interesse sein, dass es

1 Replik auf: Helmut Peters, »Anmerkungen zum Beitrag von Rolf Geffken ›Transformation und Recht in China« in: *Das Argument* 268/2006, 89ff.



sich um einen Protégé von Jiang Tsemin handelte. Mittlerweile über 84000 offene Konflikte (nach offizieller Lesart sogar »Aufstände«), darunter nicht mitgezählt solche Aktionen, zu denen weniger als 300 Personen gehörten, zählt die amtliche Statistik, jährlich um etwa 10000 steigend. Diese Konflikte hängen mit dem mangelhaften Vollzug des Rechts unmittelbar zusammen. Angesichts dieses Umstands verblasst die von Peters reklamierte »Anerziehung von Rechtsbewusstsein« zur reinen Phrase. Jenen Arbeitern und Bauern, die in solchen Aktionen nur ihr Recht nehmen wollten, ohne damit ihr Recht zu bekommen, muss eine solche Kategorie wie Hohn klingen. Diesen Menschen fehlt es eben nicht an Rechtsbewusstsein. Vielmehr spüren sie sehr real, dass das Recht nicht vollzogen ist. Was aber geschieht, wenn Recht in einem Staat nicht vollzogen ist? Die Betroffenen *nehmen* sich das Recht. Die Annahme, Chinesen seien konfliktscheu und würden den Rechtsweg gerne meiden, ist eine jener eurozentristischen Fabeln, die gerne von denen kolportiert werden, deren Interessen von einer effektiven Rechtswahrnehmung betroffen wären.

Peters übersieht konsequent, dass Recht immer *praktisches Recht* ist, oder um es mit Wilhelm Raimund Beyer zu sagen: »Man muss die Praxis praktisch üben, nur das ist ihr innerer Gewinn«. Die »Kategorisierungen«, die Peters vermisst, sind im Ergebnis lediglich der Versuch, die gegenwärtige chinesische Entwicklung in ein Begriffskorsett zu passen, das uns zwar vertraut ist, aber mit der chinesischen Wirklichkeit nichts zu tun hat. Auch Peters sollte es nicht um Begriffe, sondern zunächst nur um *Wahrnehmung* gehen: Vielleicht würde sich dann zeigen, dass eben jene Begriffe nur geeignet sind, an der chinesischen Wirklichkeit zu scheitern. Geht man vor wie Peters, wird nicht nur die Erscheinungsebene verlassen, sondern auch der Schritt zur Analyse selbst verunmöglich: Am Ende werden Phänomene schlicht falsch beschrieben. Deutlich wird dies an der Behauptung, die mit der »Reform und Öffnung« verbundenen Veränderungen im Arbeitsrecht seien »zweifellos als Fortschritt gegenüber den Rechtsverhältnissen vor dieser Zeit zu werten«. Dabei geht es nicht darum, ob der vorherige Zustand »maoistische Verhältnisse« widerspiegelte. Entscheidend ist, dass das (noch) geltende chinesische Arbeitsrecht die totale Flexibilität beinhaltet, das befristete Arbeitsverhältnis als Regularbeitsverhältnis ohne bislang effektiven Kündigungsschutz. Ein Traum für Neoliberale! Das ist gesetzliche Norm *und* soziale Realität. Insoweit ist das Recht tatsächlich »vollzogen«. Doch auch die geplante Novellierung des Arbeitsrechts wird bei Peters falsch dargestellt: Es geht nicht um den »Entwurf des neuen Arbeitsvertrages«. Vielmehr geht es um den Entwurf eines neuen Arbeitsvertragsgesetzes. Dieser Begriffsunterschied zeigt, dass Peters nicht bekannt ist, dass in China keine Standardverträge mehr existieren, sondern zahllose unterschiedliche vertragliche Varianten und zwar auf der Grundlage dessen, was das deutsche BGB »Vertragsfreiheit« nennt. Auch die Debatten um den neuen Arbeitsvertragsgesetzesentwurf und die massive Einflussnahme ausländischer Lobbyisten auf den Gesetzgebungsprozess zeigen, dass dieses Gesetz »die akuten Probleme der Werktätigen« eben *nicht* lösen wird und solche Zustände eben *nicht* »künftig ausgeschlossen« werden.

Ärgerlich ist der Hinweis auf das »Gesetz über die Bodenreform«. Soweit Peters damit deutlich machen will, dass es nach wie vor keinen privaten Besitz an Grund und Boden gibt, hätte er wenigstens den Versuch machen sollen, auf die Analyse des

Verfassers einzugehen, wonach es gerade in diesem Bereich zu einem katastrophalen Funktionswandel der Norm gekommen ist: Diese Rechtsform erlaubt nämlich unter den gegenwärtig herrschenden Produktions- und Machtverhältnissen entschädigungslose »Enteignungen« zulasten von Grundbesitzern und Kleinbauern in einem Ausmaß, das alle bisherigen Dimensionen sprengt.

Bei seinen Kategorisierungen bleibt Peters selbst inkonsequent. Während er einerseits meint, es sei »unerheblich, was die KP-Chinas über den Charakter des bisherigen Transformationsprozesses aussagt«, beschwört er andererseits die »Auseinandersetzungen innerhalb der Führung bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer neuen Gesellschaftsstrategie«. Während er im Strafrecht den »Zusammenhang mit den konkreten Entwicklungen [...] der chinesischen Gesellschaft« einfordert, führt er allen Ernstes als Argument zur Todesstrafe »die übergroße Mehrheit des chinesischen Volkes« an. Dieser Hinweis ist nicht etwa nur vor menschenrechtlichem Hintergrund peinlich, sondern vor dem Hintergrund der chinesischen Entwicklung selbst, da die Verschärfung des Strafrechts kein Relikt der maoistischen Ära war, sondern eine von Deng Xiaoping bewusst und gezielt geschaffene Begleiterscheinung zur Modernisierung selbst. Eben deshalb ist es Unsinn, dass eine angeblich beabsichtigte (von wem) Abschaffung der Todesstrafe am Widerspruch des chinesischen Volkes gescheitert sei. Im Übrigen geht es der diesbezüglichen Rechtskritik an China nicht in erster Linie um die Todesstrafe selbst, sondern um ihre massenhafte Verbreitung, ja Alltäglichkeit.

Abschließend lade ich zur Lektüre folgender Arbeiten ein, die das durch die Debatte geweckte Interesse am chinesischen Recht befriedigen helfen: R. Geffken, *Der Preis des Wachstums*, Hamburg 2005; Geffken/Ting/Ngo, *Das Recht der Arbeit in Deutschland und China* – Ergebnisse und Protokoll der 1. Deutsch-Chinesischen Konferenz zum Arbeitsrecht in Guangzhou 2004, Hamburg 2005; Geffken/Bornemann, *Der lange Weg Chinas zum Recht* – Denkschrift zum fünfjährigen Bestehen des Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialogs, Hamburg 2005. Nicht befriedigt wird durch diese Lektüre jedoch das Bedürfnis nach abschließender Kategorisierung. Hier bleiben Fragen offen. Der Verfasser bekennt sich zur unbedingten Bereitschaft, die soziale Realität wahrzunehmen, anstatt eine nur begrenzt wahrgenommene Realität in die eigene Begriffswelt einzupassen. Den der Realität aufoktroierten Begriffen geht es wie der »Idee«, von der der junge Marx sagt, sie »blamierte sich immer, soweit sie von dem ›Interesse‹ unterschieden war« (MEW 2, 85).

### **Zur Gegenkritik von Rolf Geffken (Helmut Peters)**

Zum Ton der Gegenkritik nur so viel: Bei aller Schärfe der Kritik muss sie sachlich bleiben, wenn sie für beide Seiten Fortschritte in der Erkenntnis und in der Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen ermöglichen soll. Geffkens Hauptaussage lautet: Der Kritiker hänge der Illusion an, dass in der VR China verfasstes Recht auch gesellschaftlich praktiziertes Recht ist. Diese Problematik zu behandeln, war nicht mein Hauptanliegen. An den Stellen meiner Ausführungen, an denen sie notwendigerweise mit einzubeziehen war, kommt jedoch unmissverständlich zum Ausdruck, dass in der VR China (vielfach) ein unübersehbarer Widerspruch

zwischen Gesetzgebung und Gesetzespraxis besteht. In diesem Zusammenhang habe ich auch auf einige, mir wesentlich erscheinende Ursachen für diesen Widerspruch hingewiesen. Meine kritische Position in diesen und anderen Fragen zur chinesischen Entwicklung kennzeichnet alle meine Veröffentlichungen der letzten Jahre. Es scheint, dass Geffken mit dieser Unterstellung eine sachliche Diskussion von mir aufgeworfener Aspekte vermeiden will (siehe z.B. Punkt 1-3 meiner Kritik).

In der Gegenkritik wird meine Auffassung, die mit der Reform und Öffnung verbundenen Veränderungen im Arbeitsrecht seien »zweifelloos als Fortschritt gegenüber den Rechtsverhältnissen vor dieser Zeit zu werten«, als »schlicht falsch« gekennzeichnet. Vielmehr beinhalte das »(noch) geltende chinesische Arbeitsrecht« »die totale Flexibilität« – ein »Traum für Neoliberale«. Geffken dürfte als Spezialist für chinesisches Arbeitsrecht die beiden grundlegenden Gesetze auf diesem Gebiet, das Arbeitsgesetz und das Gewerkschaftsgesetz, mehr als einmal in der Hand gehabt haben. Deshalb kann ihm eigentlich nicht entgangen sein, dass sie in ihrer Diktion und ihren gesetzlichen Festlegungen alles andere als eine Grundlage für »eine totale Flexibilität« und für die Verwirklichung »neoliberaler Träume« sind. Das »Arbeitsgesetz« von 1995 und darauf fußende weitere Gesetze enthalten z.B. klare Bestimmungen über die Arbeitszeit, Zusatzschichten, Mindestlohn, Sozialversicherung, Zahlung von Arbeitslosengeld durch die Unternehmen bei Kündigung, Schutz der Rechte der Frauen, Verbot der Kinderarbeit, Schutz der Rechte von Behinderten, Festlegungen über Sicherheit und sanitäre Einrichtungen in den Unternehmen usw. M.a.W.: Die bisher geltenden Arbeitsgesetze waren alles andere als eine gesetzliche Grundlage für die Profitinteressen der Neoliberalen. Das Problem besteht darin, dass sie nicht eingehalten wurden und die Regierungen keine effektive Kontrolle über die Einhaltung dieser Gesetze und Verordnungen ausübten. Die grobe und offiziell faktisch sogar zugelassene Verletzung dieser Gesetze begünstigte die Ausbreitung eines »Manchesterkapitalismus chinesischer Prägung« in vielen Bereichen der Volkswirtschaft.

Eine ganz andere Frage ist, dass diese Gesetze heute teilweise überholt und unzureichend sind. Darüber wird in China seit über einem Jahr diskutiert und gestritten. Entgangen scheint Geffken bisher nach wie vor zu sein, dass in den letzten Jahren auf dem Hintergrund der jahrelangen Vernachlässigung des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit und der legitimen Interessen auch der Arbeiter die chinesische Führung begonnen hat, Gewicht auf die Einhaltung und Weiterentwicklung der arbeitsrechtlichen Gesetze zu legen. In Vorbereitung des Gesetzes für den Arbeitsvertrag (so in der Tat die exakte Formulierung) gibt es eine Kontroverse. Der Hauptakzent liegt auf der Sicherung der (derzeit) legitimen Rechte der Arbeiter bei gleichzeitiger Berücksichtigung der (derzeit) legitimen Rechte und Interessen der Kapitaleseite. Ein anderes Beispiel, auf das in diesem Kontext verwiesen werden kann, ist die am 1. Juli 2006 eingeleitete Lohnreform, die mit Lohnerhöhungen auf die Vereinheitlichung der Löhne im Sinne einer Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit gerichtet ist. Auch hier steht natürlich wiederum die Frage, wie diese zentralen Festlegungen in der gesellschaftlichen Praxis tatsächlich umgesetzt werden können.

## Besprechungen

### Philosophie

**Hayoun, Maurice-Ruben**, *Geschichte der jüdischen Philosophie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004 (296 S., geb., 54 €)

Laut Klappentext handelt es sich um den seit 1933 »ersten ernsthaften Versuch einer Gesamtdarstellung jüdischer Philosophie im deutschen Sprachraum«. Offenbar zählen Publikationen in der DDR nicht dazu, denn sie sind in der rd. 350 Annotationen umfassenden Bibliographie ausgespart. Folglich unterliegt dem Verdikt auch die gleichnamige Monographie von Heinrich und Marie Simon (Berlin 1984), die ausführlich auf das methodisch und begrifflich zentrale Problem einer solchen Geschichte eingeht, nämlich dass zunächst »sowohl Philosophie als auch das Jüdische definiert werden müssen«, bevor die »Besonderheit der Koinzidenz beider hergestellt werden« kann (10). Auch der Verf. stellt fest, »der Begriff jüdische Philosophie oder sogar Religionsphilosophie ist weder klar noch eindeutig«, daher werde er sich mit der jüdischen Religionsphilosophie als dem »eigentlichen Thema« beschäftigen (9). Wodurch sich diese auszeichnet, bleibt offen. Der nächste Satz führt ins nächste Problem: »Jüdische Philosophen oder philosophierende Juden?« (10) Statt das zu diskutieren, skizziert Verf. die Übersetzungstätigkeit aus dem Arabischen ins Hebräische seit dem 9. Jh. (ebd.).

Damit sind drei zentrale Stichworte für die Konzeption einer Geschichte der jüdischen Philosophie gegeben, ohne dass auch nur eins von ihnen abgehandelt wird. Es bleibt bei der Feststellung, dass die Zuordnung einzelner Denker, bspw. Spinozas (56) oder Emmanuel Lévinas' (274), zur jüdischen Philosophie problematisch sei. Die Aussage, dass Maimonides den Versuch unternommen habe, »Philosophie und Religion unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen« (11), wird durch die Darstellung seiner Aneignung der aristotelischen Philosophie belegt, doch auch hier verzichtet der Verf. auf verallgemeinernde Schlüsse hinsichtlich der Spezifik jüdischer Philosophie. Auch der Erwartungen weckende Exkurs »Wie lässt sich eine Gesamtdarstellung der jüdischen Philosophie heute schreiben?« (23-29) enthält weder eine Ein- und Abgrenzung des Gegenstandes noch eine Begründung der Methode und Darstellungsweise; stattdessen ist »das bisher Geleistete« (23) von Leopold Zunz (1845) bis zu Hayouns eigenen Publikationen referiert.

Nach Simon und Simon besteht die Eigenart der jüdischen Philosophie darin, dass die Religionslehre auch dann ihre Basis bildet, wenn sie sich mit Logik, Erkenntnistheorie oder Ontologie befasst. Deshalb sei es zutreffender, sie statt als Religionsphilosophie als eine »an Religion gebundene Philosophie« (18) zu bestimmen. Ihre Engführung auf religionsphilosophische Probleme ist die Folge der Verbürgerlichung, die die Religion zur Privatsache machte, während sich zugleich das philosophische Denken von der Religion emanzipierte. Die jüdische Philosophie wendet sich seit jener Zeit an die eigene Gemeinschaft, der sie, aufbauend auf religiösen Prämissen, einen Sinn zu geben sucht. Ohne Bindung an die Religion kann von jüdischer Philosophie nicht die Rede sein; »scheidet gar ein Denker aus der jüdischen Gemeinschaft aus, so ist er nicht als jüdischer Philosoph zu erachten« (19). Deshalb sei es problematisch, Spinoza der Geschichte der jüdischen Philosophie zuzuordnen – er gehöre eher »in die philosophische Entwicklung Europas, ungeachtet seiner Kenntnis und Verwertung jüdischer Quellen« (ebd.). Man mag über dieses Verständnis jüdischer Philosophie streiten, aber Verf. lässt es zu einer solchen Diskussion gar nicht erst kommen.

Die Arbeit ist dort informativ, wo sie die für das jüdische philosophische bzw. religionsphilosophische Denken wirkungsmächtigsten, auch auf nichtjüdische Kreise und Strömungen ausstrahlenden Lehren und Personen vorstellt. Auf die Mittlerrolle der jüdischen Denker

zwischen griechischer und islamischer Philosophie und (west)europäischem Humanismus sowie bürgerlicher Aufklärung wird eingegangen. Maimonides und Moses Mendelsohn sind ausführlich behandelt. Lediglich gestreift wird die Wechselwirkung zwischen jüdischem Leben, Glauben, Denken und Philosophieren inmitten einer antisemitisch eingestellten Umwelt und den innerjüdischen Auseinandersetzungen zwischen Erneuerung und Tradition. Die durch die Verbürgerlichung in West- und Mitteleuropa bewirkten Einschnitte im jüdischen Selbstverständnis sowie das Verhältnis von Judentum und Christentum sind nur angedeutet. Zwar heißt es von Leo Baeck, dessen Werke seien »nicht in einem luftleeren akademischen Raum« entstanden (272), doch alle anderen Werke, Lehren und Schulen scheinen just dort entsprungen zu sein. Die Geschichte der jüdischen Philosophie stellt sich dar als rein ideologische Entwicklung, angetrieben vom »Zeitgeist« (219). Von der Philosophie Martin Bubers heißt es bei Hayoun, sie sei »im Grunde genommen keine Philosophie des Judentums, sondern eine philosophische Ausgestaltung des Judentums [...]. Der *Zaddik* aus Zehlendorf versuchte, in einer Ära, die Gottes Tod ausrief, einen göttlichen Funken aufrechtzuerhalten. Die Religiosität seines Humanismus bürgt dafür, aber: war das genug?« (271f) Für den Verf. ist es das. Ähnlich bei Gershom Scholem, dessen große Leistung darin bestanden habe, »die jüdische Geistesgeschichte an und für sich erkennen zu lassen«; er habe das »jüdisch-esoterische Erbe im Mittelalter« (gemeint ist die Kabbala) aufgewertet (278f). Das bestreitet niemand, aber worin die originären Erkenntnisse Scholems bestanden, bleibt den Lesern vorenthalten.

Das Buch ist vermutlich die bearbeitete Wiedergabe von Vorlesungen. Der oft lockere, mit Anekdoten durchspickte Plauderton nimmt es weder mit der Chronologie noch seinem Gegenstand allzu ernst: das Kapitel über das 20. Jh. stellt, und zwar recht ausführlich, auch Personen vor, die 1822, 1866 bzw. 1889 starben. Schließlich gibt es formelle Mängel: Wortwörtliche Wiederholungen ganzer Passagen (vgl. 36f/153f; 38f/155; 51f/161f), Differenzen in der Transkription – die »so genannte Selbstbeschränkung Gottes, um der entstehenden Welt einen freien Urraum zu lassen«, ist mit »*Tzimtzum*-Theorie« (52), an anderer Stelle »*Zimzum*-Theorie« (161) ausgewiesen –, und es fehlt ein Namensregister. Thomas Marxhausen (Halle)

**De Jonge, Ecce, Spinoza and Deep Ecology. Challenging Traditional Approaches to Environmentalism.** Ashgate, Aldershot 2004 (172 S., geb., 56,99 £)

Die Analyse der Spinoza-Rezeption der »Tiefenökologie« (TÖ) zerfällt in zwei Teile: im ersten werden die Grundzüge der TÖ skizziert, im zweiten Rolle und Bedeutung Spinozas für eine mögliche ökologische Philosophie analysiert. Dass Spinoza von Anfang an so wichtig für die TÖ war, also seitdem der Terminus von Arne Naess 1972 als Gegenbegriff zur herkömmlichen »shallow ecology« geprägt wurde, hängt damit zusammen, dass die Tiefenökologen (TÖ.n) ihre Aufgabe in der Überwindung des Subjekt-Objekt-Dualismus sahen, der ihnen zufolge die abendländische und besonders die moderne industrielle Kultur prägt. Wie viele andere ökologisch inspirierte Philosophen (z.B. Klaus Meyer-Abich) erblicken die TÖ.n in Descartes den Verantwortlichen für diese verhängnisvolle Spaltung. Damit bietet sich Spinoza, der Philosoph der einen Substanz, als der Denker an, der die begrifflichen Mittel zur Überwindung cartesianischer Dualismen zur Verfügung stellt. Die TÖ.n wollen den »Anthropozentrismus« bekämpfen, der zur Umweltzerstörung führe, und ihn durch eine holistische, alle Lebewesen schätzende Weltsicht ersetzen. Die Ablehnung einer Sonderstellung des Menschen macht die Radikalität dieses Ansatzes aus.

Das Buch ist eine zumeist gut begründete Kritik der TÖ. Mit Recht weist die Verf. wiederholt auf die zahllosen Aporien hin, die aus dem Plädoyer der TÖ für eine »nicht-anthropozentrische« Ethik und Selbstverwirklichung resultieren. Am Beispiel von Warwick Fox, einem weiteren tiefenökologischen Denker, demonstriert sie, wie schwer es ist, bei gleichzeitiger

Negierung des menschlichen Subjekts eine ökologische Ethik zu begründen (45 ff). Die neue Moral solle nicht mehr auf die für eine individualistische Ethik typischen Sollens-Forderungen, sondern auf einer kollektivistischen Identifizierung mit einem größeren Ganzen, z.B. einem bestimmten Biotop, basieren. Aber offensichtlich ist gerade diese Forderung wieder ein Sollen. Kurz, einer der Hauptwidersprüche der TÖ sei, dass die menschliche Natur, die sie sucht, eine nicht anthropozentrische sein solle (56). Dies entspricht der Quadratur des Kreises. Außerdem könne sie nicht die Ursachen des Anthropozentrismus erklären (61).

Nicht immer lässt die Verf. der TÖ Gerechtigkeit widerfahren, etwa wenn sie diese schlicht als »schlechte Philosophie« abtut (57). Denn es wird deutlich, dass deren Aporien keine Trivialitäten sind, sondern den objektiven Widerspruch reflektieren, dass der Mensch einerseits ein »natürliches«, andererseits ein »nicht-natürliches«, gesellschaftliches Wesen ist. Eine Analyse dieser Leitproblematik hätte ein viel kohärenteres Bild vermitteln können als die von der Verf. angewandte Methode, die Argumente der TÖ.n eins nach dem anderen zu diskutieren. Hierdurch werden die Ursachen der Umweltkrise letztlich ausgeblendet.

Die TÖ behauptet, dass sie durch die Annahme, die Selbstverwirklichung des Menschen finde in einem größeren ökologischen Zusammenhang statt, mit den traditionellen Theorien der Umweltethik breche. Die Verf. argumentiert überzeugend, dass ihr dies nicht gelungen sei und dass sie aus diesem Grund Argumente v.a. bei Spinoza suche (82). Auch ihrem Urteil, dass Naess' Versuche, mit Hilfe Spinozas den ökologischen Holismus zu begründen, nicht überzeugen, ist zuzustimmen (62-67). Der Grund ist, dass der Naturbegriff der TÖ sich bei näherer Betrachtung als vieldeutig erweist: »Wenn die TÖ.n versuchen, den Unterschied zwischen Mensch und Natur dadurch zu überwinden, dass wir ein *Teil der Natur* sind, nicht von ihr verschieden, so scheint »Natur« hier analog mit »Umwelt« gebraucht zu sein. Aber wenn sie behaupten, dass alle Wesen nach der Selbstverwirklichung streben, impliziert dies eine andere Definition von »Natur«. Hier weist »Natur« auf eine essenzielle oder innere Qualität, deren alle Seienden teilhaftig sind« (62).

Es ist die alte Naturalismus-Problematik der Reduzierung des Menschen auf ein »Naturwesen«, der wir hier in neuer Gestalt begegnen. Auch Spinoza gilt manchen als Naturalist, v.a. in der Ethik, und hierin liegt seine Anziehungskraft für die TÖ, die ja eine Alternative zum Anthropozentrismus sucht. Allerdings unterscheidet Spinoza zwei Aspekte im Begriff der Natur bzw. Gottes: zum einen ist sie die substanzielle *natura naturans*, »schaffende Natur«, die in sich ist und durch sich selbst begriffen wird, zum anderen *natura naturata*, »geschaffene Natur«, die die Welt der determinierten Einzeldinge umfasst (*Eth.* I, LS. 29, Anm.). Anscheinend ist es den TÖ.n nicht gelungen, diese zwei Seiten konsequent auseinander zu halten. Das ist verhängnisvoll, denn genau durch diese Unterscheidung sucht Spinoza den reduktionistischen Naturalismus zu überwinden. Es sei dem Menschen möglich, sich über den Naturzustand der »geschaffenen Natur« durch die Bildung adäquater Ideen zu erheben, die definitionsgemäß immer auf Gott, d.h. die »schaffende Natur« hinweisen. Bei den TÖ.n bleibt unklar, ob sie mit der »ganzheitlichen« Naturauffassung auf die geschaffene oder schaffende Natur hinweisen.

Auch wenn die Verf. mit Recht darauf hinweist, dass die TÖ.n Spinozas Unterscheidung nicht berücksichtigen und mit einem »eindimensionalen« Naturbegriff operieren, scheint auch sie zuweilen Spinozas Naturalismus zu einseitig zu nehmen. Es stimmt, dass die Begriffe des Guten und Bösen für Spinoza lediglich »Denkweisen« (*cogitandi modi*) sind, die wir Menschen auf Naturdinge projizieren, aber daraus folgt keineswegs, dass die Moral nach Spinoza nur eine Schimäre wäre, wie die Verf. zu denken scheint (»Spinoza [...] does not take a moral stance«; 86). Spinoza schärft im Gegenteil ein, dass wir als eine adäquate Idee uns ein »Musterbeispiel der menschlichen Natur« (*naturae humanae exemplar*) bilden

können, das unser Handeln steuern kann (*Eth.* IV, Vorrede). Hier wird sichtbar, wie Spinoza mit seinen zwei Naturbegriffen den flachen Naturalismus zu überwinden vermag. Trefend ist aber die Beobachtung der Verf., dass in Spinozas *Conatus*begriff, nach dem alle Seienden ihr Sein zu erhalten streben, beschlossen liegt, dass der von den TÖ.n so getadelte Anthropozentrismus kein Resultat abendländischer oder moderner Haltung, sondern »unser *grundlegender* Zustand« (104) ist, den man schwerlich wegdenken kann.

Im letzten Abschnitt werden die sozialen Aspekte der tiefökologischen Spinoza-Aneignung betrachtet. Verf. zeigt, dass die geforderte Abkehr vom Anthropozentrismus letztlich die Wiederherstellung eines vorgesellschaftlichen »Naturzustandes« als Konsequenz hätte (122ff). Gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftstheorie ist die TÖ wohl am schwächsten, und Kritik fällt hier leicht. Leider greift die Verf. hier nicht erneut auf die *Natura naturans/naturata*-Unterscheidung zurück, so dass die Dialektik von Naturalismus und Antinaturalismus in Spinozas Gesellschaftstheorie nicht genügend erhellt wird. Auch die Kritik am Ökoterorismus einiger von der TÖ inspirierter Gruppen bleibt oberflächlich. Tatsächlich beruht deren Motivation eben auf einer naturalistischen Verflachung der ökologischen Problematik, wie der Äußerung Paul Watsons, des Führers der *Sea Shepherds*, zu entnehmen ist: »Ich halte mich strikt an die Gesetze der Natur, *lex naturae*, und verehere sie. Meines Erachtens stehen die Gesetze der Ökologie höher als die Gesetze der Nationalstaaten zum Schutz der Konzerninteressen« (129).  
Vesa Oittinen (Helsinki)

**Baudrillard, Jean, *Die Intelligenz des Bösen*, Passagen, Wien 2006 (194 S., br., 22,90 €)**

Verf. macht noch einmal den Versuch, uns davon zu überzeugen, dass wir in einer Welt leben, in der die Wirklichkeit sich ins Virtuelle auflöst. Er bezeichnet sie jetzt als »integrale Realität«, definiert als »die auf die Welt zielende Durchführung eines grenzenlosen operationalen Projekts: alles soll sichtbar und transparent sein, alles soll »befreit« werden, alles soll Erfüllung finden und einen Sinn haben« (13). Es ist die Welt des Videos, des interaktiven Bildschirms, Internets, der virtuellen Realität (65). Es ist aber auch die Welt der Gentechnik, die den »integralen Menschen« hervorbringt, »von der Genetik mit dem Ziel der Vervollkommnung durchgesehen und korrigiert« (24). In dieser Welt »soll [es] nichts mehr geben, von dem sich nichts sagen lässt« (13). Alles wird gesagt, alles wird gezeigt, alles ist in Ordnung, in der Ordnung »des absolut Guten, dem das Böse fehlt«, »eine vollendete Welt«, das Himmelreich auf Erden (29). Es bleibt nichts mehr zu wünschen, das heißt, alle Wünsche werden erfüllt, High-Tech und Gentechnologie erlauben »universelle Wunscherfüllung« (16). Aber vorbei ist »die Möglichkeit, dass der Traum Ausdruck eines Wunsches seine könnte« (15), nämlich nach dem »ganz Anderen«, das sich nicht sagen lässt.

Das hat mit dem »Verschwinden Gottes« (13) zu tun, das »die Befreiung von jeglicher Verantwortung gegenüber einer anderen Welt« bedeutet. Der Mensch »läuft nicht einmal mehr Gefahr, seiner eigenen Alterität zu begegnen« (24). Er ist zwar fähig, alle seine bisherigen Grenzen zu transzendieren, Krankheit und Tod wegzuklonen, seine Welt virtuell bis ins Unendliche auszudehnen; über seinen eigenen Schatten springen kann er nicht: die integrale »Realität [hat] alles absorbiert, wodurch sie negiert, überstiegen oder verwandelt wurde [...] sie kann sich von nun an einzig gegen sich selbst eintauschen, das heißt, sich unendlich wiederholen« (92). Oder sie kann – aber auch dann bleibt dieser Mensch sich selber treu – »ein monströses Double hervorbringen – sei es der Terrorismus oder das Klonen« (163). Dieses Unternehmen der realisierten Utopie bedeutet faktisch: »die Utopie [ist] am Ende – das alles ist in der einzig möglichen Welt absorbiert, der Welt der Echtzeit und einer unerbittlichen Aktualität« (179).

Obwohl Baudrillard meint, dass es keine Antwort gibt auf die Frage, ob wir dabei gewonnen oder verloren haben (37), fragt er doch: »Sind wir definitiv Gefangene« (31)? Jedenfalls ist die ›integrale Realität‹ nicht so allmächtig total, dass sie widerspruchsfrei würde: »gegeben seien zwei antagonistische Bewegungen: die integrale Realität: die irreversible Bewegung der Totalisierung der Welt«, und »die Duale Form [nicht eindeutig; das eine und das andere; Gut und Böse; DB]: die der irreversiblen Bewegung des Realen innere Reversibilität« (17). Eine »totale Integrierung« ist unmöglich, aber ebenso unmöglich ist eine ›Versöhnung‹. Die Kluft zwischen ›integraler Realität‹ und ›Dualer Form‹ ist »ewig«, der Antagonismus »unlösbar« (ebd.).

Hier liegt der radikale Unterschied zu »Marx' Analyse der Revolution« (110). Denn Marx kommt im Kapitalismus den »inneren Virus der eigenen Zerstörung« noch identifizieren als revolutionäres Subjekt und von daher eine »geschichtliche Bewegung« denken (übrigens ist für Baudrillard diese Bewegung der »Kraftakt des Kapitals«, das Proletariat in seine eigene Dynamik zu »reintegrieren«!). Diese »dialektische Lösung« ist nicht mehr möglich: der heutige Feind, der Terrorist, ist ungreifbar (111f). Das ist die Konsequenz des Projekts der ›integralen Realität‹: den Himmel auf Erden zu realisieren bedeutet die totale »Ausmerzung des Bösen« (25). Dies ist zwar ein unmögliches Unterfangen, führt aber wohl dazu, dass das Böse nicht mehr integriert werden kann und sich demzufolge nur noch in extremer Form wehrt, als Terrorist eben. Hier meldet sich »die Intelligenz des Bösen«, dessen Unüberwindbarkeit Baudrillards letzte Verteidigungslinie gegen die von ihm befürchtete ›totale Integrierung‹ zu sein scheint. Diese Intelligenz ist sowohl eine Eigenschaft der Dinge wie »etwas in uns«. Denn einerseits ist die Rede von »der geheimen Intelligenz der Dualität und der Reversibilität«, die »in der Abkehrung der Dinge [!] von ihrer ›objektiven Realität‹« besteht (139), andererseits davon, dass es »in jedem von uns, die wir der universellen Seligmachung trotzen, eine Intelligenz des Bösen gibt« (43), die den Lauf der Dinge in die ›integrale Realität‹ ›umkehrt‹ – wenn es sein muss, und es muss sein, in der Form der ›Rache‹ (166).

Als Intelligenz ›in uns‹ scheint sich die Möglichkeit einer (selbst)bestimmten Praxis zu bieten. Diese ist aber minimal: sie reduziert sich auf die einer »objektiven Ironie, einer höheren Intuition der Illusion des gesamten Prozesses« (74). Eine »fatale Strategie« (185), die Welt und Mensch nimmt, wie sie nun mal sind, weder absolut gut noch total böse, sondern eine »Ambivalenz von Gut und Böse« (45). Wer das erkennt, wird sich keine Illusionen mehr machen, und gerade so wird es ihm gelingen »jenseits von Gut und Böse zu gelangen« (142) – weil er sich nicht mehr bemüht, das Gute endgültig über das Böse siegen zu lassen. Baudrillard polemisiert hier ausdrücklich mit der »humanistischen Vision«, die meint, »dass der Mensch von Natur aus gut sei und das Böse und das Unglück lediglich Unfälle darstellen« (121). Dem setzt er die »Hypothese des Bösen« entgegen, »dass der Mensch nicht von Natur aus gut ist; nicht etwa, weil er schlecht wäre, sondern weil er, so wie er ist, perfekt ist« (ebd.). Baudrillards ›Lösung‹ läuft auf eine gigantische Rehabilitierung der Religion hinaus, und zwar jener Religion, die der Theologe Rudolf Otto – auch er gegen eine humanistische Vision – als *mysterium fascinans et tremendum* definierte. Es ist »diese Mischung aus Frohlocken und Schrecken« (117), die sozusagen die subjektive Seite der objektiven ›Ambivalenz von Gut und Böse‹ bildet, die Baudrillard uns als »vollkommen frevelhaftes Verlangen« (ebd.) schmackhaft machen will. Kann man mit diesen Gedanken Baudrillards etwas anfangen – außer (vielleicht) von ihnen fasziniert zu sein? Man kann sie natürlich als maßlose Übertreibung abweisen. Maßlos übertrieben ist schon die Ausgangsunterstellung, wir lebten in einer Welt, in der die Wirklichkeit sich ins Virtuelle aufgelöst habe. Zu offensichtlich gibt es noch immer eine Wirklichkeit – und zwar für die übergroße Mehrheit der Menschen eine mit Blut, Schweiß und Tränen. Liest man jedoch das Buch als *science fiction*, könnte es einen Kern von Wahrheit haben. Sein Thema ist, marxistisch gesprochen, die Entwicklung der Produktivkräfte, genauer:



die des High-Tech-Kapitalismus, und ihrer revolutionären Konsequenzen. Nun wissen Marxisten: Produktivkräfte an sich gibt es nicht, nur verflochten in die Produktionsverhältnisse. Diese gilt es zu verändern, sollte die Welt menschlicher werden. Die Frage, vor die Baudrillard uns stellt, könnte lauten: Was ist, wenn die Produktivkräfte sich unter kapitalistischen Verhältnissen so entwickeln, dass die Bedingungen für deren Veränderung immer mehr zerstört werden? Was ist, wenn die Information nicht mehr informiert, weil ihr Bezug zur Wirklichkeit unerkennbar wird? Was ist, wenn die Träume einer besseren Welt in virtueller Traumerfüllung völlig integriert werden? Muss man nicht tatsächlich erkennen, dass der Fortschritt die Katastrophe ist (Benjamin, ähnlich Baudrillard 42)?

Benjamin befürwortete die Revolution als ›Notbremse‹ statt als Lokomotive. Das könnte gegen die Dynamik einer ›humanistischen Vision‹ gesprochen sein, in der Menschen sich als Gott gebärden, Inhaber absoluter Wahrheiten, Herren über Gut und Böse. Heißt dies nun, dass es nur die Alternative zwischen Religion und Humanismus gibt? Benjamin hat auf eine dritte Möglichkeit gesetzt: grundsätzlich zu unterscheiden zwischen dem Reich Gottes als dem ›Ende der Geschichte‹, das zu realisieren uns nicht gegeben ist, und der Ordnung des Profanen, die ›sich aufzurichten [hat] an der Idee des Glücks‹ (GS II-1, 203) – womit die Ordnung, die den Bereich der Politik bildet, auf jenes Reich bezogen bleibt. Wir sollen nicht der Illusion der Allmacht verfallen – das wäre die Katastrophe –, aber wir dürfen vielleicht, anders als bei Baudrillard, davon ausgehen, dass unser Handeln auf eine Welt gerichtet ist, die ›einfach gut‹ wäre.

Dick Boer (Amsterdam)

**Derrida, Jacques**, *Glas*, aus dem Franz. v. Hans-Dieter Gondek u. Markus Sedlaczek, Fink, München 2006 (320 S., geb., 49,90 €)

Die französische Philosophie des ausgehenden 20. Jh. genießt in der deutschen Universitätsphilosophie noch immer keine große Anerkennung. Aber wie die beiden von Mark Alizart edierten Bände, *Fresh Théorie* (Éditions Léo Scheer, Paris 2005, 2006) zeigen, ist die Philosophie des vorigen Jahrhunderts inzwischen insgesamt zu einem etwas befremdlichen Gebiet geworden. Die Wände in die sie Breschen schlug, sind verschwunden, die denkerische Konzentration der Moderne hat die psychoanalytische und linguistische ›Revolution‹ weit über diese hinaus fortgesetzt, wobei sie selbst ins Wanken geraten ist. Es tönt seit Jahrzehnten ein Totengeläut, aber seine Wahrnehmung wurde prädikativ verflacht: Tod des Menschen, des Buches, der Philosophie usw. (der junge Marx sprach wenigstens von der Aufhebung der Philosophie durch ihre Verwirklichung). Auf jeden Fall gilt das Totengeläut in *Glas* sowohl der Psychoanalyse wie der Dialektik, auch dem Strukturalismus, und darüber hinaus gilt es Derrida selbst. Es scheint daher die Zeit der Trauer auch über Derrida angebrochen zu sein. Davon – und nicht nur von einer auffallenden Verspätung – zeugt die deutsche Übersetzung des 1974 veröffentlichten *Glas* (›Totenglocke‹, ›Totengeläut‹). Bereits seit 1986 liegt es, sorgfältig ediert, auf Englisch vor. Vor kurzem ist eine zweisprachige Ausgabe in Italien erschienen; eine spanische ist in Vorbereitung. Derrida wird nun offenbar in weiten Bereichen zu einem konsumwürdigen Kulturgut.

*Glas* bildet den Abschluss der zehn entscheidenden Jahre, in denen Derridas Philosophie ihre eigentümliche Gestalt gewonnen hat, und kann als Ausführung des 1965 in der *Grammatologie* ausgerufenen dekonstruktiven Vorsatzes betrachtet werden. Zwei Ideen beherrschten jenen Anfang. Die erste war das Bekenntnis zur Gewalt des Textes, der Schrift und der Differenz gegen die Gewalt der ›natürlichen‹ Ganzheit des Buches; die zweite eine konsequente Anerkennung der theoretischen Bedeutung der Psychoanalyse. Dabei spielte die Auseinandersetzung mit Hegel im Hintergrund beständig mit. In *Glas* wird sie nun zum Hauptthema. Aber unter den Voraussetzungen der *Grammatologie* werden nicht nur Hegels *lógos*, sondern auch die psychoanalytische Doktrin zuweilen gründlich zerrüttet.

Später bekannte er, er hätte dieses gegen das Buch gerichtete Buch nicht geschrieben – bzw. eher: nicht mit der Schere zusammengeschnitten, geklebt – und in seiner komplizierten, eigentümlichen Typographie komponiert, wenn es damals schon den Personal Computer gegeben hätte. Das Buch in seiner gebundenen und geschlossenen, äußeren und inneren Form, mit seinen längst geronnenen Konventionen physisch zu dekonstruieren, war eine Aufgabe, für welche die damals noch alltägliche Arbeit des Zusammenstellens und Korrigierens eines Textes auf Papier handgreifliche Beispiele bot. Was Derrida später in Zusammenarbeit mit Geoffrey Bennington machte, entspricht erneut der Arbeit der Schrift, doch nun auf Grundlage der neuen Technologie: *Derridabase* von Bennington, das ein interaktives Computerprogramm zur (gescheiterten) Systematisierung von Derrida sein wollte, und *Circonfession*, eine nagende Selbsterzählung, die den Seitenumbruch von *Jacques Derrida* (Paris 1991) mit *Derridabase* teilt.

Eine breitere Öffentlichkeit hat Derrida eher mit seinen späteren Schriften und Reden, vielleicht seit seiner vermeintlichen politischen Wende erreicht, indem er die dekonstruktiven Operationen in einer bohrend nachfragenden Sprache auslegte, die verfestigte Begriffe durch »unentscheidbare« aus den Angeln hebt. Vor dem Hintergrund der neuen Technologien kommt dabei der »Spektralität«, dem Gespenstischen, wachsende Aufmerksamkeit zu. Von fundamentaler Bedeutung bleibt vermutlich das Bekenntnis zu einer Singularität, die in jeder Hinsicht etwas radikal Anderes sei als bloße Individualität. Im Gegensatz zur klassischen Philosophie, v.a. zu Hegel, verfügt jedoch diese Singularität über keinen inneren Zugang zur Totalität, d.h. zur Wirklichkeit. Die Philosophie besetzt sozusagen eine Ecke der Wirklichkeit, und ihre Realisierung, die die Philosophie, nach Marx, aufheben sollte, bleibt in einer seltsamen Schwebelage. Derrida hat wohl auf dem Feld der Politik unermüdlich agiert, aber stets in konkreter Lage, eigener Verantwortung und ohne Berufung auf allgemeine Grundsätze. Zuletzt hat er in *Voyous* (Schurken, Suhrkamp 2003) zugestanden, dass aus der Philosophie keine Politik zu deduzieren sei – woraus aber keineswegs folge, dass sie für die Politik unerheblich sei. Foucault war seinerzeit weiter gegangen; laut einer Aufzeichnung aus den *Dits et écrits* (Suhrkamp, 2005, I: »Interview mit M.F.«) gehörte für ihn die genaue theoretische Analyse der Form, in der die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Strukturen wirken, zu den unerlässlichen Bedingungen für die politische Aktion, bevor auch er, wohl als einer der vielen Enttäuschten, merkte, dass diese Strukturen höchstens einer gewissen Ordnung der Beschreibung dienen können und dass dieser Einsicht ein Horizontwandel entsprach. Vielleicht kommt Derrida diesem »Wandel« näher – und zwar im Bewusstsein, dass der singuläre, idiosynkratische Einsatz, den er der Philosophie zuschreibt, nicht geeignet ist, seinen Dekonstruktionen einen Vorrang zu geben, so dass vielleicht nicht einmal die spezifische Komplexität seines Weges wiederholbar sei.

Die sorgfältig durchdachte, aber nicht immer unproblematische Übersetzungs- und Editionsarbeit erkennt den grundlegenden Beitrag der englischen Ausgabe von J.P. Leavy und R. Rand an und behält wie diese Format und Typographie des französischen Originals bei, beschränkt sich aber in den Anmerkungen auf die Erläuterung der Übersetzungsschwierigkeiten. Die von Derrida hinzugefügte »prière d'insérer« – im Original ein lose beigelegtes Extrablatt (als ob es beim Druck vergessen worden wäre) – wird auf der Umschlag-Rückseite wiedergegeben.

José-María Ripalda (Madrid)

**Žižek, Slavoj**, *The Parallax View*, MIT, Cambridge 2006 (528 S., geb., 16,96 £)

Jedes neue Žižek-Buch enthält Überlegungen zu Hegel, Marx und Kant, auch einige prä- und postsozialistische Anekdoten und Reflexionen, Bemerkungen über Kafka und über Schriftsteller der Massenkultur, Bezüge auf die Oper (Wagner, Mozart), Witze von den Marx Brothers, verschiedene Obszönitäten, Einmischungen in die Philosophiegeschichte von Spinoza über Kierkegaard bis zu Kripke und Dennett, Analysen von Hitchcock und anderen Hollywoodfilmen, Verweise auf aktuelle Ereignisse, Erörterungen dunkler Punkte in Lacans Lehre, Polemiken gegen diverse zeitgenössische Theoretiker (Derrida, Deleuze), vergleichende Theologie sowie neuerdings Berichte über Neuro- und Kognitionswissenschaft. All dies ist zusammengestellt zu einer »Montage der Attraktionen«, wie Eisenstein gesagt hätte, einer Art theoretischem Variété, in dem die aufeinanderfolgenden Nummern das Publikum in Entzücken und Faszination halten. Es ist eine großartige Show, allein mit dem Manko, dass sich der Leser am Ende verwirrt fragt, welche Ideen ihm dargeboten wurden. Erstaunlicherweise vereinfacht sich das Problem, wenn man alle Bücher Žižeks der Reihe nach liest, denn dann beginnen sich die Hauptideen aus dem Nebel abzuheben. Also hält man durch und nähert sich mit dunklen Vorahnungen dem vorliegenden Band – der zusammen mit *The Ticklish Subject* (1999) das »System« als Ganzes (wenn es eines ist) zu skizzieren oder wenigstens eine einzige monumentale Aussage zu treffen behauptet.

Das erste Kapitel, das Žižeks Philosophie in einer Methode zu verankern sucht, ist beschwerlich. Doch spätere – über Heidegger und die Politik, über Kognitionsphilosophie und ihre Sackgassen, über Antisemitismus, über gegenwärtige Politik – sind erhellend, eloquent und gewichtig; sie enthalten genügend provokantes und irritierendes Material für Leute vom einen bis zum anderen Ende des ideologischen Spektrums (der Rezensent selbst wird nebenbei als leichtgläubiger Anwender der Kommodifizierungstheorie attackiert).

Ein erstes sich durchhaltendes Thema ist die Dialektik, zu deren großen Anwendern Žižek gehört. Das alte Klischee besagt, Hegel schreite von der These über die Antithese zur Synthese. Wie Žižek erklärt, ist das ein völliger Irrtum: es gibt keine wirklichen Synthesen bei Hegel. Dennoch ist das alte Klischee nicht ganz und gar falsch. Es gibt eine dreistufige Bewegung in der hegelschen Dialektik, und tatsächlich habe er sie, fährt Žižek fort, gerade illustriert: dummes Klischee oder die »Erscheinung«; geistreiche Richtigestellung, die zugrunde liegende Wirklichkeit oder das »Wesen«; schließlich die Rückkehr zur Wirklichkeit der Erscheinung, die also letzten Endes doch »wahr« war.

Aber was könnte das mit Populärkultur zu tun haben? Nehmen wir – ein Hollywood-Produkt, inzwischen vielleicht Hochkultur – Fritz Langs *The Woman in the Window* (*Gefährliche Begegnung*) von 1944. Edward G. Robinson ist ein sanftmütiger Professor, der sich eines Nachts nach Verlassen seines friedlichen Lokals in ein Netz von Liebe und Mord verstrickt. Schließlich sucht er wieder Zuflucht in seinem Lokal, schläft vor Erschöpfung ein und erwacht: alles war nur ein Traum. Der Film hat uns die Interpretation abgenommen, weil Lang vor Hollywoods Forderung nach Happyends kapituliert hat. Doch in Wirklichkeit, will sagen in der wahren Erscheinung, ist Robinson »kein ruhiger, netter, anständiger bürgerlicher Professor, der träumt, er wäre ein Mörder, sondern ein Mörder, der in seinem Alltag träumt, er wäre ein ruhiger, netter, anständiger bürgerlicher Professor«. Daher ist Hollywoods Zensur nicht ein puritanischer Mittelschichts-Mechanismus zur Unterdrückung der obszönen, hässlichen, asozialen, gewalttätigen Rückseite des Lebens; sie ist eher die Technik ihrer Enthüllung. Žižeks Interpretationsarbeit scheint auf jeder Seite in diesen Paradoxen zu schwelgen – aber das ist selbst nur ein »dummer erster Eindruck« (einer seiner bevorzugten Ausdrücke). In Wirklichkeit sind die Paradoxverkettungen darauf ausgelegt, jenes zweite, geistreiche Moment der Interpretation aufzuheben, um zum ersten Eindruck zurückzukehren.

Aus diesem Grund gehört die Dialektik mehr zur Theorie als zur Philosophie. Die letztere wird immer heimgesucht vom Traum eines Systems als einer Menge zusammengeschlossener Begriffe, die ihr eigener Grund sind. Dieser Traum zeigt die Philosophie als eine Institution in der Welt, in Komplizenschaft mit allem Übrigen im Status quo dessen, »was ist«. Theorie dagegen hat kein solches Eigeninteresse, insofern sie nie Anspruch auf ein absolutes System erhebt; immer in die gegenwärtige Sprache verstrickt, hat sie nur die nie vollendete Aufgabe, Philosophie als solche zu untergraben, indem sie affirmative Aussagen und Behauptungen aller Art auflöst. Dies lässt sich auch so ausdrücken, dass die zwei großen Verkörperungen post-philosophischen Denkens, die mit den Namen Marx und Freud versehen sind, besser als Einheiten von Theorie und Praxis zu charakterisieren sind, dass ihre praktische Komponente immer die ›Einheit der Theorie‹ aufbricht und sie davor bewahrt, sich zum philosophischen System zusammenzuschließen.

Worin aber kann das Theoretische bei Žižek bestehen, wenn nicht im philosophischen Gehalt seiner Interpretationstricks? Nehmen wir uns zunächst jene Figur vor, die über seinem ganzen Werk waltet. Eines von Jacques Lacans späten Seminaren trägt den Titel *Les non-dupes errent*. Der Witz liegt im Gleichklang dieser rätselhaften Aussage (›die Unbetrogenen irren sich‹) mit der ältesten Formel im lacanianischen Wortschatz, »le nom du Père«, der Name des Vaters. Doch Lacans spätere Variante hat mit dem Vater nichts zu tun, sondern mit der Struktur des Betrugs. Wie jedermann weiß, ist die Wahrheit selbst die beste Verkleidung, wie wenn der Spion, nach seinem Lebenserwerb gefragt, antwortet: »Nun ja, ich bin Spion«. Diese Eigenheit von Wahrheit spielt in der Analyse eine zentrale Rolle. Doch das Beharren auf Schein und Erscheinung bringt uns unerwartet zu der leidigen Frage der Postmoderne, der Zurückweisung des Wesens im Namen der Oberfläche, der Wahrheit im Namen der Fiktion. Žižek scheint Postmoderne mit ›postmoderner Philosophie‹ und Relativismus zu identifizieren, während er andererseits der Behauptung eines Epochenwandels zustimmt, vorausgesetzt, wir nennen ihn nicht so, und vorausgesetzt, wir bleiben dabei, dass es sich immer noch um Kapitalismus handelt – was heute wohl jeder zugestehen wird. Tatsächlich sind einige seiner Grundannahmen außerhalb eines Epochenrahmens und ohne einige neue Momente des Kapitalismus selbst undenkbar; Lacan etwa wird gelegentlich bei der Theoretisierung von Veränderungen angeführt, die seit den großen Entdeckungen Freuds stattgefunden haben.

Ein Beispiel bietet die neue Definition des Über-Ichs: es ist nicht länger die Instanz der Unterdrückung und der Verurteilung, des Tabus und der Schuld. In der Gegenwart ist es zu etwas Obszönem geworden, dessen ständige Verfügung lautet: »Genieße!« Sicher, auch der innengeleitete Viktorianer muss darauf ausgerichtet worden sein, sich an seiner eigenen Unterdrückung und seinen Sublimierungen zu freuen; aber dieser Genuss war wahrscheinlich nicht von der gleichen Art wie die Freuden des Subjekts einer Konsumgesellschaft mit obligatorischer Freizügigkeit (Marcuses »repressiver Entsublimierung«), einer verzweifelter Verpflichtung, die eigenen Begierden zu ›befreien‹ und sich selbst durch ihre Befriedigung zu ›erfüllen‹. Dennoch weiß Psychoanalyse immer um ein heikles und instabiles Gleichgewicht zwischen der Theoretisierung einer ewigen menschlichen Psyche und der historischen Einzigartigkeit von Kultur und Sitten: letztere verlangt Periodisierung, während das ›ewige‹ Modell durch den einfachen Hinweis abgesichert wird, dass Begierden nie befriedigt sind, ob man nun in die Pflicht geknechteter Viktorianer oder als Postmoderner auf Vergnügen aus ist.

Der Genuss (*jouissance*) ist die vielleicht zentrale oder zumindest stärkste von Žižeks Erklärungsressourcen, eine Kategorie, mit deren Hilfe sich eine neue Theorie politischer Dynamik sowie eine neue Sichtweise auf Subjektivität entwerfen lässt. Um diese Implikationen zu erfassen, sollte man Genuss nicht als »letztlich bestimmende Instanz« oder

isolierte Kraft verstehen, sondern als relationalen Begriff. Tatsächlich beleuchtet der Begriff des Genussneids kollektive Gewalt, Rassismus und Nationalismus ebenso wie die Eigentümlichkeiten individueller Engagements, Entscheidungen und Obsessionen; er bietet eine neue Chance, die ganze Dimension des Anderen (mittlerweile ein abgedroschener Begriff, der in levinassche Sentimentalität zerstiebt) zu berücksichtigen. Die Kraft dieser Konzeption des Neids ist auch aus der Krise ersichtlich, in die sie konsensuelle und liberale Ideale wie die von Rawls oder Habermas stürzt, in die nichts von der allgegenwärtigen Negativität eingeht. Žižek äußert gewichtige Kritik an anderen gut gemeinten politischen Idealen wie dem Multikulturalismus und der Rhetorik der Menschenrechte, die darauf berechnet sind, jeder ernsthaft auf Umgestaltung gerichteten Bewegung die Energien abzuziehen.

Alle diese Ideale setzen die Möglichkeit irgendeiner letzten kollektiven Harmonie als Ziel oder Zweck der Politik voraus. Es wäre falsch, diese letzten Ziele mit utopischem Denken zu identifizieren, das im Gegenteil von einem gewaltsamen Bruch mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem ausgeht. Sie sind für Žižek vielmehr mit jener Abwesenheit von Antagonismus assoziiert, die er in seinem ersten Buch *The Sublime Objekt of Ideology* (1989) angegriffen hat und deren Bekämpfung in seiner unermüdlichen Erklärung und Verbreitung der lacanschen Lehre immer zentral gewesen ist. Die Lehre besagt, dass menschliche Subjektivität einen Riss in sich trägt, eine innere Distanz, die nie überwunden werden kann. In dieser Allgemeinheit könnte sie leicht zu sozialem Pessimismus und Konservatismus führen, zu einer Vorstellung einer unverbesserlichen menschlichen Natur. Solch ein Missverständnis auszuschließen, ist das Ziel von *The Parallax View*.

Eine Parallaxe ist »die scheinbare Positionsänderung eines beobachteten Objekts durch eine Positionsänderung des Beobachters« (*Webster's Wörterbuch*); aber man betont am besten nicht so sehr die Verschiebung, sondern die Vielfalt der Beobachtungsorte, denn Žižek geht es mehr um die Inkommensurabilität der resultierenden Beschreibungen oder Theorien des Objekts. Die Differenz kann bemessen werden an einem Vergleich mit dem Heisenberg-Prinzip, das besagt, dass das Objekt aufgrund der Einwirkung unserer Beobachtungssysteme nie vollständig erkannt werden kann. Heisenberg verhält sich wahrhaft »postmodern« in der Behauptung einer absoluten Unbestimmtheit des Wirklichen oder des Objekts, das sich in den Status eines kantianischen Noumenon zurückzieht. Im parallaxtischen Denken jedoch kann das Objekt durchaus bestimmt werden, allerdings nur indirekt und auf der Basis der Inkommensurabilität der Beobachtungen. Das Objekt ist also nicht repräsentierbar: es stellt genau jenen Riss her, den Lacan für die Psyche theoretisiert hat und der die personale Identität für immer problematisch macht. Die großen binären Gegensätze – Subjekt vs. Objekt, Materialismus vs. Idealismus, Ökonomie vs. Politik – bezeichnen alle auf ihre Art diesen parallaxtischen Riss: ihre Inkommensurabilitäten sind unverzichtbar für das produktive Denken (das selbst nur ein solcher Riss ist), vorausgesetzt, wir halten an ihnen fest, statt sie zu beschönigen oder zu verbergen.

An den Fallstudien des Bandes lässt sich beurteilen, ob diese Überzeugung Früchte getragen hat. Herausragend ist das Kapitel über die Dilemmata der Kognitionswissenschaft. Was die Politik betrifft, scheint Žižeks Lehre so unabkömmlich wie belebend. Er meint, dass Marxismus eher eine ökonomische als eine politische Lehre ist, die unermüdlich auf den Primat des ökonomischen Systems und den Kapitalismus selbst als den äußersten Horizont der politischen (wie auch der sozialen, kulturellen, psychischen usw.) Situation bestehen muss. Doch es war immer ein grundlegender Irrtum, zu glauben, dass Marxismus eine »Philosophie« sei, die die »letztlich bestimmende Instanz« der Ökonomie gegen die Politik ausspielt. Karl Korsch hat uns bereits vor 80 Jahren gelehrt, dass für den Marxismus die Ökonomie und Politik zwei distinkte und inkommensurable Codes sind, die dasselbe in radikal verschiedenen Sprachen ausdrücken.

Wie also über die konkreten Kombinationen denken, die sich uns im wirklichen Leben und in der wirklichen Geschichte darbieten? An diesem Punkt erkennen wir, was offensichtlich Žižeks lacanianisches Vorbild für die Parallaxe ist: die skandalöse und paradoxe Idee (Seminar XX), zwischen den Geschlechtern gebe es »pas de rapport sexuel« (»keine sexuelle Beziehung«). »Wenn es für Lacan keine Beziehung zwischen den Geschlechtern gibt, dann gibt es für den richtigen Marxismus keine Beziehung zwischen Ökonomie und Politik, keine ›Metasprache‹, die uns erlaubt, beide Ebenen vom selben neutralen Standpunkt aus zu erfassen!« Die praktischen Konsequenzen sind frappierend: »Um es mit dem guten alten marxistischen Begriffspaar Basis/Überbau auszudrücken: wir sollten die irreduzible Dualität der in der Wirklichkeit ablaufenden ›objektiven‹ materiellen sozioökonomischen Prozesse einerseits sowie des politisch-ideologischen Prozesses andererseits in Betracht ziehen. Was, wenn das Reich der Politik inhärent ›steril‹, ein Schattenspiel ist, aber dennoch wesentlich für die Veränderung der Wirklichkeit? Obwohl also die Ökonomie der wirkliche Schauplatz [...] ist, wird der Hauptkampf in der Politik und der Ideologie ausgetragen.«

Wie dialektisch ist das nun letztlich? Das Argument müsste etwa so lauten: Jenes dritte Moment der Dialektik wird manchmal als Rückkehr zur »Erscheinung als Erscheinung« beschrieben, zur Erscheinung verbunden mit dem Wissen, dass es sich um Erscheinung handelt und dass sie nichtsdestotrotz ihre eigene Objektivität besitzt. Genau das passiert mit den zwei Alternativen der Parallaxe: die Entdeckung, dass weder der Code des Subjekts noch der des Objekts in sich selbst eine adäquate Darstellung des von ihm bezeichneten unrepräsentierbaren Objekts bietet, bedeutet die Wiederentdeckung beider Codes als reiner Repräsentationen: beide sind notwendig und unvollständig, jeder ist sozusagen ein notwendiger Fehler, eine unhintergehbare Erscheinung. Es fragt sich nur, ob es nicht vollständigere Formen der parallaktischen Situation gibt, die mehr als zwei Alternativen bieten und uns mit entsprechend vielen Codes konfrontieren.

Žižeks parallaktische Position ist klarerweise eine anti-philosophische, denn sie umgeht nicht nur philosophische Systematisierung, sondern behauptet zentral deren Unmöglichkeit. Wir haben es hier mit Theorie zu tun. Ihre Ausarbeitung ist selbst parallaktisch: Sie kennt keinen Hauptcode (nicht einmal den Lacans) und keine endgültige Formulierung; sie muss in den je eigenen Begriffen all der Gestalten ausgearbeitet werden, in die sie extrapoliert werden kann. Doch auch die vorläufigen Begriffe der Theorie werden mit der Zeit unausweichlich thematisch; sie werden verdinglicht, sogar zur Ware, und verwandeln sich schließlich in ein eigenständiges System. Zu befürchten ist, dass die selbstaufhebende Bewegung des theoretischen Prozesses sich verlangsamt und erstarrt und die Anti-Philosophie zur eigenständigen Philosophie wird.

Fredric Jameson (Durham/NC); aus dem Englischen von Daniel Fastner

## Pädagogik

**Reheis, Fritz, *Nachhaltigkeit, Bildung und Zeit. Zur Bedeutung der Zeit im Kontext der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Schule*, Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler 2005 (390 S., br., 29,80 €)**

Dass die Nachhaltigkeitsentwicklung nicht so recht vorankommen will, ist offensichtlich. Immer neue Katastrophenmeldungen über den Stand der ökologischen Krise treffen ein und zeigen, dass die gegenwärtige Gesellschaftsform nicht zu nachhaltiger Entwicklung fähig ist. Eine Veränderung dieser Situation, zu der auch die aktuelle Bildungsarbeit gehört, verlangt eine grundsätzlichere Herangehensweise. Dazu gehört

»die konsequente theoretische Analyse der im Nachhaltigkeitsbegriff implizierten Zeitdimension«, die für pädagogisch relevante Aspekte einer Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung fruchtbare Perspektiven eröffnen könne. Hierzu analysiert Verf. zunächst die aktuellen pädagogischen Diskurse zu Nachhaltigkeit und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass sie die Zeitdimension nur unzureichend einbeziehen. Der Verf. will diese Lücke mithilfe der Integration zeitökologischer Ansätze in die Bildungstheorie schließen. Er rezipiert Überlegungen zur ›Ökologie der Zeit‹, orientiert sich dabei an Vorarbeiten des Projekts ›Zeitakademie‹ der Evangelischen Akademie Tutzing, kritisiert allerdings deren Ansätze als sozialwissenschaftlich »merkwürdig unterbelichtet« (88). Daher bezieht er Arbeiten des ›Wiener Teams Soziale Ökologie‹, aus der Kulturanthropologie (v.a. Polanyi) sowie der Kritischen Theorie ein und zeigt, dass sich an unserem Umgang mit ›Zeit‹ symptomatisch die Widersprüchlichkeit zwischen einer nachhaltigen Entwicklung und dem Streben kapitalistischer Marktökonomien nach immer schnellerer Kapitalakkumulation offenbart. Aus kultureller Perspektive wäre ergänzend noch der Siegeszug von Naturwissenschaft und Technik zu berücksichtigen, worin eine Vorstellung von Fortschritt vorausgesetzt ist, die alles Vergangene als ›überholt‹ betrachtet. Der Fortschritt von Naturwissenschaft und Technik, so hatte es Georg Picht einmal formuliert, sei der Motor des riesigen Schwungrades, das sämtliche industrialisierten Gesellschaften mit wachsender Geschwindigkeit aus ihrer Vergangenheit herausschleudert. Dieser Prozess sei identisch mit dem Prozess der Zerstörung der Natur. Solange wir uns also nicht auch von unserem gegenwärtigen Wissenschafts- und dem darin enthaltenen Fortschrittsverständnis verabschieden, wird sich auch an unserem Zeitverhältnis nichts ändern.

Die Ergebnisse aus der Analyse der ›Ökologie der Zeit‹ verknüpft der Verf. mit bildungstheoretischen Überlegungen. Hierbei unterscheidet er zwischen der Objekt- und der Subjektseite von Bildung. Bei der Objektseite geht es dem Verf. u.a. um die Integration zeitökologischer Zusammenhänge in den politischen Willensbildungsprozess und die Frage möglicher Unterstützung dieses Prozesses durch Bildungsmaßnahmen. Er stößt auch hier auf die Widersprüchlichkeit, dass ökonomisch bedingte Beschleunigungs- und Entrythmisierungszwänge die Qualität demokratischer Willensbildung zunehmend beeinträchtigen. Hieraus leitet er die Forderung nach einer umfassenden Politischen Ökonomie der Nachhaltigkeit ab, die im kulturell/sozial vermittelten Austausch zwischen ›Mensch‹ und ›Natur‹ die jeweiligen System-/Eigenzeiten respektieren müsse (170). Bei der Betrachtung der »Subjektseite von Bildung« orientiert sich der Verf. besonders an system- und evolutionstheoretischen Überlegungen. Er fasst das Individuum als »System, das sich in einer Umwelt behaupten muss« (244). Die Zeitlichkeit des Subjekts ist mit der Zeitlichkeit des Systems und der Natur untrennbar verknüpft. Ohne eine ›solidarische Ökonomie‹ (Altwater), in der die Enteignung der Lebenszeit jedes einzelnen aufgehoben ist, wird auch keine nachhaltige Entwicklung möglich sein.

Reheis ist sich bewusst, für welche Gesellschaft er bildungstheoretische Vorschläge zur Veränderung des gesellschaftlichen Zeitverhältnisses liefert. Aber er kann und will die Auflösung der gesellschaftlichen Widersprüche nicht abwarten und entwickelt deshalb Lösungsvorschläge, die angesichts der Widersprüchlichkeit und Übermacht der Verhältnisse zwangsläufig wie der sprichwörtliche ›Tropfen auf den heißen Stein‹ erscheinen. Zunächst müsse die Schule zu einer »Zeitzone mit eigener Qualität innerhalb der Kultur/ Gesellschaft modelliert werden« (250). Indem Verf. jedoch betont, dass die Institution Schule dabei ganz andere Zeitmaße benötigen würde, als ihr von den Programmzeiten der kapitalistischen Moderne zugestanden bzw. aufgezwungen werden, macht er selbst deutlich, was sich zuerst ändern müsste.

Konkret didaktisch empfiehlt er ein Curriculum der Horizonterweiterung, das zunächst von der Gesundheitsbildung des Subjekts seinen Ausgangspunkt nimmt (z.B. mit dem Thema ›Allergien‹), anschließend über die Frage der historischen Herkunft solcher Problemlagen (z.B. Nahrungsmittelproduktion) den antizipativen Blick auf die Zukunft wirft, um abschließend entsprechende Maßnahmen in der Gegenwart für die Zukunft zu entwickeln. Mit der Gesundheitsbildung, so seine Hoffnung, gewinne das Subjekt zunächst ein Gefühl für die eigene Lebenszeit, das er didaktisch als einen sinnvollen Ausgangspunkt für einen kritischeren Blick auf die Systemzeit betrachtet. Allerdings: Die Hassliebe gegen den Körper, so hatte es Adorno formuliert, färbt alle neuere Kultur. Im Verhältnis des Einzelnen zum Körper, seinem eigenen wie dem fremden, kehrt die Irrationalität und Ungerechtigkeit der Herrschaft als Grausamkeit wieder, die vom einsichtigen Verhältnis, von glücklicher Reflexion so weit entfernt ist, wie jene von der Freiheit. Bildung vermag da nur wenig. – Erhard Eppler stellte in einer Rezension zu Reheis' früherem ›Entschleunigungs-Buch‹ fest, bevor überhaupt Hoffnung in Sicht komme, müsse der ›Turbokapitalismus‹ sich erst erschöpfen, indem er die außer-ökonomischen Grundlagen zerstöre, ohne die er nicht gedeihen könne. Die vom Verf. vorgelegten, an der Ökologie der Zeit orientierten bildungstheoretischen Überlegungen und didaktischen Modelle könnten hilfreich wirken, neue Grundlagen für eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung vorzubereiten.

Thomas Vogel (Natendorf)

**Bueb, Bernhard**, »Lob der Disziplin«. *Eine Streitschrift*, List, Berlin 2006 (174 S., geb., 18 €)

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Zerfalls, des Zerfalls der Familie, der Erziehung, der Werte und Tugenden. Erziehung, so der Verf., »findet heute in der Familie nur noch selten statt« (135), ja sie hat »in den noch bestehenden Familien immer weniger den Namen Erziehung verdient« (125). Schuld sei die »Jugendrevolte nach 1968« (12), sie selbst nur eine Folge des NS. Durch die 68er-Pädagogik seien viele Kinder neurotisch, liebes- und arbeitsunfähig geworden, ohne Schulabschluss in die Arbeitslosigkeit oder gar in die Drogenszene gerutscht (68f). Doch »wir dürfen nicht hinnehmen, dass der Nationalsozialismus weiterhin unsere pädagogische Kultur beschädigt« (12). Zurück also zum rechten Gebrauch von Gehorsam, Unterordnung, Verzicht und Disziplin, kurzum zu »festem Gesetz und festem Befehl«.

Unter welchem Aspekt kann solch ein Gebräu sinnvoll besprochen werden? Erziehungs- und sozialwissenschaftlich ist es unter jedem Niveau einer akzeptablen studentischen Hausarbeit: Es wimmelt vor Pauschalitäten, die ohne jeden Beleg hingesetzt werden, die gesamte empirische Sozialisations- und Familienforschung wird ignoriert. Gesellschaft kommt allenfalls in Form kulturpessimistischer Fernschelte oder ethnischer Vorurteile vor (»Migrantinnen bringen viele Kinder zur Welt, erziehen ihre Kinder häufig nicht oder pflegen einen Erziehungsstil anderer Kulturen«, 125). Erfahrungen aus Reformschulen oder Kenntnisse aktueller Schulforschung, nicht nur in Bezug auf Leistung, sondern auch in Bezug auf soziales Lernen oder Gewaltprävention, sind nicht erkennbar. Aber das Buch wird in den Medien stark beachtet; es fügt sich in Versuche, angesichts einer ökonomischen und sozialen Polarisierung mit einer vor-faschistischen, »gereinigten« autoritären Erziehung eine moderne Untertanen- und Eliteerziehung zu konzipieren.

Das ist die Bilanz eines Mannes, der am Bodensee drei Jahrzehnte lang bis 2004 das private Schlossgymnasium (und Internat) Salem leitete und nun dort im Vorstand sitzt, und zuvor Mitarbeiter an der von Hartmut von Hentig gegründeten Versuchsschule in Bielefeld war. Offenbar ohne Erfolg, oder besser: Das vorgelegte Buch lässt sich auch als Abrechnung mit der hentigschen »Schule als Polis« lesen, also einer Schule, in der die Sachen



geklärt und die Menschen dadurch gestärkt werden, dass sie sich über die Regeln und Inhalte gemeinschaftlich und demokratisch verständigen. Bueb: »Am Beispiel der Schülermitverwaltung lässt sich zeigen, wie nachteilig sich demokratische Strukturen aufgrund von Unreife von Kindern und Jugendlichen auswirken können« (83). Gegen Demokratie in der Schule bestimmen bei Bueb allein Lehrer und Erzieher, und was sie festlegen, hat *fraglos* akzeptiert zu werden. Nur wer so aufwache, könne auch später zur »Freiheit« kommen. »Konsequent erziehen, das heißt, unbeirrt die Maßstäbe täglich durchzusetzen«; die »erzwungene Wiederholung soll einen jungen Menschen vorbereiten, einer Regel eines Tages (!) aus Einsicht folgen zu können« (26f). »Wer Selbstbestimmung lernen will, muss Unterordnung gelernt haben« (55). Er diskutiert nicht die Angemessenheit konkreter pädagogischer Weisungen und Sanktionen – sie sind als solche hinzunehmen. Warum? »Wir müssen uns dazu durchringen, legitime Macht als Autorität anzuerkennen, die Macht Gottes, die Macht des Staates und die Macht der Erziehungsberechtigten« (60). Dann gewinne Gehorsam auch wieder Ansehen, so wie »in der Armee, in den Rettungsdiensten und im Sport« (58). Natürlich nicht herzlos, auch nicht mit körperlicher Gewalt, sondern mit einer durch Strenge gezügelten ›Liebe‹. Das erinnert an Erich Mielke, der sein autoritäres Regime mit dem unvergesslichen Satz verteidigte: »Aber ich liebe doch auch alle!« Auch sei auf Heinrich Manns »Untertan« Diederich Heßling verwiesen, dessen sado-masochistischer Charakter (nach unten treten, nach oben buckeln) nur durch die Kombination von ›Liebe‹, Strafe und Gehorsam in der Psyche verankert werden konnte.

Das »Lob der Disziplin« ist geprägt von einem Kindheitsbild, das – der Verf. war katholischer Internatsschüler und hat katholische Theologie studiert – nicht das Gute im Kind, sondern das zu unterdrückende Böse, Träge, Eigensinnige und Egoistische vermutet, gegen das Gehorsam und (fremdgesetzte) Disziplin helfe. Das ist die Anthropologie der ›schwarzen Pädagogik‹ christlich-erbsündiger Herkunft, gegen die schon Rousseau 1762 in seinem *Emile* werterte, und gegen die die Reformen/innen um 1900 die ›Pädagogik vom Kinde aus‹ proklamierten. Aber wie Rousseau misstraut Bueb auch der Familie, jedenfalls den heutigen Familien, wobei wir mal von Verwahrlosung und mal von Überfürsorge lesen (131). »Jugendliche leiden heute mehr denn je in der Pubertät an zu großer Nähe zu den Eltern« (137; eine weitere Behauptung wider jede Empirie, wie aktuelle Jugendstudien zeigen). Ganztagschule, Abenteuer-Fahrten und Sport werden begründet als Rettung vor diesen erziehungslosen bzw. unreifen Müttern – die Väter kommen bei Bueb nicht vor (übrigens ebenso selten Mädchen als Schülerinnen).

Auch an dieser Stelle wird die Methode des Buchs deutlich: Was als Erfahrung mit einzelnen Eltern und Kindern der Internatsschule Salem gewonnen worden sein mag, wird zur allgemeinen Realität erklärt. Wenn wir schon nicht zurück können in die vermeintlich heile Welt vor dem Ersten Weltkrieg (128) oder doch wenigstens in die 50er Jahre mit seinen Großfamilien, gehorsamen Kindern und liebend-befehlenden Eltern, mit seinen fernsehfreien Abenden und respektierten Lehrern, dann sollten wir wenigstens wieder von allen Nachwachsenden Gehorsam und Disziplin einfordern und diese auch, koste es was es wolle, durchsetzen. Da macht es nichts, dass Bueb von kaputten Familien der Nachkriegszeit, von gewalttätigen Lehrern der 50er und 60er Jahre, von der Gewalt in Heimen jener Zeit, gerade auch in christlichen, noch nichts gehört hat. Da macht es nichts, dass er von der Perspektivlosigkeit der Haupt- und Sonderschüler, von der Ausbildungsplatzkrise oder von den Folgen der Globalisierung für den Arbeitsmarkt nichts weiß oder lernt: Unterordnung, Verzicht und Anstrengung sind die Leitlinien eines neuen pädagogischen Konservatismus – die Verlierer sollen sich fügen, die Leitenden anordnen. Auch in Sport und Spiel: »Soziale Tugenden, die Menschen für Extremtugenden qualifizieren, wie sie der

Krieg mit sich bringt, bedürfen der Übung wie andere Tugenden auch« (151). In der Tat, die Kriegstauglichkeit seiner pädagogischen Heilslehre sei unbestritten. Für alle anderen Zwecke ist sie jedoch ungeeignet. Ulf Preuss-Lausitz (Berlin)

**Reich, Eberhard, *Denken und Lernen. Hirnforschung und pädagogische Praxis*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005 (176 S., kt., 29,90 €)**

Verf. unternimmt den anspruchsvollen Versuch, die Schnittstelle zwischen Hirnforschung und Pädagogik theoretisch wie praktisch zu skizzieren. Die Relevanz der Hirnforschung für die Pädagogik begründet er mit zwei Argumenten: Wird, erstens, in der Naturwissenschaft die Hirnforschung wissenschaftshistorisch interpretiert als Demontage des traditionellen Welt- und Menschenbildes, so hat die Pädagogik hierauf als Vermittlerin von Kultur und Reflexionsfähigkeit zu reagieren. Wenn, zweitens, die Hirnforschung die traditionelle Lernpsychologie als Nachbardisziplin der Erziehungswissenschaft weitgehend ablöst, so haben Erziehungswissenschaftler und Pädagogen im Anschluss an internationale Vergleichsstudien und knapper gemachte Ressourcen im Bildungssystem von der Hirnforschung Hinweise auf eine bildungspolitisch erwünschte Effektivierung frühkindlichen und schulischen Lernens zu erhoffen. Der Diskurs um das »effektive Lernen« zieht sich wie ein roter Faden durch die Argumentation: Reich stellt ausführlich Aufbau und Funktionsweise des Gehirns dar, referiert neueste verhaltensbiologische und neurowissenschaftliche Erkenntnisse zum Denken und Lernen und schließt sodann eine Darstellung der Anfänge der Rezeption lernbiologischen Wissens in der Pädagogik an, beginnend mit Frederic Vesters *Denken, Lernen, Vergessen* von 1978, dem bis heute eine Fülle lernbiologischer und in neuester Zeit neuropädagogischer Ratgeberliteratur folgte. Reich zeigt an Ansätzen wie »Mentalpädagogik«, »Brain-Gym« und »Superlearning« Gefahren der Simplifizierung und Verkürzung neurobiologischen Wissens in pädagogisch-didaktischen Kontexten auf und rät zu einem vorsichtigen Gebrauch der Silbe »Neuro«. Die Schnittstelle von Hirnforschung und Pädagogik kann sich Reich zufolge nicht im Bereich pädagogischer Rezeptvorschläge ergeben. Möglichkeiten zum Transfer zwischen beiden Wissenschaftsdisziplinen sieht er in der Kultur: Einerseits ist die Neurobiologie selbst Produkt einer kulturellen und historischen Entwicklung, andererseits ist die Kultur Produkt des Denkens und Lernens vieler Menschen.

Die Kultur-Historie »als Brücke oder Klammer zwischen Neurobiologie und Pädagogik« (90) zu interpretieren, ist zugleich der stärkste wie der schwächste Teil des Buches. Der Gedanke einer Historisierung der Neurobiologie wird nur vereinzelt wieder aufgenommen. Auch die Spezifik eines kulturellen Gedächtnisses gegenüber dem individuellen Denken und Lernen von Menschen wird nicht konsequent zu Ende gedacht. Reich rettet sich an das vermeintlich sichere Ufer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, indem er die Analogien von Kultur und Kognition in der informationsverarbeitenden Funktionsweise neuronaler Netze verortet und hieraus »Überlegungen zur interdisziplinären Zusammenarbeit von Neurobiologie und Pädagogik« (115) ableitet. Ausführlich behandelt er hierbei Möglichkeiten und Grenzen, das Theorie-Praxis-Problem in Pädagogik und Erziehungswissenschaft zu lösen, sowie das Transferproblem zwischen Neurobiologie und Pädagogik durch eine gemeinsame Sprachregelung zu umgehen.

Das Buch endet ambivalent. Einerseits werden im abschließenden Praxis-Kapitel zahlreiche Vorschläge zur schulpraktischen Umsetzung der neurobiologischen Überlegungen unterbreitet: So wird z.B. auf die Bedeutung von Üben und Emotionen für Lernen, auf Möglichkeiten des Erwerbs von Mathematik- und Sprachkompetenz sowie auf das Lernen durch Fallarbeit hingewiesen. Für pädagogisch Tätige sind dies sicherlich keine neuen Vorschläge. Andererseits wird versucht, das diagnostizierte Problem der

Nicht-Ableitbarkeit didaktischer Interventionen aus den Erkenntnissen von Verhaltensbiologie und Hirnforschung zu vermeiden, indem die Ratschläge einfach nicht weiter konkretisiert werden. Claudia Niewels-Kersting (Soest)

## Soziologie

**Hess, Sabine**, *Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen in Osteuropa*, Geschlecht und Gesellschaft Bd. 38, VS, Wiesbaden 2005 (258 S., kt., 29,90 €)

Forderungen der Frauen- und anderer sozialer Bewegungen nach einer allgemeinen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, um eine geschlechterparitätische Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zu erreichen, sind inzwischen im steten Bemühen, Erwerbsarbeitszeiten (trotz Massenerwerbslosigkeit) zu verlängern, von der politischen Tagesordnung verschwunden. Auf der Basis einer nur geringen Mehrbeteiligung der Männer an Familienarbeit und einer immer weiter steigenden Frauenerwerbsquote bleibt das Problem der Regelung von Haus- und Familienarbeit bestehen (11). Eine Zauberformel heißt Au-pair. Sie bietet die Möglichkeit, relativ preiswert eine Kinder- und Haushaltshilfe zu engagieren und stellt zugleich eine von wenigen Migrationsstrategien für Frauen dar. Im Jahr 2000 kamen auf diesem Weg über 11 000 junge Frauen aus Südostasien, Afrika, Lateinamerika, zunehmend aus Osteuropa nach Deutschland (89, 97). Erklärtes Anliegen der Verf. ist es, »die Veränderungen der Institution Au-pair mit Blick auf die Beweggründe, Praktiken und Selbstdeutungen der beteiligten Akteure [...] zu analysieren« (12). Im Rahmen ihrer »kulturanthropologischen Forschungsperspektive« (13) befragt Hess sechs Frauen aus der Slowakei (13f), die das einjährige Au-pair-Visum für Deutschland erhalten hatten. In den meisten Fällen gelingt es ihr, die jungen Frauen noch in ihrem Heimatland nach ihren Beweggründen zu befragen und sie im Laufe ihres Aufenthaltes in Deutschland regelmäßig zu kontaktieren. Die Auseinandersetzung mit den Vermittlungsagenturen in Deutschland und in der Slowakei gehört ebenso zum Untersuchungskonzept wie die Befragung der deutschen Gasteltern (zumeist der Mütter). Weitere Probleme, die im Zuge eines Au-pair-Aufenthaltes auftreten können, erforscht Verf. mit intendierten, aber zufälligen Gesprächen, die sich ergeben, als sie sich unter die Reisenden von Busrouten zwischen Deutschland und der Slowakei mischt, um zu weiteren (auch ehemaligen) Au-pairs Kontakt aufnehmen zu können (100ff).

Mit Hilfe ihres Forschungsansatzes, mit dem die Verf. an Foucault, Bourdieu u.a. anknüpft, gelangt sie zu einer Fülle von weiterführenden Fragen und Ergebnissen auf unterschiedlichen Ebenen. Dazu gehört z.B. der widersprüchliche Kontext, in dem Au-pair angesiedelt ist: Die zeitlich begrenzte Kinderbetreuung und Mithilfe im Haushalt der Gastfamilie wird mit einem Taschengeld sowie Unterkunft und Verpflegung entgolten. Diese Regelung, die keine klare Zuordnung zu Haus- oder Lohnarbeit zulässt, führt immer wieder zu Konflikten zwischen Gasteltern und Au-pair, weil die jungen Frauen sowohl (zeitlich begrenzte) Familienmitglieder als auch bezahlte Arbeitskräfte sind. Beide Positionen werden, so zeigt Hess, in der Kontrastierung der Interviews mit den Au-pairs und denen ihrer Gasteltern, immer wieder gegeneinander gerichtet. Die Gastmütter haben die Möglichkeit, Hausarbeiten, deren Erledigung ihnen missfällt, an die Au-pairs zu delegieren und zugleich eine schlechte Ausführung zu kritisieren. Auftretende Konflikte ranken sich ferner um Fragen der Zeitökonomie und der sozialen Kontrolle (vgl. 200ff). Deutlich wird der geringe Handlungsspielraum junger Frauen in der Slowakei, die trotz gymnasialer Schulbildung (226) nur geringe Möglichkeiten haben, ein Studium aufzunehmen oder

eine andere qualifizierte Berufsausbildung zu beginnen. Einige junge Frauen nutzen die Möglichkeit des Au-pair-Aufenthaltes als Flucht aus potenzieller Erwerbsarbeitslosigkeit oder aus als einengend empfundenen Familienstrukturen. Einige knüpfen im Gastland Kontakte, um sich die Möglichkeit zu »permanenten Transmigration« (236) – einer wiederkehrenden grenzüberschreitenden Migration zwischen zwei oder mehr Ländern – zu eröffnen, anderen dient das Jahr im Ausland dazu, mehr Selbständigkeit und biographische Entscheidungssicherheit oder zusätzliche Qualifikationen (z.B. Fremdsprachenkompetenz) für ihr Leben im Heimatland zu gewinnen.

Hess kommt zu dem Schluss, dass sich über Au-pair verschiedene Unterdrückungsformen in Bezug auf Arbeits-, Geschlechter- und Migrationsverhältnisse im Rahmen neoliberaler Bedingungen und Politiken reproduzieren, national und global. »Migrantische Hausarbeiterinnen«, so fasst sie zusammen, »stehen für einen neuen globalisierten Regulationsmodus auch der Privatsphäre, der die Frage nach einer geschlechtergerechten Um- und Neuverteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeiten durch die feminisierte Ethnisierung der Letzteren umgeht« (247). Auch ein latenter Rassismus werde deutlich, wenn die Gasteltern die Beschäftigung einer Au-pair rechtfertigen, indem sie sie in eine Art »Entwicklungshilfe« umdeuten (202). Die Stärken des Buches liegen in der differenzierenden Perspektive (unter Einbeziehung subjektiver Sichtweisen und Deutungen), die es ermöglicht, Bekanntes anders zu sehen und neue Fragen aufzuwerfen. Dagegen bleiben die Veränderungsvorschläge, wie z.B. die Anpassung der Rechtslage für Beschäftigungen im Privathaushalt an die der Lohnarbeitsverhältnisse (246), eher vage.

Barbara Ketelhut (Hannover)

**Rätz, Werner, Dagmar Paternoga u. Werner Steinbach, *Grundeinkommen bedingungslos*, AttacBasisTexte Bd. 17, VSA, Hamburg 2005 (94 S., br., 6,50 €)**

In Zeiten der neoliberalen Zerstörung der Sozialsysteme sind Alternativkonzepte für Umbau oder Neugestaltung der sozialen Sicherung notwendig. Ideen dafür gibt es in unterschiedlichen Formen schon länger, z.B. als Grundsicherung, Grundeinkommen, Mindestsicherung, Bürgergeld, negative Einkommenssteuer usw. Die Spannweite der Zielsetzungen bewegt sich von (früher) »solidarischem Teilen von Reichtum« zu (gegenwärtig) defensiver »Abwendung von Armut« (9). Die Autoren, aktiv in Attac und der Kampagne »Genug für alle«, haben den verdienstvollen Versuch unternommen, in einer kleinen, übersichtlichen und präzisen Broschüre das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens in die gegenwärtige sozialpolitische Diskussion einzuordnen. Sie erklären, was Grundeinkommen ist und woher die Idee stammt; fragen nach den Voraussetzungen für eine solche Lösung und diskutieren ihren Stellenwert als Menschenrecht; werfen das Problem der Vollbeschäftigung und des modernen Sozialstaates auf; zeigen theoretische und praktische Probleme für die Durchsetzung der Idee des Grundeinkommens; verorten das Konzept im politischen Kontext und präsentieren Berechnungen, die eine Umsetzung des Grundeinkommens als machbar bestätigen sollen.

Ansatzpunkt des Konzepts ist die Erkenntnis, dass in unserer Gesellschaft alles seinen Preis hat und neben den Grundbedürfnissen auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben finanziert werden muss. Dabei wird unterstellt, dass die Abwendung von Armut in einer Gesellschaft, die auf privat angeeignetem Reichtum beruht, nicht möglich ist, dass also radikale Umverteilung erforderlich ist. Bewusst wird zwischen einer »Grundsicherung« und einem »Grundeinkommen« unterschieden, beide werden zwar staatlich vergeben, sind mit einem Rechtsanspruch verbunden und aus Steuern finanziert, unterscheiden sich aber grundlegend. Für eine Grundsicherung sind festgelegte Bedingungen zu erfüllen, »während ein Grundeinkommen allen gewährt würde« (10). Letzteres gibt es bislang nicht und ist im Sinne von Attac eine anzustrebende politische Forderung. Sie schließt den

individuellen Rechtsanspruch, also die Nichtverrechnung mit Bedarfsgemeinschaften, die Existenzsicherung im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und die Abkoppelung vom Arbeitszwang ein (12).

Die deutsche Diskussion ging wesentlich von der Erwerbslosenszene aus, die eine sinnvolle Überwindung des Arbeitslosen- und Sozialhilferechts erhoffte. Im Kern der Überlegung steht dabei die Vermutung, dass im gegenwärtigen Kapitalismus die Nachfrage nach Arbeit sinkt und Vollbeschäftigung nicht mehr zu erreichen ist. Da liegt es nahe, für denjenigen Bevölkerungsteil, der sowieso ausgegrenzt wird, eine Lösung für ein menschenwürdiges Leben zu finden und gleichzeitig auch für alle anderen den Zwang zur Erwerbsarbeit zu lockern. Den Autoren ist die Perspektive der Abtrennung des Einkommens von der Erwerbsarbeit allerdings nicht nur angenehm. Die politische Zuspitzung sehen sie nicht nur in der Forderung nach besserer Arbeit, sondern in der Möglichkeit, ein »Recht auf Faulheit« (Paul Lafargue) zu verwirklichen. Aus dieser Perspektive wird das zugespitzte Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens tatsächlich zur Sprengladung am kapitalistischen System, da es die Vormacht des Eigentums und der Aneignung fremder Arbeit aufzulösen verspricht. Ein Freiheitsgewinn scheint möglich zu werden, in dem es um »die Befreiung von individueller Überlebensangst, die Befreiung von kapitalistischer Lohnarbeit und die Befreiung zur bürgerschaftlichen Freiheit« gehen soll (22). Den Verf. ist klar, dass dies nicht ohne Widersprüche abgeht. Dabei muss die Frage beantwortet werden, ob es ein Menschenrecht auf bedingungsloses, also weder an die Pflichten gegenüber privatem Eigentum noch der Gesellschaft gebundenes Grundeinkommen gibt; oder ob es lediglich um die Ruhigstellung der aus der Arbeit Ausgegrenzten geht, die in Stand gesetzt werden, die privat produzierten Güter noch als Kunden kaufen zu können. Problematisch ist das Konzept zudem im Abwehrkampf gegen den derzeit praktizierten Sozialabbau. Auffällig ist auch das Ausblenden der Erfahrungen des realen Sozialismus: Die Entkopplung von Leistung, Arbeit und gesellschaftlicher Anerkennung, die faktische Gleichmacherei, hat zwar nicht in der ›reinen Lehre‹, wohl aber in der alltäglichen Praxis zum Untergang dieser Gesellschaft beigetragen. Offensichtlich sind ökonomische Gesetzmäßigkeiten und die Motivation der Handelnden nicht ausreichend für die Beantwortung der Frage, ob eine hochtechnisierte Welt der Zukunft, in der jeder nur seine befreite und humanen Ansprüchen genügende Arbeit tut oder auch nicht, funktionieren mag. Stefan Bollinger (Berlin)

**Duchrow, Ulrich, Reinhold Bianchi, René Krüger u. Vincenzo Petracca, *Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, VSA, Hamburg 2006 (510 S., br., 19,80 €)**

Verf. setzen sich aus befreiungstheologischer Perspektive mit den sozial und psychologisch destruktiven Auswirkungen des neoliberal-imperialen Kapitalismus auseinander – mit der Bibel als erkenntnistheoretischem Hintergrund. Sie skizzieren die durch den Neoliberalismus produzierten Ungleichheiten nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerregionale Ungleichheiten und beziffern die durch den Neoliberalismus direkt oder indirekt getöteten Menschen auf 100000 pro Tag bzw. 36,5 Mio. pro Jahr. Angesichts der sich verschärfenden Ausbeutung fragen sie sich: »Wie kann der Mensch jenseits der Anerkennung als Eigentümerindividuum als Subjekt Anerkennung finden?« (51) Es geht ihnen zentral darum, dass sich die Menschen aus ihrem »Desorientierungstrauma« befreien (26). Der neoliberale Kapitalismus produziert »Hoffnungslosigkeit« (37), »Verzweiflung« (ebd.) und die »Verdrängung von Wirklichkeit« (31). Fatalismus macht sich breit, der den Menschen die Orientierung auf gesellschaftsverändernde Praxis raubt und sie für die »totalitäre Ideologie« des ›TINA‹-Prinzips (›There Is No Alternative‹ – Margaret Thatcher) anfällig macht.

Die zuspitzende Kennzeichnung der neoliberalen als ›totalitäre Ideologie‹ wirkt stellenweise grotesk, etwa wenn Verf. den Kapitalismus einerseits als Struktur, die darin Handelnden aber andererseits als Schuldige verstehen: »Die Schuld liegt nicht in einzelnen unmoralischen Handlungen, sondern im Funktionieren im System und Ausnutzen seiner Mechanismen zum eigenen Profit – genauso wie beim ›Mitlaufen‹ im Nationalsozialismus« (143). Doch es gibt kein Leben außerhalb des Kapitalismus, die Menschen sind gezwungen, sich im und durch den Kapitalismus zu reproduzieren. Mit der Schuldterminologie fließt zudem unreflektiert die christliche Gedankenfigur der Urschuld (*culpa*) in die Analyse ein.

Die Traumatisierung der Verlierer wird exemplarisch an Deutschland und Argentinien herausgearbeitet. In Anknüpfung an die Relationale Psychologie analysieren sie eine »Opfer-Täter-Verkehrung«, die zur »doppelten Viktimisierung« führt, indem bspw. Erwerbslose als »Opfer« traumatisiert und ihnen zugleich von den »Tätern« die »Schuld« für ihre Lage zugeschrieben wird (115). Obwohl Menschen als Handelnde gedacht werden, bleibt das Verhältnis von Handeln, Opferstatus und dem Aufbau des »Reich Gottes« (430) nach »Gottes Weisung« (418) unbestimmt. Die Gewinner untersuchen Verf. mit dem marxischen Begriff der »Charaktermaske«, um zu zeigen, wie sich die kapitalistische Struktur im Handeln niederschlägt. Von zentraler Bedeutung ist die Selbstschädigung, die sich die Gewinner zufügen. »Neoliberale Eliten als Überzeugungstäter betreiben ihre eigene Selbst-Einschränkung als humane Gesamtpersönlichkeit, indem sie sich an der Auflösung des Gemeinwesens aktiv beteiligen« (176). – Eine zukünftige »Schlüsselfrage« ist die Parteinahme der Mittelklassen im aktuellen Klassenkampf (200). Werden sie sich konservativ oder, wie in der deutschen Vergangenheit, sogar faschistisch orientieren oder gemeinsam mit den Verlierern neue Perspektiven erschließen? Der argentinische Fall zeige nämlich, »dass es möglich ist, dass Arbeitslose, Arbeitende und Mittelschichten sich zu einer gemeinsamen Protestbewegung zusammenschließen« (201).

Verf. verorten sich in der Apokalypitk, der biblischen Hoffnungsliteratur »von unten«. In der Tradition Ezechiels und Daniels wird ein zukünftiges Subjekt entworfen, dessen Handlungsmaxime die Menschen bereits im Hier und Jetzt antizipieren und für sich übernehmen sollen. Es ist die Person Jesu, welche pro-aktiv, gewaltfrei und mutig mit den Menschen teilt und sich auf die Seite der Armen, Trauernden, Hungerigen und Verfolgten stellt. Die Utopie einer solidarischen Marktwirtschaft, die Verf. formulieren, orientiert sich an einer kommunistischen Bibelinterpretation, an sozialistischen Visionen, aber auch an rätendemokratischen Ansätzen. Verf. spenden einerseits Hoffnung, analysieren aber andererseits die aktuelle Haltung und Spaltung der Kirchen. Kirchliche Stimmen im Süden vertreten eine kapitalismuskritischere Position als im Norden. Die römisch-katholische Kirche ist seit den 1980er Jahren »merkbar nach rechts gerutscht« (456) und lehrt mittels eines systemkonformen »Medienpapsttums« (467) eine »Kapital-Staats-Theologie« (459). – Verf. treten ein für die Umverteilung von Arbeit, ein solidarisches und ökologisch verantwortliches Wirtschaften, eine öffentliche Grundversorgung, bäuerliche und ökologische Landwirtschaft sowie Abrüstung. Langfristiges Ziel ist es, dem Kapitalismus u.a. durch die »Verweigerung des Kaufs und Konsums von Billigwaren«, den »Boykott von Konzernen«, den »Widerstand gegen Kernenergie« und den »Entzug von Steuergeldern für IWF und Weltbank« (403) die Basis zu entziehen. Zentral ist die Entmythologisierung der neoliberalen Ideologie, nicht im Sinne der Aufklärung, sondern als »Exorzismus« (402). Unklar bleibt dabei das Verhältnis von »Exorzismus« und christlicher Nächstenliebe. Kirchen sollen Reiche auf ihren Reichtum ansprechen und für eine »beherrschungsfreie Ordnung Gottes« eintreten (474). Der »Kernpunkt für die Kirchen« ist »die Bündnisbildung mit den Verlierern und den solidarischen Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen« (477). Eine Allianz von Mittel- und Unterschicht soll den Kapitalismus revolutionär überwinden.

Ralf Brodesser (Hamburg)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Marchart, Oliver, u. Rupert Weinzierl (Hg.),** *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (211 S., br., 24,90 €)

Um eine Antwort auf den Neoliberalismus geben zu können, »müsste die Antiglobalisierungsbewegung [...] sich um eine hegemoniale politische Artikulation all der verschiedenen Kämpfe« bemühen (Chantal Mouffe, *Exodus und Stellungskrieg*, 2005, 62). Nicht zufällig – einer der Hg. übersetzte Mouffes jüngsten Essay – setzt der Sammelband an dieser Einschätzung an. Entsprechend definieren die Hg. die globalisierungskritischen Bewegungen als »Protestformationen«, die auf dem Feld der gramscianisch verstandenen Zivilgesellschaft nach »Gegen-Hegemonie« streben (7f). Ihr verbindendes Element, ihr »Artikulationspunkt«, bestehe im Ziel radikaler Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen (8).

Damit ist der Rahmen für die Mehrzahl der Beiträge abgesteckt. Achim Brunnengräber nimmt das Scheitern der Nichtregierungsorganisationen in den 1990er Jahren als Ausgangspunkt für eine historische Einordnung. Diese hätten ihre vermehrte institutionelle Einbindung für eine Durchsetzung der von den Neuen Sozialen Bewegungen aufgeworfenen politischen Forderungen nicht nutzen können. Stattdessen hätten sie oft die unrühmliche Rolle von Legitimationsbeschaffern für neoliberale Politiken gespielt. Gleichzeitig habe die »Forcierung neoliberaler Politik im Weltmaßstab [...] ein gemeinsames Diskursfeld und somit Anknüpfungspunkte für transnational koordiniertes Handeln geschaffen« (29). Auf diese Weise habe sich eine Protestbewegung als »New Global Opposition« formiert. Im Gegensatz zu dieser negativen Bestimmung der Übereinstimmungen identifiziert Joachim Hirsch den gemeinsamen Nenner der Bewegungen im »Kampf um Demokratie und Menschenrechte« (95). Der Neoliberalismus stelle im Kern einen Angriff auf die repräsentativ-demokratischen Rechte im Nationalstaat dar, mit der Folge einer »autoritären Versetzung der Staatsapparate« (90). Eine »dringend notwendige (Re-)Demokratisierung der Verhältnisse bedürfte einer neuen politisch-sozialen Bewegung« (92). Die Aussichten, dass dies durch die globalisierungskritische Bewegung erreicht werden könnte, seien jedoch »nicht gerade günstig« (ebd). Zwischen fehlenden Einflussmöglichkeiten und drohender Vereinnahmung insbesondere der professionalisierten Teile bestehe die Chance der Bewegung darin, das »Spannungsverhältnis zwischen den radikaleren und reformistischeren Teilen [zu] erhalten« (97), um so eine kritische Öffentlichkeit zu mobilisieren, politischen Druck zu entwickeln und »bestehende Widersprüche innerhalb des Staatensystems« auszunutzen und zuzuspitzen (ebd). Ulrich Brand hebt solche Widersprüche als Politisierungspotenzial hervor. Angesichts mangelnder »politischer Kristallisationspunkte« (43) sieht er als Aufgabe einer gegenhegemonialen »Gärungsarbeit«, den herrschenden Politikbegriff einer »Relativierung und gleichzeitig einer Radikalisierung« zu unterziehen (40).

Eine hegemonietheoretische Perspektive bzw. eine Analyse der globalisierungskritischen Bewegung als gegenhegemoniales Projekt sind der gemeinsame Bezugspunkt und rote Faden des Bandes. Diese Perspektive sorgt zunächst dafür, einer unvermittelten Pluralität der Bewegung nicht unkritisch das Wort zu reden. Im Gegenteil: Oliver Marchart kritisiert den vor allem von Hardt/Negri vertretenen »mengenhaften Passivismus« einer »Multitude«, deren Modell »auf nichts anderes hinausläuft als auf das bloße *Dagegen sein* einer Vielheit von Solitären« (202). Er weist auf eine »Gefahr der Depolitisierung« hin, »besonders dann, wenn man sich auf kein gemeinsames Programm und keine gemeinsamen Organisationsformen verständigen will, oder vielleicht auch gar nicht kann« (206). Dieser Gefahr setzen mehrere Autoren unter Berufung auf Laclau und Mouffe (*Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien 1991) die Forderung entgegen, die Kämpfe

und Bewegungen durch »Äquivalenzketten« zu bündeln und auf diese Weise eine »hegemoniale politische Artikulation zwischen all den verschiedenen Kräften« herzustellen (53). Als gemeinsame Bezugspunkte werden »Prekarität« (Sylvia Riedmann in einer Analyse der May-Day-Mobilisierungen), »Demokratisierung« (Hirsch) oder eben der »Kampf gegen den Neoliberalismus« (Brunnengräber) genannt.

Die durch die Begriffe »Gegenhegemonie«, »Äquivalenzkette« oder »radikale Demokratie« erst aufgeworfenen Fragen werden jedoch nur andeutungsweise diskutiert: Wie verbinden sich in der »Bewegung der Bewegungen« Autonomie und Pluralität einerseits mit der Frage nach Bündnissen und hegemonialer Artikulation andererseits? Entstehen so auch neue Herrschaftsverhältnisse bzw. werden alte reproduziert? Welches (gegen-)hegemoniale Potenzial steckt in der globalisierungskritischen Bewegung? Eine Analyse von sich aus der Bewegung selbst entwickelnden Alternativen wie solidarische Ökonomien, mediale oder räumliche Gegenöffentlichkeiten sucht man vergebens. Wie steht es um die gesellschaftlichen Bedingungen? Brunnengräbers These einer »Legitimationskrise neoliberaler Politik«, durch die »langfristig von einer Intensivierung der Proteste auszugehen« sei (29), kann kaum überzeugen. Und schließlich: Wie verhält sich die Bewegung zum Staat? Jens Kastner liefert allenfalls einen Überblick über staatstheoretische Positionen akademischer »Vordenker«. Das Fehlen einer Diskussion über den Staat in den Bewegungen selbst und über das eigene Verhältnis zu diesem wird nicht problematisiert. Das Ausweichen auf gegenhegemoniale »Gärungsarbeit« (Brand) zeugt von einer daraus resultierenden Verlegenheit. Über einige Anregungen hinaus bietet der Band wenig Neues. Die Verpflichtung auf die Begriffe »Gegenhegemonie« und »radikale Demokratie« wirkt in vielen Beiträgen aufgesetzt und theoretisch oberflächlich abgehandelt. Somit bleibt die im Titel gestellte Frage nach dem »Stand der Bewegung« letztlich unbeantwortet. Armin Kuhn (Berlin)

**Bensaïd, Daniel**, *Eine Welt zu verändern. Bewegungen und Strategien*, Unrast, Münster 2006 (182 S., br., 13 €)

Verf. spielte eine wichtige Rolle in der 1968er-Studierendenrevolte, und er konnte seinen revolutionären Eifer gegen ein Abdriften ins Lager des postmodern-grünen Opportunismus (à la Daniel Cohn-Bendit) oder des ultrarechten Lagers (wie Bernd Rabehl) behaupten, ohne ins Sektierertum zu verfallen. Politisch gehört er zur nicht-orthodoxen trotzkistischen Strömung der französischen Linken. Er liefert nun eine parteiische Intervention in theoretisch-strategische Debatten der Linken. Einen »sozialistischen Masterplan« legt er nicht vor, vielmehr kann das Ziel solcher Interventionen nur darin bestehen, als Kritik der revolutionären Ungeduld für ein ernüchtertes Gemüt zu sorgen und den systemoppositionellen Eifer an die ärgerlichen Tatsachen zu erinnern, die eine Geburt der besseren Gesellschaft aus dem Schoße der alten ver- oder behindern, und andererseits keinen Zweifel daran zu lassen, dass der Eifer »trotz alledem« notwendig und richtig ist (sofern er angeleitet wird durch eine nicht weniger revolutionäre Vernunft). Der Klappentext des Buches verspricht, »die Perspektive einer revolutionären Möglichkeit auch angesichts der historischen Niederlagen nicht aufzugeben«. Seine Kritik richtet Verf. auf zentrale theoretische Konzepte der globalisierungskritischen Linken, insb. auf Hardt/Negris *Empire* und Holloways *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*.

Das ernüchterte Gemüt ist allerdings weniger Folge der Argumentation, sondern Resultat der Enttäuschung über die Qualität der selbigen: Gerade für Neuzugänge in den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen erwiese sich ein kritischer Zugang zu den innerlinken Lagerbildungen als hilfreich – aber dafür erweist sich der Beitrag als zu umständlich und zu bescheiden zugleich: Zu umständlich, weil er seine Kritik richtig platziert, seine eigenen Vorschläge aber auf unnötigen Umwegen daherkommen. Dem Begriff der »Multitude« wirkt



er vor, »soziologisch unpräzise, philosophisch obskur und strategisch leer« (62) zu sein; seine Kritik legt die Schwächen offen und zielt darauf ab, die genährten, unrealistischen Erwartungen zu dämpfen. Hierbei seien Verbündete eher auf Seiten ›traditioneller‹ Organisationen (z.B. Gewerkschaften) zu finden. Die Suche nach dem postmodernen, universellen Proletariat sei unnötig: »Zu versprechen, dass die Bewegung der Multitude demokratische Formen einer neuen konstitutionellen Macht erfinden würde, zeichnet eine zu vage Perspektive, um auf die Herausforderungen der Epoche antworten zu können« (ebd.).

Verf. plädiert für eine Revitalisierung der Klassenpolitik, läuft aber Gefahr, hinter die berechtigte Kritik von Neo- und Postmarxismen an selbstverständlichen politischen Subjekten zurückszufallen. – Zu bescheiden ist er, weil sich der Eindruck aufdrängt, dass er sich um einige kritische Konfliktpunkte drückt. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens kritisiert er zwar, verzichtet allerdings darauf, die in dieser Forderung kristallisierten Dimensionen (wie z.B. »Ende« oder »Krise der Arbeitsgesellschaft«) zu diskutieren. Zudem übergeht Verf. das unhintergehbare Problem der postsowjetischen Situation. »Der Bankrott der bürokratischen Regime« mag zwar um »die grauenhaften Erfahrungen des real nicht existierenden Sozialismus bereichert« haben (20), er hat aber mindestens genauso für eine traumatische Hypothek gesorgt, an der die Linke noch Jahrzehnte zu knabbern haben wird. Verf. nähert sich dieser Herausforderung nicht weiter. Seinem den altermondialistischen Slogan paraphrasierenden Schlusswort »Eine andere sozialistische Welt ist möglich!« wird Verf. somit in Sachen Vergangenheitsbewältigung nicht gerecht.

Warum er einen langen Umweg über Lenin macht, um zur Erkenntnis der bleibenden Notwendigkeit von Parteien zu gelangen, wird nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Lenin bleibt auch heute relevant, aber für die konkrete Vermessung des Terrains sozial-ökologischer Bündniskonstellationen hätte etwa den erwähnten »15 Thesen für eine alternative europäische Linke« Fausto Bertinottis mehr Raum gegeben werden können. Verf. will Holloway nachweisen, wie dieser, um seine radikal antietatistische Strategie theoretisch untermauern zu können, »über eine umfangreiche kritische Literatur gegen den Staat, von Lenin und Gramsci bis zu den heutigen Polemiken und den Beiträgen von Poulantzas oder Altwater« hinweg geht (121). Auf der theoretischen Ebene wird Holloway attestiert, dass er »die Kritik des Fetischismus bei Marx im ersten Band des *Kapital* aufgabe oder vergesse« (122), praktisch wird die »Anti-Macht«-Strategie ins Visier genommen: »Diejenigen, die behauptet haben, die Eroberung der Macht zu ignorieren, wurden oft von ihr eingeholt: Sie wollten sie nicht erobern, die Macht hat sie erobert« (127). »Es besteht die Gefahr, dass die Multiplizierung der ›Antis‹ (die Antimacht einer Antirevolution und einer Antistrategie) sich schließlich auf eine klägliche, rhetorische Liste reduzieren lässt, die theoretisch und praktisch die Unterdrückten entwaffnet, ohne deshalb den eisernen Kreis des Fetischs und der Herrschaft zu brechen« (132). – »Mehr als jemals zuvor ist es notwendig, die Verbindung zwischen Theorie und Praxis aufzunehmen« (21), so formuliert Verf. die Zielsetzung, lässt aber selbst neben vielen offenen Fragen noch mehr Wünsche offen. Einer dieser Wünsche ist, dass seine früheren Werke den Weg in die deutsche Übersetzung finden, um die hier wenig zur Geltung kommenden Stärken des Philosophen kennenlernen zu können.

Alban Werner (Aachen)

**Schönbauer, Ulrich, u. Michael Vlastos (Hg.),** *Der neue Antikapitalismus*, ÖGB-Verlag, Wien 2006 (256 S., br., 24,90 €)

Kritik am Kapitalismus ist auch in Österreich vermehrt zu hören, zumeist am Verlust seiner wohlfahrtsstaatlichen Einbettung und der »sozialen Kälte«, die damit einhergeht. Nicht der Kapitalismus als ein Gesellschaftssystem, das Ungleichheit erhöht, Macht konzentriert,

die Natur zerstört und Gruppen, Räume und Probleme gleichermaßen fragmentiert, wird als Problem wahrgenommen, wohl aber die aktuelle Form. Das vorliegende Buch ist hierbei keine Ausnahme. Es nähert sich dem Thema von zwei Seiten. Einleitung und Klappentext erzählen eine bekannte Rahmenhandlung: »neoliberale Hegemonie«, »Geld-Geld-Kapitalismus« (7), »Dominanz der Finanzmärkte« und »Auseinanderklaffen zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft« (7f). Das Buch könne zwar kein Gegenmodell zum Kapitalismus entwerfen, wohl aber sollte es »für die eine oder andere Irritation reichen« (7).

Überwiegend geht es dann um Chancen zur betrieblichen Mitgestaltung durch Betriebsräte, »innerhalb des Systems Handlungsoptionen zu bewahren« (9), basierend auf einer qualitativen Befragung österreichischer Betriebsratsmitglieder, geleitet von Bacher und Schönbauer. Eine der wichtigsten Erkenntnisse: Es gibt einen betriebsinternen Konflikt zwischen dem am Shareholder-Value orientierten Top-Management und den darunter liegenden Führungsebenen (25). Weiter zeigt sich, dass Betriebsratsarbeit wirksamer ist, wenn sich die Konzernzentrale im Inland befindet, da ansonsten das lokale Management keine oder nur eingeschränkte Verhandlungsmacht besitzt (17). Und dass auch Betriebsräte die Wirksamkeit von Corporate Social Responsibility (CSR) als gering einschätzen (23). Diese Befunde veranlassen die Autoren, nach neuen Wegen »weg vom Verhindern hin zum Mitgestalten« (29) zu suchen. Durch »Co-Management« soll »sowohl auf strategische Entscheidungen als auch auf die konkrete Umsetzung« (28) Einfluss genommen werden. Die Formen des Verhandeln sind jedoch so neu nicht, wie ein Betriebsrat erzählt, der den Personalchef aus einer Studentenverbindung kannte. »Mit dem bin ich dann relativ oft essen gegangen [...]. Da kam dann Kritik auf, ich packle mit ihm. Nachdem ich das ein paar Mal gehört hatte, habe ich bei einer Betriebsversammlung gesagt, [...] beim Mittagessen handle ich oft Sachen besser aus, als wenn wir hinterher in einer gespannten Atmosphäre zusammensitzen« (49).

Der Beitrag, dem das Buch vermutlich seinen Titel verdankt, stammt von Norbert Klöcker, einem Berater. Überschieden ist er »Ein neuer Antikapitalismus?«, im Unterschied zum Buchtitel mit Fragezeichen. In der angehängten Powerpoint-Präsentation verdeutlicht der Untertitel, worum es geht: »Wie ist Betriebsratsarbeit neu auszurichten und zu organisieren?« (227). Das Buch verkauft also Äpfel für Birnen. Antikapitalismus ist auch hier nur ein »starkes Wort mit schwacher Bedeutung« (Haug in diesem Heft). Doch warum mutet sich der Verlag des ÖGB einen derartigen Titel zu? Eine Vermutung ist die Orientierungslosigkeit der Institution, denn ins Erscheinungsjahr 2006 fällt die schwerste Krise der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegsgeschichte. Die Kritik der Finanzmärkte in der Einleitung ist bemerkenswert, wurde doch die Krise durch die gewerkschaftseigene Bank, die BAWAG, ausgelöst. Deren Manager hatten Spekulationsverluste in Milliardenhöhe gemacht, die vom damaligen Präsidenten des Österreichischen und des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Fritz Verzetnitsch, als Aufsichtsratsvorsitzendem der Bank gedeckt wurden. Die daraus folgenden Finanz- und Legitimierungsnöte zwingen die Gewerkschaft nun einerseits, Kreide zu fressen und auf das Goodwill des konservativen Staats und der starken Kapitalvertreter zu hoffen, während andererseits der Vertrauensverlust bei der arbeitenden Bevölkerung und sozialen Bewegungen wie Attac stärkere Konturierungen verlangt. In diesem Buch wird beides angestrebt, ohne es leisten zu können. Sinnvoller wären zwei Bücher gewesen: Das erste Buch könnte die Möglichkeiten für Betriebsratsarbeit nach dem Ende des durch Wohlfahrtsstaat und Sozialpartnerschaft institutionalisierten Klassenkampfes ausloten. Dieses hätte die spezifische politische Situation zu reflektieren, die auf nationaler Ebene über einige Jahrzehnte den Interessenkonflikt zwischen Arbeit und Kapital befriedete und zu sozialem und

ökonomischem Fortschritt führte. Hierzu wären aktuelle Forschungsergebnisse (vgl. *Kurswechsel* 4/2006) hilfreich, die zeigen, dass die Sozialpartnerschaft in Österreich – wenn auch geschwächt – solange Bestand haben wird, solange es weiterhin nahezu flächendeckende Kollektivverträge (Deckungsgrad von rund 96 %) gibt. Dies zu erhalten stellt daher ein zentrales Kampffeld dar. Die neue, innerbetriebliche Sozialpartnerschaft eröffnet, wie im Beitrag von Fulton für Großbritannien gezeigt, manche Möglichkeiten und eine Reihe von Beschränkungen, die systematischer reflektiert werden müssen. Lokal agierende Betriebsräte sind ohne nationale Vermittlungen weltweit agierenden Konzernen zumeist unterlegen (Telljohann). Es ist daher riskant, auf den schärfer werdenden Wettbewerb nur im Mikrobereich zu reagieren, nur weil gemeint wird, »da muss man schon versuchen, realistisch zu sein« (61). Zur vielfach geforderten Europäisierung der Interessenvertretung müsste geklärt werden, wie der nationale Kompromiss des 20. Jh. auf europäischer Ebene im 21. Jh. wirksam werden kann.

Ein zweites Buch mit dem Titel Antikapitalismus müsste einen historischen Bogen spannen und mit Otto Bauer, dem Austromarxismus und dem Arbeitsverfassungsgesetz der 1. Republik beginnen. Damals gab es mit Sozialismus und Gemeinwirtschaft eine Idee, was Antikapitalismus positiv gewendet bedeutet. Die Sozialisierung von Eigentum und die schrittweise Übernahme von Unternehmen durch die Belegschaft, dies war die Ausgangsidee der Institution der Betriebsräte. Diese über Einzelbetriebe hinausgehende Idee wird heute im Zeichen der Globalisierungskritik und des neu erwachten Interesses an Solidarökonomie und Genossenschaften wieder aufgegriffen. Die Erfahrungen Jugoslawiens, des Prager Frühlings und anderer Experimente mit Wirtschaftsdemokratie müssten reflektiert und dem kollektiven Wissens der Arbeiterbewegung einverleibt werden. Der Betrieb ist ein Handlungsfeld, das seine Wirksamkeit aus der Verbindung mit gesamtgesellschaftlichen Dynamiken gewinnt. Diesen größeren Horizont gilt es ins Auge zu fassen, um zu Quellen »neuer gesellschaftspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten« (9) zu kommen.

Andreas Novy (Wien)

## Ökonomie

**Foster, John Bellamy**, *Naked Imperialism. The U.S. Pursuit of Global Dominance*, Monthly Review, New York 2006 (192 S., br., 14,50 €)

Verf. arbeitet in seinen hier zusammengestellten Editorials für *Monthly Review* von November 2001 bis Januar 2005 charakteristische Grundzüge des US-Imperialismus heraus. Anders als die meisten Kritiker der US-Politik unter George W. Bush besteht er darauf, dass der Wandel von einem eher verschleierte Imperialismus der Clinton-Ära zum »nackten« des Bush-Regimes nicht einfach auf eine mehr oder minder illegale, auf Wahlfälschung beruhende Machtübernahme durch den neokonservativen Klüngel um Cheney, Rumsfeld und Wolfowitz zurückzuführen ist. Er interpretiert ihn vielmehr als im einzelnen umstrittene aber insgesamt doch konsequente Fortentwicklung der geo-politischen Strategie, mit der der US-Imperialismus auf den Zusammenbruch des sowjetischen Systems seit Ende der 1980er Jahre reagierte. Demnach wollten sich die vermeintlichen Sieger des Kalten Krieges die »Friedensdividende« in Form der Errichtung einer uni-polaren Weltordnung, in deren Zentrum Washington stehen sollte, nicht entgehen lassen. Über den Weg dahin und die Formen der sog. neuen Weltordnung waren sich die US-Machteliten zunächst aber nicht einig. Die Bush sen.-Regierung, darunter schon einige der späteren Strategen von Bush jun., benutzte die irakische Invasion in Kuwait nicht nur, um mit einem »Blitzkrieg«

gegen den Irak 1991 die Ölquellen zu sichern, sondern auch, um der schon wankenden Sowjetunion und den zerstrittenen arabischen Staaten und schließlich dem Rest der Welt die überragende militärische Macht der USA zu demonstrieren. Nicht zuletzt wollte Bush sen. damit, wie er es selbst ausdrückte, das »Vietnam-Syndrom« (16), die Erinnerung an die Besiegbarkeit des amerikanischen Militärs endgültig vergessen machen.

Ohne Beschönigung analysiert Verf. auch die US-Politik der 1990er Jahre unter Clinton als Versuch, den Weltherrschaftsanspruch des US-Imperialismus vorrangig mit ökonomisch-institutionellen Mitteln (Globalisierung, WTO, Weltbank, IWF, Washington Konsens) durchzusetzen, freilich ohne auf Gewaltandrohung bzw. -anwendung gänzlich zu verzichten, wie die zahlreichen Militärinterventionen in der Karibik, am Horn von Afrika, im mittleren Osten (Irak) und schließlich der NATO-Bombenkrieg gegen Jugoslawien/Serbien belegen. Der Strategiewechsel zum nackten, vorrangig auf militärische Gewalt gestützten Imperialismus erfolgte erst, als der ökonomische Boom der 90er Jahre mit dem Platzen der New-Economy-Blase endete.

»Nackt« ist der Imperialismus der Bush-Regierung Foster zufolge auch wegen des Wandels im Umgang mit dem politischen Vokabular. »Imperialismus«, einst ein Unwort im offiziellen politischen Sprachgebrauch, galt auch im akademischen Diskurs, selbst bei der Linken seit den 1990er Jahren, als unschicklich und unwissenschaftlich. »This is sudden no longer true. U.S. intellectuals and the political elite are warmly embracing an openly ›imperialist‹ or ›neoimperialist‹ mission« (Kap. 5, vgl. auch 67 und Kap. 9) – Mächtegern-Staatsphilosophen wie Herfried Münkler versuchten daran anzuschließen und Angriffskriege als Mittel der Politik zu relegitimieren. Solche Euphorie dürfte sich indessen nach dem desaströsen Scheitern der US-Politik im Irak (vgl. Kap. 10) wie im ganzen Nahen Osten gelegt haben.

Auf die von W.F. Haug in *Argument 267/2006* aufgeworfene Frage »Imperium oder Imperialismus?« scheint Foster zunächst eine eindeutige Antwort zu geben: Er bekennt sich ausdrücklich zur marxistischen bzw. *radical left*-Tradition der Imperialismus-Analysen von *Monthly Review*, namentlich zu Hubermann, Sweezy und Magdoff und deren epochemachenden Analyse des Vietnamkriegs (vgl. Einleitung) sowie ihrer polit-ökonomischen Analysen von Monopolkapital und US-Imperialismus (vgl. Kap. 3). Von einem solchen, zu Beginn der Essay-Serie 2001 noch altmodisch erscheinenden Standpunkt aus formuliert er eine scharfe Kritik am Empire-Konzept von Hardt/Negri: »All the talk about globalization having integrated the world and disintegrated all centers, eliminating all sovereign powers is largely illusion. Nation state sovereignty and U.S.–Imperialism have not gone away but continue to exist in this new phase of capitalist globalization in an explosive mixture.« (52f) Insbesondere die von Hardt/Negri übernommene Rede von der »world police« sei apologetisch, »more or less the way Washington describes its own actions« (36). Nun bedeutet dies keineswegs, dass auf den Begriff des Imperiums im Rahmen einer aktualisierten Imperialismustheorie prinzipiell zu verzichten wäre. Tatsächlich verwendet Verf. beide Begriffe nicht exklusiv, sondern inklusiv (vgl. Haug, 514). Freilich erscheint das Imperium hier niemals als ein positiver (Welt)Ordnungsbegriff, wie dies in einer inzwischen kaum noch überschaubaren apologetischen Literatur der Fall ist. Stets wird der vorwiegend destruktive Charakter des amerikanischen Imperiums betont, basierend auf einem weltweiten Netz von Militärbasen (Kap. 4), das keinen Frieden schafft, sondern Unheil stiftet (Kap. 11) und somit ein Imperium der Barbarei errichtet (Kap. 12), das an immanenten Widersprüchen und dem Widerstand der Unterdrückten (Völker, Klassen, Individuen) scheitern werde (Kap. 13) – dabei wird der Vergleich des Vietnamkriegs mit dem Irakkrieg und den Folgen gezogen (Kap. 10).

Sozialismus oder Barbarei, so lautet die von Foster vielfach wiederholte Alternative, vor der die Unterdrückten in aller Welt, d.h. sowohl in den kapitalistischen Zentren als auch in der Peripherie stehen, und er beruft sich dabei auf Rosa Luxemburg (Junius-Broschüre), den Sri Lankischen Marxisten Ginige V.S. de Silva sowie den in New York lebenden Lukács-Schüler István Mészáros. Natürlich weiß Verf., dass er sich mit dieser einfachen Entgegensetzung kategorial gefährlich nahe bei Reagans' und Bushs »Reich des Bösen« bewegt. Gegen das radikal Böse hilft nur Gewalt, so sehen das jedenfalls Fundamentalisten auf allen Seiten. Deshalb durchziehen Fragen des Terrorismus und Gegenterrorismus, Gruppen- und oder Staatsterrorismus, islamischer oder christlicher Fundamentalismus u.ä. in immer neuen Anläufen fast jeden der Essays. Wie viele US-Autoren begreift Verf. die Welt und ihre Akteure außerhalb der USA allerdings v.a. als Objekte des US-Imperialismus und nur selten als Subjekte der internationalen Politik.

Werner Goldschmidt (Hamburg)

**Badziura, Alexander, Bea Müller, Guido Speckmann u. Conny Weißbach (Hg.),** *Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen*, VSA, Hamburg 2005 (198 S., br., 15,50 €)

Absicht der Hg. ist es, die allgemeine Veränderung des globalen Kapitalismus und internationaler Hegemonie analytisch mit der Frage von neuen Kriegen und Imperialismus und ihren Folgen in ausgewählten Ländern zu verbinden (7). Vor dem Hintergrund einer neuen transnationalen kapitalistischen Produktionsweise dient Mario Candeias zufolge eine »imperiale Politik als Bearbeitungsform der Widersprüche des Neoliberalismus« und akzentuiert zugleich »Konflikte innerhalb des herrschenden Blocks an der Macht« (11). Doch die Auseinandersetzungen zwischen »us-amerikanischem Hegemonismus und stärker konsensual-kooperativen Ansätzen stellen die Hegemonie des Neoliberalismus nicht in Frage«. Die für ihn entscheidende offene Frage ist, »ob autoritärer Zwang und Gewalt einen zumindest passiven Konsenses« auf Dauer aufrechterhalten können (ebd.). Auch Joachim Hirsch interpretiert Konflikte der konkurrierenden kapitalistischen Metropolen mit den USA als Versuche, die USA wieder zu einer eher die Interessen der Untergeordneten berücksichtigenden Politik zu bewegen – nicht als Versuch, deren Position in Frage zu stellen. Doch traut er den USA dies nicht mehr zu und spricht im Gegensatz zu Candeias' Vorstellung einer Hegemonie eines komplexen und widersprüchlichen transnationalen geschichtlichen Blocks (27ff) von einem »strukturellen Hegemoniedefizit« der postfordistischen Weltordnung (58).

Alex Demirović zeigt, dass die sog. neuen Kriege nach wie vor sowohl ökonomischen als auch politischen Interessen folgen. »Von der Theorie der neuen Kriege wird die politiklose, unregelte Gewalt und der Staatszerfall beschworen«, v.a. in Afrika. Aber ein »kritischer Begriff« des gegenwärtigen Krieges »muss die Einheit« mit den »Kriegen des ›Westens« denken. Auch das sind neue Kriege. [...] Werden beide Formen nicht zusammengedacht (wie bei Münkler, d.A.), macht sich die Analyse zu einem Moment der kriegerischen Verfügung über Räume, Menschen und Ressourcen« (44), wie es sich gerade eindrücklich in Somalia zeigt. – Norman Paech wendet sich im Zusammenhang mit den »neuen Kriegen« gegen jede Art von »Völkerrechtsnihilismus« und setzt sich kritisch mit den Argumenten (humanitäre Intervention, präventive Verteidigung, Terrorismus, *failed states*) für eine »Modernisierung« des Völkerrechts auseinander. Selbstverständlich müsse das Völkerrecht neuen globalen Konflikten ggf. mit neuen Regeln begegnen. Derzeit bestehe aber die Gefahr, dass das Völkerrecht eher den Formen der modernen Gewaltanwendungen angepasst werde, als diese den friedensverpflichteten Prinzipien der UN-Charta zu unterwerfen. Das Völkerrecht drohe zu einem »Schurkensystem« im Sinne Rawls zu degenerieren, wenn

ein übermächtiger Staat oder eine Staatengruppe es »ablehnt, sich an ein vernünftiges Recht der Völker zu halten und es für einen hinreichenden Kriegsgrund« hält, wenn ein Krieg »seine oder ihre rationalen (aber nicht vernünftigen) Interessen fördert« (Rawls, zit. 87, Fn. 24). – Wie problematisch die Anpassung des (Völker)Rechts an neue historische Situationen sich darstellen kann, analysiert David Salomon anhand von Habermas' Konzeption der Rolle des Rechts im globalisierten Kapitalismus. Habermas hatte eine politische und soziale Reregulierung der ökonomischen Globalisierung durch ein neues Weltbürgerrecht und eine Weltinnenpolitik ohne Weltregierung gefordert. Da er aber der unzureichenden politisch-ökonomischen Analyse Polanyis folge, die die Eigentumsfrage ausblende, erweise sich seine Kritik letztlich als »zahnlos« oder gar »affirmativ« (74). Demgegenüber beruft sich Salomon auf Stephen Gill, demzufolge der »neue Konstitutionalismus« (von WTO, IWF, Weltbank usw.) lediglich den rechtlich-institutionellen Rahmen einer »globalen Enteignungsökonomie« (Harvey) darstellt (ebd.).

Die Fallstudien zur Auswirkung der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen beschränken sich auf Afrika, Lateinamerika und Europa. Nicht berücksichtigt werden Ost- und Südasiens, Russland und Zentralasien sowie der Nahe und mittlere Osten. Das Gesamtbild der Weltlage kann jedoch ohne Berücksichtigung der grundlegenden ökonomischen und (macht)politischen Veränderungen dort nicht beurteilt werden. – Zuletzt wird die Frage nach den inneren Widersprüchen des gegenwärtigen imperialistischen Systems anhand der Konkurrenz zwischen den USA und der Europäischen Union in zwei kontrovers zueinander stehenden Beiträgen erörtert. Hans-Jürgen Bielings These lautet: Die EU bildet in Bezug auf die Weltordnung und Weltökonomie ein eigenes Machtzentrum, das gegenüber den USA einen konkurrierenden Gestaltungsanspruch artikuliert, der weniger auf militärische Gewalt, als auf eine kooperativ-multilaterale Kontrollstrategie setze (163). Die von ihm gestellte Frage, ob es sich dabei um ein »weltpolitisches Alternativmodell« oder um einen »Imperialismus neuen Typs« handelt, lässt Bieling allerdings offen. Stephan Heidbrink scheint dagegen die zweite Alternative für realistischer zu halten. Unter Hinweis auf die neue, offensive Ausrichtung der Europäischen Sicherheitsstrategie zum Schutz vitaler Interessen wie Rohstoffversorgung und Sicherung der Handelswege, würden weder Präventivkriege noch nukleare Einsatzoptionen mehr ausgeschlossen (193). – *Moshe Zuckermann* verweist auf dramatische innere Spannungen in Israel. Zwar sind die historischen Ereignisse, die Verf. beschreibt (der Widerstand der israelischen Siedler im Gazastreifen gegen die Regierung Sharon zu Beginn des Jahres 2005) vorüber, doch seine Analyse einer zu allem entschlossenen, selbst vor dem ideologischen Missbrauch der Shoah – durch demonstratives Ankleben eines orangenen (die Farbe Gazas symbolisierenden) Judensterns – für höchst eigene Zwecke nicht zurückschreckenden Bevölkerungsgruppe, wirft ein Menetekel an die Wand, das in den Szenarien für Israels Zukunft bisher wenig beachtet worden ist: die Möglichkeit eines Bürgerkriegs in Israel.

Werner Goldschmidt (Hamburg)

**Bischoff, Joachim**, *Die Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen*, VSA, Hamburg 2006 (243 S., br., 16,80 €)

Massenentlassungen und Kürzungen der Sozialleistungen bei gleichzeitig neuen Rekordprofiten der Unternehmen beherrschen den gesellschaftlichen Diskurs. Verf. widmet sich der Erklärung dieser Entwicklung und sucht nach Alternativen. Ausgangspunkt seiner Diagnose sind die Rationalisierungswellen der Unternehmen und die Liberalisierung der internationalen Kredit- und Währungssysteme seit dem Scheitern des fordistischen Produktionsmodells in den 1970er Jahren. Die Umwälzung der Produktivkräfte führt zu

einem »verstärkten Zugriff auf sämtliche Potenziale einer Person« (73) und verwandelt »einen Teil der Lohnarbeiter in überflüssige Bevölkerung« (34). Eine »Politik der Prekarisierung und Rekommodifizierung lebendiger Arbeitsvermögen« schafft »auf diesem Wege Flexibilitätsressourcen«, die die Bedingungen der Kapitalverwertung verbessern (219f). Der Markt entwickelt sich dabei zunehmend zu einer reinen Akkumulations- statt Produktivitätsmacht, die sich bei Großunternehmen bzw. ihren Anteilseignern und den Finanzmärkten als zentralen »Trägern des Umwälzungsprozesses« konzentriert (101). Die »zunehmende Fehlallokation von Kapital zu Gunsten unproduktiver Verwendungen« (161) ist jedoch wachstumsfeindlich. Die »Tendenz zum Marktstaat« (163) verstärkt sich durch die freiwillige »Auslieferung vieler gesellschaftlicher Regulierungen an die Finanzmärkte« (167). Kampf gegen Inflation und für Geldwertstabilität – dies auf Kosten von Beschäftigung und Wachstum – wird zum dominanten nationalen Ziel. Die Vernachlässigung des gesellschaftlichen Wohlstands fördert wirtschaftliche Instabilität und prozyklische Tendenzen. Die globale Mobilität des Kapitals unterläuft zudem die Regulierungsmacht des Staates, wodurch die Bedeutung internationaler Organisationen steigt. – Doch letztlich gewinnt »der Bürger als Konsument und Kleinaktionär, was er – womöglich sogar in gleicher Person – als Arbeitnehmer verliert« (123), was einen Teil der Zustimmung zu dieser Politik erklären könnte. Die wachsende Ungleichheit verstärkt aber letztlich den Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen. Ausgrenzung und Unsicherheit sowie Gewalt und Rassismus sind die Folge.

Die Vorschläge des Verf. für eine »wirksame Reformpolitik« (208) der Linken reichen von der Ausweitung öffentlicher Investitionen (Ziel: Vollbeschäftigung), über expansive Lohnpolitik zur Steigerung des Massenkonsums, höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen samt Neuregulierung der Finanzmärkte und internationaler Institutionen, Demokratisierung der Unternehmensverfassung bis hin zur Wiederherstellung einer gemischten Ökonomie mit einer Rückkehr zur Gesamtsteuerung der Konjunktur, einschließlich einer Umsteuerung in »sinnvolle Investitionen« (231). Die höhere Investitionstätigkeit des Staates wird mit höherem Wirtschaftswachstum gleichgesetzt, das wiederum zu fallender Arbeitslosigkeit, steigenden Steuereinnahmen und dem Abbau von Staatsschulden führen soll. Um aus letzteren »schrittweise heraus zu wachsen«, müsse der Staat »sich die Kontrolle über die Verwendung des Sparkapitals« aneignen (228). Die vom Verf. beschworene »sozialistische Gouvernamentalität« (226) geht also kaum über eine Neuaufgabe des Keynesianismus hinaus.

Träger dieses Wandels ist für Verf. die »sozialistische Linke« (230), die Form ihrer Organisierung in erster Linie die Partei. Auch hier zeigt sich tendenziell eine rückwärts-gewandte Perspektive der Erneuerung des alten Sozialstaats und alter Stellvertreterpolitik: Arbeiter sind »hilflos« (13) und müssen »beschützt« (105) werden. »Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative« (198, 219 und 221) sowie »Selbstführung, Selbststeuerung, Selbstorganisation« (128f) werden als ideologische Worthülsen individueller Risikosteigerung kritisiert, denen keine adäquaten Unterstützungsmechanismen zur Verfügung gestellt werden. Zugleich fordert Verf. aber eben jene nicht vorhandene Eigeninitiative ein: die Menschen sollen »ihre durch sozialstaatliche Alimentierung »erlernte Hilflosigkeit« überwinden, um sie in »individuelle Handlungsfähigkeit zu transformieren« (221). An die »entwickelten Formen der Selbstorganisation und Selbststeuerung« muss angeknüpft werden. Daher müssen »politische Rahmenbedingungen, die eine erhöhte Selbständigkeit der Individuen ermöglichen sollen, mit einer bewussten Steuerung und Regulierung der kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse verknüpft werden« (224). Doch insgesamt erscheint Deutschland als Land des Massenelends (226), ein Land von

Unmündigen und Hilflosen, die zu keiner Eigenständigkeit fähig sind. – Damit wird die Basis für eine Alternative unkenntlich und die Kritik gerät zur Verklärung der fordistischen Regulierung der Nachkriegszeit. So evident eine Kritik am unkontrollierten Finanzmarktkapitalismus ist, so wenig überzeugen die unterbreiteten Vorschläge einer linken Reform zur Eindämmung der verselbständigten Finanzmacht. Monika Bialojan (Jena)

**Frege, Carola, u. John Kelly (Hg.),** *Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy*, Oxford University Press, Oxford 2004 (215 S., Ln., 60 £)

Im Mittelpunkt der Untersuchung zu Bedingungen und Strategien der Gewerkschaftserneuerung stehen Ansätze aus Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und den USA. Die Länderauswahl erfolgt mit Bezug auf den Ansatz der *Varieties of Capitalism* (VOC) von Hall und Soskice (2001), deren Typologie von Kapitalismen für die Gewerkschaftsforschung adaptiert wird. Zusammen mit Ergebnissen der vergleichenden Forschung zu Arbeitsbeziehungen wird der VOC herangezogen, um Unterschiede in Gewerkschaftsstrategien sowie in deren Resultaten zu erklären. Die Wahl der Strategie und damit verbundene Erfolgsaussichten hängen dem zufolge maßgeblich von drei Faktoren ab: 1. Art der Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen, 2. Regierungs- und Unternehmerhandeln sowie 3. »tradierte« Gewerkschaftsidentitäten und darin verfestigte Handlungsmuster. Gewerkschaften stehen demgemäß unterschiedlichen »Möglichkeitsstrukturen« gegenüber, vor deren Hintergrund sie Entscheidungen treffen und Strategien entwickeln.

Tragender Gedanke der von Lowell Turner vorgestellten *Labor Revitalization Studies* (LRS) ist, dass Gewerkschaften zwar von Globalisierung und neoliberalen Regierungspolitiken betroffen sind, aber über eigene, oft erst noch zu entwickelnde Handlungsalternativen verfügen. Dieser Forschungsansatz, der nach Akteuren fragt, und die Annahme, dass Gewerkschaften als unverzichtbare zivilgesellschaftliche Akteure »must take responsibility for both internal reforms and innovative external strategies necessary to promote revitalization« (5), heben die LRS ab von Weh- und Totenklagen über den Niedergang sowie von neoliberalen Märchen über Gewerkschaften als Atavismen untergegangener Gesellschaftsformationen.

Erneuerungsversuche werden in allen Ländern beobachtet, doch sind sie unterschiedlich rege und die Erfahrungen und Ergebnisse sehr verschieden, was auf »pfadabhängige« Ursachen zurückgeführt wird. Folglich gibt es nicht *die* eine Strategie, resümieren Kelly und Frege: »The same strategy is likely to produce different results in different countries« (182). Für den Vergleich der Strategien und der Ergebnisse der Erneuerungsversuche stellen Martin Behrens, Kerstin Hamann und Richard Hurd vier Untersuchungsdimensionen vor: 1. Mitgliedschaft, 2. ökonomische Macht, worunter sie vor allem tarifliche Verhandlungsstärke verstehen, 3. politische Macht, worunter sie vorrangig Einflussmöglichkeiten und Kooperationen auf allen politischen Ebenen fassen, und 4. die institutionelle Dimension, d.h. Reformen der Gewerkschaften selbst.

Sechs Erneuerungsstrategien werden als erfolgversprechend identifiziert. Edmund Heery und Lee Adler zeigen, dass Strategien der *Mitgliederwerbung und -einbindung* sowie Fragen der »Organisierung der Unorganisierten« in allen Ländern eine Rolle spielen, ihnen aber in den angelsächsischen Ländern aufgrund der geringen rechtlichen Verankerung von Gewerkschaften eine größere Rolle bei der Erneuerung zukommt als in Ländern mit weitreichenden gesetzlich verankerten Vertretungsrechten. Ähnliche Ergebnisse präsentieren Frege, Heery und Turner in Bezug auf *Bündnispolitiken*. Die als Mitgliederparalisierung verschriene Strategie der *Sozialpartnerschaft* erzielt noch immer gute Ergebnisse. Michael Fichter und Ian Greer weisen diese Strategie nur in dem Maße als Beitrag zur Erneuerung aus, in dem drei Kriterien erfüllt sind: institutionell abgesicherte Arrangements der Sozialpartnerschaft,



Verbindung mit aktivierenden Gewerkschaftsstrategien und Verfolgung von über die Belange von Beschäftigten- und Unternehmerseite hinausgehenden politischen Zielen. *Politische Aktivitäten* (Hamann u. Kelly), *internationale Zusammenarbeit* (Nathan Lillie u. Miguel Martínez Lucio) und *Organisationsreformen* (Behrens, Hurd u. Jeremy Waddington) spielen in unterschiedlichem Maße eine Rolle. Den internen Reformen kommt durchweg eine hohe Bedeutung für die Ausschöpfung möglichst vieler Möglichkeiten des Umdenkens und Umsteuerns in Richtung Erneuerung zu, auch wenn sie nicht immer positive Ergebnisse zeitigen. Die häufigsten, in allen Ländern angewandten Strategien sind politische Aktivitäten, Organisationsreformen und Sozialpartnerschaft, Bündnispolitiken sowie internationale Zusammenarbeit kommen in allen Ländern am wenigsten vor. Zwei Ergebnisse des Ländervergleichs sind mit Blick auf die Kombination konfrontativer und kooperativer Strategien interessant: Besonders gute Erfolge erzielte die spanische Gewerkschaftsbewegung, die Sozialpakte mit politischen Streiks verbunden hat und ihren Einfluss kontinuierlich erhöhen konnte. Obwohl die amerikanische Gewerkschaftsbewegung die größte Strategieviefalt aufweist, konnte sie die Tendenz des Niedergangs bisher nicht umkehren.

Auf widerstrebende Entwicklungstendenzen *in* den Ländern wird hingewiesen, doch birgt die Vergleichsperspektive die Gefahr, Widersprüche zugunsten der Vergleichbarkeit zu homogenisieren. Dass nicht nur Strategien, sondern auch deren Ergebnisse verglichen werden, im Rahmen des modifizierten VOC-Ansatzes und anhand der o.g. Untersuchungsdimensionen wurde dazu ein eigenes Instrumentarium geschaffen, setzt den Maßstab für zukünftige vergleichende Gewerkschaftsforschung. Nicht umsonst lautet das Programm der LRS: »Our goal is to produce research and analysis that points towards policy implications for unions and their allies« (5). Gewerkschaften empfehlen sie die Aufnahme von über die Arbeitswelt hinausweisenden Themen, eine gezielte Wahl der Strategien und die verstärkte Teilnahme an den ideologischen Kämpfen um den globalen Kapitalismus und das Ringen um Hegemonie. Catharina Schmalstieg (Berlin)

## Geschichte

**Van Laak, Dirk**, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Beck, München 2005 (229 S., br., 14,90 €)

Das Buch beansprucht, das Spezifische des *deutschen* Imperialismus in der imperialistischen Epoche herauszuarbeiten, wobei er den Fokus auf den »geistigen« Hintergrund und die strukturellen »Aus- und Rückwirkungen« dieser Geschichtsphase richtet (20). Nach einem einführenden Kapitel über »Strukturelemente des modernen Imperialismus«, die historisch vor allem an der Vorfeld-Phase des Imperialismus entwickelt werden, rollt Verf. sein Thema chronologisch auf, wobei einem Kapitel zur Anbahnung des deutschen Imperialismus im 19. Jh. vier weitere über das wilhelminische Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Nazismus und schließlich die Zeit nach 1945 folgen.

In den technisch-ökonomischen Voraussetzungen des Imperialismus – vor allem die verkehrstechnischen Entwicklungen der Dampfschiffahrt, der Eisenbahn und der Telegraphie – unterschied sich Deutschland kaum von anderen Kolonialmächten. Es profitierte von den allgemeinen imperialistischen Verhältnissen, weil Kompensationsgeschäfte mit den Kolonien das politische Gleichgewicht in Europa in den dreißig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eher stabilisierten (38, 68). Dabei teilte Deutschland auch die Widersprüche imperialistischer Ideologie zwischen universalistischen Orientierungen einerseits und Auserwähltheitsphantasien andererseits (27f, 89) oder zwischen Hegemonie- und Gleichgewichtsmodellen (62f).

Das *Spezifische* des deutschen Imperialismus wird daher zu Recht mit kulturellen Besonderheiten begründet, und hier zeigen sich frappierende Kontinuitäten über die Systembrüche des 20. Jh. hinweg. So war die deutsche Selbstthematization im gesamten Untersuchungszeitraum von einer Unbestimmtheit der nationalen Grenzen (10, 180) und, damit zusammenhängend, einer permanenten Nichtanerkennung des Status quo (181) bestimmt. Dies äußerte sich in der bekannten Kombination von großspurigem Auftreten und übersteigter Empfindlichkeit, die das außenpolitische Bild Deutschlands besonders im Wilhelminismus prägte. Der späte Eintritt ins Konzert der Kolonialmächte und der frühe Hinauswurf bewirkten, dass die Wissenschaft – besonders die Geographie und die Geschichtswissenschaft – in kompensatorischer Weise die imperialen Diskurse dominierten (24, 30, 64, 129). Hierin spiegelt sich auch eine Territorialität der Wahrnehmung (13), die es erschwerte, die objektiven Vorteile der Kolonielosigkeit wahrzunehmen. Als solche nennt Verf. die technologische Führungsrolle bei der Entwicklung von Ersatzstoffen für koloniale Rohstoffe (47, 112) sowie Prestigevorteile beim Fernhandel mit (ehemaligen) Kolonialgebieten (69, 121f, 165, 184). – Die hysterische nationale Selbstungewissheit trug schließlich zur Hegemonie völkischer Perspektiven in Innen- und Außenpolitik bei (56, 73, 115). Der völkischen Bewegung waren Übersee-Kolonien eher als Bedrohung der ›Rassereinheit‹ suspekt, deswegen waren ihre imperialen Phantasien primär nach Osten und Südosten gerichtet, zur Schaffung eines homogenen »Großraums«. Pläne zur Deportation von Polen, Russen und Juden, wie der berüchtigte »Generalplan Ost« von 1941 (147), finden ihre Vorläufer in der Kriegszieldebatte des Ersten Weltkriegs (103). Die Verbrechen des Vernichtungskrieges und des Völkermordes an den Juden aber knüpften an die koloniale Erfahrung, insbesondere den Völkermord an den Herero und Nama in Südwestafrika ab dem Jahre 1904, an. Die »bürokratisierte Tötung durch Vernachlässigung in den [Konzentrations-]Lagern« (85) war genauso vorgeprägt wie medizinische Menschenversuche (140); vor allem aber ist die Kontinuität rassistischer Ideologie in der Frühphase des deutschen Imperialismus fundiert (182).

Verf. liefert einen brauchbaren Überblick über das Thema. Seine hemdsärmelige Methodik, die ihn z.B. auf eine Definition des Begriffs »Imperialismus« verzichten und in keinen Aspekt sonderlich tief eindringen lässt, schadet hierbei nicht. Es mag freilich dahingestellt sein, was das Innovative dieses Buchs im großen Regal imperialismushistorischer Monographien ist. An wenigen Stellen, das soll noch kritisch vermerkt sein, werden unhaltbare Denkfiguren unkritisch übernommen, etwa wenn der Zerfall der Tschechoslowakei im Jahre 1992 auf die »künstliche Einheit« zurückgeführt wird (173), als würde es Staaten geben, die eine ›natürliche‹ Einheit darstellten. An einer Stelle wird die Nachlässigkeit selbst kulturimperialistisch: Wenn Verf. schreibt, mit der sozialdarwinistischen Geschichtsphilosophie des Imperialismus sei »die Prestige- und Wertehierarchie der Jäger- und Sammlerkultur in die Welt der sesshaft Gewordenen« zurückgekehrt (177), sitzt er dem imperialistischen Propagandamärchen auf, dass in jenen Wildbeuter-Kulturen die »Macht des Stärkeren« Grundprinzip gewesen sei.

Rüdiger Haude (Wuppertal)

**Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus.** Fischer Taschenbuch, Frankfurt/M 2005 (444 S., br., 9,95 €)

Die Frage der Zustimmung zum und Beteiligung weiter Teile der deutschen Bevölkerung am NS-Regime und seinen Massenverbrechen beschäftigt seit den neunziger Jahren die Wissenschaft in zunehmendem Maße. In zahlreichen geschichtspolitischen Kontroversen der letzten Jahre, von Browning, Goldhagen und der Wehrmachtausstellung bis aktuell zu Götz Aly, geht es um Deutungen der Frage nach Beteiligung und Täterschaft. Besonderes Aufsehen erregen dabei die Arbeiten, die mit einer zugespitzten These eine vermeintlich

eindeutige Antwort auf diese Frage liefern. Verf. formuliert eine solche zugespitzte These, wenn er schreibt, dass der Holocaust unverstanden bleibt, »sofern er nicht als der konsequenteste Massenraubmord der modernen Geschichte analysiert wird« (318).

Alys Erklärungsansatz für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden ist, vor dem Hintergrund seiner bisherigen Arbeiten nicht verwunderlich, ein materialistischer. Nicht antisemitische Ideologie oder ein eliminatorischer Antisemitismus erklären den Holocaust, sondern das von politischer Führung und Bevölkerung geteilte Motiv der materiellen Ausbeutung der enteigneten, deportierten und schließlich ermordeten jüdischen Bevölkerung im von Deutschland besetzten Europa. Diese materiellen Motive, angefangen von den Finanz- und Wirtschaftsfachleuten bis hin zu den ausgebombten Familien, die mit dem geraubten Hausrat der deportierten Juden neu ausgestattet wurden, breitet Aly an verschiedenen Stellen seiner Untersuchung aus. Sie sind unzweifelhaft eine der Stärken des Buches, wenngleich sie nicht ohne Kritik bleiben können, zumal es dem Autor um eine generelle Deutung des faschistischen Herrschaftssystems in Deutschland geht, das er mit Attributen wie »Volksstaat«, »Gefälligkeitsdiktatur«, »Wohlfühlidiktatur« und »nationaler Sozialismus« belegt. Diese Kennzeichnungen des Regimes haben vielfältigen Widerspruch hervorgerufen. In vier Teilen entwirft Verf. ein Bild nazistischer Herrschaftspraxis, in denen insbesondere der Frage nach der Verteilung der sozialen Lasten bei dem gigantischen Kriegs- und Eroberungsprojekt der Nazis nachgegangen wird. Zahlreiche neue oder bisher wenig beachtete Quellen vor allem der NS-Finanzpolitik präsentiert der Autor dabei und kommt zu weitreichenden Schlüssen in der Beurteilung dieser Politik.

Im ersten Teil der Untersuchung geht es ihm um den Nachweis, dass die materielle Absicherung der einfachen »Volksgenossen« oberstes Ziel der politischen Führung gewesen sei, um sich so die notwendige Loyalität im anstehenden Krieg zu sichern. Die zahlreichen von ihm angeführten sozialpolitischen Verbesserungen – Renten- und Steuerpolitik zugunsten der unteren Schichten – wurden laut Verf. möglich, durch die »Arisierung« jüdischer Vermögen und durch eine Steuerpolitik, die insbesondere die bürgerlichen und besitzenden Schichten belastete. Bescheinigt wird der NS-Führung eine Politik, die als »nationaler Sozialismus« oder als »Gefälligkeitsdiktatur« im Sinne der subalternen Klassen bezeichnet werden könne. – Die Teile II und III befassen sich mit der Kriegsfinanzierung des ›Dritten Reiches‹. Hier werden eine ganze Reihe neuer Quellen für die Wissenschaft angeführt, und Verf. zeichnet das Bild einer Politik, die es dank der zahlreichen willigen Technokraten und »Vordenker der Vernichtung« schafft, die ungeheuren Finanzmittel zur Durchführung des Krieges auf die eroberten Länder, ihre Bevölkerungen, und hier wiederum insbesondere auf die Juden, abzuwälzen. Deutlich herausgearbeitet wird von ihm auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen und einheimischen Eliten beim Raub der jüdischen Vermögen zur Kriegsfinanzierung, ein Vorgang, der fast nirgends – mit Ausnahme Belgiens – auf Widerstand der einheimischen Eliten stieß. Die Loyalitätsabsicherung der Soldaten und der »Heimatfront« stand auch hier im Vordergrund, was Verf. an den Einkaufstouren deutscher Soldaten in den besetzten Ländern verdeutlicht. Dass die Soldaten bei ihm zu »bewaffneten Butterfahrrn« (361) werden, ist nur ein Beispiel für die häufigen begrifflichen Zuspitzungen, die jedoch nur einen Teil der Realität in den Blick nehmen. – Der vierte Teil thematisiert dann noch einmal die Vorteile der einfachen deutschen Bevölkerung aus dem »Raubmord« an den Juden und der Ausplünderung der besetzten Gebiete, um so das als dominierend ausgemachte Motiv der Loyalität des Volkes zu benennen: »Die Einheit zwischen Volk und Führung bezog ihre verhängnisvolle Stabilität nicht hauptsächlich aus einer raffinierten ideologischen Propaganda; vielmehr wurde sie mit den Mitteln des Raubes hergestellt und mit der sozialpolitisch ›gerechten‹ Umverteilung der Beute zwischen den Volksgenossen« (324).

Die materiellen Faktoren der bis zum Ende bestehenden Massenloyalität werden herausgearbeitet. Dem Autor gelingt es, den in den letzten Jahren vor allem benannten ideologischen Motiven eine materielle Komponente hinzuzufügen, die für einen Großteil der Mitläufer und einfachen »Volksgenossen« eine größere Erklärungsweite besitzt, als etwa ein »eliminierter Antisemitismus«. Problematisch wird diese Erklärung dann, wenn sie von Verf. zur einzig seriösen erhoben, das materielle Motiv mithin zum Auslöser und Antreiber einer Politik des Völkermords erklärt wird. Wie schon in den *Vordenkern der Vernichtung* zeigt sich hier eine Verkenning der Rolle des Antisemitismus, der als ideologische Überzeugung eine wichtige, wenn nicht entscheidende Basis lieferte, um die Möglichkeit des »Massenraubmordes« auch in die Tat umzusetzen. Es bleibt eine großartige Leistung des Autors, die Wege der Kriegsfinanzierung durch das »Dritte Reich«, die Ausplünderung der von Deutschland besetzten europäischen Staaten einem breiten Publikum vor Augen geführt zu haben.

Scharf kritisiert wurden hingegen die von Aly aus seinen Quellen gezogenen Schlüsse. Aus linker Perspektive sind hier besonders die Einwände zu nennen, die in der Zeitschrift *Sozial.Geschichte* (3/2005) von Angelika Ebbinghaus, Rüdiger Hachtmann, Christoph Buchheim, Thomas Kuczynski und Michael Wild vorgebracht wurden. So müsse das von ihm gezeichnete Bild der sozialen Lage der subalternen Klassen im »Dritten Reich« relativiert werden. Keineswegs habe sich die materielle Lage der Bevölkerung gegenüber der Weimarer Republik verbessert, auch könne bei der Verteilung der sozialen Lasten nicht von einer einseitigen Bevorzugung der unteren Klassen gegenüber der Bourgeoisie gesprochen werden. Das Schwadronieren über einen »nationalen Sozialismus« entbehre jeder Grundlage. Der Autor bestätige letztendlich mit seiner Darstellung die NS-Propaganda von einer homogenen Volksgemeinschaft und negiere alle real vorhandenen Klassenspaltungen. Die Verf. der *Sozial.Geschichte* führen für ihre Kritik überzeugende Belege an und weisen darüber hinaus einen laxen Umgang mit dem präsentierten Zahlenmaterial nach. Bei aller berechtigten Kritik formulieren sie jedoch keine Alternative zur Hauptthese, dass die materielle Beteiligung am Raubkrieg ein entscheidendes Motiv für die Bindung zum Regime war. Die empirischen Fakten scheinen den Kritikern Recht zu geben, aber offensichtlich treffen sie damit nicht den entscheidenden Punkt. So, wie seit Jahren die offiziellen Kriminalitätsstatistiken der Bundesrepublik ein Sinken der Kriminalität ausweisen und sich gleichzeitig ein Anstieg subjektiver Bedrohungsgefühle verzeichnen lässt, so scheint auch die gefühlte materielle Verbesserung der einfachen Deutschen über die faktische Lage zu triumphieren. Letztlich wäre es dann jedoch keine materielle, sondern eine propagandistische Einbindung gewesen.

Ein letzter Kritikpunkt an Aly betrifft dessen geschichtspolitische Nutzbarmachung seiner Untersuchung. An zahlreichen Stellen des Buches wird der Eindruck erweckt, der moderne Sozialstaat der Bundesrepublik gründe auf den Errungenschaften des NS-Regimes, das diese wiederum mit Krieg und Mord ermöglichte. Im Rahmen der aktuell scharf geführten Debatte um die Zerschlagung des Sozialstaats sind dies Munitionierungen für die Verfechter des Neoliberalismus, zumal diese Einordnung auch historisch falsch ist, wie schon frühere Untersuchungen zu den Modernisierungsleistungen des NS-Regimes zeigen. Dieses setzte nur einen Trend fort, der seinen Ausgang schon in der Weimarer Republik nahm und in allen westeuropäischen Nachbarländern zu beobachten ist. Verf. nimmt diese Steilvorlagen für die Verfechter der Marktideologie in Kauf.

Wenig beachtet wurde bei der Kritik an Aly, dass dessen Paradigmenwechsel von der Verantwortung der Eliten zur Verantwortung der »kleinen Leute« Vorläufer hat: Der neurechte Historiker Rainer Zitelmann legte zu Beginn der neunziger Jahre sein Buch

*Hitler: Selbstverständnis eines Revolutionärs* vor, in dem er Hitler als Vertreter der »kleinen Leute« und nationalen Sozialisten vorstellte, dessen Politik sich vor allem gegen das konservative Bürgertum richtete. Zitelmann ging es damals um eine historische Entlastung der bürgerlichen Rechten. Alys Motive sind andere, an manchen Stellen ergibt sich jedoch eine beängstigende Übereinstimmung in den Argumentationen. Gerd Wiegel (Berlin)

**Gudehus, Christian, *Dem Gedächtnis zuhören. Erzählungen über NS-Verbrechen und ihre Repräsentation in deutschen Gedenkstätten*, Klartext, Essen 2006 (256 S., br., 21,50 €)**

Der am *Center for Interdisciplinary Memory Research* in Essen tätige Sozialwissenschaftler untersuchte, was und wie *Guides* bei Führungen in KZ-Gedenkstätten erzählen und welche Bilder der Vergangenheit und zeitgenössischen Gesellschaft sie dabei konstruieren. Dazu analysierte er von Juni 2002 bis Juni 2004 16 Führungen mit Besuchergruppen in vier Gedenkstätten. Neben den KZ-Gedenkstätten Neuengamme, Ravensbrück und Dachau bezog er auch die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin ein. Die Führungen werden als Orte des kulturellen Gedächtnisses und als offiziell-öffentliche Deutung von NS und Holocaust verstanden; die pädagogischen Implikationen interessieren dabei nur am Rande. Die Untersuchung steht insoweit im Kontext der Tradierungsforschung um den Kulturwissenschaftler Harald Welzer. Neben Überlegungen zur Gedenkstättenarbeit führt der Autor auf knapp 30 Seiten auch in den aktuellen Forschungsstand zu »Gedächtnis und Tradierung« ein. Exemplarisch schildert er sechs Führungen und arbeitet Unterschiede und Übereinstimmungen zu verschiedenen Fragekomplexen heraus, zum Beispiel welche Personen, Gruppen und Institutionen Bestandteil der Erzählungen sind und welche Rolle sie dabei haben. Ebenso geht es dem Verf. um die beschriebenen Handlungsmotive, den Kern der Erzählung, Deutungsmuster und Topoi sowie die Quellen der Erzählungen.

Interessant ist vor allem, welche unterschiedlichen Ziele die *Guides* zu verfolgen scheinen. In den beiden Führungen in der Gedenkstätte Ravensbrück wollten die *Guides* dazu anregen, aus der Geschichte Lehren zu ziehen und für Werte einzutreten, die einer Wiederholung des Geschehens entgegenstehen. Bei den zwei vorgestellten Führungen im Haus der Wannsee-Konferenz habe dagegen die Erklärung der Gründe und Ursachen des Holocaust im Zentrum gestanden. In Dachau und Neuengamme bilde die Lagertopographie den roten Faden, von dem aus aber auch Probleme der Repräsentation, also der Geschichte der Gedenkstätten intensiv thematisiert worden wären. Diese Führungen wären weniger dem Lernen aus der Geschichte von NS und Holocaust gewidmet als dem »richtigen« oder »falschen« Umgang mit der Geschichte. Bei den Erzählinhalten arbeitet der Verf. drei Kernelemente heraus: das Geschehen im Lager, die Erklärung des Geschehens und die Repräsentation. Zum Geschehen in den Lagern bezögen sich die *Guides* wesentlich auf Quellen der ehemals Verfolgten. Neben der damit einhergehenden Wiedereinsetzung als Subjekte seien die Opfer zu Autoritäten mit einer »Authentizitätsperspektive« (196, 199, 203 und 223) geworden, die als nicht hinterfragbar erscheine. Neben der Schilderung des Leidens der Verfolgten sei den *Guides* wichtig, das Wissen der Bevölkerung um die Lager und ihre Funktion zu thematisieren. Bei der Erklärung des Geschehens werde hauptsächlich auf Sekundärliteratur auf Grundlage von Täterquellen zurückgegriffen. Der Erklärungsansatz im Haus der Wannsee-Konferenz bezog sich auf der gesellschaftlichen Ebene auf den Antisemitismus und das Radikalisierungsmodell Peter Longrichs; auf der individuellen Ebene fanden sich Bezugnahmen auf Christopher Browning (und teilweise Daniel Goldhagen). Hinsichtlich der Repräsentation gibt es mehrere Thematisierungsebenen. Allen Erzählungen war beispielsweise die Differenzierung zwischen Täter- und Opferquellen gemeinsam; hierbei fände eine indirekte Identifikation der *Guides* mit den

Opfern statt und eine Distanzierung von der Täterperspektive und dem Wahrheitsgehalt ihrer Repräsentationen. Bei den vorgefundenen Erzählformen unterscheidet der Verf. zwischen den Idealtypen Bericht und Erklärung. Der »Bericht« komme bei Erzählelementen wie der Schilderung des Lagergeschehens und des Nachweises der Schuld zum Tragen, wobei der normative Charakter darin bestehe, nachträglich Gerechtigkeit herzustellen. Die »Erklärung« sei historisierend, soziologische und psychologische Faktoren würden eingeführt, Entwicklungen nachgezeichnet, wobei ein dynamisches Gesellschaftsbild die Basis bilde. Im Unterschied zum »Bericht« würde bei der Erzählform der »Erklärung« auf eine Moral oder Lehre, die aus der Geschichte zu ziehen sei, verzichtet.

Die Studie unterscheidet sich von anderen Arbeiten zur Gedenkstättenpädagogik dadurch, dass hier mit den Methoden der Tradierungsforschung »von außen« auf die Vermittlungssituation geschaut wird. Der Verf. hofft, seine Studie könne für Gedenkstätten-Guides einen Spiegel ihres Agierens bilden, vor dem sie die Bedingungen ihres Sprechens hinterfragen könnten. Dabei geht es ihm ausdrücklich um die Stärkung der Autonomie der Guides gegenüber vorhandenen Deutungsmustern, Topoi und Dramatisierungen. »Dies könnte dazu beitragen, das unter Sprachregeln, Kontaminationen, Fokussierungen, Auslassungen und Sakralisierungen verdeckte Geschehen von dieser Patina immerhin partiell zu befreien.« (238) Die »kritische Deskription« (so der Verf. über sein Vorgehen) breitet aber auch über den engen Rahmen des Gedenkstättendiskurses hinaus gerade im empirischen Teil Aspekte des offiziell-öffentlichen Sprechens über die Verbrechen des NS aus, die bisher wenig Beachtung fanden. Weitergehend wäre sicherlich die Frage interessant, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Besuchergruppen die Erzählungen der Guides verarbeiten.

Reinhard Rohde (Celle)



Die Beiträge analysieren sowohl die Rhetorik als auch die Strategien der *Globalisierungswelle*. Dabei geht es um die theoretische Aufarbeitung des Globalisierungskonzepts, aber auch um die empirische Frage, wie die *Globalisierungsoffensive* die europäischen Wohlfahrtsstaaten verändert und was diese Veränderungen vor allem für ArbeitnehmerInnen sowie für ImmigrantInnen und AsylbewerberInnen bedeutet.

Es schreiben: Erna Appelt, Christoph Butterwege, Eva Danzl-Suarez, Frank Deppe, Heiner Ganßmann, Joachim Hirsch, Sabine Kock, Michaela Ralser, Birgit Sauer, Alexandra Weiss.

Erna Appelt, Alexandra Weiss (Hg.)  
**Globalisierung und der Angriff  
 auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten**

Argument Sonderband 279 · ISBN 978-3-88619-279-7 · 16,90 € [D]

Im Buchhandel oder vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150  
 10999 Berlin · Fax: 030 / 61 | 42 70 · versand@argument.de

 Argument  
 www.argument.de

## Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

*Behrens, Ulrike*, 1967; Dr.; wiss. Mitarbeiterin im Projekt »Evaluation der Bildungsstandards« am Institut für Deutsche Sprache und Literatur der Univ. Hildesheim. V: *Das Rätsel Lernen. Eine subjekt-wissenschaftliche Untersuchung zur Konstruktion und Bedeutung des Lernens aus der Perspektive der Lernenden* (2002). A: Hochbegabung, Lernen und Motivation, Bildung und Bildungsstandards, Elementarpädagogik, Zuhören und Zuhörkompetenzen. M: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Neue Gesellschaft für Psychologie

*Bensaïd, Daniel*, 1946; Prof. f. Philosophie an der Univ. Paris 8; Hg. von *Contretemps*. V: u.a. *Edition critique et commentée de Sur la Question juive de Marx* (Hg., 2006); *Fragments mécréants. République imaginaire et mythes identitaires* (2005); *Une lente impatience* (2004); *Un monde à changer* (2003) sowie Hg. der Reihe *La Discorde* bei éditions Textuel und Mithg. von *Mille marxismes* bei éditions Syllepse

*Bialojan, Monika*, 1977; M.A.; wiss. Mitarbeiterin am Institut für praxisorientierte Forschung und Beratung e.V. (IPRAS), Friedrich-Schiller-Univ. Jena. A: Ostdeutschland, mittelständische Unternehmen, Clusterbildung, Finanzmärkte

*Boer, Dick*, 1939; Dr.; Theologe. V: *Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths* (nied. 2002, dt. 2007); »Solidarischer Widerstand. Denken über die Zeit: Barth – Miskotte – Benjamin« (*Argument* 213/1996). A: Ideologietheorie, Theologiegeschichte. M: HKWM-Werkstatt

*Bollinger, Stefan*, 1954; Dr. phil. habil.; Politikwissenschaftler, Dozent in der Erwachsenenbildung, Lehrbeauftragter an der FU Berlin. V: *Imperialismustheorien* (2004); *Die DDR war anders. Kritische Würdigung ihrer sozialkulturellen Einrichtungen* (Mithg., 2002); *1989 – eine abgebrochene Revolution* (1999). A: Geschichte der DDR, Soziale Bewegung, Konflikttheorie. M: Helle Panke e.V., GEW, BdWi, Historische Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Leibniz-Sozietät

*Brand, Ulrich*, 1967; Dr. phil., PD; wiss. Mitarbeiter am Fachgebiet Globalisierung & Politik der Univ. Kassel. V: *Die politische Form der Globalisierung. Soziale Kräfte und politische Institutionen im internationalisierten Staat* (2007, im Ersch.); *Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates* (Mitverf., 2003); *Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis* (Mithg., 2002). M: Bundeskoordination Internationalismus, GEW, WEED, medico, Wiss. Beirat von Attac

*Brodesser, Ralf*, 1969; Doktorand an der HWP Hamburg. A: Materialistische Psychologie, Regulationstheorie, Gewerkschaften. M: InkrIT HH, Teamendenarbeitskreis ver.di Jugend Hessen

*Dörner, Andras*, 1976; MA in Politikwissenschaft; Paris

*Fastner, Daniel*, 1976; M.A.; Promovend in Philosophie an der FU Berlin. A: Sprachphilosophie, Hegel, Marxismus

*Fernández Buey, Francisco (»Paco«)*, 1943; Dr. phil; Prof. f. politische Philosophie an der Univ. Pompeu Fabra, Barcelona. V: *Guía para una globalización alternativa* (2005); *Política* (2003); *Leyendo a Gramsci* (2001); *La gran perturbación* (2000). A: Ideengeschichte, Gesellschaftstheorie, Politische Philosophie

*Geffken, Rolf*, 1949; Dr. jur. Fachanwalt für Arbeitsrecht und Autor, Lehrbeauftragter an der Univ. Hamburg (ICGS) u. am Chinesischen Zentrum Hannover. V: *Labour and trade unions* (2006); *Der Preis des Wachstums – Arbeitsbeziehungen & Arbeitsrecht in der Volksrepublik China* (2005); *Arbeit in China – Arbeit, Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht in der VR China, Taiwan und Hongkong* (2004). A: Globalisierung von Arbeitsbeziehungen, Managementsysteme und Arbeitsrecht, Chinesisches Recht, Internationale Gewerkschaftsbewegung. M: Deutsch-Chinesische Juristenvereinigung, Deutscher Arbeitsgerichtsverband, AG Internationaler Rechtsverkehr im Deutschen Anwaltsverein, Ostasien-Verein

*Goldschmidt, Werner*, 1940; Dr. phil.; Prof. f. Soziologie i.R., HWP Hamburg. V: *Nichts bleibt wie es war – Überlegungen zur Vergangenheit und Zukunft einer ›neuen Weltordnung‹* (2005); »Herrschaft« (HKWM 6/1, 2004), *Die Welt zwischen Recht und Gewalt* (Mithg. u. Verf., 2003). A: Internationale Politik, Historische Soziologie, Montesquieu. M: Zentrum für ökonomische und soziologische Studien der Univ. Hamburg

*Harvey, David*, 1935; Distinguished Prof. für Anthropologie am Graduate Center der City Univ. of New York (CUNY). V: *Spaces of Global Capitalism. Towards a Theory of Uneven Geographical Development* (2006); *A Brief History of Neoliberalism* (2005); *The New Imperialism* (2005). A: Politische Ökonomie von Globalisierungsprozessen, Kapitalismus, ungleiche geographische Entwicklung, Urbanisierung

*Haude, Rüdiger*, 1959; Dr. phil.; Historiker, PD an der RWTH Aachen. V: »Kaiseridee« oder »Schicksalsgemeinschaft« (2000); *Herrschaftsfreie Institutionen* (Mitverf., 1999); *Dynamiken des Beharrens* (1993). A: Kulturgeschichte, Institutionentheorie, politische Anthropologie

*Haug, Frigga*, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. f. Soziologie i.R., HWP Hamburg. V: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (2007); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend heute* (Mitverf., 2006); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Frauenpolitiken* (1996). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InkrIT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

*Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr. phil. habil.; Prof. f. Philosophie i.R., FU Berlin. V: *Einführung in marxistisches Philosophieren* (2006); *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (2006); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (Neufassung, 2005); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* (2005); *High-Tech-Kapitalismus* (2003); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996; erw. Ausg. 2006); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993). M: Leibniz-Sozietät, InkrIT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

*Jameson, Fredric*, 1934; Prof. f. Vergleichende Literaturwissenschaft; Vorsitzender des Literature Program und des Center for Cultural Theory an der Duke-Univ. V: *Archaeologies of the Future* (2005); *A Singular Modernity* (2002); *Lust und Schrecken der unaufhörlichen Verwandlung aller Dinge: Brecht und die Zukunft* (1999); *The Cultural Turn: Selected Writings on the Postmodern 1983-1998* (1998); *Spätmarxismus. Adorno oder Die Beharrlichkeit der Dialektik* (1991). A: Moderne, Literatur und Film aus der Dritten Welt, der moderne französische Roman und Film, Sartre, Marx & Freud, Frankfurter Schule

*Jehle, Peter*, 1954; Dr. phil.; Lehrer. V: *Werner Krauss. Briefe 1922 bis 1976* (Hg., 2002); *Gramsci, Gefängnishefte Bde. 7-10* (Mithg., 1996-2002); *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (AS 242, 1996). M: InkrIT, GEW

*Kaindl, Christina*, 1971; Dipl.-Psych.; Promovendin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin und wiss. Mitarbeiterin bei Helle Panke e.V. V: *Subjekte im Neoliberalismus* (Hg., im Ersch.); *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus* (Hg. u. Verf., 2005); »Folter II« (HKWM 4, 1999); *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft* (Mithg., 1998). A: Kritische Psychologie, Rechtsextremismus, Neoliberalismus. M: BdWi Bundesvorstand

*Ketelhut, Barbara*, 1956; Dr.; Prof. am FB Sozialwesen der Ev. Fachhochschule Hannover. V: *Zur Bedeutung von Strafe im Kontext struktureller Gewalt. Weibliche und männliche Erfahrungen in der Sozialisation* (2005); *Globale Fusionen – lokale Auswirkungen im Weserbergland. Eine lebensweltorientierte Studie* (Mithg. u. Verf., 2003); *Vereinen, was ewig sich flieht? Zum Zusammenhang von Familien-, Liebes- und Geschlechterverhältnissen* (1993). A: Armut, Frauen, empirische Sozialforschung, Sozialarbeitswissenschaften. M: ver.di

*Köhler, Bettina*, 1968; Landschaftsplanerin, Promovendin an der Univ. Kassel. A: Internationale Wasserpolitik, Politische Ökonomie von Ressourcenkonflikten, Stadtentwicklung, Raumtheorie. M: *Journal für Entwicklungspolitik*



*Kuhn, Armin*, 1980; M.A., Politikwissenschaft; Doktorand an der Univ. Potsdam. V: *Militär und Politik in Süd- und Mittelamerika* (Mitverf., 2006). A: Politische Theorie; Soziale Bewegungen im urbanen Raum

*Lehmann, Christine*, 1958; Dr.; Journalistin und Krimi-Autorin, Stuttgart. V: *Naturwissenschaftsgeschichte: Karl Culmann und die graphische Statik – Zeichnen, die Sprache des Ingenieurs* (Mitverf., 2006); *Das Modell Clarissa. Liebe, Sexualität, Verführung und Tod der Romanheldinnen des 18. u. 19. Jahrhunderts* (1991) sowie 13 Romane, zuletzt *Höhlenangst* (Ariadne-Krimi 1161, 2005)

*Lienen, Ewald*, arbeitet als Hochschullehrer und ist politisch aktiv in verschiedenen internationalistischen Zusammenhängen

*Marxhausen, Thomas*, 1947; Prof. Dr. sc. phil. V: »Jakobinismus« (HKWM 6/II, 2004); »historische Mission der Arbeiterklasse«, »historische Schule der Ökonomie« (HKWM 6/I, 2004). A: MEGA-Edition, HKWM-Redakteur

*Narr, Wolf-Dieter*, 1937; Prof. am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin; Mithg. von *Bürgerrechte und Polizei* und Vorsitzender des Instituts für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit. V: *Zukunft des Sozialstaats. Als Zukunft einer Illusion?* (1999); *Weltökonomie. Die Misere der Politik* (1997). A: Basisdemokratie, Globalisierung und Politik. M: Komitee für Grundrechte und Demokratie

*Niewels-Kersting, Claudia*, 1976; Dr. phil.; Erziehungswissenschaftlerin, Lehrbeauftragte der Univ. Dortmund. V: *Die Evolution des Bewusstseins. Von Darwin zur KI-Forschung* (2004). A: Pädagogische Lerntheorie, evolutionäre und neurowissenschaftliche Grundlagen von Kognition und Lernen, anthropologische Voraussetzungen von Erziehung, Kulturgeschichte des Lernens

*Novy, Andreas*, 1962; Ao. Prof. am Institut für Regional- und Umweltwirtschaft der Wirtschaftsuniw. Wien; wiss. Leiter des Paulo Freire-Zentrums für transdisziplinäre Forschung und Bildung. V: *Entwicklung gestalten* (2002); *Brasilien: die Unordnung der Peripherie* (2001). A: Entwicklungspolitik und -theorie, vergleichende Stadt- und Regionalentwicklungsstudien

*Oittinen, Vesa*, 1951; PD; Dozent am Institut für Philosophie der Univ. Helsinki, Senior Researcher am Aleksanteri-Institut. V: *Marx ja Venäjä* (Marx und Russland; Hg., 2006); *Evald Ilyenkov's Philosophy Revisited* (Hg., 2000); *Spinozistische Dialektik* (1994). A: Deutsche, nordische und russische/sowjetische Philosophiegeschichte, Philosophie des Marxismus

*Pedersen, Christina Hee*, 1954; MA, PhD; Ass. Prof. am Institute for Communication, Business and Information Technologies an der Univ. Roskilde; arbeitete über zehn Jahre zu Geschlecht und Entwicklung in Peru. V: *Recordando el futuro. Metodología en trabajo con mujeres* (1997); *Nunca antes me habían enseñado esc. Capacitación Feminista: Metodología, Comunicación, Impacto* (1988 u. 1990)

*Peter, Lothar*, 1942; Dr. phil. habil; Prof. f. Soziologie an der Univ. Bremen. V: *Französische Soziologie der Gegenwart* (Mithg., 2004); *Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR* (1991); *Literarische Intelligenz und Klassenkampf. »Die Aktion« 1911-1932* (1972). A: Soziologische Theorie, Geschichte der Soziologie, Arbeits- und Industriesoziologie, französische Soziologie. M: Vertrauensdozent der Rosa Luxemburg Stiftung, Deutsche Gesellschaft f. Soziologie

*Peters, Helmut*, Prof. Dr. sc.; Sinologe; bis 1990 Leiter des Forschungsbereichs China an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED, seit 1995 Rentner in Berlin. V: *China zwischen Gestern und Morgen. isw-Report Nr. 61* (2005). A: Transformation vorkapitalistischer Gesellschaften zum Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart, speziell China vor und nach 1949; Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas

*Preuss-Lausitz, Ulf*, 1940; Dr.; Prof. f. Erziehungswissenschaft u. Allgemeine Schulpädagogik an der TU Berlin. V: *Verhaltensauffällige Kinder integrieren* (Hg., 2005); *Schwierige Kinder – Schwierige Schule* (Hg., 2004); *Gemeinsam länger lernen* (Mithg., 2003). A: Innere und äußere Schulreformen, Integration Behinderter, Kindheits- und Jugendforschung, Jungenforschung

*Ripalda, José María*, 1936; Prof. f. Geschichte der Philosophie an der Univ. Nacional de Educación a Distancia, Madrid. V: *Los límites de la dialéctica* (1994); *De Angelis* (1990); *Fin del Clasicismo* (1984); *The Divided Nation* (1978). A: Deutscher Idealismus, Postmoderne

*Rohde, Reinhard*, 1956; Politikwissenschaftler. V: *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000* (Mitverf., 2001). A: Erinnerungspolitik, Neue soziale Bewegungen

*Schmalstieg, Catharina*, 1974; Dipl.-Psych.; promoviert im Fach Soziologie an der Friedrich-Schiller-Univ. Jena. A: Geschlechterverhältnisse, Kritische Psychologie, Rechtsextremismus, Soziale Bewegungen

*Schoenberger, Gerhard*, 1931; Autor und Publizist; Träger des Eitinger-Preises der Univ. Oslo; gehört zu den Pionieren der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die er durch seine Bücher sowie zahlreiche Ausstellungen und Filme vorangetrieben hat; er war Leiter des Deutschen Kulturzentrums in Tel Aviv, Gründungsdirektor der Gedenkstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, Vizepräsident des westdeutschen PEN-Zentrums und Co-Vorsitzender der »Freunde der deutschen Kinemathek« in Berlin. V: *Der gelbe Stern* (1960); *Zeugen sagen aus* (Hg., 1983) – mit zahlreichen Neuauflagen und Übersetzungen

*Solty, Ingar*, 1979; M.A.; Politikwissenschaftler; Doktorand und Teaching Assistant an der York Univ. in Toronto. V: »Der Chronist der Schmuttelkinder. Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt« (*Argument* 268/2006); »Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte« (*Argument* 265/2006); »Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keine Linkspartei?« (*Argument* 264/2006); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Politische Theorie und Philosophie, Internationale Politische Ökonomie, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: IG Metall, BdWi, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

*Vogel, Thomas*, 1959; Dr. phil.; Fachleiter für Politik am Studienseminar Stade; Lehrbeauftragter an der Helmut-Schmidt-Univ. Hamburg u. an der TU Hamburg-Harburg. V: *Perspektiven moderner Berufsbildung* (Mithg., 2003); *Naturerkenntnis und Naturbearbeitung in der gewerblich-technischen Berufsbildung* (2000); *Nachhaltigkeit, Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen* (Mithg., 2000). A: Theorie einer naturgemäßen Berufsbildung, Kritische Theorie und Berufsbildung, Verhältnis von allgemeiner und beruflicher Bildung

*Wagner, Thomas*, 1967; Dr. phil; freier Autor in Berlin, arbeitet in der Erwachsenenbildung für geistig Behinderte. V: *Irokesen und Demokratie* (2004); *Herrschaftsfreie Institutionen* (Mitverf., 1999). A: Politische Anthropologie, Herrschaftssoziologie, Ideologiekritik

*Werner, Alban*, 1982; Student der Politikwissenschaft an der RWTH Aachen. A: Politische Theorie. M: ver.di, Die Linke.PDS

*Wiegel, Gerd*, 1966; Dr., Fachreferent für Rechtsextremismus u. Antifaschismus der Fraktion »Die Linke« im Deutschen Bundestag. V: *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie* (2001). A: Geschichtspolitik, extreme Rechte, Konservatismus. M: BdWi

*Winter, Hellmut*, 1979; Student der Philosophie, Politikwissenschaft und Psychologie an der FU Berlin

# FORUM

## Wissenschaft

---

**1 / 2007**

*Ganz naher Osten: Neue EU-Länder, Kandidaten, Debatten*

I.-K.Patrut: Rumänien in der EU – Roma in Rumänien

A.Schüttpelz: Arbeitsmärkte, Beschäftigungspolitiken und -strategien

S.Steinhilber: Geschlechtsspezifische Armutsdimensionen

M.Meyer: Alp der Vorgeschichte: Die 1956er-Aufstände in Ungarn

J.Elsässer: Vom NATO-Krieg zum EU-Militäreinsatz

H.Kaygisiz: Argumentationen zur EU-Mitgliedschaft der Türkei

*Weitere Beiträge*

J.Asdonk: Ein anderer Übergang Schule – Hochschule

U.Banscherus u. S.Staack: Weiterentwicklung von Akkreditierungssystemen

T.Krumpeter: Geschlechterwettbewerb auf der Wissenschaftsbühne

K.H.Tjaden: Arbeiterbewegung und Prostitution. Wandel der Bewertungen

B.Docke: Die politisch-rechtsanwaltliche Fallgeschichte des Herrn K.

M.Creydt: Gefühlsehtes Menscheln bei Vergangenheits-Bewältigungen in Filmen

L.Bretthauer: Nicos Poulantzas – politischer und theoretischer Grenzgänger

R.Albrecht: Eine frühe materialistische Studie zu Arbeit(slosigkeit)

*Dokument*

Ein Medienkonzern, seine »Arisierungs«-beteiligung, ein Urteil und seine Folgen

---

 24. Jg. 2007

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg – [www.bdwi.de/forum/](http://www.bdwi.de/forum/) – Verantwortl. Redakteurin: Claudia Stellmach – Redaktion: Marco Geis, Bernd Schneider, Bernhard Wilhelmmer. – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 7 €, Jahresabo 26 € (Ausland: 30 €)

# Freiburger FrauenStudien

---

**20 / 2007**

*Erinnern und Geschlecht II*

S.Paletschek: Die Geschichte der Historikerinnen – Zum Verhältnis von Historiografiegeschichte und Geschlecht

E.Bronfen: Reise ans Ende des Traumas oder das Aufwachen der Hollywood-Heldin

L.C.Morris: Der modifizierte Jude als Stigmatext: jüdische Subjektivität am Rande

C.Gronemann u. C.Sieber: Selbstentwürfe lateinamerikanischer Autorinnen als rhizomatische Überschreibung und Umschreibung kultureller Erinnerung

N.Degele: Schmerz erinnern und Geschlecht vergessen

N.J.Beger: Erinnern, Erfahren, Erleben: ein Essay über Transsexualität als Diaspora?

H.-J.Lenz: Männer und die Widerfahrnisse des Krieges

U.Elsner: Alptraum und Vision – Erinnerungsarbeit bei Anna Seghers und Christa Wolf

M.Penk Witt: Erinnern zwischen Performanz und Referenz

A.Strasser: Wer erinnert was? – Gedächtnisforschung aus kognitionswissenschaftlicher Perspektive

L.Walz: Die Frauen von Ravensbrück

---

Herausgeber: M.Penk Witt. – Redaktion: F.Bergmann, Ch.Bermann-Harms, R.Brand, U.Degener, St.Duttweiler, A.Erbes, R.Giuliani, M.Grimmig, L.Grieger, I.Hnilica, M.Hanafi El Siofi, A.Harms, A.Ingelfinger, J.Jäckel, G.Lenz, J.Moos, C.Münzing, M.Penk Witt, T.-K.Pusse, E.Voß, N.Wehner. – Redaktionsadresse: Belfortstr. 20, 79098 Freiburg, Tel. 0761/203-8846, Fax 0761/203-8876, [frauenst@mail.uni-freiburg.de](mailto:frauenst@mail.uni-freiburg.de). Einzelpreis 12,50 € zzgl. Porto, Abo-Preis 11 € zzgl. Porto




---

## 299 / 2006

### *Die Macht der Acht – G8 und internationale Herrschaft*

J.Schumacher: Wieviel Macht hat die G8? Politische Einflussnahme und symbolische Inszenierung

P.Wahl: Flucht nach vorn. Historisch gesehen ist die G7/8 Ausdruck einer Krise des Westens

St.Schoppengerd: Supervision der Mächtigen. Die G7/G8 als sicherheitspolitisches Sprachrohr

St.Günther: Wer die Macht hat. Debatten um internationale Herrschaft und Hegemonie

U.Kausch: Blick in den Spiegel. Wird China Mitglied in der G8?

### *Politik und Ökonomie*

E.Bahl u. J.Goetz: Feminismus – It's a long way, baby! Die bolivarianische »Revolution« in Venezuela und ihre Nebenwidersprüche

A.Groth, G.Rat u. H.Melber: Bewegung – Im Zentrum der Kritik. Zwei Schlaglichter auf das Weltsozialforum in Nairobi

B.Goldt: Migration – Nutzbar gemacht. Soziale Bewegungen zwischen Selbstorganisation und Klientelismus

16. Jg. 2006

---

Herausgeber: Aktion Dritte Welt e.V. – Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 4 €, Jahresabo 32 € (erm. 26 €). – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i.Br. Redaktion: M.Backes, U.Bergmann, I.Erbach, T.Goethe, S.Günther, M.Hoffmann, G.Lutz, O.Meineck, J.Müller, U.Nickel, C.Neven-du-Mont, C.Parsdorfer, W.Rust, S.Schülein, A. Schwendemann, C.Seidler, J.Später, W.Stadter, C.Stock, S.Weber, H.Wegmann – www.iz3w.org

## PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

---

## 146 / 2007

### *»Der Bevölkerung«. Kritik der Demographie*

E.Altvater: Der kurze Sommer des akademischen Marxismus oder: Wie weiter mit der PROKLA?

U.Baureithel: Baby Bataillone. Demographisches Aufmarschgebiet. Von Müttern, Kinderlosen und der »Schuld« der Emanzipation

A.Ebert, Ernst Kistler: Demographie und Demagogie. Mythen und Fakten zur »demographischen Katastrophe«

H.Kahlert: Demographische Frage, »Qualität« der Bevölkerung und pronatalistische Politik – ungleichheitssoziologisch betrachtet

E.Barlösius u. C.Neu: »Gleichwertigkeit – Ade?« Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume

S.van Dyk: Kompetent, aktiv, produktiv? Die Entdeckung der Alten in der Aktivgesellschaft

U.Kelle: »Kundenorientierung« in der Altenpflege? Potemkinsche Dörfer sozialpolitischen Qualitätsmanagements

### *Außerhalb des Schwerpunkts*

T.Evans: Das Ende der Immobilienblase in den USA

G.Carchedi: Die Ost-Erweiterung der EU

37. Jg. 2007

---

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt. – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

## Summaries

### **Wolfgang Fritz Haug: On the Dialectics of Anti-Capitalism**

The world social movement has given anti-capitalism renewed topicality. At the same time, the crises caused by neoliberal politics have also given impetus to the bourgeois critique of capitalism. The author intervenes into this complex situation and attempts to clarify it with his concept of *practical dialectics*. It is dialectical insofar as the terrain of anti-capitalism is traversed by contradictions. In order to avoid being torn apart by them, we have to learn »to operate with antinomies« to quote Brecht. In order to be able to practice this dialectical art of politics on the anti-capitalist terrain, we need to study these antinomies and work out in what form they return when they are rhetorically repressed. Haug tries to show that none of the reformist policies, but also none of the revolutionary attacks on them, are false as such. It is rather their one-sided fixation that makes them false. After reviewing the Stalinist burden, he turns to the question of a post-capitalist economy and to the elements of a new mode of socialization within the given capitalist mode. He then analyzes the contradictions of the de-commodification discourse then turning to the historical productivity of capitalism, whose abstract negation is, as he argues, doomed to failure. After a demystifying look at the intellectual subject of the anti-capitalist discourse, he traces the contours of a »determinate negation« of capitalism. Its mediation between distant and close goals needs to sublimate the dualism of reform and revolution.

### **Wolf-Dieter Narr: The Dialectics of Anti-Capitalisms**

The demise of real socialism has resulted in capitalism *tertium non datur*. Capitalist modernity is barbaric in its political production and reproduction of inequalities and at the same time an incredibly (and frustratingly) stable form of (negative) socialization based on the production of capitalist subjectivity and competitive hierarchy. In this context, contemporary anti-capitalism needs to stay on top of the analysis of contemporary global capitalist expansion. This global expansion of capitalist social relations as the externalization of crisis has global limits and will increasingly necessitate the internalization of these relations among the global population. The question is: What kind of friction is produced by this process and how can it lead to anticapitalist practices? Anticapitalist teachings from the past include the need to break with reformist ideas of using »the state« as a means of anticapitalist politics, communist eschatology, nostalgia for real socialism, authoritarianism, and abstention from political practice.

### **Ewald Lienen: Radical Transformation as a Process of (Un)Learning**

Focusing on the mobilizations against the G8 summit in Germany in 2007 and the formation of the »Linkspartei«, it is argued that the practical and theoretical critique of capitalism has to consider the transforming socio-political terrain, i.e. the different currents of »post-neoliberalism«, across the spectrum from liberal to radical. This terrain is sketched out and some ambivalences are identified, especially the question how resistance and concrete alternatives might develop into different forms of societal organizing. The dialectics of radical transformative politics in and towards the state are crucial here. In conclusion, the question of organization is addressed in three ways definition: as collective action, as the organizing of political, economic, social, and cultural spaces, and as an alternative and emancipatory organization of society. Gramsci's concept of hegemony and Marxist state theory are the theoretical underpinnings that allow us to understand the current transformations. The concept of »counter-hegemony« might be useful for understanding critical practices and thought.

### **Daniel Bensaïd: Utopian Momentum and Strategic New Beginnings**

Capitalist globalization combines both the political paradigm of modernity and the terms in which the strategies of modern revolutions have been expressed: sovereignty, nationality, territory, people, nation, international law, and war. After the defeat inflicted on social movements by

neoliberal counter-reform during the eighties and nineties, the last decade has been characterized by a renewed mobilization of social resistance, as symbolized by the World Social Forums. This development can be considered a utopian momentum, analogous to the early stages of socialism at the dawn of Restoration and to the utopian trends criticized by Marx. But this moment seems to expire when the question of power is put back on the agenda (especially in Latin America). The new challenges of global war, of environmental disaster, and of social crisis therefore put a strategic new beginning on the agenda, as well as the necessity to conceive the new spaces and players of class struggle from a point of view different than that of market despotism.

### **Francisco Fernández Buéy: 21<sup>st</sup>-Century Socialism and We Europeans**

This article enters into the debate around socialism in the 21<sup>st</sup> century by connecting the measures being put into effect in Venezuela and Bolivia with the ideas about socialism prevalent in 20<sup>th</sup>-century Europe. Parallels and differences are analyzed with the aim of evaluating the translatability of the different »languages« used in Europe and America when speaking about socialism.

### **David Harvey: Dispossession is part of the essence of capitalism. Interview by Ulrich Brand and Bettina Köhler**

The interviewee presents his argument regarding the »new imperialism« and the politics of the current U.S. government, highlighting his concept of »accumulation by dispossession«, which takes place in various forms throughout the history of capitalism but has increased in importance since the 1970s. He then addresses the notion of »uneven geographic development« in the context of recent debates around »Global Governance«. Harvey insists on a historically specific distinction between reform and revolution, arguing that in many current situations it is crucial for hundreds of millions of people to stabilize their societies. He exemplifies his theses with many examples, referring to China, Brazil and the landless movement MST, to the Mexican Zapatistas as well as to the current situation in the U.S.

### **Lothar Peter: A Comparison of the Marburg and Frankfurt Schools**

This essay discusses why it is appropriate to speak not only of a »Frankfurt School« but also of a »left-wing Marburg School«. The different ways in which both schools analyze and interpret topics and problems are compared on the basis of the problem of capitalism and the class structure, the controversial interpretation of the student movement of 1968, and the concept of science itself. In conclusion, the significance of both approaches for present-day social criticism is considered.

### **Christina Hee Pedersen: It wouldn't hurt if you could take a joke – on humour and gender in modern organizations**

The article presents ways of how gender is performed through humour in everyday communication in Danish knowledge-based organizations. Humour is understood as an expression of the complexities of social systems and practices, a classical practice of stratification and regulation. Through examples from a research project it is shown how humour plays a pivotal part as a »marker of boundaries« between women and men in instances where a differentiation between male and female professionals is not regarded as relevant or legitimate. The author shows that local analyses of humour as a discursive practice point to more widespread societal tendencies and changes in gender relations and that they can illuminate the active participation of women and men in the production of gendered meanings as practices of organizational inclusion and exclusion.

**Soziologie**

Hess, Sabine, *Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen in Osteuropa* (Barbara Ketelhut) ..... 145

Rätz, Werner, Dagmar Paternoga u. Werner Steinbach, *Grundeinkommen bedingungslos* (Stefan Bollinger) ..... 146

Duchrow, Ulrich, Reinhold Bianchi, René Krüger u. Vincenzo Petracca, *Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung* (Ralf Brodesser) ..... 147

**Soziale Bewegungen und Politik**

Marchart, Oliver, u. Rupert Weinzierl (Hg.), *Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie* (Armin Kuhn) ..... 149

Bensaïd, Daniel, *Eine Welt zu verändern. Bewegungen und Strategien* (Alban Werner) ..... 150

Schönbauer, Ulrich, u. Michael Vlastos, *Der neue Antikapitalismus* (Andreas Novy) ..... 151

**Ökonomie**

Foster, John Bellamy, *Naked Imperialism* (Werner Goldschmidt) ..... 153

Badziura, Alexander, u.a. (Hg.), *Hegemonie – Krise – Krieg* (Werner Goldschmidt) ..... 155

Bischoff, Joachim, *Die Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus* (Monika Bialojan) ..... 156

Frege, Carola, u. John Kelly (Hg.), *Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy* (Catharina Schmalstieg) ..... 158

**Geschichte**

Van Laak, Dirk, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert* (Rüdiger Haude) ..... 159

Aly, Götz, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus* (Gerd Wiegel) ..... 160

Gudehus, Christian, *Dem Gedächtnis zuhören. Erzählungen über NS-Verbrechen und ihre Repräsentation in deutschen Gedenkstätten* (Reinhard Rohde) ..... 163

## VIII

### **Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen**

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecker, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buechlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münstergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 - 405 12 34)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

### **Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen**

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)